

# **Kontraktualismus - eine Option für die Pädagogik?**

Eine Untersuchung der präsuppositionalen Strukturen zur Klärung der  
Leistungsfähigkeit des Kontraktmodells als Legitimation pädagogischen  
Handelns

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades  
der Philosophischen Fakultät  
der Christian-Albrechts-Universität  
zu Kiel

---

vorgelegt von  
Johannes Peter Petersen

Kiel  
28.02.2013

Erstgutachter: Herr Professor Dr. Peter Krope

Zweitgutachter: Herr Professor Dr. Hans-Carl Jongebloed

Tag der mündlichen Prüfung: 28.06.2013

Durch den zweiten Prodekan,

Herrn Prof. Dr. Martin Krieger

zum Druck genehmigt am: 11.07.2013

---

---

## Inhalt

Vorwort.....	1
1    Einleitung.....	3
1.1    Pädagogik in der Legitimationskrise.....	5
1.2    Vereinbarungen in der pädagogischen Praxis .....	7
1.3    Zentrale Fragestellung.....	14
2    Zum Verfahren.....	17
2.1    Der Methodische Konstruktivismus als Paradigma der Analyse des Vertragshandelns .	20
2.2    Terminologische Anmerkungen .....	28
2.3    Die Lebenswelt als Ort argumentativer Fundierung .....	36
2.4    Die alltägliche Praxis als Anfang einer methodischen Untersuchung .....	46
3    Der Kontrakt .....	54
3.1    Die Praxen des Kontrahierens.....	54
3.2    Verträge als Formalisierung von Interaktionen.....	60
3.2.1    Handlungskoordination und Handlungslegitimation .....	60
3.2.2    Phasen des Kontrahierens.....	64
3.2.3    Was heißt „Rechtfertigen“? .....	68
3.2.4    Der Konflikt als Ausgangssituation der Verhandlung .....	71
3.2.5    Die Verhandlung .....	75
3.2.6    Adressaten von Verhandlungen .....	80
3.2.7    Der Abschluss .....	86
3.3    Typologie von Kontrakten: Was ist ein Vertrag?.....	87
3.3.1    Vertragsrecht.....	97
3.3.2    Vertrag und Vereinbarung in der Ökonomie .....	98
3.3.3    Status- und Zweckvertrag.....	104
3.4    Kontrakte in pädagogischen Arbeitsfeldern.....	119
3.4.1    Kontrakte in der Schule.....	121
3.4.2    Vereinbarungen im Zusammenhang mit Leistungen sozialer Arbeit .....	137
3.4.3    Behandlungsvereinbarung in der Sozialpsychiatrie .....	152
3.4.4    Status- oder Zweckverträge in der Pädagogik und in der sozialen Arbeit.....	158
3.5    Die Idee des Kontraktes in der politischen Philosophie .....	170
3.5.1    Thomas Hobbes .....	175
3.5.2    David Hume.....	186

---

3.5.3	Jean-Jacques Rousseau.....	196
3.5.4	John Rawls .....	202
3.5.5	Die Voraussetzungen des politischen Kontraktualismus .....	213
3.6	Freiheit und Gleichheit im Kontrakt – Versuch einer konstruktiven Bestimmung .....	216
4	Verpflichtungen in Kontrakten und anderen Handlungskoordinationen.....	222
4.1	Legitimation und Legitimität von Verträgen.....	236
4.2	Interessenausgleich und Transsubjektivität .....	246
4.3	Transsubjektivität und Universalisierung von Legitimationsansprüchen .....	279
4.4	Die Argumentationsfigur der Retorsion .....	284
5	Zusammenfassung und Konsequenzen für eine pädagogische Praxis .....	298
6	Schluss .....	305
7	Literaturverzeichnis .....	308
	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis .....	328
	Verwendete Symbole .....	329
	Lebenslauf .....	330

---



## Vorwort

Der Weg zu diesem Projekt hatte viele Verzweigungen und war alles andere als gradlinig. Bereits nach Abschluss meines Pädagogikstudiums hatte ich mich mit dem Gedanken an eine solche Aufgabe getragen, doch durch den Alltag ist sie immer wieder in den Hintergrund getreten, auch weil mein pädagogischer Beruf und manch anderes oft die volle Aufmerksamkeit erforderte. Dass die Idee sich nicht vollständig auflöste, ist sicher wesentlich der Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr. Kroppe im Pädagogischen Institut der CAU zu verdanken, die eine Konstante in den letzten beiden Jahrzehnten war. Anfang der 90er Jahre bin ich zum damals noch so genannten „Projekt Prüfungsforschung“ gestoßen und war von der Arbeit und dem Konzept von Anfang an fasziniert. Zum einen war die Idee des „Forschenden Lernen“ für mich als Studierender mit einer bestehenden Berufstätigkeit sofort einleuchtend, und zweitens erschien mir das konsequente Fragen nach Grundlagen und Nachvollziehbarkeit pädagogischen Handelns notwendig. Aus dem Projekt Prüfungsforschung ist mittlerweile das Zentrum für Konstruktive Erziehungswissenschaft geworden, das nach wie vor an jedem Kalenderfreitag ein Seminarangebot für fortgeschrittene Studierende und Interessierte am pädagogischen Forschen bereithält.

Das Leitmotiv der Arbeit im Zentrum ist auch die wissenschaftstheoretische Basis des hier vorliegenden Textes: der Methodische Konstruktivismus der Erlanger Schule. In den Seminaren Peter Kropes bin ich damit in Berührung gekommen. Diese Philosophie hat sich bei mir festgesetzt und begleitet mich jetzt seit fast zwei Jahrzehnten, ohne dass ich sagen könnte, ich hätte sie nur annähernd umrissen. Aber das Grundmotiv, die Orientierung in der Praxis, um Theorie für die Praxis zu entwickeln, steht mir klar vor Augen und schafft Struktur und Übersicht in einer oft chaotischen pädagogischen Praxis, in der ich jetzt seit über 30 Jahren stehe.

Man merkt dem folgenden Text an, dass meine „pädagogische Heimat“ das sozialpädagogische Feld der Assistenz für Menschen mit Unterstützungsbedarf ist. Wenn es

---

hier einen Roten Faden gibt, so ist dieser das permanente Ringen der Menschen um „Augenhöhe“ in der Auseinandersetzung mit Sozialhilfeträgern, mit Institutionen, die Unterstützung leisten, aber auch immer wieder in ganz alltäglichen Zusammenhängen. Gleichrangigkeit von Menschen zueinander ist das eigentliche Zentrum dieser Arbeit über Verträge in der Pädagogik. Sie ist Voraussetzung, Auftrag und Ziel zugleich von Diskursen und als Forderung die lebensweltliche Basis für das retorsive Argument, auf dem eine unhintergehbare konstruktivistische Rechtfertigung gründet.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Herrn Prof. Dr. Krobe für die langjährige partnerschaftliche Zusammenarbeit zu bedanken. Seine Beharrlichkeit ist letztlich ein starkes Motiv gewesen, diese Arbeit anzugehen und sie zu beenden. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. Jongebloed für die Übernahme der Zweitbetreuung.

Den Mitarbeitenden im Zentrum für Konstruktive Erziehungswissenschaft verdanke ich viele Anregungen, besonders Herr PD Dr. Wilhelm Wolze war mir mit seiner gründlichen Kenntnis der Wissenschaftstheorie eine wirkliche Hilfe. Meinem Arbeitgeber, dem Diakonischen Werk Schleswig-Holstein habe ich es zu verdanken, dass ich nicht nur theoretisch das Thema Verhandlung und Vertrag erschließen konnte, sondern permanent in solche Verfahren eingebunden bin. Dies ist ein wirklich guter Lernraum. Darüber hinaus wurde dort meinem Vorhaben viel Toleranz und Respekt entgegengebracht. Das hat vieles wirklich erleichtert. Mein Dank gilt hier dem Vorstand des Landesverbandes. Diese Arbeit hätte aber nicht begonnen, geschweige denn abgeschlossen werden können ohne die Unterstützung meiner Lebensgefährtin Brunhild Petersen. Letztlich war sie es, die mir die Zeit freigeräumt hat, um mich mit diesem Vorhaben beschäftigen zu können. Sie hat meine Fragen und Monologe ebenso ertragen wie meine Abwesenheit von gemeinsamer Verantwortung. Ihr widme ich diesen Text.



## 1 Einleitung

Der Kontrakt<sup>1</sup> in der Pädagogik und in den sozialpädagogischen Arbeitsfeldern ist ein aktuelles Thema. Verträge als Erziehungsverträge im schulischen Alltag sollen einen angemessenen Schulbetrieb unterstützen, indem sie Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrende zu einem entsprechenden Verhalten verpflichten. Verträge finden sich als Leistungsvereinbarungen in Hilfe- und Teilhabeplanungsverfahren von Arbeitsagenturen und zuständigen Sozialhilfeträgern gegenüber anspruchsberechtigten Personen und sollen vor allem die letzteren zur Mitwirkung bei der Verwirklichung ihrer eigenen Teilhabeansprüche verpflichten.<sup>2</sup> Verträge finden sich aber auch im Verhältnis zwischen Auftraggebern und Auftragsnehmern sozialpädagogischer und pädagogischer Leistungen etwa in der Jugendhilfe oder in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Hier dienen sie zur präzisen Beschreibung der Leistung, zur Qualitätssicherung und letztlich zur Ermittlung eines angemessenen Leistungsentgelts<sup>3</sup>.

Verträge und Vereinbarungen sind alltägliche Phänomene. Schriftlich fixiert oder nur mündlich versprochen begleiten sie gemeinsame Handlungen, regeln den Austausch von Leistungen und erleichtern das Planen im Alltag.

---

<sup>1</sup> Der Ausdruck „Kontrakt“ wird an dieser Stelle – zu Beginn der Arbeit – synonym verwendet zu „Vertrag“, „Vereinbarung“, aber auch zu „Bündnis“.

<sup>2</sup> (SGB I 2012, § 66); siehe auch (SGB II 2003, § 15) zur Eingliederungsvereinbarung zwischen dem Leistungsberechtigten und der Agentur für Arbeit.

<sup>3</sup> Siehe z.B. (SGB XII 2012, §§ 75 ff.).

---

In Abwandlung des metakommunikativen Axioms von Paul Watzlawick „Man kann nicht nicht kommunizieren“ (Watzlawick, Beavin und Jackson 1985, 53) beginnen Fisher et al. ihr Standardwerk zur Verhandlungsführung:

„Ob Sie wollen oder nicht: Immer wieder müssen Sie verhandeln.“ (Fisher et al. 2004, 19)<sup>4</sup>

Verhandlungen münden, wenn sie nicht scheitern, in Verträgen und Vereinbarungen.

Der Vertrag erfüllt viele Zwecke. Er dient zur Verpflichtung der beteiligten Vertragspartner, er regelt den Leistungsaustausch mit allen notwendigen Randbedingungen, er dient der Handlungslegitimation gegenüber den Vertragspartnern im Binnenverhältnis, aber auch gegenüber einer interessierten Öffentlichkeit außerhalb des Vertragsverhältnisses.

Diese Arbeit beschäftigt sich vornehmlich mit dem letzten Aspekt, dem der Legitimation durch Kontrahierung.

---

<sup>4</sup> Bei Zitaten wurde in der Regel die bestehende grammatische Schreibweise beibehalten, aber auf die im Original verwendeten Texthervorhebungen (Unterstreichungen, Fettdruck, Sperrungen) weitgehend verzichtet.

---

## **1.1 Pädagogik in der Legitimationskrise**

Für den Bundesvorsitzenden des Verbandes der Pädagogiklehrerinnen und Pädagogiklehrer, Dr. Christoph Stork, besteht „innerhalb der Erziehungswissenschaft kein Konsens im Hinblick auf die Frage nach den Fundamenten einer pädagogischen Bildung“ (Storck 2006, 6).

Stork verweist hier auf ein zentrales Problem, das die Erziehungswissenschaft mit ihrer pädagogischen Praxis hat und die pädagogischen Praxis mit ihrem eigenen Handeln: Es gibt hier fortgesetzte Begründungs- und Legitimationszwänge, die oft nicht durch Referenz auf anerkannte wissenschaftliche Verfahren oder auf eine geeinte Praxis befriedigt werden können.

Begründungspflichtigkeit ist eine zentrale Bedingung wissenschaftlichen Arbeitens und gilt für alle Disziplinen. Forscherinnen und Forscher, die eine Aufforderung zur Begründung<sup>5</sup> ihrer Thesen abweisen, würden sich dem wissenschaftlichen Diskurs<sup>6</sup> entziehen und damit ihr fachliches Renommee verlieren. Begründungspflichtigkeit ist somit eine Voraussetzung für die Teilnahme am wissenschaftlichen Diskurs, und dies gilt auch für die Erziehungswissenschaft.

Dennoch, anders als in anderen Fachdisziplinen gibt es in der Erziehungswissenschaft keine Einigung darüber, welches Argumentationsverfahren für die Diskursgemein-

---

<sup>5</sup> Eine Begründung ist das Verfahren und der Beweis für eine theoretische Behauptung oder als Rechtfertigung für eine praktische Orientierung. Begründungen sind konstruktiv, wenn sie schrittweise lückenlos aufgebaut sind. Sie sind im Rahmen eines rationalen Dialogs zu führen. Ein Dialog ist rational, wenn er unvoreingenommen, zwanglos und nicht persuasiv geführt wird. (Mittelstraß Bd. 1, 1996, 272) Zur Unterscheidung zwischen Begründung für Assertiva und Rechtfertigung für Direktiva siehe (Mittelstraß Bd. 3, 1996, 510).

<sup>6</sup> Wenn im Folgenden von „Diskurs“ die Rede ist, ist damit eine Redehandlung gemeint, wie sie Gethmann in (Gethmann 2008, 144 f.) definiert. Siehe dazu ausführlich Kap. 3.2.3 S. 68.

---

schaft überzeugend wirkt. Während in der Naturwissenschaft die experimentelle Methode das Verfahren der Verifikation von Sätzen gestaltet, kann etwas Vergleichbares für die Erziehungswissenschaft nicht unterstellt werden.

Dies berührt die Frage nach der Wissenschaftlichkeit der Pädagogik / Erziehungswissenschaft<sup>7</sup>. Diese Frage begleitet die Erziehungswissenschaft als Thema ihrer fortlaufenden Selbstvergewisserung oder ihrer permanenten Selbstverunsicherung, soll aber hier nicht im Zentrum dieser Untersuchung stehen. Nicht die Frage nach der Begründung von wissenschaftlichen Aussagen steht hier im Fokus, sondern vielmehr die alltägliche Legitimationspflicht als fortgesetzte Aufforderung und Begleitung pädagogischen Handelns. Natürlich besteht zwischen einem etablierten wissenschaftlichen Begründungsverfahren und der praktischen Legitimation ein enger Zusammenhang. So sind z.B. manche Handlungen der medizinischen Praxis nur zu rechtfertigen, indem man auf wissenschaftliche Evidenzen verweist. Diese Referenzmöglichkeit besitzt die Pädagogik als praktische Disziplin der Erziehungswissenschaft nicht.

---

<sup>7</sup> Mit „Pädagogik“ ist das gesamte Feld des pädagogischen Handelns angesprochen, also auch seine wissenschaftliche Reflexion. Ist nur die wissenschaftliche Befassung gemeint, ist es sinnvoll von „Erziehungswissenschaft“ zu sprechen. Ist nur das praktische Tun gemeint, werden Ausdrücke wie „Erziehen“ oder „pädagogische Praxis“ verwendet. Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Pädagogik siehe (Heid 1994).

---

## **1.2 Vereinbarungen in der pädagogischen Praxis**

Für den Begriff der „Vereinbarung“ gibt es einige Synonyme wie z.B. „Vertrag“ oder „Kontrakt“, aber auch „Verabredung“, „Absprache“ und „Abmachung“. Der Begriff der „Vereinbarung“ scheint derjenige im semantischen Feld zu sein, der den größten Bedeutungsumfang umreißt. Das Herkunftswörterbuch verbindet mit „Vertrag“ eine „rechtsgültige Abmachung“ als einen Sprachgebrauch, der bis ins 15. Jahrhundert zurückreicht. Aus der gleichen Zeit stammt auch der damals kanzeleisprachliche Ausdruck „Kontrakt“ als Entlehnung aus dem Lateinischen „contractus“ (Dudenredaktion 1997). Die Ausdrücke „Kontrakt“ und „Vertrag“ zielen damit auf eine starke Verrechtlichung und evozieren ein Schriftstück, während die Bezeichnung „Vereinbarung“ nicht eindeutig in diese Richtung drängt.

Vereinbarungen durchziehen alle Bereiche des Lebens. Sie scheinen ein Grundmuster zu sein, um sich abzustimmen, gemeinsam mit anderen Vorhaben zu planen, also im weitesten Sinne zu interagieren. Das Herkunftswörterbuch des Duden (Dudenredaktion 1997) leitet „vereinbaren“ vom mittelhochdeutschen „einbære“ = „einhellig, einträchtig“ ab. Schon in seinem Ursprung geht es bei diesem Begriff um Handlungskoordination.

Es gibt auch die Lesart, dass ein Vertrag mehrere Vereinbarungen umfasst. Hier wird noch die Herkunft des Wortes deutlich, die auf die gemeinsamen Absprachen abhebt. Der Vertrag selbst kann als eine Vereinbarung mit Rechtsfolgen bezeichnet werden (BGB 2002, 145). Dieser engen juristischen Diktion wird hier nicht gefolgt. Im Laufe der vorliegenden Arbeit wird deutlich, dass bestimmte Kontrakte rechtliche Bindungen

auslösen, andere dagegen zwar Personen in ihren Interaktionen<sup>8</sup> verpflichten und zu sozialen Konsequenzen führen, nicht aber juristisch relevant sind.

Dass auch in der Pädagogik ein Abstimmungsbedarf für koordiniertes Handeln besteht, kann wohl ohne Gefahr eines ernsthaften Widerspruchs unterstellt werden. Entsprechend finden sich in der pädagogischen Praxis viele Überlegungen, welche Rolle Vereinbarungen im institutionellen Gefüge und im pädagogischen Handeln einnehmen oder einnehmen sollen.

Wie nicht anders zu erwarten, ist aber auch in der pädagogischen Praxis die Terminologie uneinheitlich (Horstkemper, Ludwig und Schubarth 2010, 17).

Im heutigen Sprachgebrauch wird häufig von „Bildungs- und Erziehungskontrakten“, von „Lernverträgen“ oder „Kooperationsvereinbarungen“ gesprochen.

Horstkemper et al. verweisen in ihrer Untersuchung für das Bundesministerium für Bildung und Forschung darauf, dass „solche expliziten Vereinbarungen zunehmend in den Schulalltag integriert (werden). In Reformvorhaben zum schulischen Lernen und Leben werden sie als Verfahren zur Umsetzung innovativer Maßnahmen erprobt, das ein hohes Maß an Transparenz und Verbindlichkeit in die angestrebten Veränderungsprozesse bringt und zugleich die Verantwortungsübernahme aller Beteiligten zu sichern sucht.“ (Horstkemper, Ludwig und Schubarth 2010, 17)

---

<sup>8</sup> Als „Interaktion“ wird eine Handlung bezeichnet, die für andere als den Handelnden den Charakter von Widerfahrnissen hat, auf die dann die betroffene Person wiederum mit einer Handlung reagieren kann, die für die erste Person wiederum ein Widerfahrnis darstellt. Somit sind die Detail-Handlungen von Interaktionen sozusagen ineinander verschränkt.

---

Gottmann et al. listen die in der Praxis verwendeten Begriffe für die Bildungs- und Erziehungskontrakte in der nachfolgenden Tabelle (Gottmann et al. 2010, 33) auf und machen damit deutlich, dass es hier kaum eine terminologische Übersichtlichkeit gibt. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass sich dieses Definitionsproblem noch deutlich weiter entgrenzt, wenn man die außerschulischen Praxisfelder der Pädagogik mit zu erfassen versucht.

Deutsch:	Englisch:
Verhaltensvertrag / -vereinbarung / -kontrakt	learning contract / contract learning
Bildungsvertrag / -vereinbarung / -kontrakt	learning plan
Lernvertrag / -vereinbarung / -kontrakt	personalized programs
Erziehungsvertrag / -vereinbarung / -kontrakt	personalizing / personalized learning
Individueller Erziehungsplan (IEP)	individual pupil targets
Personenbezogener Lernplan (PLP)	performance targets
Individueller Lernplan (ILP)	individualized educational program
Lernstandsvereinbarung	self-directed learning
Zielvereinbarung	behavioral contract
Förderplan Schulvertrag / -vereinbarung	functional behavior assessment
(...)	learner managed learning
	study plans
	performance agreements
	self-development plans (...)
projektinterner Konsensbegriff: <i>Individuelle Lehr-Lern-Vereinbarungen (ILLV)</i>	

*Tabelle 1: Bezeichnungen für Bildungs- und Erziehungskontrakte*

Zielvereinbarungen, Lernverträge, Lehrer-Schüler-Kontrakte – die pädagogische Praxis wird begleitet von einem komplexen System vertraglicher Regelungen. In allen Arbeitsfeldern der Pädagogik, im Bildungsbereich ebenso wie in den Feldern der sozi-

alen Arbeit, begegnet man vertraglichen Regelungen, die Bezug nehmen auf die pädagogischen Handlungen und Interaktionen.

Es gibt Vereinbarungen, die den Rahmen und die ökonomischen Bedingungen der pädagogischen Praxis betreffen, ihre Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität beschreiben und sichern sollen, Verbindlichkeiten schaffen sollen zwischen den Handlungspartnern in der direkten pädagogischen Beziehung, die aber auch Verpflichtungen erzeugen sollen, die Schülerinnen und Schüler oder sog. Leistungsberechtigte<sup>9</sup> motivieren sollen, an der Maßnahme (SGB I 2012, § 4) mitzuwirken und so die vorausgesagten Handlungen zu einem positiven Ziel führen sollen. Darüber hinaus gibt es Vereinbarungen, die Dritte mit einbeziehen, wie etwa Erziehungsberechtigte oder rechtliche Betreuerinnen und Betreuer<sup>10</sup>, die dann garantieren sollen, dass Kindern und Betreuten rechtssicher besondere Maßnahmen oder Hilfen zukommen können. Dies kann bestimmte schulische Veranstaltungen - wie z.B. Klassenreisen – betreffen, Alltagsgeschäfte oder auch medizinische, pflegerische oder pädagogische Behandlungen oder besondere Unterbringungen.

Trotz der umfangreichen Praxis von auch kodifizierten Vereinbarungen<sup>11</sup> in der Pädagogik, bleibt die theoretische Befassung zum Vereinbarungswesen in der Pädagogik deutlich hinter dem Alltagsgebrauch dieser Verfahren zurück. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung versuchte mit der Veröffentlichung eines Tagungsbandes diesem Umstand entgegen zu wirken:

---

<sup>9</sup> So der Sprachgebrauch des deutschen Sozialhilferechts, siehe z.B. (SGB I 2012, § 9).

<sup>10</sup> Die „rechtliche Betreuung“ ist ein Institut zur Besorgung von Rechtsgeschäften für Personen, die dazu teilweise oder vollständig nicht in der Lage sind. Die rechtliche Betreuung löst nicht automatisch eine Geschäftsunfähigkeit des oder der Betreuten aus. Siehe (BGB 2002, §§ 1896 ff.).

<sup>11</sup> Nicht jede Vereinbarung und nicht jeder Vertrag werden schriftlich fixiert. Viele pädagogische Handlungen sind mündlich geschlossene Vereinbarungen oder beruhen auf solchen.

---



„Die Expertise »Bildungs- und Erziehungskontrakte als Instrumente von Schulentwicklung« zielt darauf ab, das gegebene Thema in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland von verschiedenen fachlichen Hintergründen aus in seinen theoretischen Dimensionen wie in seiner praktischen Relevanz zu untersuchen.“ (Horstkemper, Ludwig und Schubarth 2010, 13)

Die Herausgeber des zitierten Tagungsbandes beurteilen die wissenschaftliche Ausgangslage wie folgt:

„Im Vorgriff auf die Ergebnisse unserer systematisierenden Einordnung lässt sich festhalten, dass die eingeladenen Experten einhellig zu der Einschätzung kamen, dass den vielfältigen Praxiserfahrungen bislang in der Regel ein eher bescheidener Grad an theoretischer Durcharbeitung sowie eine eher dürftige Fundierung durch empirische Forschung gegenübersteht. Dies gilt für die Erprobung des Einsatzes solcher Kontrakte unter didaktisch-methodischen Gesichtspunkten, für ihre Einbindung in sozialisationstheoretische Fragestellungen und auch für eine Reflexion aus schulentwicklungstheoretischer Perspektive.“ (Horstkemper, Ludwig und Schubarth 2010, 19)

Und noch deutlicher:

„Bildungs- und Erziehungskontrakte wurden bisher in der pädagogischen (und sonstigen) Literatur und Forschung kaum beachtet. Das weitgehende Fehlen einer wissenschaftlichen Betrachtung des Themas erscheint als wichtigste Ursache für die herrschende Heterogenität an Konzepten und Begriffen, nicht nur im deutschen Sprachraum. Gleiche Inhalte werden unterschiedlich bezeichnet und ebenso lassen sich hinter gleichen Bezeichnungen völlig verschiedene Inhalte finden.“ (Gottmann et al. 2010, 33)

---

Die Perspektive dieses Sammelbandes ist besonders auf die didaktische Relevanz von Bildungs- und Erziehungskontrakten ausgerichtet. Nach Auffassung der Herausgeber liegt dem ein neues Paradigma zugrunde, das stärker auf die Aspekte des Lernens als auf die des Lehrens fokussiert. Dabei stehen die Aktivitäten und Interessen der Lernenden im Vordergrund und sind die Grundlage für entsprechende Lernvereinbarungen:

„Hier wird der Tatsache Rechnung getragen, dass niemand einen anderen „lernen machen“ kann. Durch wechselseitige Lernvereinbarungen können aber sehr wohl die Lernenden weitaus stärker in die aktive Planung und Gestaltung des eigenen Lernprozesses einbezogen werden, als dies etwa in der instruktionsorientierten Didaktik frontaler Vermittlung geschieht. (...) Das dient zum einen der Individualisierung des Lernens: In einem solchen Dialog können Lehrkräfte sehr viel genauer Lernausgangslagen diagnostizieren, Stärken und Schwächen der Lernenden identifizieren, daraus Förderungsbedarf ableiten und die didaktische Planung entsprechend ausdifferenzieren. Zum anderen wird durch die aktive Beteiligung der Lernenden an diesem Prozess die Vermittlung von Qualifikationen ermöglicht, die unerlässlich für die gelingende Selbstregulation sind: Schülerinnen und Schüler lernen durch eine gemeinsame Planung sich anspruchsvolle Ziele zu setzen, dabei das Anspruchsniveau weder unrealistisch hoch noch zu tief anzusetzen, das eigene Potenzial somit intensiv auszuschöpfen. Nicht weniger wichtig ist dabei, dass sie geeignete Lern- und Motivationsstrategien erwerben und dabei kontinuierlich unterstützt werden.

Die Lehrkraft wiederum kann sich auf der Basis einer sorgfältigen Diagnostik zu gezielter Unterstützung verpflichten oder für die Mobilisierung solcher Unterstützung sorgen. Sie begleitet und stützt den Lernprozess, kann die Notwendigkeit der Überprüfung von Zwischenergebnissen verdeutlichen und die Rückbindung an den gemeinsamen Prozess des Lernens

in der Lerngruppe sichern.“ (Horstkemper, Ludwig und Schubarth 2010, 20)

Die hier vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Vereinbarungen in der pädagogischen Praxis und in der Erziehungswissenschaft. Sie fragt nach dem Grund für die Pädagogik, diese Handlungsform zu verwenden.

Dabei lassen sich mindestens drei Begründungszusammenhänge herauspräparieren:

- Erstens ist mit der Wahl einer Vereinbarung der Versuch unternommen, die Handlungen der Kontrahierenden miteinander zu koordinieren. Die wechselseitige Zusage der Kontrahierenden, sich in einer spezifischen Weise zu verhalten, reduziert das zukünftige Handlungsrisiko.
- Zweitens zielt eine Vereinbarung darauf, Partner auf eine bestimmte Handlungsweise zu verpflichten, z.B. sich an die Schulregeln zu halten. Damit ist die Hoffnung verbunden, durch das Instrument der Vereinbarung ein leistungsfähigeres Verpflichtungsinstrument gegenüber Dritten zur Verfügung zu haben als durch die traditionellen pädagogischen Handlungen, wie etwa Disziplinierung, Überzeugung durch Argumentation oder Lernen durch Vorbild.
- Drittens dienen Vereinbarungen dazu, gegenüber Vertragspartnern und einem interessierten sozialen Kontext Handlungen zu rechtfertigen, indem sie entweder explizit Gegenstand der Vereinbarung sind oder aber durch nachvollziehbare Argumentation daraus abgeleitet werden können.

In dieser Arbeit wird es weniger um die konkreten pädagogischen Erwartungen gehen, die mit dem Instrument des Kontraktes verbunden sind. Vielmehr liegt der Fokus hier auf der Strategie der Legitimation pädagogischen Handelns. Dabei steht nicht in Abrede, dass der Vertrag als pädagogisches Instrument eine Vielzahl von Aufgaben zu erfüllen hat. Auch soll nicht in Frage gestellt werden, ob die mit dem Instrument verbundenen pädagogischen Absichten erreicht werden.

---

### **1.3 Zentrale Fragestellung**

Die zentrale Fragestellung dieser Untersuchung ist, inwieweit Kontrakte geeignet und hilfreich sind, das pädagogische Handeln, das sie zum Gegenstand haben, gegenüber den Kontraktpartnern und gegenüber Dritten zu rechtfertigen.

Diese Arbeit thematisiert Vereinbarungen in der Pädagogik<sup>12</sup>. Sie fragt auch nach dem Grund für die Pädagogik, diese Handlungsform<sup>13</sup> zu verwenden. Denn Vereinbarungen in den pädagogischen Arbeitsfeldern und vor allem das Kontrahieren als Bestandteil pädagogischen Handelns sind ein wohl relativ modernes pädagogisches Mittel<sup>14</sup>.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf dem Aspekt der Handlungsrechtfertigung.

Dabei wird hier die Annahme verfolgt, dass eine Vereinbarung symbolisch die Rechtfertigung expliziert und dafür ein kommunikatives Mittel darstellt. Darüber hinaus basieren das Vereinbarungshandeln und die Vereinbarung selbst auf einem Geflecht von sozialen und kommunikativen Bedingungen, das überhaupt erst den Vertrag als Rechtfertigungstypus ermöglicht. Diese präsuppositionale und im Vollzugshandeln regelmäßig nicht reflektierte Vorstruktur ist das eigentliche Thema der hier anstehenden Untersuchung.

---

<sup>12</sup> Mit „Pädagogik“ sind auch Praxisfelder der Sozialarbeit und Sozialpädagogik gemeint.

<sup>13</sup> Zur begrifflichen Klärung: in der Handlungsforschung wird differenziert zwischen aktueller Handlung, Handlungsschema, Handlungsform. Diese Arbeit wird sich auch mit dieser Unterscheidung intensiver befassen. An dieser Stelle wird der Begriff „Handlungsform“ als Zusammenfassung aufeinander bezogener Handlungsschemata verstanden.

<sup>14</sup> Es ist eine der in dieser Arbeit thematisierten Fragestellungen, ob Vereinbarungshandeln zwischen Interakteuren dann Praxis wird, wenn andere Formen der Interaktionen fragwürdig werden. Diese Formen können zum Beispiel sozial akzeptierte Status- und Rollenverständnisse sein. Wenn es unter Mitgliedern einer Gemeinschaft als selbstverständlich unterstellt wird, wie sich eine Lehrkraft und eine Schülerin oder ein Schüler zu verhalten hat, gibt es keine Notwendigkeit, hier weitere Rechtfertigungsleistungen zu erbringen.

---

Die Pädagogik als eine gesellschaftliche Praxis von institutionalisierten Interaktionsstrukturen und -prozessen ist wie alle anderen gesellschaftspolitischen Systeme einem permanenten Legitimationsdruck ausgesetzt. Sie steht im öffentlichen Diskurs und muss ihre Methoden, ihre Ziele und ihren Ressourceneinsatz rechtfertigen. Dies geschieht nicht nur systematisch im Bereich der politischen Meinungsbildung und Steuerung, sondern auf allen pädagogischen Interaktionsebenen, also auch in der konkreten pädagogischen Praxis und im erziehungswissenschaftlichen Handeln.

Die Problembeschreibungen Husserls zur „Selbstvergessenheit der Wissenschaften“ in der sogenannten Krisis-Schrift (Husserl 1982, 4 f.) und die Beschreibungen des Anfangsproblems durch Kamlah / Lorenzen (Kamlah und Lorenzen 1992, 15 ff.) mahnen zur Vorsicht. Aktuell wird das Instrument des Kontraktes in der pädagogischen und sozialpädagogischen Praxis intensiv eingesetzt. Dabei besteht das Risiko, dass prozessuale und strukturelle Vorgaben aus anderen Anwendungsfeldern (regionalen Lebenswelten) unreflektiert erheblichen Einfluss auf Prozesse, Strukturen und Institutionen gewinnen, die bisher pädagogisch determiniert waren.<sup>15</sup>

So weisen Buestrich und Wohlfahrt darauf hin, dass das System der sozialen Arbeit im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine einheitliche Tendenz zur Ökonomisierung

---

<sup>15</sup> Im Auftakt zu seiner sogenannten Krisis-Schrift formuliert Edmund Husserl das Problem der Wissenschaften so:

„Die Ausschließlichkeit, in welcher sich in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die ganze Weltanschauung des modernen Menschen von den positiven Wissenschaften bestimmen und von der ihr verdankten „prosperity“ blenden ließ, bedeutete ein gleichgültiges Sichabkehren von den Fragen, die für echtes Menschentum die entscheidenden sind. Bloße Tatsachenwissenschaften machen bloße Tatsachenmenschen.“ (Husserl 1982, 4)

---

hat (Buestrich und Wohlfahrt)<sup>16</sup>, was gleichermaßen für den Bildungssektor zu behaupten ist (Bruell 2012).

Paul Lorenzen würde hier auf die angemessene Geordnetheit der Mittel-Zweck-Hierarchien verweisen und darauf abheben, dass darüber und über die Ausweisung von Zwecken als die obersten Zwecke im Rahmen eines rationalen Diskurses entschieden werden muss (Lorenzen 1987, 250 f.). Im rationalen Diskurs wäre entsprechend zu klären, welche Funktion zum Beispiel eine ökonomische Bewertung sozialer oder pädagogischer Handlungssysteme haben sollte.

---

<sup>16</sup> Buestrich und Wohlfahrt kommen in ihrer Analyse zu dem Fazit:

„(Es) ergibt sich eine einheitliche Tendenz der „Ökonomisierung“ sozialer Dienste und Einrichtungen, die sich als „Vermarktlichung“ ihrer Erbringungskontexte zeigt.“ (Buestrich und Wohlfahrt, 24)

---

## 2 Zum Verfahren

Ausgehend von der Fragestellung, in der die dem Vereinbarungshandeln zugrundeliegenden Präsuppositionen oder pragmatischen Implikationen<sup>17</sup> thematisiert werden, folgt diese Arbeit dem Paradigma des Methodischen Konstruktivismus.

Der Methodische Konstruktivismus ist eine europäische, beziehungsweise deutsche philosophische Denkrichtung, die nach wie vor eng mit den beiden „Gründungsvätern“ Wilhelm Kamlah und Paul Lorenzen verknüpft wird. Zeitlich einzuordnen ist der Methodische Konstruktivismus mit dem Beginn der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts. Als einen zeitlichen Orientierungspunkt kann die Veröffentlichung des gemeinsamen Buches von Kamlah und Lorenzen (Kamlah und Lorenzen 1992) im Jahr 1967 verstanden werden. In der „Logischen Propädeutik“ wird die Programmatik der damals noch als „Erlanger Konstruktivismus“ bezeichneten philosophischen Schule erstmals zusammenfassend skizziert.

Dabei ist insbesondere die Orientierung der beiden Autoren hervorzuheben, die diesen Text nicht als den Versuch verstanden haben, einen Beitrag zur Wirklichkeitsdeutung der zeitgenössischen Philosophie zu liefern, sondern ihn vielmehr in die Tradition der Sprachkritik gestellt haben und mit ihm eine Beschreibung eines methodischen Verfahrens verlässlicher Sprachpraxis in den Wissenschaften vorlegen wollten.

In diese Tradition gestellt, ist das konstruktivistische Paradigma nicht ontologisch. Seine wesentliche Bedeutung hat es als Herstellungs- und Operationsparadigma. Demnach geht es nicht darum, zu erklären, wie ein Sachverhalt – auch in Bezug zu anderen – „ist“, sondern lediglich darum, welche Handlungen und Operationen durch-

---

<sup>17</sup> Ausführlich zum Thema Präsuppositionen: Kapitel 4, S. 222 ff.

---

zuführen sind, um diesen Sachverhalt zu erzeugen. Entsprechend sind Argumentationen zu verstehen als Konstruktionsanweisungen, deren Befolgung dazu führt, den in Frage stehenden Sachverhalt zu erzeugen. Ist der Sachverhalt anhand der operativen Anleitungen dann so konstruiert wie vorhergesagt, kann die Beschreibung mit dem Metaapprädikator „wahr“ versehen werden.

Die vorliegende Untersuchung folgt diesem Verständnis des Methodischen Konstruktivismus, wohl wissend, dass auch der Methodische Konstruktivismus Kamlahs und Lorenzens einen (historischen) Beitrag in der philosophischen Diskussion der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellt, in dem bestimmte Traditionen explizit und implizit aufgegriffen und eingearbeitet wurden. Insbesondere sind hier die beiden bedeutenden philosophischen Perspektiven der Phänomenologie und des Pragmatismus zu nennen. Auch ist der Einfluss der analytischen Philosophie nach der sprachkritischen Wende des sog. „linguistic turn“ erheblich, hier insbesondere die späte Philosophie von Ludwig Wittgenstein.<sup>18</sup>

Der Methodische Konstruktivismus bietet mit seinem sprachanalytischen und konstruktivem Modell ein Muster, das in der Lage ist, menschliche Interaktionen beschreibbar und verstehbar zu machen.

Dies wird insbesondere dadurch erreicht, dass bei der (Re-)Konstruktion von Interaktionen methodisch so verfahren wird, dass das Geschehen regelhaft nachvollzogen werden kann.

Unter der Maßgabe der Beschreibung menschlicher Interaktionen als regelhaft verlaufender Handlungen werden diese Handlungen für Dritte vorerst Unbeteiligte nachvollziehbar und erlernbar.

---

<sup>18</sup> Siehe dazu der Artikel „Konstruktivismus“ in (Mittelstraß Bd. 2, 1996, 451).

---



Dabei wird nicht unterstellt, dass jedem menschlichen Verhalten eine Regelmäßigkeit zugeschrieben werden kann. Es ist ja durchaus vorstellbar, dass es menschliche Reaktionen und Handlungen gibt, bei denen dies nicht oder noch nicht möglich ist. Für diesen Phänomenbereich steht entsprechend kein adäquates Beschreibungsinventar zur Verfügung, und es entzieht sich damit vorläufig der Möglichkeit systematischer Erklärung.

Auch besteht die Möglichkeit des Irrtums bei der Zuschreibung bestimmter Regeln zu beobachtetem Handeln. Unter Berücksichtigung dieser Erklärungsgrenzen und des Erklärungsirrtums hat die konstruktive Zuschreibung von Handlungsregeln lediglich heuristischen Charakter, findet aber mit dieser Einschränkung als Handlungsschema zur Erklärung, Prognose und lernender Übernahme eine wichtige Verwendung im Forschungsprozess.

Als ein komplexes<sup>19</sup> Handlungsschema kann der sogenannte „Kontrakt“ gelten. Mit „Kontrakt“ sind alle Handlungen gemeint, die explizit den Austausch von Sachen oder Leistungen zwischen Menschen regeln.

Dieses Handlungsschema ist aufgrund seiner umfassend beschriebenen Struktur gut zu analysieren. Dabei sind Bedingungen und Konsequenzen dieser Handlungszusammenhänge ebenfalls dargestellt und damit einer Analyse gut zugänglich.

---

<sup>19</sup> Carl Friedrich Gethmann verdeutlicht, was als „komplexe Handlung“ zu verstehen ist:

„Ein Handlungsaggregat, derart, daß wenigstens einige Handlungen einen Sinn nur im Rahmen des Aggregats machen, mögen komplexe Handlungen heißen. So ist das An-der-Kasse-Bezahlen nur als Teilhandlung im Handlungskomplex des Einkaufens sinnvoll.“ (Gethmann 1992, 163)

Das „Vertragshandeln“ ist in diesem Sinn eine komplexe Handlung.

---

Damit steht für explizites vertragliches Handeln ein Beschreibungsparadigma zur Verfügung, dass es selbst damit noch nicht vertrauten Personen ermöglicht, Handlungen zu vollziehen, die man als Vertragshandeln bezeichnet.

## **2.1 *Der Methodische Konstruktivismus als Paradigma der Analyse des Vertragshandelns***

Der Methodische Konstruktivismus, wie er in der Logischen Propädeutik umrissen wird, kann in der dort beschriebenen Form nicht als ein philosophisches Konzept verstanden werden, sondern eher als eine Programmatik. Zentral ist die Abkehr von der "Neutralität" der Wissenschaften. Im Verständnis Kamlahs und Lorenzens ist die Wissenschaft als ein elaborierter Versuch zu verstehen, die Probleme zu lösen, die Menschen in der Bewältigung ihres Alltags haben. Daher ist auch wissenschaftliches Handeln nicht zweckneutral, sondern steht immer auch im Zusammenhang mit Motiven und Zwecken. Aus diesem Grunde ist die wissenschaftliche Praxis in zweierlei Hinsicht Legitimationsansprüchen ausgesetzt. Einerseits hat sie zu begründen, inwieweit ihre Verfahren einem spezifischen fachwissenschaftlichen Anspruch gerecht werden. Andererseits muss sie sich aber auch Ansprüchen stellen, die den gesellschaftspolitischen Zweck von Forschung hinterfragen. Darin liegt eine klare Absage gegen die ideologische und gesellschaftspolitische Neutralität der (Natur-)Wissenschaften, wie sie etwa im Positivismus behauptet wird.

Die Idee der Wertfreiheit ist auf Max Weber zurückzuführen und bildet nach Hans Albert (Albert 1956) als Wertfreiheitsprinzip eine Grundregel für das wissenschaftliche Arbeiten. Die Bedeutung der Wertfreiheit für die wissenschaftliche Methodik wird unter anderem von der Kritischen Theorie und der Konstruktiven Wissenschaftstheorie bestritten. (Mittelstraß Bd. 4, 1996, 667)

Zur Programmatik des Methodischen Konstruktivismus der Erlanger Schule gehört insbesondere der kontrollierte Aufbau einer wissenschaftlichen Fachsprache. Kamlah

und Lorenzen haben in der Logischen Propädeutik das Muster des terminologischen Aufbaus aus der Alltagspraxis skizziert und mit dem Vorhaben einer sog. "Orthosprache" für die Fachdisziplinen verbunden. Zwar wird die Idee einer umfassenden orthosprachlichen Rekonstruktion einzelwissenschaftlicher Fachsprachen nicht mehr für alle Disziplinen und nicht mehr mit dem Optimismus der Anfangsjahre verfolgt<sup>20</sup>, dennoch war das Programm ein wichtiger Anstoß zur kommunikativen Sicherung von Erkenntnissen im Rahmen eines dialogischen Begründungsverfahrens, indem für einzelne zentrale Termini eine systematische Klärung im Rahmen einer Begriffsbildung versucht wurde. Auch sind die Formalisierungsversuche wesentlicher begrifflicher Ableitungen hilfreich für die Klärung von logischen Zusammenhängen oder dialogischen Folgen.<sup>21</sup>

Beispielsweise wird in der Kieler Zufriedenheitsstudie ausführlich vorgeführt, wie die Begriffe "Begehren" und "Bedarf" terminologisch gesichert, gegeneinander abgegrenzt und letztlich als Basisbegriffe zur Konstruktion einer empirischen Studie verwendet werden. (Krope, Friedrich et al. 2002, 24 ff.)

Definitionsbasis für die (Re-)Konstruktion wissenschaftlicher Termini ist die Alltagspraxis<sup>22</sup>. In ihr erweist sich durch Handlungsvollzug die Funktionalität von deiktischen Verfahren oder auch von Handlungsanweisungen. In seiner Rückführung auf die Alltagspraxis besitzt der Methodische Konstruktivismus einen nicht hintergehbaren Grund definiter Entscheidung. Dies wird sehr eindrücklich bei Gethmann beschrieben:

---

<sup>20</sup> Zur Orthosprache: Siehe (Mittelstraß Bd. 3, 1996, 1099).

<sup>21</sup> Formalisierungen werden an einzelnen Stellen dieser Arbeit ebenfalls verwendet, um bestimmte Regeln zu verdeutlichen, z.B. Kap. 4.2, S. 250.

<sup>22</sup> Statt „Alltagspraxis“ kann man auch von „Lebenswelt“ sprechen, siehe Kap. 2.3 S. 36 ff..

---

„Zufolge dieses angedeuteten „kulturalistischen Pragmatismus“ besteht die richtige Fragestellung auch nicht darin, zu suchen, ob »es« begründetes Wissen und gerechtfertigtes Handeln »gibt«, sondern ob wir in der Lage sind, begründetes Wissen und gerechtfertigtes Handeln herzustellen. Bezüglich dieser Aufgabenstellung ist der Relativismus nicht falsch, sondern unbrauchbar; Begründungen und Rechtfertigungen werden nämlich nicht festgestellt, sondern hergestellt. Auf die Feststellung des Zeitgenossen, es gäbe doch gar kein begründbares philosophisches Wissen, sollten wir reagieren wie unter entsprechenden Umständen auf die Feststellung des Beobachters, es gäbe keine Pumpen, um den Brand im Dachgeschoß zu löschen: dann müssen sie eben hergestellt werden. Auch für das Philosophieren gilt die einfache Faustregel: Wenn wir nicht haben, was wir dringend brauchen, dann müssen wir es uns machen.“ (Gethmann 1987, 269)

Diese Wahl der wissenschaftstheoretischen Grundlage dieser Arbeit ist nicht zufällig, sondern auch bedingt durch mehrere Kernaussagen des Methodischen Konstruktivismus, die zum einen vielversprechend für die Klärung der Fragestellung nach dem präsuppositionalen Gefüge pädagogischer Handlungen sind. Dies betrifft insbesondere das methodische Vorgehen bei der (Re-)Konstruktion von Alltagshandlungen, die damit einer wissenschaftlichen Analyse zugänglich werden. Zum anderen bietet der Methodische Konstruktivismus einen Deutungsrahmen, um alltägliche Praxis und Wissenschaft zueinander in eine für beide hilfreiche Beziehung zu setzen, indem er den Zweck wissenschaftlichen Handelns als Unterstützung und Verbesserung menschlicher Praxis bestimmt. Wie bereits angedeutet (Kap. 2.1, S. 20), gibt es aus Sicht des Methodischen Konstruktivismus keine „wertfreie“ Wissenschaft. Lorenzen beschreibt deshalb die vermeintliche Wertfreiheit insbesondere für die Sozialwissenschaften als eine Illusion:

„Im ethisch-politischen Bereich sind „wertfreie“ Beschreibungen eine Illusion, weil ohne „Werte“ keine Entscheidung getroffen werden kann, was

als „relevant“ in die Beschreibung aufgenommen werden kann, und was als „irrelevant“ ausgeschlossen werden darf.“ (Lorenzen 1987, 228)

Mit dieser klaren Abgrenzung gegen die Wertfreiheit der Sozialwissenschaften, wie sie vom „Scientismus“ gefordert ist, bezieht Lorenzen eindeutig Stellung gegen den kritischen Rationalismus im sogenannten Positivismusstreit (Lorenzen 1987, 229). Zwar wird hier nur die Wertorientierung der Sozialwissenschaften thematisiert, dennoch haben auch die mathematischen und technischen Wissenschaften als ihre ausgewiesene Zielsetzung die Gestaltung einer effizienteren Praxis. Vor diesem Hintergrund zeichnet Lorenzen eine ähnliche Figur nach, wie sie bereits Husserl in der Krisis-Schrift thematisiert hat. Während Husserl den (Natur-)Wissenschaften vorwirft, ihre Bindung an die Lebenswelt vergessen zu haben (Husserl 1982, 52), leitet Lorenzen aus der Hochvermitteltheit der Lebensvollzüge in „Hochkulturen die „Entartung“ der technischen Wissenschaften gegenüber ihrem Auftrag ab:

„Das Leben differenziert sich zugleich in eine Vielfalt von Lebensformen. Im profanen Denken der Posttraditionalität gibt es nur diese Lebensformen als oberste Zwecke. Alle anderen Zwecke sind ihnen untergeordnet. Für die Handlungen, die nur Mittel sind, spezialisieren sich die technischen Berufe, vom archaischen Schmied bis zum modernen Software-Ingenieur. Die Verselbständigung der Mittel (z.B. von Geld) zum „Selbstzweck“ ist eine bekannte Entartung insbesondere unter dem wirtschaftlichen Druck, der zu Ausbeutung und entfremdeter Arbeit führt.“ (Lorenzen 1987, 232)

Mit der Verselbständigung der „Mittel zum Selbstzweck“ sind die Mittel nicht mehr eingebunden zur Gestaltung der vielfältigen Lebensformen, sondern unterbrechen sozusagen die Mittel-Zweck-Reihen und folgen einer eigenen Zielsetzung, die nicht im gesellschaftlichen Diskurs entstanden ist und von diesem in der Regel nicht reflektiert wird.

---

Um diese Konsequenzen zu vermeiden, ist es nach Lorenzen notwendig, deutlich herauszuarbeiten, dass die Wissenschaften ihre politischen Zwecke reflektieren und sich nicht damit begnügen, lediglich „Mittel“ für die Perfektionierung technischer Verfahren zu sein.

Als Verfahren empfiehlt der Methodische Konstruktivismus – auch hierin steht er in der Tradition der Husserlschen Phänomenologie – eine Analyse der lebensweltlichen Fundierung wissenschaftlicher Konzeptionen. Wie beschrieben ist der Ort wissenschaftlicher Fundierung die „Lebenswelt“<sup>23</sup>, die im Methodischen Konstruktivismus als Fundament der Sprachkritik ausgezeichnet ist:

„Statt dessen ist allen Ernstes „davon auszugehen“, daß wir „immer schon sprechen“, miteinander sprechen als Menschen unter Menschen und als Menschen in der Welt. Was wir einklammern, gleichsam vorerst auslöschten, sind lediglich die Sprache der Wissenschaft und damit alle Behauptungen, die in wissenschaftlicher (oder philosophischer) Sprache formuliert wurden oder formuliert werden können.“ (Kamlah und Lorenzen 1992, 21)

Dieser Empfehlung wird auch in dieser Arbeit zu folgen sein, indem die unterschiedlichen Praxen der Verwendung von Vereinbarungen oder Verträgen beschrieben und verglichen werden, um dann im Sinne einer Husserlschen „eidetischen Reduktion“ (Wuchterl 1999, 198) einen Vorschlag einer begrifflichen Präzisierung im Sinne einer protreptischen Terminuskonstruktion zu formulieren.

---

<sup>23</sup> Der Begriff „Lebenswelt“ geht ursprünglich auf Heinrich Heines Florentinische Nächte von 1836 zurück (Heine 2012, 29), wird aber systematisch im Zusammenhang mit der Philosophie Edmund Husserls gebraucht (Ströker 1979).

---

Zur begrifflichen Bestimmung eines Sachverhaltes gehört auch, Auskunft darüber zu geben, welche Zwecke mit den entsprechenden Aktivitäten verbunden sind. Es wird also nicht nur um den Versuch einer substantiellen Deskription gehen, sondern auch um das Herausarbeiten der finalen Aspekte. Zu Beginn der Arbeit wurde bereits darauf hingewiesen, dass mit der Interaktion „Vereinbarung“ nicht nur ein bestimmter Zweck verfolgt wird, sondern mehrere Zwecke realisiert werden sollen, die möglicherweise auch verschieden adressiert sind.

So kann man unterstellen, dass mit dem Abschluss einer Vereinbarung erreicht werden soll, Handlungen verschiedener Akteure, z.B. der Vereinbarungspartner, systematisch zu koordinieren. Ein Ziel der Vereinbarung wäre in diesem Fall die Handlungskoordination, direkt adressiert an die Vereinbarungspartner.

Einleitend wurde darauf hingewiesen, dass sich diese Arbeit auf die Legitimation durch Vereinbaren<sup>24</sup> konzentriert. Auch die Rechtfertigung kann ein Ziel von Vereinbarungen sein, dann allerdings adressiert nicht nur an den Vereinbarungspartner, sondern an jedermann, der berechtigt ist, das Handeln eines oder beider Partner auf seine Legitimität hin zu befragen.

Entsprechend wird die Analyse der Sachverhalte, denen man einen Ausdruck wie „Vereinbaren“ oder „Vertrag schließen oder machen“ zuspricht, in mehrere Richtungen durchzuführen sein. Es wird zu fragen sein:

1. Was tun Menschen, die etwas miteinander vereinbaren?
2. Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit Menschen etwas vereinbaren?
3. Welche Ziele werden mit dem Vereinbarungshandeln wem gegenüber verfolgt?

---

<sup>24</sup> Dies umfasst auch die Frage nach der Legitimation des vertraglichen Handelns selbst.

---

4. Was macht Vereinbarungen funktional, d.h. unter welchen Voraussetzungen sind sie bezüglich ihrer Ziele erfolgreich?

Beim Versuch, diese vier Fragen zu beantworten, werden den Akteuren Fähigkeiten zu unterstellen sein.

Der Methodische Konstruktivismus verzichtet beim Aufbau von Begründungszusammenhängen auf die Hypostasierung intrapsychischer Gegebenheiten<sup>25</sup>. In diesem Zusammenhang ist es deshalb nötig, ein Verständnis von „Fähigkeiten“ zu explizieren, das mit dem Paradigma des Methodischen Konstruktivismus vereinbar ist. Deshalb sollen unter „Fähigkeiten“ solche personalisierbaren Prädikatore<sup>26</sup> verstanden werden, die Akteure im Zusammenhang mit Interaktionen den beteiligten Partnern wechselseitig zusprechen. Als Beispiel mag dafür die Unterstellung stehen, dass in einer Frühstücksszene die eine Person die andere bittet, den Kaffee zu reichen. Diese Bitte wird formuliert, weil die bittende Person unterstellt, dass die adressierte Person zum einen die Bitte versteht und zum anderen praktisch in der Lage ist, diese zu erfüllen.

---

<sup>25</sup> Zur methodisch-konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Mentalismus siehe (Gethmann 2007, 185 ff.):

„Der Anti-Mentalismus besteht nicht in einer Nicht-Existenzbehauptung (des Mentalen); Nicht-Existenzbehauptungen sind logisch Allbehauptungen und somit ohnehin sehr schwer zu begründen. Der Anti-Mentalismus beinhaltet vielmehr eine *Funktionslosigkeitsbehauptung*: Würde man die Existenz einer mentalen Sphäre unterstellen, dann würde diese sich zur lingualen methodisch und ontologisch parasitär verhalten, weil sie als inneres Sprechen interpretiert werden müßte, damit die „äußere“ Sprache wiederum als ihr „Aus-druck“ erscheinen kann.“ (Gethmann 2007, 194)

<sup>26</sup> Das Verfahren der Prädikation ist ausführlich beschrieben im Logikkapitel des „Lehrbuchs“ (Lorenzen 1987, 25 ff.). Fähigkeiten als Eigenschaften, die einer Person zugesprochen werden, scheinen – anders als Tat- oder Dingprädikatore – die Besonderheit aufzuweisen, dass sie etwas zusprechen, was in der Situation des Zusprechens nicht aktualisiert sein muss, sondern sozusagen potentiell gilt. Damit ist der Unterschied markiert zwischen „Peter singt“ und „Peter kann singen“. Im letzten Fall ist von einer Fähigkeit zu sprechen, deren Nachweis durch Aufforderung und Aktualisierung erbracht werden kann.



Dem Adressaten werden also handlungslogisch die Fähigkeiten unterstellt, Sätze der deutschen Sprache zu verstehen und eine Kaffeekanne über eine gewisse Entfernung unfallfrei zu transportieren.

Der adressierenden Person kommt in der aktuellen Situation wahrscheinlich nicht in den Sinn, über die intrapsychische Existenz dieser Kompetenzen zu sinnieren, sondern sie hat einfach die pragmatische Erwartung, dass ihr der Kaffee zugereicht wird.

Im Kern geht es also darum, dass Menschen in bestimmten Kommunikationssituationen spezifische Erwartungen an ihr eigenes und an das Verhalten anderer Kommunikationspartner haben. Werden diese Erwartungen „enttäuscht“, gilt dies als Kommunikationsstörung, die nach einer Klärung z.B. in Form einer Verhaltensbegründung verlangt.

Hier geht es somit nicht um Introspektionen, sondern um Präsuppositionen. Gesprächspartner präsupponieren wechselseitig, dass sie ihre Äußerungen nicht nur der Sache nach verstehen, sondern dass sie sich auch in die jeweilige Rolle des Anderen hineinversetzen können. Stellen sie im Gesprächsverlauf fest, dass dies nicht zutrifft, melden sie eine Kommunikationsstörung an.

Das präsuppositionale Konzept personaler Fähigkeiten beschreibt also Aspekte, die man im Rahmen einer mentalistischen Theorie als intrapersonal versteht, als Erwartungen an eigene oder fremde Handlungsvollzüge, auf die man sein kommunikatives Handeln orientiert. Man handelt also unter der Maßgabe der Unterstellung, der Mitakteur würde in der Lage sein, selbstbewusst und rational Entscheidungen zu treffen und entsprechend zu handeln. Diese präsuppositionale Struktur wird im aktuellen Handlungsvollzug erst dann thematisch, wenn eine Störung vorliegt, also eine unerwartete Handlung eintritt.

## 2.2 Terminologische Anmerkungen

Die Verwendung eindeutiger Ausdrücke ist die Basis für die Vermeidung von Missverständnissen<sup>27</sup>. Auch in dieser Hinsicht orientiert sich diese Arbeit am Methodischen Konstruktivismus. Für die Bezeichnung der in Sprachhandlungen agierenden Parteien werden die Bezeichnungen „Proponent“ und „Opponent“<sup>28</sup> gewählt. Diese aus der dialogischen Logik stammenden Begriffe kennzeichnen jeweils die Position der Eröffnung, des Beginns der Sprachhandlungssequenz (die Proponentenrolle) und die der Entgegnung (die Opponentenrolle). Mit dieser Begriffswahl wird hier allerdings nicht ein Antagonismus zwischen diesen beiden Rollen<sup>29</sup> unterstellt, der Opponent ist also nicht zwangsläufig mit der Aufgabe der Widerlegung betraut, er kann, wie in der le-

---

<sup>27</sup> Dazu gehört selbstverständlich der Versuch einer geschlechtergerechten Sprache. Dieser Versuch wird in dieser Arbeit unternommen, stößt aber immer wieder an sprachliche und sprachlogische Grenzen. Für diese Unzulänglichkeit bittet der Autor um Entschuldigung und weist darauf hin, dass mit der Verwendung des grammatischen Geschlechts bei personaler Referenz immer alle Geschlechter gemeint sind, es sei denn, an der betreffenden Stelle wird ausdrücklich differenziert.

<sup>28</sup> Die Unterscheidung zwischen „Proponent“ und „Opponent“ ist eine für den Methodischen Konstruktivismus fast klassisch zu nennende Rollenzuordnung. Lorenzen verwendet diese Zuordnung bereits 1962 (Lorenzen 1962, 21). Mit den Bezeichnungen Proponent und Opponent sind handlungs- bzw. sprachhandlungslogische Positionen und nicht Personen gemeint. Deshalb wird bei diesen und ähnlichen Bezeichnungen – auch aus Gründen der Leseökonomie – auf die Nennung beider Geschlechter verzichtet.

<sup>29</sup> Der Begriff der Rolle als komplexes Handlungsschema im Rahmen einer gesellschaftlichen Position ist ein soziologischer Terminus, der, verknüpft mit einem sozialen Status, systematisch von Ralph Linton in die soziologische Forschung eingeführt wurde:

„Der zweite Terminus (der erste Terminus ist „Status“ (JPP)), Rolle, wird so gebraucht, daß er die Gesamtsumme der Kulturmuster bezeichnet, die mit einem bestimmten Status verknüpft sind. Er umfaßt also die Einstellungen, Wertbegriffe und Verhaltensweisen, welche die Gesellschaft sämtlichen Personen zuweist, die diesen Status innehaben.“ (Linton 1974, 66)

An dieser Stelle ist der Gebrauch des Rollenbegriffs umgangssprachlich zu verstehen, da mit Proponent und Opponent lediglich zwei sprachlogisch auseinander zu haltende Positionen gekennzeichnet werden.

---

bensweltlichen Praxis auch, einer Aufforderung des Proponenten sofort zustimmen. Damit wäre allerdings die Sprachhandlungssequenz für diesen Fall sofort beendet.

Für eine Redehandlungssequenz, in der der Proponent und der Opponent wechselnd interagieren<sup>30</sup>, wird der Ausdruck „Diskurs“ verwendet.

Zur Kennzeichnung eines noch nicht gerechtfertigten Zwecks einer Handlung wird von Lorenzen der Ausdruck „Begehren“, bzw. „Begehrung“ verwendet:

„Mit einem etwas altertümlichen Wort sei das Streben, das wir durch unser Handeln unterstützen, ein Begehren genannt. (...) Terminologisch sei Begehren von Bedürfnis so unterschieden, daß nur die als Zwecke anerkannten Begehrungen „Bedürfnisse“ heißen.“ (Lorenzen 1987, 263)

Die vorliegende Untersuchung folgt dieser Unterscheidung zwischen Begehrung und Bedürfnis, bzw. Bedarf.<sup>31</sup> Ein Bedarf oder ein Bedürfnis ist eine Begehrung, die als legitim anerkannt ist. Auch dies entspricht der Terminologie Lorenzens:

„Terminologisch sei Begehren von Bedürfnis so unterschieden, daß nur die als Zwecke anerkannten Begehrungen „Bedürfnisse“ heißen. (Lorenzen 1987, 263)<sup>32</sup>

Ebenfalls wird die Unterscheidung zwischen Handlung und Widerfahrnis bedeutsam sein. Als „Handlung“ werden die Regungen einer Person verstanden, für die sie re-

---

<sup>30</sup> Die präzisen von Gethmann (Gethmann 2008, 144) explizierten Regeln werden an anderem Ort zitiert, siehe Kap. 3.2.3, S. 68.

<sup>31</sup> An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass mit „Begehren“ und „Bedürfnis“ nicht „zwingend ein mentalistischer Redekontext unterstellt“ (Gethmann 2008, 141) werden muss.

<sup>32</sup> Wie Begehren und Bedarf terminologisch präzise gefasst und formalisiert werden kann, zeigt Peter Kroepe, siehe (Kroepe, Friedrich et al. 2002, 25 - 29).

---

chenschaftspflichtig gemacht wird oder gemacht werden kann (Janich 2001, 27). Als „Widerfahrnis“ werden solche Geschehnisse bezeichnet, die Menschen zustoßen (Janich 1993, 8). Widerfahrnisse umfassen nicht nur die Folgen eigenen und fremden Handelns, sondern alle anderen Geschehnisse, auf die eine Person handelnd reagiert. Da nur anhand einer Folgehandlung erkennbar ist, ob ein Geschehen die Qualität eines Widerfahrnisses hat, ist daraus zu folgern, dass jedes Widerfahrnis eine Handlung auslöst. Damit orientiert sich diese Arbeit an der Begriffsverwendung Peter Janichs.

Zur Unterscheidung zwischen Proponenten und Opponenten wurde bereits mit dem Ausdruck „Rolle“ operiert und in der Fußnote auf Ralph Linton (Linton 1974) verwiesen. Der Zusammenhang zwischen der soziologischen Kategorie der „Rolle“ und der hier bedeutsamen Thematisierung von „Präsupposition“ oder „Erwartung“ wird besonders bei Ralf Dahrendorf deutlich, der in seinem klassischen Text „Homo Sociologicus“ die Beziehung zwischen Rolle und Erwartung wie folgt bestimmt:

„Wenn wir von sozialen Rollen sprechen, dann ist stets nur von erwartetem Verhalten die Rede, d.h. von dem Einzelnen, der sich außer ihm bestehenden Ansprüchen gegenübersteht bzw. der Gesellschaft, die den Einzelnen mit gewissen Ansprüchen konfrontiert. Die Vermittlung von Einzelem und Gesellschaft geschieht nicht schon dadurch, daß der Einzelne handelt oder soziale Beziehungen unterhält, sondern erst durch die Begegnung des handelnden Einzelnen mit vorgeprägten Formen des Handelns.“  
(Dahrendorf 2010, 36)

Die soziologische Rede von „sozialen Rollen“ lässt sich handlungstheoretisch übersetzen in ein Konzept präsuppositional strukturierter Interaktion. Handlungen sind in diesem Zusammenhang zu verstehen als gerichtete Tätigkeiten, die sowohl explizite als auch implizite Voraussetzungen haben. Explizit sind Voraussetzungen dann, wenn sie entweder vor der Handlung oder handlungsbegleitend kommuniziert werden. Implizite Voraussetzungen sind solche, die nicht im Zusammenhang mit der Handlung

thematisiert werden, wohl aber eine Bedingung für das Handeln, nicht aber notwendigerweise für das Gelingen der Handlung sind.<sup>33</sup>

Unter Präsuppositionen ist das Gesamt der stillschweigenden Voraussetzungen zu verstehen, die in einer Kommunikationssituation als Sprachhandlung implizit eingehen. Kommunikationspartner gehen wechselseitig davon aus, dass über bestimmte Aspekte auf allen Seiten Klarheit besteht, diese also im jeweils aktuellen Diskurs nicht thematisiert werden. Dies geschieht erst dann, wenn aufgrund einer Störung augenfällig wird, dass eine solche Vorannahme unzutreffend ist. Die Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie bestimmt „Präsupposition“ folgendermaßen:

"eine (stillschweigende) Voraussetzung, die erfüllt sein muß, damit eine Aussage wahr oder falsch sein kann, bzw. eine Frage mit ja oder nein beantwortet werden kann" (Mittelstraß Bd. 3, 1996, 332)

und unterscheidet hier zwischen Präsupposition und Kontextimplikation:

"Von P.en sind als ebenfalls stillschweigende Voraussetzungen Kontextimplikationen zu unterscheiden, wie sie insbesondere im Rahmen der Theorie der Sprechakte untersucht worden sind (J.L. Austin). So erlaubt (in einem wissenschaftlichen Kontext) der Sprechakt der Behauptung die Unterstellung oder Erwartung, daß der Sprecher der Behauptung Voraussetzungen der folgenden Art erfüllt: (1) er glaubt, daß seine Behauptung wahr ist (Aufrichtigkeitsbedingung), (2) er ist bereit, seine Behauptung auf

---

<sup>33</sup> Die Frage, ob diese Voraussetzungen dem Handelnden bewusst sind, wird hier als psychologisch introspektiv ausgeklammert.

Möglicherweise lässt sich diese Problematik aufhellen, indem man hier unterscheidet zwischen Präsuppositionen, zu denen der Akteur auf Nachfrage Stellung nehmen kann, und solchen, die auf Nachfrage vorerst unbeantwortet bleiben.

---

Verlangen zu verteidigen (Ernsthaftigkeitsbedingung), (3) er ist bereit, die Folgerungen aus seiner Behauptung zu übernehmen (Konsequenzbedingung). Diese Voraussetzungen sind lediglich solche des pragmatischen Kontextes und keine Voraussetzungen für die Wahrheitsfähigkeit der entsprechenden Aussage, d.h. ihre Nichterfüllung läßt die Wahrheitsfrage unberührt. Soweit man auch im Falle dieser Kontextimplikationen von P. spricht, sollte man diese deshalb durch den Zusatz "kommunikativ" von den P. im engeren Sinne unterscheiden." (Mittelstraß Bd. 3, 1996, 334)

Bereits in der Logischen Propädeutik wird die präsuppositionale Struktur erörtert (Kamlah und Lorenzen 1992, 118 f.), und zwar im Zusammenhang mit der Frage nach "wahr" und "falsch" von Aussagen. Kamlah und Lorenzen definieren eine Aussage dann als "wahr", wenn ihr zu Recht von einem Urteilenden ein Prädikator zugesprochen wird.<sup>34</sup> Dieser Urteilende muss allerdings einige Voraussetzungen erfüllen, damit sein Urteil nicht anfechtbar ist. Kamlah / Lorenzen fassen dies in vier Bedingungen zusammen:

- Er muss die gleiche Sprache sprechen;
- er muss sachkundig sein;
- er muss gutwillig sein;
- er muss normalsinnig sein.

---

<sup>34</sup> Dies ist eigentlich eine unzulässig verkürzende Redeweise. Wahr ist eine Aussage dann, wenn sie gegen jeden Einwand zu verteidigen ist, d.h. wenn es für sie Regeln gibt, die universell anerkannt sind oder werden. Lorenzen formuliert diese Wahrheitsdefinition wie folgt:

„Als „wahr“ soll eine Aussage der Form  $\Lambda_x a(x)$  wiederum nur dann bezeichnet werden, wenn der Opponent den Dialog auf keine Weise gewinnen kann.“ (Lorenzen 1987, 61)

---

Dies sind in der Logischen Propädeutik die Präsuppositionen, um einer Person die Fähigkeit zusprechen zu können, sie sei in der Lage, einer Aussage einen Wahrheitswert zuzusprechen.<sup>35</sup>

Die Vorgabe dieser Präsuppositionen kann zum einen als Exklusionsbedingung verstanden werden, indem nur die zu einem Diskurs über "wahr" und "falsch" zugelassen werden, die genau diese Bedingungen erfüllen. Sie kann aber auch verstanden werden als Aufforderung, diese Diskursbedingungen im Vorwege einzurichten und sicherzustellen. In dieser Sichtweise ist dann dafür zu sorgen, dass Teilnehmer eines Diskurses in der Lage sind, sich diese Bedingungen anzueignen.

"Eine traditionelle Formel aufgreifend können wir sagen: Wir sprechen einem Gegenstand genau dann mit Recht den Prädikator "P" zu, wenn auch jeder andere, der mit uns dieselbe Sprache spricht und der "weder böswillig noch schwachsinnig ist", diesem Gegenstand nach geeigneter Nachprüfung den Prädikator "P" zusprechen würde. "Nicht böswillig" ist jemand, der nicht die Absicht hat, uns durch Täuschung zu schaden, der vielmehr "gutwillig" ist, unserer Frage und dem zur Frage stehenden Gegenstand aufgeschlossen. "Nicht schwachsinnig" ist im Sinne dieser Formel derjenige, der auch umgangssprachlich so genannt wird und der zugleich "seine fünf Sinne beisammenhat", der fähig ist, im Sehen - oder im Hören, je nachdem - die geeignete Nachprüfung durchzuführen - wir sagen wieder positiv: der "Normalsinnige".

---

<sup>35</sup> Es ist darüber noch nichts gesagt, wie die Bedingungen systematisch kontrolliert werden können.

---

Der befragte Beurteiler soll also dieselbe Sprache sprechen wie der Fragende, er soll als Sprachkundiger sachkundig, gutwillig und normalsinnig sein." (Kamlah und Lorenzen 1992, 118 - 119)

Die Präsuppositionen oder Handlungsimplicationen von Vereinbarungspartnern beziehen sich auf die wechselseitigen personalen Attribuierungen, also auf Sachverhalte und Kompetenzen<sup>36</sup>, die die Partner einander implizit zuschreiben, auf implizite situative Einschätzungen, auf einen gemeinsamen, vielleicht nicht voll deckungsfähigen Horizont von Zwecken und anderes mehr. Im Zuge der Kontrahierung können einige Implikationen thematisiert werden und somit Bestandteil eines expliziten vertraglichen Bedingungsgefüges werden. Andere Präsuppositionen bleiben unthematisch oder werden erst dann explizit und thematisch bedeutsam, wenn Störungen im Vertragsvollzug auftreten.<sup>37</sup>

Als personale Präsuppositionen sind Handlungsimplicationen zu verstehen, die Interaktionspartner einander unterstellen. Dazu gehören:

- eine Handlungsmächtigkeit im Rahmen der in Frage stehenden Handlungsvollzüge;
- die Fähigkeit, Handlungsziele umzusetzen und auf Störungen angemessen zu reagieren, um das Handlungsziel oder eine Alternative dennoch zu realisieren;
- die Bereitschaft, im Rahmen der vertraglichen Zusagen Konsequenzen gegen sich wirken zu lassen; dies betrifft die vertraglich zugesicherten Ereignisse ebenso wie mögliche Sanktionen bei vertragswidrigen Handlungen.

---

<sup>36</sup> Als „Kompetenz“ kann man die Fähigkeit einer Person beschreiben, nach Aufforderung eine bestimmte Handlung auszuführen.

<sup>37</sup> Welche Konsequenzen das Nichtthematisieren von Präsuppositionen haben kann, macht Paul Watzlawick deutlich: (Watzlawick 2007, 37 ff.).

---



Als situative Präsuppositionen lassen sich die unthematischen Unterstellungen bezeichnen, die die kontextuellen Bedingungen betreffen, denen unterstellt wird, dass sie Einfluss nehmen können auf das Vertragshandeln. Dazu gehören:

- allgemeine Einschätzungen, die orts- oder zeitgebunden sein können, wie die für die Vertragserfüllung oder für dessen Misslingen relevante Aspekte der Topographie, des Wetters, der Abwesenheit oder des Vorhandenseins von weiteren Akteuren usw.;
- eine Unterstellung der Legitimität des Vertragshandelns, bezogen auf einen Referenzrahmen; der Referenzrahmen kann durchaus von Vertrag zu Vertrag verschieden sein, und eine Vereinbarung kann in einer regionalen Lebenswelt<sup>38</sup> akzeptiert, in der anderen strikt untersagt sein<sup>39</sup>.

Neben dem in diesem Kapitel angesprochenen Grundbestand an Begriffen wird es im Lauf dieser Untersuchung immer wieder notwendig sein, sprachlich präzise Verwendungsweisen einzuführen. Dies wird dann an der jeweils relevanten Stelle vollzogen.

---

<sup>38</sup> Zum Begriff der Lebenswelt: siehe nachfolgendes Kapitel 2.3 S. 36 ff..

<sup>39</sup> Zum Beispiel ist der Verkauf von Rauschmitteln in einigen Regionen akzeptiert, während er andernorts verboten ist. Dies betrifft Alkohol in einigen islamischen Ländern ebenso wie Cannabisprodukte in vielen Ländern Westeuropas.

---

## **2.3 Die Lebenswelt als Ort argumentativer Fundierung**

Im vorangehenden Text ist an mehreren Stellen der Ausdruck „Lebenswelt“ verwendet worden, zum Beispiel auf Seite 15 (Kap. 1.3). Auch auf Edmund Husserl wurde bereits verwiesen (Kap. 2.1, S. 23). Die Bezeichnung „Lebenswelt“ wird in den Einzelwissenschaften nicht immer präzise benutzt und ist deshalb ohne begriffliche Klärung und Rückversicherung nicht einfach übertragbar. Deshalb sollen in einem kurzen Exkurs die Verwendungsweisen gesichtet und eine terminologische Klärung herbeigeführt werden.

Der Ausdruck „Lebenswelt“ ist in den letzten Jahrzehnten etwa ab den 70er Jahren insbesondere durch seine Verwendung in sozialwissenschaftlichen Kontexten mit der „Hinwendung der Sozialwissenschaften zum Alltag“ (Kraus 2004) zu einer wissenschaftlichen Gebrauchsvokabel geworden, ohne dass man ohne weiteres in der Lage wäre, präzise ihren Bedeutungsgehalt anzugeben.

Dennoch lässt sich der Bedeutungskern auf „selbstverständlicher Umgang“, „Alltäglichkeit“ und „Selbstvergessenheit“ fokussieren. Dies sind auch die Bedeutungsnuancen, welche mitschwingen, wenn von Lebenswelt in der Sozialwissenschaft gesprochen wird.

Gemeint ist in der Regel der spezifische soziale Raum, in dem sich abgrenzbare Gruppen aufhalten. Die Bezeichnung hat also etwa die Bedeutung von „Habitat“<sup>40</sup>, wie die Biologie und die Anthropologie dies nennen würden. Den Begriff der Lebenswelt für die Sozialwissenschaft erschlossen, so lässt sich behaupten, hat Alfred Schütz, der darunter Folgendes versteht:

---

<sup>40</sup> Eine Begriffsdefinition findet sich z.B. (Nehring und Albrecht 2000, 78).

---

„Unter alltäglicher Lebenswelt soll jener Wirklichkeitsbereich verstanden werden, den der wache und normale Erwachsene in der Einstellung des gesunden Menschenverstandes als schlicht gegeben vorfindet. Mit schlicht gegeben bezeichnen wir alles, was wir als fraglos erleben, jeden Sachverhalt, der uns bis auf weiteres unproblematisch ist.“ (Schütz und Luckmann 1979, 25)

Auch wenn in den Einzelwissenschaften – vielleicht aufgrund der Multiperspektivität der verschiedenen Forschungsinteressen – die begriffliche Präzision leidet, so finden sich dort dennoch viele Aspekte wieder, die schon zum Definitionsrahmen bei Edmund Husserl gehören.

Zum Beispiel findet sich auch bei Husserl der Habitat-Charakter der Lebenswelt, allerdings nicht unter der Perspektive sozialer Gruppen; eine solche Differenzierung liegt nicht auf der Linie des Husserlschen Erkenntnisinteresses. Für ihn im Fokus ist die subjektive Zugangsweise des Wissens von der Welt. Die Bedeutung der Subjektivität verweist auf das Grundmotiv phänomenologischen Philosophierens. Besonders prägnant formuliert Husserl dies zu Beginn seiner Vorlesungen „Grundprobleme der Phänomenologie“ aus dem Winter 1910/1911:

„„Ich“, das bedeutet für jeden von uns etwas Verschiedenes, für jeden die ganz bestimmte Person, die den bestimmten Eigennamen hat, die ihre Wahrnehmungen, Erinnerungen, Erwartungen, Phantasievorstellungen, Gefühle, Wünsche, Wollungen erlebt, die ihre Zustände hat, ihre Akte vollzieht, ferner die ihre Dispositionen hat, ihre angeborenen Anlagen, ihre erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten usw. Jedes Ich hat die seinen, und natürlich gehört dabei in diesen Kreis auch das jeweilige Vorfinden selbst, in welchem eben das betreffende Ich das und jenes vorfindet, von dem hier in allgemeiner Weise die Rede ist.“ (Husserl 1992, 16)

Auch wenn das heutige unter Phänomenologie zusammengefasste Philosophieren kaum überschaubar ist, so kann man doch Elisabeth Ströker folgen (Ströker und Janssen 1989, 19), die einen „allgemein zustimmungsfähigen Bezugsrahmen“ ausmacht. Danach ist Ausgangspunkt dieser philosophischen Perspektive die von Franz Brentano übernommene Idee der Intentionalität<sup>41</sup>. Mit diesem Begriff ist eine zentrale Kategorie angesprochen, die den Gegenstand zum Phänomen macht. Mit der Intentionalität ist die Tatsache gemeint, dass Bewusstsein immer Bewusstsein von etwas ist. Das Wahrnehmungskonzept der vorphänomenologischen Philosophie ging von einer schlichten Gegenstandsrepräsentation aus<sup>42</sup>. Oder sie unterschied – wie in der Philosophie Kants – zwischen „phaenomena“ und „noumena“.<sup>43</sup> In jedem Fall ging es um eine Gegenstandsabbildung.

Zur Unterscheidung von „phaenomena“ und „noumena“ schreibt Kant in der Kritik der reinen Vernunft:

„Gleichwohl liegt es doch schon in unserem Begriffe, wenn wir gewisse Gegenstände, als Erscheinungen, Sinnenwesen (phaenomena) nennen, indem wir die Art, wie wir sie anschauen, von ihrer Beschaffenheit an sich selbst unterscheiden, daß wir dieselbe nach dieser letzteren Beschaffenheit, wenn wir sie gleich in derselben nicht anschauen, oder auch andere mögliche Dinge, die gar nicht Objekte unserer Sinne sind, als Gegenstände bloß

---

<sup>41</sup> Zur Philosophie Franz Brentanos siehe (Kastil 1951, 45 ff.).

<sup>42</sup> Ein interessantes Beispiel ist der Artikel „Wahrnehmung“ im Philosophischen Wörterbuch (Brugger und Schöndorf 2010, 563), in dem lediglich der Vorgang des Informationseingangs durch die Sinne und die informationelle Weiterverarbeitung aus psychologischer Sicht im Sinne eines technischen Verfahrens beschrieben wird.

<sup>43</sup> Die Trennung zwischen „Erscheinung“ und „Wesen“ ist seit der Platon zugesprochenen Ideenlehre ein philosophisches Thema. Zur Diskussion der Ideenlehre siehe (Mittelstraß Bd. 2, 1996, 184) und (Natorp 1994).

---

durch den Verstand gedacht, jenen gleichsam gegenüber stellen, und sie Verstandeswesen (noumena) nennen.“ (Kant 1981, 276 f.)

Mit Brentano und in der Konzentration auf den intentionalen Aspekt in der Phänomenologie Husserls wird die besondere Erscheinungsweise des Gegenstandes in den Blick genommen. Der Gegenstand – oder in der spezifischen Erscheinungsweise das Phänomen – erscheint nie in Gänze, sondern immer nur in der dem Betrachter zugewandten Seite. Auch variiert das Phänomen in der Erscheinungsweise der Wahrnehmung, Erinnerung, Protention und Vorstellung. Wahrnehmung ist immer intentional im Sinne einer Gerichtetheit<sup>44</sup>.

Nach Husserl ist die Erscheinung immer ergänzungsbedürftig. Die Erkenntnis in der „natürlichen Einstellung“ kann nicht vollständig den Gegenstand erfassen:

„Mag ein Ding mit noch so gutem Grund als daseiend erfahren sein und im Lauf des weiteren Erfahrens sich seinem Dasein nach bestätigen und sich erfahrungswissenschaftlich bestimmen lassen, immerfort bleibt es für die Erkenntnis gewissermaßen blosse Daseinspräntention.“ (Husserl 1992, 49)

In der natürlichen Einstellung ist man ganz bei den Gegenständen, die Besonderheiten der Erscheinungsweisen (die Noesis, wie Husserl sie nennt) kommen nicht in den Blick. Man ist, wie Husserl sich ausdrückt „verschossen“ in die Lebenswelt.

Klaus Held beschreibt diese Haltung als „subjektvergessen (...), weil das Andere zum Subjekt, der Gegenstand, gewissermaßen unsere Aufmerksamkeit absorbiert: Die Subjektvergessenheit ist ein Verschossensein – das ist ein Ausdruck Husserls – in den Gegenstand“ (Held 1991, 84).

---

<sup>44</sup> Siehe auch (Mittelstraß Bd. 2, 1996, 259).

---

In dieser von Husserl als „mundan“ (Husserl 2009, Nachwort 140) bezeichneten Haltung wird die subjektive Seite, die bei einer Thematisierung der Gegebenheitsweisen zu reflektieren ist, schlicht vergessen. Lebensweltlich lebt man nach Husserl im Zustand der Selbstvergessenheit, ist also ganz bei den Gegenständen. Nach Husserl hat die Philosophie die Aufgabe aufzuzeigen, wie der Mensch in seinem Sein vollverantwortungsfähig existieren kann. In der Mundanität – im Verschossensein in die Objekte – ist dieser Anspruch nicht einzulösen.

Es gilt nach Husserl, den Blick von den Gegenständen ab- und ihn den Erscheinungsweisen zuzuwenden. Um diesen Umstieg zu vollziehen, muss die Mundanität in irgendeiner Weise in Frage gestellt sein. Dies geschieht durch eine Störung der Handlungsvollzüge. Husserl greift damit auf den philosophischen „Startmodus“ der klassisch-antiken Philosophie zurück, auf den Platon im Theaitetos (Platon 1989, 115d) verweist:

„Das Staunen ist die Einstellung eines Mannes, der die Weisheit wahrhaft liebt, ja es gibt keinen anderen Anfang der Philosophie als diesen.“

Mit Aristoteles wird die Brücke zu Husserls zentralem Problem geschlagen. In der Metaphysik (Aristoteles 2007, 982 b 11ff.) macht er deutlich, wie mit Hilfe des Wunders (thaumāzein) aus bloßer Meinung über die Irritation die Motivation für den gesicherten Wissenserwerb entsteht.

„Denn das Staunen war den Menschen jetzt wie vormals der Anfang des Philosophierens, indem sie sich anfangs über das nächstliegende Unerklärliche verwunderten, dann allmählich fortschritten und auch über Größeres Fragen aufwarfen (...).“

Diese Unterbrechung der alltäglichen Vollzugsweisen ist nach Aristoteles nicht nur der Anfang des Philosophierens, sondern der Wissenschaft generell. Mit dieser Unterbrechung der Mundanität selbst ist aber außer Verwirrung jedoch noch nichts gewonnen,

wenn dem nicht etwas folgt, was als Verfahren die „Meinung“ (doxa) in ein Wissen verwandelt. Das von Husserl empfohlene Verfahren ist die sogenannte „eidetische Reduktion“. Ein alle Arbeitsschritte durchziehendes Grundmuster, das auch im ersten Schritt – der eidetischen Reduktion – zu finden ist, ist die Epoché. Damit ist das systematische Absehen von Aspekten der Objekte gemeint, um das herauszuarbeiten, was das Wesen der Phänomene – ihr Eidos – ausmacht.

Wuchterl (Wuchterl 1999, 198) beschreibt dieses Verfahren in seinem Buch „Methoden der Gegenwartsphilosophie“ in 5 Schritten:

- „1. Alles angelernte Wissen aus den theoretischen Wissenschaften, einschließlich der metaphysischen Spekulationen, alles mittelbar Erschlossenes und alles Hypothetische wird ausgeschlossen (vgl. die Atomtheorie, die formale Logik, die Metaphysik).
2. Alles durch Tradition Vermittelte und nicht selbst Erfahrene gehört nicht zum evidenten Phänomen.
3. Alles, was dem betrachteten Objekt nur auf Grund der Beziehung zu meiner speziellen Person zugeschrieben wird, aber von anderen Betrachtern nicht erfahrbar ist, muß in seiner Bedeutsamkeit zurückgestellt werden.
4. Elemente, die auch anders sein können und daher nicht denknotwendig sind, wie etwa die Farbe eines Hauses, im Gegensatz zur Tatsache, daß das Haus ein Dach hat, werden in der Epoché unberücksichtigt gelassen.
5. Schließlich wird die objektive Existenz des Erlebten zunächst zurückgestellt, weil diese als transzendentes Element per definitionem keinen Bewusstseinsinhalt darstellen kann.“

Diese eidetische Reduktion als Enthaltung ist ein Prozess, den auch die Wissenschaften mehr oder minder vollziehen, um ihre Objekte zu präparieren und zu verifizieren. Damit wird die „natürliche Einstellung“ zu den Gegenständen aufgegeben. Doch

---

schon an diesem Punkt unterscheidet sich das Forschungsinteresse der Wissenschaften von dem der strengen Philosophie. Ein entscheidendes Moment der Mundanität ist die „Verschossenheit“ in die Objekte. Zwar wird auch in den Wissenschaften durch die eidetische Reduktion das Wesentliche als Eidos des Gegenstandes herauspräpariert; das ändert jedoch nichts an der Gerichtetheit des Interesses auf den Gegenstand. Das Subjekt und mit ihm die Erscheinungsweisen – die Noesis – geraten nicht in den Blick. Hier liegt die zentrale Kritik an den Wissenschaften, die Husserl in seiner Krisis-Schrift formuliert (Husserl 1982, 53 ff.).

Der „Rückfall in die Selbstvergessenheit“ führt dazu, dass die Definitionsangebote, die für die jeweilige wissenschaftliche Perspektive auf den Gegenstandsbereich ihre Bedeutung und Gültigkeit haben, generalisiert werden und als Welterklärungsmodell Totalitätsanspruch erheben. Damit wird beispielsweise nur noch das naturwissenschaftliche Erklärungsmodell mit seinem deterministischen Kausalitätsverständnis als zulässig angesehen, um wahre Aussagen über Sachverhalte zu machen. Husserl sieht in der Totalisierung der naturwissenschaftlichen Perspektive die Gefahr des Naturalismus und für die Geisteswissenschaften die Gefahr des Historizismus.

Dies ist der Sachverhalt, den Husserl in seiner Krisis-Schrift analysiert. In „§ 2 Die positivistische Reduktion der Idee der Wissenschaft auf bloße Tatsachenwissenschaft. Die „Krisis“ der Wissenschaft als Verlust ihrer Lebensbedeutsamkeit“ bestimmt er den Kern des Problems:

„In unserer Lebensnot – so hören wir – hat diese Wissenschaft uns nichts mehr zu sagen. Gerade die Fragen schließt sie prinzipiell aus, die für den in unseren unseligen Zeiten den schicksalvollsten Umwälzungen preisgegebenen Menschen die brennenden sind: die Fragen nach Sinn oder Sinnlosigkeit dieses ganzen menschlichen Daseins.“ (Husserl 1982, 4 f.)

Dies gilt nicht nur für die Natur-, sondern auch für die Geisteswissenschaften, deren Rückzug auf Tatsächlichkeit Husserl als ein besonderes Problem beschreibt:

---



„Kann aber die Welt und menschliches Dasein in ihr in Wahrheit einen Sinn haben, wenn die Wissenschaften nur in dieser Art objektiv Feststellbares als wahr gelten lassen, wenn die Geschichte nichts weiteres zu lehren hat, als daß alle Gestalten der geistigen Welt, alle den Menschen jeweils haltgebenden Lebensbedingungen, Ideale, Normen, wie flüchtige Wellen sich bilden und wieder auflösen, daß es so immer war und sein wird, daß immer wieder Vernunft zum Unsinn, Wohltat zur Plage werden muß? Können wir uns damit beruhigen, können wir in dieser Welt leben, deren geschichtliches Geschehen nichts anderes ist als eine unaufhörliche Verkettung von illusionären Aufschwüngen und bitteren Enttäuschungen?“  
(Husserl 1982, 5)

Nach Husserl verbleiben die Wissenschaften in einem gefährlichen Zustand der Naivität, weil sie die Epoché nicht radikal vollziehen und damit wieder in die Selbstvergessenheit zurückfallen. Nicht nur geraten so die transzendentalen Bedingungen nicht in den Blick, die nur in der Analyse der Subjekt-Objekt-Beziehung zugänglich werden. Mit der Orientierung auf den Objektbereich verpasst man auch die Thematisierung der Lebenswelt selbst. In der mundanen und der wissenschaftlichen Einstellung werden die Gegenstände in der Lebenswelt thematisiert, bei einer Analyse des objektiven Gegenstandsbereichs werden immer nur die Sachverhalte in der Lebenswelt erreicht, nicht aber die Lebenswelt als Lebenswelt selbst thematisiert.

Durch diesen Gegenstandsbezug, der selbst nicht in seiner Orientierung hinterfragt wird, zeigt sich der Charakter der Lebenswelt als Horizont thematisierbarer Sachverhalte und Ereignisse. Sie hat damit die Funktion einer Bühne, die auch immer weiter in ihrem Hintergrund bespielt wird. Die Bühne selbst in ihrer Struktur wird nicht Gegenstand der Reflexion. Die transzendente Reduktion, in der nicht nur das Sein der Gegenstände, sondern vor allem auch das Sein des gesamten Objektbereichs als Objektbereich – als Lebenswelt – eingeklammert wird, ermöglicht das Absehen von der ob-

---

jektiven Seite und das Fokussieren der transzendentalen subjektiven Seite. Damit geraten die Konstitutionsbedingungen auch der Lebenswelt in den Blick.

„Die zum Wesen der natürlichen Einstellung gehörige Generalthese setzen wir außer Aktion, alles und jedes, was sie in ontischer Hinsicht umspannt, setzen wir in Klammern: also die ganze natürliche Welt, die beständig „für uns da“, „vorhanden“ ist, und die immerfort dableiben wird als bewußtseinsmäßige „Wirklichkeit“, wenn es uns auch beliebt, sie einzuklammern. Tue ich so, wie es meine volle Freiheit ist, dann negiere ich diese „Welt“ also nicht, als wäre ich ein Skeptiker; aber ich übe die „phänomenologische“ *ἐποχή*, die mir jedes Urteil über räumlich-zeitliches Dasein völlig verschließt.“ (Husserl 2009, 65)

Der Rückfall der Wissenschaften in die Mundanität mit ihrer entsprechenden Objektifizierung, wie er in der Krisis-Schrift<sup>45</sup> problematisiert wird, hat zur Folge, dass die Wissenschaften außerstande sind, ihre eigenen Konstitutionsbedingungen zu reflektieren. Damit sind sie außerstande, nachzuvollziehen, dass jede wissenschaftliche Konstruktion letztlich lebensweltlich fundiert ist, aber auch als tradiertes Wissen zum Sediment von Lebenswelt wird.

Darin besteht für Husserl der besondere Konflikt, den er in der Krisis-Schrift analysiert. Mit ihrem Totalitätsanspruch der Welt- und Daseinsdeutung prägen die Wissenschaften auch die nicht thematisierte lebensweltliche Einstellung. Umso wichtiger ist es, mit Hilfe des phänomenologischen Methodeninventars, die Lebenswelt in ihren Konstitutionsbedingungen zu thematisieren, um auch so die Relevanz pluraler Sinn-

---

<sup>45</sup> (Husserl 1982).

---

deutungen zu erhalten und ein Bewusstsein für die historischen Wurzeln und Entfaltungen elaborierter Wissenskulturen zu schaffen.

## **2.4 Die alltägliche Praxis als Anfang einer methodischen Untersuchung**

In der „natürlichen Einstellung“<sup>46</sup> wird unterstellt, dass die Gegenständlichkeit der Welt für alle Menschen gleich „objektiv“ gegeben ist. Ebenso wird davon ausgegangen, dass der Andere ähnlich wie die eigene Person denkt und fühlt. Diese Unterstellungen der natürlichen Einstellung durchziehen die Lebenspraxis und sind in ihrer Bewältigung in der Regel erfolgreich. Dennoch ist die Erfahrung des Irrtums bekannt, die sich dann einstellt, wenn die die Lebenspraxis leitenden Unterstellungen<sup>47</sup> durch explizite Verneinung des Anderen, durch nicht viable Bestandserfahrungen (wenn sich ein Sachverhalt anders verhält als erwartet) oder durch andere unerwartete Ereignisse versagen. Das sind Zustände für die sprachlich Formulierungen wie „erschrecken“, „sich wundern“, „enttäuscht sein“, „nicht begreifen“ usw. zur Verfügung stehen. Zur Lebenswelt gehört neben dem routinierten Agieren und Verstehen auch die „Fremderfahrung“, die sich gegenständlich im Scheitern von Handlungsvollzügen und in der Kommunikation im Nichtverstehen thematisiert.

In vorausgegangenem Kapitel 2.3 (S. 36 ff.) wurde bereits auf den Zusammenhang des Staunens mit dem Beginn des systematischen Reflektierens als Philosophie bei Platon und Aristoteles verwiesen.

---

<sup>46</sup> Die „natürliche Einstellung“ ist ein Ausdruck, den Husserl verwendet. Die „Allgemeine Einführung in die reine Phänomenologie“ beginnt mit der Analyse dieser Haltung als Basis empirischer Erkenntnis (Husserl 2009, 11 ff.).

<sup>47</sup> Dies ist das Feld der praktischen Implikationen oder – sprachlogisch gewendet – der Präsuppositionen, das in dieser Arbeit zentrale Bedeutung haben wird. Anzumerken ist, dass die praktischen Implikationen regelhaft im Alltag nicht thematisch sind, sondern erst unter bestimmten Umständen selbst metadiskursiver Gegenstand werden, etwa im Falle eines aufzuklärenden Missverständnisses, z.B. eingeleitet mit einer interrogativen Phrase „Meintest du das so oder so?“

---

Die Option, exemplarisch auf die Alltagspraxis als Lebenswelt zu rekurren, ist danach nur der erste Schritt eines Verfahrens, das nachvollziehbare Aussagen über die soziale Praxis erzeugen will. Damit ist der lebensweltliche Ort markiert, der für den Methodischen Konstruktivismus der Anfang wissenschaftlicher Arbeit ist. Dennoch gibt es ein Anfangsproblem, wie Wohlrapp beschreibt:

„Ich sehe das Anfangsproblem so: Wir haben in der Wirklichkeit unseres Redens und Handelns keine unproblematischen Schichten, von denen aus Darstellungen anfangen könnten. In der sog. Lebenspraxis ist insbesondere alles vermischt, einfachstes ist mit schwierigstem Reden und Handeln verbunden, es läuft sowohl systematisch wie auch historisch ständig alles neben- und durcheinander. Was also tun?“ (Wohlrapp 1997, 363)

Der zweite Schritt ist nach Wohlrapp ein Schnitt „(ganz ähnlich der Epoché, von der Husserl redete), der das Unproblematische vom Problematischen trennt“ (Wohlrapp 1997, 363). Doch woher stammt das Wissen, das Unproblematische vom Problematischen zu trennen? Mit Verweis auf die „Fremderfahrung“ und dem Gedanken der Unterbrechung der „natürlichen Einstellung“, wie dies im Alltag als „Staunen“ erfahrbar ist, stellt sich die Frage, wie eine solche Unterbrechung methodisch und systematisch gestaltet werden kann. Waldenfels verweist auf die damit verbundene Problematik, die mit der Ambivalenz der Fremderfahrung zusammenhängt. In der „natürlichen Einstellung“ verfügen wir über Routinen im Umgang mit Fremdem, die einer Integration oder einer Abwehr der neuen Erfahrung dienen<sup>48</sup>. Lorenz (Lorenz 2005, 143 ff.) ordnet diese Routinen drei typischen Mustern zu, das Muster der Abgrenzung des Eigenen

---

<sup>48</sup> Interessant ist, dass im Zusammenhang mit den lebensweltlichen Bewältigungsformen von Fremdem in Form von Integration oder Abwehr Analogien zu ziehen sind zu Assimilations-, Abwehr- und Akkommodationsverfahren wie sie bei Kroepe im Zusammenhang mit seinen Untersuchungen zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein in Anlehnung an Lorenz (Lorenz 2005) thematisiert wurden (Kroepe 2010, 12).

---

gegen das Fremde, das der Assimilation des Eigenen unter das Fremde und das der Akkommodation des Fremden unter das Eigene. Diese Routinen dienen alle dazu, Alltagspraxis nach der Konfrontation mit der Fremderfahrung wieder auf das Gewohnte zurückzuführen. Dabei wird weitgehend eine Auseinandersetzung zwischen Eigenem und Fremden vermieden, oder wie Lorenz formuliert, „das Eigene oder das Fremde bleiben auf der Strecke“ (Lorenz 2005, 144).

Nach Lorenz findet in der Anwendung dieser drei typischen Muster kein wirkliches Verstehen statt. Ihm geht es darum,

„etwas Neues, ein noch Unvertrautes der ‚Reflexionsstufe‘, wie man sagt, wenn man sich auf sich selbst bezieht, aufzusuchen, insbesondere die Rede vom Eigenen und vom Fremden im Blick auf das, was man zunächst ‚eigen‘ und ‚fremd‘ genannt hat, noch einmal zu erfinden.“ (Lorenz 2005, 146)

Als ein viertes Muster beschreibt Lorenz den Dialog mit der Ich-Rolle und der Du-Rolle. Durch Zuweisung spezifischer Funktionen und damit verbundener Positionen und Aufgaben, gewinnt dieses Muster den Charakter eines methodischen Verfahrens, das in der Konfrontation mit Fremdem Lernen ermöglicht:

„Es wird nämlich möglich, als ein viertes Muster der Auseinandersetzung zwischen Ich und Du, das dabei als Prototyp der Auseinandersetzung zwischen Eigenem und Fremdem gelten kann, die Entwicklung von Umgangsweisen mit dem Eigenen und dem Fremden in Gestalt von Ich-Rolle und Du-Rolle bei agierendem Ich und bei reagierendem Du zu setzen. Es sind dies, unter Umständen auch nur geringfügig, aber distinkt, neuartige Umgangsweisen, die sich durch ein Voneinander-Lernen ergeben, wie es in Geschichte und Gegenwart praktisch ohnehin ständig ausgeübt, aber auch theoretisch immer wieder einmal herangezogen wird.“ (Lorenz 2005, 149 f.)

Das Zuordnungsschema, das Lorenz hier entwirft, könnte man tabellarisch wie folgt darstellen:

Rollenverteilung	Ich-Rolle	Du-Rolle
Handlungsfolge	Aktion	Reaktion
Diathese (Handlungsrichtung)	aktiv	passiv
Perspektiven	innen	außen
	Aktion	Reflexion
	singulärer Handlungsvollzug	universales Handlungsbild
	etwas sagen	etwas verstehen
Wissenserwerb	lehren	lernen

*Tabelle 2: Zuordnungsschema der Ich- und Du-Rolle*

Wie Lorenz feststellt, kann ein Handelnder zu sich selbst immer auch die Perspektive des Reflektierens einnehmen. Er kann von seiner Handlung berichten, sie deuten:

„Ein Handelnder verfügt beim Vollzug einer Handlung, also in der Ich-Rolle, auch über ein Bild seiner Handlung, also die Du-Rolle; und ganz entsprechend muß ein Redender – eine Malende, ein Komponierender, eine Tanzende usw. – sich beim Vollzug des Redens, also beim Etwas-Sagen und der damit über den Handlungsvollzug hinausgehenden Ich-Rolle, darauf berufen können, daß er dabei etwas meint, also auch über die zusätzliche Du-Rolle des Redehandeln, das Etwas-Verstehen, verfügt.“ (Lorenz 2005, 147)

Der Methodische Konstruktivismus empfiehlt als Anfangssituation einer Untersuchung die lebensweltliche Praxis. Es ist Lorenz darin zu folgen, dass mit Hilfe der dialogischen Orientierung ein Verfahren zur Verfügung gestellt wird, um – wie Wohl-

---

rapp es formuliert – das Problematische vom Unproblematischen zu unterscheiden (Wohlrapp 1997, 363). Für diese Arbeit bedeutet dieses Verfahren, eine Methode zur Verfügung zu haben, um die präsuppositionale Struktur der lebensweltlichen Äußerungen freizulegen.

Dabei geht es in einen ersten Schritt darum, eine Haltung der Fremdheit gegenüber den lebensweltlichen Äußerungen zu erzeugen. Dies entspricht dem von Husserl vorgeschlagenen Verfahren, der Epoché (Husserl 2009, 65 ff.). Die leitende Fragen dabei sind, was die Akteure in ihren Äußerungen als selbstverständlich voraussetzen, und ob diese Selbstverständlichkeit außer Kraft gesetzt werden kann.

In einem zweiten Schritt werden die im ersten Schritt ermittelten Präsuppositionen thematisiert und in einem dritten Schritt auf mögliche Interdependenzen befragt.

In einem vierten Schritt wird die in Frage stehende Alltagssituation mit Hilfe des präsuppositionalen Gefüges generalisiert. Dies wird sich in dieser Arbeit darin ausdrücken, so ist zu hoffen, dass eine Antwort möglich ist, inwieweit das Kontrahieren eine geeignete Möglichkeit der Legitimation pädagogischen Handelns sein kann.

Für die Praxis des Kontrahierens könnte dieses Verfahren bedeuten, als Epoché erst einmal in Frage zu stellen, was im Alltagsvollzug als selbstverständlich gilt. Warum muss man sich mit anderen Personen vereinbaren? Die „Du-Rolle“ befragt in ihrer reflektierenden Haltung das Vereinbarungshandeln, wobei die Zwecke deutlich werden, die mit dieser besonderen Praxis erreicht werden sollen.

Für den Fortgang dieser Untersuchung werden im ersten Schritt die Praxen des Kontrahierens zu beschreiben sein:

Es muss Auskunft gegeben werden, was eine Praxis des Vereinbarens ist. In diesem Zusammenhang wird ein Modell der Verhandlung präsentiert. Im Verständnis dieser Arbeit ist eine Vereinbarung / Bündnis / Kontrakt / Vertrag, ob schriftlich fixiert oder



mündlich ausgesprochen, das Resultat des Vereinbarungshandelns, das als „Verhandeln“ bestimmt wird. Es ist daher wichtig, diesen Vorgang näher zu beleuchten.

Diese vertraglichen Bezeichnungen werden vorläufig synonym gebraucht. Eine mögliche Differenzierung könnte wie folgt aussehen: Als Oberbegriff bietet sich der Ausdruck „Kontrakt“ an. Verträge, Bündnisse und Vereinbarungen sind Kontrakte. Verträge betreffen Kontrakte, in denen ein Leistungsaustausch zwischen den Akteuren vollzogen wird. Bündnisse sind Kontrakte, in denen ein gemeinsames Ziel oder eine gemeinsame Handlung verabredet werden. Als Vereinbarungen sind die in Verträgen oder Bündnissen konkret getroffenen Absprachen zu bezeichnen. An dieser Stelle ist diese Unterscheidung noch nicht relevant.

Zwei weitere Aspekte ergänzen dann das Verständnis vertraglicher Praxis. Zum einen soll Auskunft gegeben werden, wie Kontrakte in ökonomischen und pädagogischen Praxen bestimmt und verwendet werden. Zum anderen ist es interessant, einen Blick auf Vertragskonstruktionen zu werfen, wie sie in der politischen Philosophie konstruiert werden. Exemplarisch werden die Konzepte von Thomas Hobbes, Jean-Jacques Rousseau und John Rawls in ihren Grundzügen vorgestellt und diskutiert. In diesem Zusammenhang wird auch die Kritik an Hobbes durch die englischen Empiriker Locke und Hume anzusprechen sein, aber auch die Position Kants zur Funktion des Kontraktualismus.

Aus diesem ersten Schritt der Praxisbeschreibung steht ausreichend Material zur Verfügung, um die dem Kontrahieren zugrundeliegenden Präsuppositionen aufzudecken und zu reflektieren. So könnte dies im Vorgriff für die schulische und sozialpädagogische Praxis zum Beispiel bedeuten, das folgende Fragen thematisiert werden:

- Ist ein Kontrakt das richtige Instrument, um besondere pädagogische Handlungen zu rechtfertigen? Müssen bestimmte Vorbedingungen gestaltet werden, um dies zu erreichen und um die Gefahr einer scheinbaren Rechtfertigung zu minimieren?

- Sind die Schülerinnen und Schüler / Klientinnen und Klienten als potentielle Vertragspartner in einer Gleichgewichtssituation gegenüber ihrer kontrahierenden Partei (z.B. der Lehrerschaft)?
- Sind Reziprozitätsnormen erfüllt, deren Erfüllung die Vertragspartner wechselseitig zwar erwarten, nicht aber thematisieren?
- Haben beiden Vertragsparteien die gleichen Überzeugungen, was sie als gerecht empfinden?

Damit ist ein methodisches Vorgehen in vier Schritten präpariert:

1. Epoché als Erzeugen von Fremdheit,
2. Aufdecken der Präsuppositionen: Ermittlung der nichtthematischen Bedingungen,
3. Präsuppositionale Struktur: Analyse der präsuppositionalen Interdependenzen,
4. Generalisierung: Rekonstruktion der in Frage stehenden Interaktion als Handlungsschema.

Das hier beschriebene Verfahren entspricht dem methodisch-konstruktivistischen Programm der faktischen und normativen Genese<sup>49</sup>, auf das Peter Kroepe hinweist:

---

<sup>49</sup> Ausführlich zur faktischen und normativen Genese siehe (Lorenzen und Schwemmer 1975, 280 ff.) und (Wetzel 2004, 59 f.). Bei Lorenzen und Schwemmer wird differenziert zwischen der faktischen, der historischen und der kritischen Genese von Normensystem. Dies geschieht insbesondere unter dem Gesichtspunkt, bei Beratungsprozessen, die große Populationen betreffen, auch die Interessen der Menschen einzubinden, die faktisch am Beratungsprozess nicht teilnehmen können., wohl aber von den zu beratenden Problemlagen und den Folgen betroffen sein können (Lorenzen und Schwemmer 1975, 274).

---

„Während in der faktischen Genese festgestellt wird, wie Normen historisch entstanden sind, wird in der normativen Genese geprüft, ob in der Gegenwart vertretene Normen nach dem Prinzip der Transsubjektivität verteidigt werden und damit als gerechtfertigt gelten können.“ (Krope 2009, 40)

### 3 Der Kontrakt

#### 3.1 *Die Praxen des Kontrahierens*

In einem ersten Schritt gilt es die verschiedenen Praxisfelder aufzusuchen, in denen Handlungen vorkommen, die man als „Vereinbaren“ bezeichnet<sup>50</sup>. Hier liegt es sicher nahe, zuerst an ökonomische Praxen des Waren- und Leistungsaustauschs zu denken. Vereinbarungshandeln liegt aber auch schon dort vor, wo gemeinsame Tätigkeiten abgestimmt werden sollen, also z.B. als Verabredung für ein gemeinsames Vorhaben.

Was tun Personen, die sich miteinander verabreden, um zu einem bestimmten Zeitpunkt miteinander Essen zu gehen?

Person A schlägt Person B vor, gemeinsam essen zu gehen und schlägt, Zeitpunkt und Ort vor.

Person B willigt ein.

Damit ist zwischen den Personen A und B eine Vereinbarung getroffen.

Zwar sind die Personen austauschbar, aber angenommen, Person B erwartet Person A zum angegebenen Zeitpunkt am richtigen Ort. A verspätet sich, ohne B darüber zu informieren.

Bei Eintreffen von Person A wird Person B sie auf ihre Verspätung hinweisen und möglicherweise eine Begründung einfordern, warum A sich nicht an die Verabredung gehalten hat.

---

<sup>50</sup> Eigentlich wäre es angemessen, „Kontrahieren“ zu sagen. Nur entspräche dies nicht der Alltagssprachlichen Redeweise.

---

Begründet A ihre Verspätung und akzeptiert B diese Begründung, wird B möglicherweise von denkbaren Konsequenzen absehen, wie z.B. sich zukünftig nicht mehr mit A zu verabreden.

Mit dem Eingehen einer Verabredung, mit dem Schließen einer Vereinbarung oder eines Vertrages, sind die Erwartungen der beteiligten Personen auf die Erfüllung der Vereinbarung durch die jeweils andere Person fokussiert. Tritt im Zuge der Vereinbarungserfüllung eine Störung auf, ist die Person, die aufgrund der Zusage des Vertragspartners die Erwartung einer verabredungsgemäßen Handlung hatte, berechtigt, vereinbarte oder kulturell normierte Folgehandlungen einzufordern, etwa im Falle der Verspätung eine überzeugende Begründung zu erhalten.<sup>51</sup>

Die Alltagssituation der Verabredung zeigt Merkmale, die als typisch für Kontrakte auszuweisen sind:

- Das Aussprechen einer einseitigen Aufforderung und die Zusage, dieser Aufforderung nachzukommen;
- wechselseitige Zusagen der Partner mit der Erwartung einer Handlungsverschränkung;
- Antizipation des gewünschten Handlungsprozesses;
- Regelungen zum Umgang mit Störungen.

„Etwas miteinander vereinbaren“, diese Formulierung weist darauf hin, dass das Feld des Vereinbarens, des Kontrahierens und Vertragshandelns sehr umfangreich ist. Dabei scheint es im Kern darum zu gehen, Interaktionen zwischen Akteuren so zu koordinie-

---

<sup>51</sup> Bei einer Verspätung zu einer Verabredung – wie hier exemplarisch gewählt – wird oft neben dem Einfordern einer Erklärung auch Unmut oder Verärgerung verbalisiert oder gezeigt. Man signalisiert dem verspäteten Partner, dass der Regelverstoß als Regelverstoß bemerkt wurde und nicht toleriert wird.

---

ren, dass eine gemeinsame Unternehmung erfolgreich ist, das heißt, ihren Zweck erfüllt. Handlungstheoretisch betrachtet, öffnet sich damit das gesamte Spektrum des Agierens unter der Berücksichtigung wechselseitiger Beeinflussung durch Handlungen von Ko-Akteuren.

In diesem Zusammenhang ist ein Vergleich zwischen der handlungstheoretischen Einführung von Michael Thompson (Thompson 2011) und der Peter Janichs (Janich 2001) interessant. Während Thompson mit den klassischen Beispielsätzen aus dem Bereich des Herstellens und Bewegens in das Thema einführt (Thompson 2011, 110 - 113), beginnt Janich seinen handlungstheoretischen Aufbau mit der Situation eines Kleinkindes, das eine Antwort seiner Bezugspersonen erfährt (Janich 2001, 27 ff.). Der methodisch-konstruktive Aufbau der Handlungstheorie Janichs ist von Anfang an interpersonal angelegt. Entsprechend weist Janich sein erstes Kriterium für die Definition einer Handlung aus:

„Handlung ist, was dem Handelnden als Verdienst oder Schuld von anderen Menschen zugerechnet wird.“ (Janich 2001, 28)

Die methodisch-konstruktive Handlungstheorie Peter Janichs ist, ausgehend von der lebensweltlichen Praxis, prinzipiell eine Handlungstheorie, die Ko- und Interaktionen zur Ausgangssituation ihrer Konstruktion macht. Das gemeinsame Handeln – die Interaktion – ist also nicht etwa eine handlungstheoretische Erweiterung, sondern sozusagen der Ausgangspunkt der Theorie.

Die Handlungstheorie Janichs geht wie auch schon das theoretische Konzept Kamlahs und Lorenzens nicht von einer solipsistischen Konstitution der Welt aus, sondern sie beginnt inmitten der Welt:

„Statt dessen ist allen Ernste „davon auszugehen“, daß wir „immer schon sprechen“, miteinander sprechen als Menschen unter Menschen und als Menschen in der Welt. Was wir einklammern, gleichsam vorerst auslö-

schen, sind lediglich die Sprache der Wissenschaft und damit alle Behauptungen, die in wissenschaftlicher (oder philosophischer) Sprache formuliert wurden oder formuliert werden können.“ (Kamlah und Lorenzen 1992, 21)

Mit dem Programm des „Einklammers“ stellen sich Kamlah und Lorenzen in die methodische Tradition der Husserlschen Phänomenologie, in der im Übrigen auch der Andere als Alter-Ego eine zentrale Rolle spielt, wie Michael Theunissen herausgearbeitet hat (Theunissen 1977, 55 ff.).

Den Beginn der begrifflichen Konstruktion in der lebensweltlichen Praxis zu setzen, ist allerdings nicht der eigentliche Unterschied zwischen diesen hier exemplarisch herangezogenen handlungstheoretischen Konzepten. Auch Thompson wählt für seine Beispiele Alltagssituationen. Im Unterschied zu Thompson, der die Beispielwahl nicht weiter thematisiert, ist diese bei Janich mit einer Entscheidung verbunden: Statt die begriffliche Klärung mit einer Standardsituation  $(A \pi p)^{52}$ , präpariert als „Robinson“-Situation, zu beginnen, wendet sich Janich dem Kleinkindverhalten zu. Dies wird begründet mit dem Problem, implizit und unreflektiert komplexe Vorentscheidungen im Beispiel mitzuführen.

„Zur Vorklärung des Handlungsbegriffs aus dem Handlungsvermögen ist anschaulich also nicht an den einsamen Robinson auf seiner Insel, sondern an ein Kleinkind zu denken. (Robinson kann schon handeln und führt eine

---

<sup>52</sup> Die Nomenklatur ist eine Entlehnung aus dem Lehrbuch (so die oft und auch hier verwendete Kurzbezeichnung für das „Lehrbuch der konstruktiven Wissenschaftstheorie“ von Paul Lorenzen; siehe besonders: (Lorenzen 1987, 40). Der Großbuchstabe „A“ steht für einen Gegenstand oder eine Person, mit dem griechischen Buchstaben ist eine Kopula (in diesem Fall mit „ $\pi$ “ für „pratein“ eine Tatkopula im Unterschied zu  $\varepsilon$  als Dingkopula) angezeigt und damit die Art der Prädikation, mit dem Kleinbuchstaben „p“ ein Handeln („n“ würde einen Sachverhalt attribuieren).

---

Hochkultur im Gepäck, handelt dann aber so lange isoliert und allein auf seiner Insel, bis Freitag kommt.“ (Janich 2001, 27)

Der Beginn der Untersuchung in der lebensweltlichen Praxis geschieht bei Janich nicht etwa wahllos oder mit Blick auf eine möglicher Weise allgemein bekannte Situation, sondern geschieht mit der methodischen Entscheidung für das in der Phänomenologie Husserls eingeführte und bei Kamlah / Lorenzen sprachkritisch eingesetzte Verfahren der Epoché (Husserl 1986, 29).<sup>53</sup>

Diesem Verfahren ist auch hier zu folgen. Dabei ist ein Ausgangspunkt der Untersuchung zu wählen, der eine frühe und unreflektierte Vorfestlegung auf nur eine spezifische Lesart vertraglichen Handelns vermeidet. Damit rechtfertigt sich das obige Beispiel der Fiktion einer Verabredung zwischen zwei Menschen, das ja noch nichts weiter Formalisiertes an sich hat, aus dem Rechtsfolgen und dergleichen abzuleiten wären, wie man dies beim Ausdruck „Vertrag“ assoziieren würde.

Eine Analyse des semantischen Feldes muss entsprechend alle solchen Handlungen umfassen, in den Handlungen von Personen so miteinander verschränkt sind, dass sie

---

<sup>53</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass Janichs Ausgangssituation eine Lehr-Lern-Situation ist. Das Kind stimmt sein Handeln auf die Widerfahrnisse ab, die ihm durch seinen Kontext – etwa die das Kind motivierenden Eltern – geschehen. Handlung und Widerfahrnis sind als Lernprozess aufeinander bezogen; siehe (Janich 2001, 27 ff. und 67 f.).

---



wechselseitig zu Widerfahrnissen <sup>54</sup>werden. Diese Handlungen möchte ich hier als „Interaktionen“<sup>55</sup> bezeichnen.

Für eine erste Orientierung erscheint es sinnvoll, folgende Zuordnungen zu treffen:

- Jedes Kontrakthandeln (Vertrags- oder Vereinbarungshandeln etc.) ist eine Interaktion, aber nicht jede Interaktion ist Kontrakthandeln.
- Jedes pädagogische Handeln ist eine Interaktion, aber nicht jede Interaktion ist eine pädagogische Handlung.
- Es gibt pädagogisches Handeln als Vertragshandeln, aber weder ist jedes pädagogische Handeln Vertragshandeln, noch jedes Vertragshandeln pädagogisches Handeln.

---

<sup>54</sup> Der Begriff des Widerfahrnisses ist ein Kernbegriff der Handlungstheorie Janichs (Janich 1993, 8). Während die Handlung als das Tätigsein der Person beschrieben wird, ist das Widerfahrnis die erlebte Folge eigenen oder fremden Handelns oder auch anderer Einflüsse (z.B. Wettergeschehnisse). Der Begriff des Widerfahrnisses spielt auch in dieser Arbeit eine wesentliche Rolle, siehe Kap. 2.2, S. 30.

<sup>55</sup> Das Fremdwörterbuch des Dudens bestimmt „Interaktion“ als „aufeinander bezogenes Handeln zweier od. mehrerer Personen, Wechselbeziehung zwischen Handlungspartnern“ (Dudenredaktion 2001).

---

## **3.2 Verträge als Formalisierung von Interaktionen**

### **3.2.1 Handlungskoordination und Handlungslegitimation**

„No man is an island ...“ (Donne 1839, 574 - 575)<sup>56</sup> Dieses Zitat, das den Titel und den ersten Vers des Gedichts von John Donne wiedergibt, ist sprichwörtlich für die Verwobenheit des Einzelnen mit seinen Mitmenschen. Handlungen einer einzelnen Person haben oft beabsichtigte oder unbeabsichtigte Auswirkungen auf die Lebens- und Handlungsbedingungen Anderer. Dies wird wie gezeigt (siehe Kap. 2.2, S. 30) in methodisch-konstruktiver Terminologie als „Widerfahrnis“ bezeichnet (Janich 1993, 8).

Entsprechend finden sich in der sozialen Welt mehr oder weniger formalisierte Praxen der Handlungskoordination<sup>57</sup>. Sie sollen dazu dienen, Handlungen einzelner oder von Gruppen aufeinander abzustimmen, damit mögliche Schäden minimiert oder ge-

---

<sup>56</sup> Das vollständige Gedicht lautet:

No man is an island,  
Entire of itself.  
Each is a piece of the continent,  
A part of the main.  
If a clod be washed away by the sea,  
Europe is the less.  
As well as if a promontory were.  
As well as if a manor of thine own  
Or of thine friend's were.  
Each man's death diminishes me,  
For I am involved in mankind.  
Therefore, send not to know  
For whom the bell tolls,  
It tolls for thee.

<sup>57</sup> Als Handlungskoordination gilt dann die Verschränkung von Handlung des einen mit der Widerfahrnis des anderen und umgekehrt.

---

wünschte Wirkungen maximiert werden. Viele dieser Praxen sind lebensweltlich eingeübt, werden auch vorsprachlich ganz selbstverständlich umgesetzt, andere wiederum werden in einfachen Verabredungen gestaltet oder auch in sehr komplexen und in ihren Konsequenzen sehr weit reichenden Absprachen verwirklicht. Verträge und Vereinbarungen sind solche mehr oder weniger komplexen Versuche, zwischenmenschliches Tun zu koordinieren.<sup>58</sup> Vereinbarungen sind eng verknüpft mit der menschlichen Geschichte. Bereits in den ersten Schriftzeugnissen finden sich Verträge (K. Schmidt 2002).<sup>59</sup>

Vereinbarungen sind hilfreich bei der nicht selbstverständlichen Koordination komplexerer Handlungen – einfachere Handlungen werden oft durch Vor- und Nachmachen oder Mitmachen koordiniert, wie z.B. das Gehen im Gleichschritt, das Tanzen.

Bei Vereinbarungen fallen Handlungen und Handlungsfolgen in der Regel zeitlich auseinander: Die Aufforderung zu einer Handlung, gefolgt von der Verpflichtung zur aufgeförderten Handlung kann zeitlich weit vor der zugesagten Handlung liegen. Damit sind zumeist und in der Regel bei Vereinbarungen Verpflichtung zur Handlung und zum Einlösen dieser Verpflichtung als Handlung temporär getrennt. Mit dem zeitlichen Auseinanderfallen von Zusage und Realisierung entsteht das Problem der Verlässlichkeit. Ist dem Partner, der sich verpflichtet hat, zu vertrauen? Wird er seine Zusage später wirklich einlösen?

---

<sup>58</sup> Selbstverständlich gibt es neben der Vereinbarungspraxis noch eine Vielzahl anderer interaktiver Handlungsschemata, z.B. gemeinsames Singen oder Handlungsvollzüge beim Bauen, wie sie Ludwig Wittgenstein zur Einführung seines Begriffs des Sprachspiels gebraucht (Wittgenstein 1980, 25 f.).

<sup>59</sup> So zum Beispiel der Friedensvertrag zwischen dem ägyptischen Pharao Ramses II. und dem Hethiterkönig Hattusili III. Die Keilschrift lässt sich wohl relativ gut auf das 13. Jahrhundert v. Chr. datieren.

---

Die Schriftlichkeit<sup>60</sup> von Vereinbarungen ist wahrscheinlich nicht dem Umstand der Handlungskoordination geschuldet, sondern sie hat im Wesentlichen eine Schutzfunktion für die Kontraktparteien. Bei mündlichen Absprachen stellt sich wohl eher die Problematik der vertraglichen Geltung, an die einer der Vereinbarungspartner appelliert. Durch Schriftlichkeit reduziert sich die Schwierigkeit der Beweisbarkeit der getroffenen Absprachen. Dies scheint dann besonders relevant zu sein, wenn keine Zeugen vorhanden sind, ein größerer Zeitenabstand zwischen der Vereinbarung und ihren Auswirkungen besteht oder sonstige besondere Gründe vorliegen, die die Verlässlichkeit<sup>61</sup> von einmal getroffenen Verabredungen gefährden können.

Die Schriftlichkeit schützt potentielle Kontraktpartner vor übereilten Handlungen, weil sie vor Abschluss des Kontraktes alle Aspekte noch einmal prüfen können, vermeidet Missverständnisse<sup>62</sup>, und sie sichert den Kontraktpartnern und Interessierten oder Beteiligten<sup>63</sup> die Möglichkeit, an die Vereinbarung und die damit verbundenen Zusagen von Handlungsvollzügen zu erinnern und die entsprechenden Handlungen einzufordern. Sie fordern diese Handlungen dann zu Recht – oder anders formuliert: Sie erhe-

---

<sup>60</sup> Natürlich gibt es eine Vielzahl von nichtschriftlichen Vereinbarungen, die auch materiell erheblich sein können. Ein Beispiel ist der Kauf eines Pferdes, der mit „Handschatz“ besiegelt wird; siehe z.B. (Voy 2006).

<sup>61</sup> Was veranlasst Vertragspartner, sich auf Zusagen der anderen Partei zu verlassen? Zweckverträge sind durch die wechselseitigen Interessen stabilisiert, d.h. die Partner präsupponieren wechselseitig, dass der jeweils andere ein ebenso großes Interesse an der Vertragserfüllung hat, wie man selbst. Verlässlichkeit auf der Basis der Interessen stellt sich aber wahrscheinlich nur dann ein, wenn eine Partnersymmetrie unterstellt werden kann oder der schwächere Partner besondere Ausgleichs, z.B. Schutzrechte wie etwa im Verbraucherschutz, offensiv reklamieren kann.

<sup>62</sup> Dies setzt allerdings voraus, dass bei Abfassung des Vertrages eine hinreichende Klärung der relevanten Begriffe erfolgt.

<sup>63</sup> Mit „Interessierten und Beteiligten“ sind Menschen gemeint, die einerseits nicht direkt Vertragssubjekte sind, wohl aber vom Vertragshandeln betroffen sein können

---

ben eine legitime Forderung, vorausgesetzt, die Vereinbarung wird im sozialen Kontext (der die Vereinbarungspartner mit einschließt) als gültig anerkannt.<sup>64</sup>

Dennoch sei hier angemerkt, dass auch die Schriftlichkeit als Vertragssicherungsverfahren kulturell eingespielt und akzeptiert sein muss. Es wäre ja auch eine Kultur denkbar, in der zwar Verträge schriftlich festgehalten werden, es aber bestimmte soziale Gruppen gibt, die traditionell ausgenommen sind, sich an derartige schriftliche Vereinbarungen zu binden<sup>65</sup>. Nicht die Schriftlichkeit garantiert also die vertragliche Appellations- und Durchsetzungsfähigkeit, sondern die jeweils geltenden soziokulturellen Gepflogenheiten, die sich zum Teil in positivem Recht niederschlagen.

Die Vereinbarung hat nicht nur die Funktion der Handlungskoordination, sondern auch die der Handlungslegitimation. Ob jemand aber zu Recht an die Vereinbarung appellieren kann, ist nicht nur abhängig von der konkreten getroffenen Vereinbarung, sondern vor allem davon, ob sie, bezogen auf eine relevante soziale Gemeinschaft, als legitim eingeschätzt wird, d.h. ob die Vereinbarung als gültig anerkannt wird.

---

<sup>64</sup> Dies betrifft sowohl die Vertragspartner, die vertraglichen Bedingungen und die vertraglichen Inhalte. Zum Beispiel:

Nicht jeder darf mit jedem einen Vertrag schließen (BGB 2002, §§ 104 ff.). Manche vertraglichen Bedingungen sind nicht zulässig, z.B. Wucher (BGB 2002, § 138). Manche Vertragsgegenstände dürfen nicht getauscht oder gehandelt werden (BTMG 2010, § 29, Abs. 1, Nr. 1).

<sup>65</sup> Dies berührt die Frage der universellen Gültigkeit praktischer Geltungsansprüche:

„Damit wird deutlich, daß die Frage der Anerkennung eines Sollens durchaus ein Problem der Reichweite ist. Entsprechend einer groben Klassifikation der Reichweite einer Verpflichtung unter der Rücksicht, ob sie genau für den Handelnden selbst, für die Gruppe derjenigen, mit denen er interagiert, oder für jedermann gelten soll, lassen sich ein ethischer Solipsismus, Partikularismus und Universalismus formulieren. Damit zeigt sich, daß es in der Tat ein substantielles Problem ist, ob und unter welchen Bedingungen moralische Verpflichtungen generell gelten.“ (Gethmann 1992, 154)

---

Es stellen sich im Zusammenhang mit der Rechtfertigungsfunktion von Vereinbarungen allerdings einige im Verlauf dieser Arbeit zu klärende Fragen:

- Wer ist in welcher Situation rechtfertigungspflichtig?
- Wer ist in welcher Situation berechtigt, eine Legitimation einzufordern, und ist er auch selbst Adressat der Legitimation?
- Welche (Rede-)Handlungen werden vollzogen, die zu Recht als „Legitimation“ zu bezeichnen sind?
- Unter welchen Umständen gilt eine Legitimation als gelungen oder misslungen?
- Und schließlich, warum ist ausgerechnet das Institut des Vertrages geeignet, Rechtfertigungsansprüche auszulösen und vor allem zu erfüllen?

Diese Fragen markieren das hier zu bearbeitende Feld.

### 3.2.2 Phasen des Kontrahierens

Der Abschluss einer Vereinbarung oder eines Vertrages hat eine Vorgeschichte des Aus- oder Verhandelns, die in Phasen zu unterteilen ist. Die einzelnen Phasen sind voneinander durch beschreibbare Handlungen der Akteure unterscheidbar. Kontrahieren kann natürlich auch scheitern, nicht immer endet ein solcher Prozess in einem Kontrakt.

Als Phasen sind abgrenzbar:

1. Die Feststellung des Begehrens<sup>66</sup> der Akteure. = Konflikt

---

<sup>66</sup> Der Ausdruck „Begehrung“ wird von Lorenzen übernommen (Lorenzen 1987, 263).

---

Dazu gehört das Explizieren eines Begehrens durch den Akteur, das Kenntlichmachen des Begehrens als bedeutsam für den Ko-Akteur, der zur Befriedigung des Begehrens beitragen kann. Diese Feststellung ist die Feststellung eines Konfliktes. Als Konflikt soll eine Situation beschrieben werden, in der ein Begehren einer Person beschrieben wird, ohne dass die Person selbst in der Lage wäre, dieses Begehren aktuell zu befriedigen.<sup>67</sup>

Mit der Feststellung des Begehrens durch den Akteur = Proponenten ist auch die Anmeldung an einen Adressaten (Ko-Akteur = Opponenten) verbunden, durch sein Handeln die Verwirklichung der begehrten Sache zu unterstützen.<sup>68</sup> Diese Anmeldung hat den Charakter einer „Aufforderung“:

„Modi von Aufforderungen. Solche Modi sind das Bitten, Wünschen, Empfehlen, Erwarten, Drängen, Druck ausüben, Veranlassen, Anweisen, Befehlen und andere.“ (Gethmann 2008, 141)

Das Zitat Gethmanns weist darauf hin, dass Aufforderungen sprachpragmatisch mitnichten immer einen Diskurs eröffnen. Dass auf eine Aufforderung mit einer Aufforderung zur Rechtfertigung oder – wie im Vertrag – mit einer Aufforderung zu reziproken Handlungen reagiert wird, ist ein Sonderfall von Interaktionen, die auf diese Weise

---

<sup>67</sup> Die Person ist also nicht „kompetent“, ihr Begehren zu realisieren (siehe Kap. 2.2, S. 34).

<sup>68</sup> Es ist festzuhalten, dass der Proponent offensichtlich davon überzeugt sein sollte, dass der Opponent situativ und personal kompetent ist, die Aufforderung zu realisieren. Situativ kompetent meint, dass die Person nicht durch die Umstände verhindert ist, also sich z.B. an einem entlegenen Ort befindet, während der Gesprächspartner telefonisch die Bitte äußert: „Ich wünschte, du wärest hier!“ Personal kompetent bedeutet, dass die Person aufgrund ihrer Fähigkeit in der Lage ist, die Handlung auszuführen. Sie kann z.B. einen Brief vorlesen, weil sie des Lesens und Schreibens kundig ist. Auch würde der Proponent nicht zu einer Handlung auffordern, die ohnehin vollzogen wird; z.B. macht es keinen Sinn, jemanden aufzufordern, herzukommen, wenn er sich offensichtlich bereits nähert. Dies alles sind Aspekte, die dem präsuppositionalen Feld zuzuordnen sind.

---

eingeleitet werden. Andere Startsituationen sind zum Beispiel die Bitte oder der Befehl (siehe Kap. 4, S. 225 ff.).

Im Zusammenhang mit seinen ethischen Ausführungen beginnt Gethmann mit dem „Auffordern“, auf das mit einem „Sollen“ dann zu reagieren ist, wenn die Aufforderung gerechtfertigt ist (Gethmann 2008, 140). Das in Kontrakten verpflichtende Sollen ist im Unterschied zur Zielsetzung Gethmanns situativ und parteienvariant, folgt aber dennoch gleichen Konstitutionsbedingungen, wie noch zu zeigen sein wird.

Im Kontraktgeschehen kann man die Aufforderung als ein Angebot, eine Anfrage oder einen Antrag beschreiben.

## 2. Klärung der Bedingungen für die Einlösung des Begehrens als legitimer Bedarf = Verhandlung

Der Opponent formuliert die Bedingungen, unter denen die Begehrung als Bedarf des Proponenten akzeptiert wird. Falls keine abweichenden Bedingungen gegenüber der Begehrung formuliert werden, entspricht dies einer Angebotsannahme, ansonsten ist dies eine Modifikation des Angebotes durch den Opponenten.

Dies ist nicht immer die Aufforderung an den Proponenten, seinerseits seine Aufforderung zu rechtfertigen. Bei Vertragsverhandlungen geht es nicht in jedem Fall um die Frage, ob die Aufforderung legitim ist. Dies wird oftmals schlicht vorausgesetzt. Vielmehr geht es darum, dass der Opponent auslotet, was der Proponent bereit ist zu tun, um sein Begehren durch den Opponenten erfüllt zu sehen. Handlungsleitend ist hier eine vorerst subjektive Reziprozitätsvorstellung des Opponenten, die dann im



Zuge der Verhandlung zu einer intersubjektiven Position beider Partner ausbalanciert wird.<sup>69</sup>

### 3. Abschluss = Kontrakt

Der Proponent prüft die vom Opponenten angeführten Bedingungen und reagiert mit einer Zustimmung oder gegebenenfalls einer Modifikation. Bei einer Modifikation können die Phasen (2) und (3) als Schleifen so lange durchlaufen werden, bis der Prozess für beide Seiten zufriedenstellend abgeschlossen oder als unbefriedigend abgebrochen wird.

Kommt ein Kontrakt zustande, umfasst er dann mindestens die Beschreibung der jeweiligen Verpflichtungen und zugebilligten Rechte der Akteure, meist Ausführungen zu den Eintrittsbedingungen der Verpflichtungen und Rechte sowie den Sanktionen bei Nichterfüllung der Verpflichtungen.<sup>70</sup>

---

<sup>69</sup> Die Untersuchung Christian Stegbauers zur Reziprozität – so auch sein gleichnamiges Buch – konzentriert sich auf den soziologischen Aspekt der Beziehungstiftung durch reziproke Gaben. Dabei hält er fest, dass die direkte Reziprozität des Warentauschs, also die zweckvertraglich reziproke Interaktion, diejenige mit der geringsten sozialen Bindungskonsequenz, da sie über den Vertrag hinaus keine weiterreichenden Verpflichtungen erzeugt. Er ist deshalb der Auffassung, dass wegen der fehlenden sozialen Regulierungen entsprechende formaljuristische Rahmungen notwendig sind. Dem ist für viele Vertragsformen im Prinzip zuzustimmen. Reziprozität wird bei ihm in diesem Zusammenhang bestimmt als Tauschäquivalent nach der spieltheoretischen Regel des „Wie Du mir, so ich Dir!“ (Stegbauer 2011, 35 f.).

<sup>70</sup> In der Regel enthält der Kontrakt keine Informationen über den Verhandlungsprozess, sondern bildet lediglich das Ergebnis ab, sodass die Verhandlung selbst als Prozess nicht zu rekonstruieren ist, wenn als Informationsquelle lediglich der Abschluss z.B. als unterschriebenes Dokument zur Verfügung steht.

---

### 3.2.3 Was heißt „Rechtfertigen“?

Wenn Handlungen einer Person keinerlei Auswirkungen auf andere hätten, gäbe es zum einen niemanden, der diese Person auffordern würde, sich für ihre Handlung zu rechtfertigen. Zum anderen gäbe es für die Person aber auch keinen Grund, sich für ihr Handeln zu rechtfertigen. Eine Handlung, die für niemandem mit Ausnahme des Handelnden zum Widerfahrnis wird, geht also niemanden an.<sup>71</sup>

Rechtfertigen ist ein Sprachhandeln, das an einen oder mehrere Kommunikationspartner adressiert ist, die vom Gegenstand der Rechtfertigung – von der Handlung, bzw. deren Folgen als Widerfahrnis – in irgendeiner Weise betroffen sind.

Der Rechtfertigung geht eine Aufforderung an den Handelnden voraus. Gethmann beschreibt eine Redehandlungssequenz, wie sie aus Aufforderung, Rechtfertigung und der dann folgenden Zustimmung oder Abweisung besteht, als Diskurs, der vier Gelungsbedingungen einlösen muss.

„Eine Redesequenz soll „Diskurs“ heißen, wenn gilt:

- a) Die vorkommenden Redehandlungen lassen sich nach ihrem spezifischen „Ort im Diskurs“ klassifizieren, und zwar können sie sein:
  - Eröffnungshandlungen (initiative Redehandlungen), wie beispielsweise das Behaupten oder Auffordern;

---

<sup>71</sup> Allerdings stellt sich die Frage, ob eine solche Handlung überhaupt vorstellbar wäre. Selbst in einer Robinson-Situation können dort vollzogene Handlungen Auswirkungen haben, spätestens dann, wenn der Schiffbrüchige aus seiner misslichen Lage gerettet wird.

---

- Fortsetzungshandlungen (re-aktive Redehandlungen), wie beispielsweise das Zweifeln;
  - Beendigungshandlungen (resultative Redehandlungen), wie beispielsweise das Zustimmung oder Abweisen.
- b) Eröffnungshandlungen sind solche, deren Zweck die Diskursbeendigungshandlung der Zustimmung ist. Sie können auch „geltungsbeanspruchende“ Redehandlungen heißen, sofern ihr Anspruch die Zustimmungsfähigkeit („Zustimmbarkeit“) ist.
- c) Die Teilnehmer an Diskursen („Parteien“) nehmen genau zwei Rollen wahr:
- erste Rolle: Diskurseröffnung: Proponent
  - zweite Rolle: Diskursfortsetzung oder -beendigung: Opponent.
- Dabei können die Parteien Individuen oder Kollektive sein. Ferner können Parteien auch beide Rollen in Personalidentität wahrnehmen.
- d) Die Abfolge von Redehandlungen zwischen den Rollenträgern erfolgt gemäß impliziten Korrektheitsregeln, die konstitutiv in die Gelingensbedingungen der Einzelhandlungen eingehen.“ (Gethmann 2008, 144)

Entsprechend dem Gethmannschen Vorschlag des „Diskurses“ lässt sich das vorgestellte Phasenmodell als Kontrahierungsdiskurs beschreiben, der die folgenden Phasen umfasst:

- Konflikt = initiative Handlung = Aufforderung,
  - Verhandlung = re-aktive Handlung = Bezweifeln und Rechtfertigen,
  - Abschluss = resultative Handlung = Zustimmung oder Abweisen.
-

Eine Rechtfertigung geschieht vor dem Hintergrund, dass der Rechtfertigende durch die Aufforderung erfährt, dass sein Handeln nicht nur ihn, sondern andere Personen, mindestens jedoch den auch bei Gethmann so bezeichneten „Opponenten“ ebenfalls betrifft.

Die Rechtfertigung gehört zu einer Gruppe von Sprachhandlungen, die Handlungssequenzen<sup>72</sup> begleiten, bei denen das Verhalten<sup>73</sup> einer Person Widerfahrnis für andere Personen darstellt. Zu dieser Gruppe würde man Sprachhandlungen wie „Begründen“ und „Entschuldigen“ zählen. Diese Gruppe von Handlungen dient dazu, für Handlungen, bei denen Dritte mitbetroffen sind, eine soziale Akzeptanz herzustellen.

Die soziale Akzeptanz ist dann hergestellt, wenn die betroffenen Personen dies sprachlich – etwa durch Affirmation – signalisieren und sie die Widerfahrnisse in ihre eigenen Handlungsketten integrieren.<sup>74</sup>

---

<sup>72</sup> Mit „Handlungssequenzen“ sind Handlungsverläufe einer oder mehrerer Personen gemeint, wobei es eine Starthandlung gibt, die Handlungen der Person oder Dritter auslöst, die wiederum Handlungsauslöser usw. sein können. Ein Beispiel ist der an Wittgensteins Bauarbeiterexempel (Wittgenstein 1980, 16) angelehnte arbeitsteilige Handlungsverlauf beim Bau einer Mauer: jemand stellt den Mörtel bereit, ein Anderer die Steine, der Dritte setzt die Steine übereinander. Hier kann man auch rekursive Schleifen fingieren, etwa wenn der Maurer die erste Person auffordert, mehr Mörtel herbeizuschaffen.

<sup>73</sup> Das in der Fußnote 72 skizzierte Beispiel zeigt, dass nicht nur Handlungen, sondern viele anderen Verhaltenstypen Auslöser für diese Sprachhandlungen sein können.

<sup>74</sup> Beide Bedingungen müssen erfüllt sein, da Widerfahrnisse, auch wenn den sie vorausgehenden Handlungen nicht zugestimmt wurde, in die Handlungsketten der Person, denen diese Handlungen widerfahren sind, integriert werden müssen. Widerfahrnisse können nicht ignoriert werden.

---

### 3.2.4 Der Konflikt als Ausgangssituation der Verhandlung

Abweichend von der Terminologie Gethmanns, der den Begriff „Konflikt“ für die Diskurssituation im „Falle des fortdauernden Zweifels (Mißlingen)“ (Gethmann 2008, 145) gebraucht, erscheint es in diesem Kontext sinnvoller, von „Konflikt“ auch als Ausgangssituation des Diskurses zu sprechen.

Das Fremdwörterbuch „der Duden“ bietet drei Lesarten an (Dudenredaktion 2001): Zum einen bezeichnet der Konflikt eine (militärische) Auseinandersetzung zwischen Staaten, zum zweiten einen Streit oder ein Zerwürfnis und zum Dritten den Widerstreit der Motive, Zwiespalt. Die letzte Bedeutung zeigt die Richtung der hier verwendeten Interpretation an, ohne dass allerdings beabsichtigt ist, „Motive“ mentalistisch<sup>75</sup> zu interpretieren (Gethmann 2008, 141).

In diesem Zusammenhang soll nur aufgezeigt werden, dass der Ausgangspunkt für einen Konflikt eine vom Proponenten formulierte eigene Begehrung als Handlungszweck ist, die nicht von ihm durch eine eigene adäquate Handlung realisiert werden kann. Er müsste in diesem Fall auf die Realisierung verzichten oder wäre aber auf die Handlung eines Ko-Akteurs angewiesen, der in der Lage ist Bedingungen zu verwirklichen, die diese Begehrung befriedigt. Diese von ihm selbst nicht erfüllbare Begehrung wird entsprechend als Aufforderung an den Opponenten formuliert. Der persönli-

---

<sup>75</sup> Siehe auch (Gethmann und Sander 2002). In diesem Aufsatz wird der Kern des Mentalismus klar umrissen:

„Unter ‚Mentalismus‘ wird demgegenüber im Folgenden zunächst die These verstanden, daß sich alle menschlichen Vollzüge oder Zustände vollständig und disjunkt in zwei Klassen einteilen lassen, in die Klasse der mentalen und die der korporalen Phänomene. Was eine mentalistische Theorie in diesem Sinne auszeichnet, ist also zunächst nichts als die Unterstellung, daß eine derartige Unterscheidung zwischen zwei Typen von Phänomenen sinnvoll ist.“ (Gethmann und Sander 2002, 92)

---

che oder private Konflikt des Proponenten wird dann zu einem interpersonalen<sup>76</sup>, wenn der Opponent der Aufforderung widerspricht und eigene Realisierungsbedingungen formuliert, die den Begehrungen des Opponenten entsprechen. Der Konflikt besteht also in dem Vorliegen von formulierten Begehrungen von Proponent und Opponent, die nicht zugleich einlösbar sind. Diese Begriffsdefinition des interpersonalen Konflikts entspricht den „unverträglichen Zwecken“ bei Lorenzen:

„Da das Sinnen und Trachten der Menschen, wie schon in der Bibel steht, seit jeher vielfältig ist, sind die Zwecke der Bürger eines Staates zunächst stets unverträglich, zumeist wohl sogar inkompossibel. Die Gesetze schränken diese Vielfalt durch Ge- und Verbote ein. Die Kunst der Politiker ist es, die Vielfalt der Zwecke zu einem verträglichen System zu machen.“ (Lorenzen 1987, 247)

Diese hier entwickelte Definition des Konfliktes ist weiter als die von Pfetsch vorgeschlagene, die zwar die Begehrungsproblematik ebenfalls berücksichtigt, diese aber aus der Sondersituation eines von beiden Parteien gleichermaßen begehrten Gutes ableitet:

„Konflikt ist ein Spannungszustand, der dadurch gekennzeichnet ist, dass mindestens zwei Parteien unvereinbare Gegensätze in Bezug auf ein und

---

<sup>76</sup> Die Unterscheidung zwischen „privatem“ und „interpersonalen“ Konflikt erscheint insofern sinnvoll, da sich Kommunikationssituationen fingieren lassen, in denen eine Person eine Begehrung äußert, die sie selbst nicht befriedigen kann, von der sie aber aktuell nicht weiß, ob es jemanden anderen gibt, der sie dabei unterstützen kann. Dies ist eindeutig als persönlicher oder privater Konflikt zu beschreiben.

Wenn im Folgenden von „Konflikt“ gesprochen wird, ist in der Regel der interpersonale Konflikt gemeint, da dieser für das Thema des Kontraktes besonders relevant ist.

---

dasselbe Gut haben und dieses gleichermaßen begehren.“ (Pfetsch 2006, 29)

Wie aus dem obigen Zitat Lorenzens deutlich wird, schließt sich die in dieser Arbeit verwendete Konfliktdefinition in diesem Punkt der Ausführung im „Lehrbuch“ an, die im Teil „Wissenschaftstheorie“ die Aufgabe der politischen Wissenschaften darin bestimmt, vorhandene zueinander unverträgliche Zwecke „in ein verträgliches System von obersten Zwecken zu transformieren“ (Lorenzen 1987, 233). Dabei wäre der Besitzanspruch an ein und derselben Sache lediglich ein – allerdings häufig vorkommender – Spezialfall unverträglicher Zwecke.

Ein schönes Beispiel für einen Fall unverträglicher Zwecke, der sich nicht auf ein gleichermaßen begehrtes Gut richtet, sondern auf verschiedene Verwendungsansprüche an einer Sache, führt Krope an:

„In einer Großstadtschule engagieren sich Schüler und Schülerinnen in zwei verschiedenen Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemeinschaft „Umweltschutz“ hat sich die Pflege des Wäldchens neben der Schule zur Aufgabe gemacht, der für Gesundheit und Wohlbefinden der Schülerschaft von Bedeutung ist. Um die Attraktivität zu steigern, sollen Sitzgelegenheiten gekauft werden. Die Arbeitsgemeinschaft „Verkehrssicherheit“ bemüht sich, die Unfallhäufigkeit der Schüler und Schülerinnen zu reduzieren, die mit dem Fahrrad in die Schule kommen. Zu diesem Zweck soll das Schulwäldchen gerodet werden und einem Verkehrsübungsplatz weichen. Für den Verkehrsunterricht soll außerdem neues Unterrichtsmaterial angeschafft werden. In einer Schulversammlung stehen sich die beiden Arbeitsgemeinschaften als Kontrahenten gegenüber. „Der Wald muss weg!“ steht auf den Transparenten der einen Gruppe, „Der Wald muss bleiben!“ auf den Transparenten der anderen.“ (Krope 2009, 38)

Damit ist der Konflikt als eine Sprachhandlungssequenz zu bezeichnen, bei der ein Proponent ein Begehren als Aufforderung an einen Opponenten formuliert, der Opponent seinerseits mit Forderungen an den Opponenten reagiert. Dabei ist es vorderhand unerheblich, ob sich die Aufforderungen des Proponenten und des Opponenten auf den gleichen Sachverhalt richten. Wesentlich scheint aber die Adressierung der wechselseitigen Aufforderungen zu sein. Man kann den Konflikt als einen Diskurs mit einer bedingten Aufforderung formalisieren<sup>77</sup>:

Spielzüge	Proponent	Opponent	Erläuterungen
1.	$P: P \pi! O(x)$		Proponent (P) fordert (!) Opponent (O) zu einem Handeln ( $\pi! x$ ) auf
2.		a) $O: O \neg \pi x$	Opponent verneint
		b) $O: O \pi x$	Opponent bestätigt die Aufforderung
		c) $O: O \pi! P(y) \wedge O \pi! O(x)$	Opponent handelt unter der Bedingung, dass Proponent seinerseits handelt, also fordert Opponent Proponent zur entsprechenden Handlung auf

*Tabelle 3: Eröffnungssequenz der Vertragsverhandlung*

Der Opponent hat drei Möglichkeiten zu reagieren: Er kann (a) die Forderung abweisen (Diskursabbruch), (b) der Aufforderung des Proponenten (Diskursabschluss =

---

<sup>77</sup> Die folgende Art der Formalisierung lehnt sich wie bereits in Fußnote 52 ausführlich erläutert an die verwendete Darstellungsweise von Lorenzen an; siehe (Lorenzen 1987, 44 ff.). Sie hat lediglich die Funktion, Sachverhalte übersichtlich darzustellen.

---



Handlungsvollzug) nachkommen oder aber (c) einen Gegenvorschlag machen (Diskursfortsetzung = Verhandlung).

### 3.2.5 Die Verhandlung

Die Verhandlung ist ein mögliches Verfahren zur Bewältigung eines Konfliktes. Konflikte können auf verschiedenen Wegen bewältigt werden. Dabei geht es im Wesentlichen um die Frage, ob und mit welchen Mitteln<sup>78</sup> der Akteur seine Absichten durchsetzen kann. Dazu kann auch das Mittel der Gewalt zählen, wenn der Akteur seine Absichten ohne Rücksicht auf die Absichten des Ko-Akteurs durchzusetzen versucht (Petersen 1997, 24).

Konflikte werden beendet, indem der Akteur Abstand von seiner Begehrung nimmt, bzw. nehmen muss, indem er sein Begehren gegen Widerstand durchsetzt oder indem er sein Begehren mit Hilfe verschiedener symbolischer Verfahren vermittelt und modifiziert.

Zu solchen symbolischen Verfahren zählt auch die Verhandlung, deren Ziel aus Sicht des Proponenten (= Akteurs) ist, den Opponenten (= Ko-Akteur) zu einer Akzeptanz der Begehrung zu bewegen. Neben dem diskursiven Verfahren der Verhandlung sind in der Alltagspraxis weitere Verfahren üblich, bei Ko-Akteuren Akteursbegehrungen durchzusetzen, z.B. die Geschenkpraxis, die im Kern immer auch Sozialakzeptanz und

---

<sup>78</sup> Die Bezeichnungen „Akteur“ und „Absichten“ werden deshalb hier benutzt, um kenntlich zu machen, dass der Versuch Handlungszwecke zu realisieren, nicht immer sprachbegleitend ist. Die Begriffe Proponent / Opponent und Begehrung / Bedürfnis sind für die Kennzeichnung von Sprachhandlungen reserviert.

---

Gefolgschaftssicherung erreichen will (Mauss 1990, 168 f.).<sup>79</sup> Andere sprachbegleitende Verfahren wie etwa die Überredung oder Täuschung lassen sich als besondere Verhandlungsverfahren deuten, da mit der Kennzeichnung der Verhandlung nicht automatisch verbunden ist, dieses Verfahren durch Bedingungen wie beidseitige Handlungsrationalität oder Einigung durch Konsens einzugrenzen. Das bei Lorenzen skizzierte Verfahren der Transformation von unvereinbaren Zwecken in ein System transsubjektiv konsentierter Zweckhierarchien (Lorenzen 1987, 263 und 272) ist ein Sonderfall der Verhandlung, für den Kroepe den Begriff des „rationalen Dialogs“ (Kroepe 2000, 30 f.) verwendet.

Die Verhandlung als Diskurs wird hier als eine Verkettung von wechselseitig bedingten Aufforderungen verstanden, wie sie in elementarer Weise als Startsequenz in Kap. 3.2.4, S. 74 formalisiert wurde. Dabei ist nicht ausgemacht, ob die Bedingungen immer einer rationalen Prüfung durch den Adressaten genügen. Dennoch wird das Rationalitätskriterium in Verhandlungen eine entscheidende Rolle spielen, da Diskurse auf der Basis streng personalisierter Bedingungen, zu denen Überredung, Bestechung, Zuneigungsappelle usw. zu rechnen sind, erhebliche Probleme der Verfahrensgeneralisierung aufweisen, d.h. es wird sehr schwierig sein, eine Rechtfertigung der in Frage stehenden Begehrung nicht nur in einem konkreten Einzelfall, sondern regelhaft oder gar allgemeingültig zu erreichen<sup>80</sup>.

---

<sup>79</sup> Iris Därmann verweist auf die soziale Bedeutung der Gabe:

„Die Gabe schafft weder Gleichheit, was die Personen, noch den äquivalenten Ausgleich, was die Sachen betrifft. Sie stiftet vielmehr Asymmetrie zwischen Geber und Empfänger, vor allem aber soziale, ökonomische und politische Hierarchien und Rangordnungen zwischen den traditionellen Tauschpartnern, die sich beständig – nämlich von Gabe zu Gabe – neu verschieben.“ (Därmann 2010, 25/26)

<sup>80</sup> Diese Problematik verweist auf den Kern dieser Arbeit: Wie sind diskursive Verfahren zu gestalten, damit sie in einem sozialen Kontext anerkannt werden? Hier geht es um die Legitima-

---

Wenn der Proponent sich bereit erklärt, die begrenzende Bedingung des Opponenten zu erfüllen, soll dies als eine Verpflichtung verstanden werden.<sup>81</sup> Die Akzeptanz der Bedingung als eine Verpflichtung transformiert die Begehrung des Proponenten, das heißt, er erreicht sein Handlungsziel nur durch Einlösen einer Bedingung, die vorher nicht zu seinem Handlungsplan gehörte. Es erhöht sich also aus Sicht des Proponenten der Aufwand, seine Begehrung zu realisieren. In der Sprache der Ökonomie erhält das Handlungsziel durch die Bedingung des Opponenten einen (an den Opponenten) zu entrichtenden Preis (Olfert et al., 1997 Ziffern 507, 743).

Eine besondere Form der Verpflichtung ist die Selbstverpflichtung. Sie kann als Vorwegnahme einer Bedingung des Opponenten durch den Proponenten verstanden werden. Damit ist die Selbstverpflichtung eine vom Proponenten und in den Folgesequenzen auch vom Opponenten wählbare Abkürzungshandlung, die zum einen eine mögliche Bedingung des Adressaten antizipiert und zum anderen diese mit der Bereitschaft, die Bedingung zu akzeptieren, verbindet.

Formalisiert kann man die Verpflichtung beschreiben als Fortsetzung der bedingten Aufforderung von S.74. Der Proponent reagiert damit auf den Gegenvorschlag des Opponenten (2c) und verpflichtet sich zu einer veränderten Handlung ( $y_n$ ) unter der Maßgabe, dass sich der Opponent ebenfalls zu einer leicht veränderten Handlung ( $x_m$ ) verpflichtet<sup>82</sup>:

---

tionsfähigkeit des Vertrages als das Dokument und Ergebnis eines Diskurses nicht nur gegenüber den Partnern, sondern auch gegenüber einem sozialen Kontext, der – wie zu zeigen sein wird – für die Stabilisierung des Vertrags durch Rahmenhandlungen (z.B. in Form von gesetzlichen Vorgaben) relevant ist.

<sup>81</sup> Dies gilt natürlich ebenso umgekehrt, wenn der Opponent seinerseits die Bedingungen des Proponenten akzeptiert, bzw. der Aufforderung durch den Proponenten sofort zustimmt.

<sup>82</sup> Die Varianten zum ersten Vorschlag können z.B. angepasste Preise sein.

---

3. $P: P \pi! P(y_n) \wedge P \pi! O(x_m)$	Der Proponent sagt zu, dass der Proponent etwas tun wird ( $y_n$ ), und er fordert den Opponenten auf ebenfalls eine spezifische Handlung zu vollziehen ( $x_m$ ).
--	--

*Tabelle 4: Selbstverpflichtung und Aufforderung*

Geht (3) keine Aufforderung durch den Opponenten voraus, hat diese Verpflichtung die Funktion der Selbstverpflichtung. Der Proponent kann also mit dieser um die eigene Selbstverpflichtung eingeschränkten Aufforderung den Diskurs beginnen.

Aufforderung, Verpflichtung und Selbstverpflichtung können von beiden Seiten mit Einschränkungen und Präzisierungen versehen werden. Hierzu sind zum Beispiel quantitative, temporale und lokale Attribute zu rechnen. Auch besteht die Möglichkeit, Aufforderungen, Verpflichtungen und Selbstverpflichtungen ineinander zu verschachteln, sodass ein Verhandlungsdiskurs sehr komplex werden kann.

Nach Pfetsch, der sich insbesondere mit Grundlagen, Theorie und Praxis von Verhandlungen im politischen Raum befasst, lassen sich für Verhandlungen „allgemeine Merkmale“ angeben sowie verschiedene Verhandlungsphasen unterscheiden (Pfetsch 2006, 24 f.).

Zu den Merkmalen zählt er

- den zeitlichen Rahmen: es gibt immer einen bestimmbaran Anfang und ein ebensolches Ende, dass seinen Ausführung nach aber auch vorläufig sein kann,
- die strittig gestellten Gegenstände, die immateriell oder materiell sein können,
- die beteiligten Parteien: dies können Personen oder Gruppen sein, die direkt an den Verhandlungen teilnehmen oder extern Einfluss nehmen,
- die „Statuspositionen der Kontrahenten“,

- die lokalen Gegebenheiten: Verhandlungen finden an bestimmten Orten statt,
- und schließlich Einflüsse durch die Kulturen der Verhandlungspartner und ihres Kontextes.

Für den Zusammenhang dieser Arbeit, die das Sprachspiel<sup>83</sup> „Verhandlung“ insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Kontraktes betrachtet, ist diese Liste eine hilfreiche operationale Quelle, um einige besonders wichtige Aspekte herauszustellen.

Während die zeitlichen und räumlichen Zuordnungen als zwar berechtigt, aber für unsere Fragestellung eher als vernachlässigbar anzusehen sind, erscheinen die Aspekte um die den strittig gestellten Gegenstand ebenso relevant, wie die Fragen nach den Beteiligten.

An anderer Stelle (Kap. 3.2.4, S. 71) wurde bereits darauf hingewiesen, dass in dieser Arbeit von einer Unvereinbarkeit der Zwecke ausgegangen wird (Lorenzen 1987, 247) und nicht von einem strittig gestellten identischen Gegenstand (Pfetsch 2006, 20 und 29). Die Position Pfetschs kann aber als Sonderfall unter den weiteren Gebrauch der hier verwendeten Bestimmung gefasst werden. Für die Problematik der politischen Verhandlung mag die Engführung von Pfetsch zutreffend sein, das ist hier nicht zu prüfen. Die Verhandlung aber auf den Konflikt unvereinbarer Zwecke zu begründen

---

<sup>83</sup> Ludwig Wittgenstein führt den Ausdruck Sprachspiel im § 7 der Philosophischen Untersuchungen ein:

„In der Praxis des Gebrauchs der Sprache (2) ruft der eine Teil die Wörter, der andere handelt nach ihnen; im Unterricht der Sprache aber wird sich dieser Vorgang finden: Der Lernende benennt die Gegenstände. D.h. er spricht das Wort, wenn der Lehrer auf den Stein zeigt. (...) Wir können uns auch denken, daß der ganze Vorgang des Gebrauchs der Worte in (2) eines jener Spiele ist, mittels welcher Kinder ihre Muttersprache erlernen. Ich will diese Spiele „Sprachspiele“ nennen, (...). Ich werde auch das Ganze: der Sprache und der Tätigkeiten, mit denen sie verwoben ist, das „Sprachspiel“ nennen.“ (Wittgenstein 1980, 19)

---

hat den Vorteil, dass damit dieses Sprachspiel operativ für viele Alltagssituationen, unter anderem für die pädagogische Praxis nutzbar gemacht werden kann.

Die Verhandlung kann als Diskurs verstanden werden, bei dem sich die Beteiligten bemühen, unvereinbare Zwecke zu komplementären Zwecken umzugestalten. Komplementär sind Zwecke, wenn die Verwirklichung des einen Zwecks durch die Verwirklichung des anderen Zwecks erreicht werden kann, zum Beispiel erhält ein Partner das Eigentum eines Gegenstandes durch Bezahlung, der andere Partner einen Geldbetrag durch Veräußerung eines Gegenstandes.<sup>84</sup> Es findet ein Austauschprozess (Eigentumswechsel) statt, der beide Zwecke realisiert. Diese Zweckstellung kann komplementär genannt werden.

Die Problematik der „unvereinbaren Zwecke“ ist bereits im Zusammenhang mit der Anfangssituation der Verhandlung thematisiert worden. Weitere wichtige Aspekte von Verhandlungen betreffen nach Pfetsch die beteiligten Parteien, deren Status und den sozialen Referenzrahmen.

### 3.2.6 Adressaten von Verhandlungen

Verhandlungen mit dem Ziel eines Kontraktes werden von mindestens zwei Parteien geführt. Der Sprachgebrauch verweist auch auf die Möglichkeit, im übertragenen Sinne mit sich selbst eine Vereinbarung abzuschließen, wie es hinreichend bekannt ist von

---

<sup>84</sup> Zur Unterscheidung von „Eigentum“ und „Besitz“ siehe (Theil 2001):

„Zu den rechtsgeschäftlichen Verfügungen, die nur das Eigentumsrecht ermöglicht, zählen der Verkauf, die Verpfändung und die Belastung von Eigentumsrechten als Kreditsicherheit. Diese Verfügungen kann jemand vornehmen, der Eigentümer und gleichzeitig Besitzer der Sache ist, oder jemand, der zwar Eigentümer, aber nicht Besitzer ist. Wer eine Sache nur besitzt, ohne Eigentumsrechte an ihr zu haben, kann all die Transaktionen nicht durchführen.“ (Theil 2001, 178)

---

den alljährlichen Vorsätzen, die zum Jahresbeginn formuliert werden. Eine solche Weise des Handlungsschemas „vereinbaren“ sei hier zugestanden, wird aber als Sonderfall nicht weiter thematisiert.

Wenn zwei Parteien miteinander verhandeln, ist die Wahl des Verhandlungspartners in der Regel nicht zufällig. Die Wahl des Proponenten wird getroffen vor dem Hintergrund des Versuchs, den eigenen Handlungszweck zu verwirklichen. Dabei wird der Proponent unterstellen, dass der gewählte Verhandlungspartner für die Zweckverwirklichung relevant sein könnte. Er könnte dazu beitragen, dass der Handlungszweck besonders gut verwirklicht wird, er könnte aber auch eine erhebliche Störgröße sein. In jedem Fall unterstellt der Proponent dem Opponenten die Fähigkeit, handelnd Einfluss auf das eigene Projekt nehmen zu können. Dabei wird unterstellt, dass die Personen über ihr Tätigsein Rechenschaft ablegen können, sie also im Sinne Peter Janichs handelnde Personen sind. (Janich 2001, 27).

Als Beispiele lassen sich anführen:

- Der Kunde, der eine Hose erwerben will, geht in ein Textilgeschäft mit der Erwartung, dort auf einen Partner zu treffen, der ihm eine Hose veräußern kann.
- Die Lehrerin wendet sich an die Schülerinnen und Schüler mit der Aufforderung, eine Vereinbarung über das Pausenverhalten abzuschließen, weil sie unterstellt, dass die potentiellen Vereinbarungspartner ihr Pausenverhalten beeinflussen können.

Die Beispiele zeigen, dass die Proponenten (Kunde, Lehrerin) Handlungsziele verfolgen, die sie allein nur mit großem Aufwand – der Kunde näht sich die Hose selbst – oder gar nicht verwirklichen können – die Lehrerin kann nur ihr eigenes Pausenverhalten direkt ändern, nicht aber das der anderen Personen.

Man darf also mutmaßen, dass der Proponent implizite Einschätzungen zu seinen eigenen Kompetenzen und denen des Opponenten hat. Der Proponent unterstellt z.B.,

- dass er selbst über unzureichende Kompetenzen verfügt, sein Handlungsziel zu realisieren,
- dass der Opponent über Fähigkeiten verfügt, die hilfreich oder notwendig sind, das Handlungsziel des Proponenten zu verwirklichen,<sup>85</sup>
- dass der Opponent unter bestimmten Bedingungen bereit ist zu kooperieren<sup>86</sup>.
- dass er selbst über Fähigkeiten verfügt, die Bedingungen des Opponenten zu erfüllen.

Für den Opponenten darf man behaupten, dass dieser z.B. unterstellt,

- dass er über Fähigkeiten verfügt, die für das Erreichen des Handlungsziels des Proponenten relevant sind,
- dass er seine Mitwirkung, d.h. den Einsatz seiner Fähigkeiten, abhängig macht von der Verwirklichung seiner Bedingungen, d.h. seiner eigenen Handlungsziele,
- dass er dem Proponenten unterstellt, dass dieser bereit und in der Lage ist, die Bedingungen des Opponenten zu erfüllen.

Woher stammen diese Mutmaßungen? Die Vermutungen über die Präsuppositionen des Proponenten und des Opponenten sind Ableitungen des Gedankenspiels über das Scheitern der Proponentenabsichten. Das Verfehlen der Proponenten-Ziele wird als

---

<sup>85</sup> Oder er unterstellt, dass der Opponent störend Einfluss auf das Erreichen des Handlungsziels nehmen kann.

<sup>86</sup> Als „Kooperation“ bzw. „Kooperieren“ kann man ein Handeln von mehreren Akteuren bezeichnen, das ein gemeinsames Handlungsziel oder komplementäre Ziele hat.

---



eine Folge des Misslingens verstanden, den Opponenten zu einer Kooperation zu bewegen. Es sei hier angemerkt, dass natürlich auch die Kooperation zwischen Proponenten und Opponenten scheitern kann.

Das Zustandekommen einer Kooperation kann misslingen, wenn der Opponent sich nicht zuständig erklärt, weil er entweder die ihm unterstellten Fähigkeiten nicht besitzt oder sie nicht aktualisieren will. So kann es sein, dass die Hosen ausverkauft sind. Oder es besteht die Möglichkeit, dass es den Schülerinnen und Schülern viel wichtiger ist, ihr Pausenverhalten nach eigenen Regeln zu gestalten, als denen der Lehrerin zu folgen. Das Zustandekommen der Kooperation kann auch daran scheitern, dass der Proponent nicht über die gewünschten Fähigkeiten verfügt oder nicht willens ist, sie einzusetzen, um die Bedingungen des Opponenten zu erfüllen. Dies wird passieren, wenn der Kunde den Kaufpreis für die Hose nicht in der gewünschten Höhe entrichten will oder kann. Die Lehrerin wird möglicherweise scheitern, wenn sie nicht in der Lage ist, den Schülerinnen und Schülern die auch für diese hohe Attraktivität eines anderen Pausenverhaltens deutlich zu machen.

Die beiden hier angeführten Beispiele des Kunden und der Lehrerin verweisen auf die „personelle Minimalausstattung“ des Kontrahierens. Es ist also von mindestens zwei Parteien auszugehen, deren Rollen hier als Proponent und Opponent bezeichnet werden. Doch auch schon diese kleinen Beispiele zeigen, dass man eigentlich keine „Laborsituation“ fingieren kann, sich also nicht ausschließlich auf die beiden Parteien unter Ausblendung manch anderer Bedingung konzentrieren darf.

Die Auswahl der Adressaten, die Unterstellungen, welche Fähigkeiten und welches Maß an Fähigkeiten (z.B. der Preis für eine Hose) relevant sind, welche Rechte und Pflichten beim Kontrahieren und im Kontrakt selbst auf welche Weise zu erfüllen sind, diese Aspekte beeinflussen das Kontrahieren, den Kontrakt und seine Folgen wesentlich. Und dies sind kontextuelle Faktoren, die in den Adressierungs-, Angemessen-

heits-, Vollzugs- und Gerechtigkeitsunterstellungen der Parteien in die Kooperation hineingetragen werden.

Dennoch gibt es einen besonders markanten Aspekt bei Kontrakten, der sie von anderen Formen verpflichtender Interaktionen abhebt. Wie festgestellt wurde, ist die Wahl der Adressaten nicht beliebig, sondern geleitet von der Verwirklichungsabsicht des Zwecks, zum Beispiel in den Besitz einer neuen Hose zu gelangen. Dennoch werden die Adressaten nicht als Person sondern in Bezug zu ihrer Funktion gewählt. Die Protagonisten von Zweckkontrakten (siehe Kapitel 3.3.3, S. 81) im Beispiel des Hosenkaufs sind lediglich Funktionsträger, treten als Person nicht in Erscheinung. Die Adressaten werden zwar nicht nur als Angehörige einer Gruppe, Klasse o.ä. angesprochen wie dies im noch zu erörternden Statusvertrag (siehe ebenfalls Kapitel 3.3.3, S. 87 ff.) der Fall ist und zu dem das Beispiel des Versuchs der Lehrerin gehört, das Pausenverhalten der Schülerinnen und Schüler zu ändern. Sondern sie werden als Individuen wahrgenommen, hier allerdings lediglich unter dem Gesichtspunkt einer für das Vertragshandeln spezifischen Funktion und Handlungskompetenz.

Durch den Kontrakt wird also eine Verpflichtung zwischen den Partnern gestiftet, die ausschließlich final bestimmt ist. Es geht um die Verwirklichung von zueinander komplementär bestimmten Zwecken ohne Ansehen der an der Verwirklichung beteiligten Personen. Vorgreifend wird im Zweckvertrag auf die spezifische Handlungskompetenz von Personen abgehoben<sup>87</sup>, im Statusvertrag auf die Zuordnung der Person zu einer bestimmten sozialen Gruppe.

Die Interaktion des miteinander Kontrahierens vollzieht sich vor dem Hintergrund eines sozialen Kontextes, der als kultureller Hintergrund relevant ist bezüglich der

---

<sup>87</sup> Über eine bestimmte Geldmenge zu verfügen, kann eine Handlungskompetenz sein, die eine Person zu einem potentiellen Käufer macht.

---

normativen Bedingungen von Vereinbarungen. Vor diesem Hintergrund wird zum Beispiel über die Gültigkeit von Kontrakten zu entscheiden sein. Als Kultur formuliert der soziale Bezugsrahmen die Akzeptanzbedingungen von Kontrakten und gibt damit vor, ob und wie Kontrakte eine legitimatorische Funktion für die vertraglich festgelegten Handlungen haben können. So kann es sein, dass eine Verkäuferin einer nicht bezahlten, aber abgenommenen Ware erfolglos darauf verweist, mit dem Kunden einen Kaufvertrag abgeschlossen zu haben, wenn es für sie deutlich erkennbar hätte sein können, dass der Kunde aufgrund seines Alters noch nicht geschäftsfähig ist<sup>88</sup>. Eine solche Schwierigkeit muss die Verkäuferin im Gültigkeitsbereich des deutschen Rechts vergegenwärtigen. Das Recht in einem anderen Kulturkreis kann hier durchaus andere Altersgrenzen als Bedingungen für die Geschäftsfähigkeit vorsehen.

Neben den Vertragspartnern gibt es oft eine mehr oder minder unbestimmte Gruppe von interessierten Beobachtern, die das Geschehen möglicherweise deshalb verfolgen, weil sie meinen, von ähnlichen Situationen betroffen sein zu können<sup>89</sup>. Auch sie bewerten das Vertragshandeln und dessen Konsequenzen nach Kriterien, die nicht mit denen der Vertragspartner identisch sein müssen. Zu ihnen ist auch die Gruppe der Personen zu rechnen, die vom Handeln der Partner direkt oder indirekt betroffen sein können. Beispielsweise hat eine Vereinbarung zwischen dem Sozialhilfeträger und einer sozialen Einrichtung erhebliche Folgen für die Personen, die die sozialen Hilfen

---

<sup>88</sup> Die Rechtslage ist hier sehr kompliziert, weil immer auch zu prüfen ist, inwieweit Eltern für ihre nicht geschäftsfähigen Kinder haften müssen. So finden sich einerseits Urteile, die Eltern von der Zahlung für Rechtsgeschäfte, die ihre nicht geschäftsfähigen Kinder tätigten, freistellen, z.B. ein Urteil des Landgerichts Flensburg vom 16.09.2005 (Az.: 7 S 18/05) (LG Flensburg 2005) und das Urteil des Landgerichts Saarbrücken vom 27.01.2012 (Az.: 10 S 80/11) (LG Saarbrücken 2012). Andererseits gibt es auch Entscheidungen, die Eltern zur Zahlung verpflichten, weil sie für ihre nicht geschäftsfähigen Kinder haften, so ein Urteil des Landgerichts Darmstadt vom 25.11.2009 (Az.: 21 S 32/09) (LG Darmstadt 2009).

<sup>89</sup> Zu dieser Gruppe gehören beispielsweise Eltern nicht oder nicht voll geschäftsfähiger Kinder, wie in Fußnote 88 beschrieben.

der Einrichtung in Anspruch nehmen wollen oder müssen. In der Fortsetzung des Beispiels des Hosenkaufs können als interessierte Beobachter auch die anderen Marktteilnehmenden gerechnet werden, also die Anbieter von Bekleidung ebenso wie die Kunden, die erfahren, ob das Kleidungsstück günstig oder überteuert erworben wurde und darauf ihr Kaufverhalten abstellen.

### 3.2.7 Der Abschluss

Der Abschluss eines Kontraktes kann beschrieben werden als die einander gegebene Erklärung der Parteien, die wechselseitigen Aufforderungen zu erfüllen und damit zu den Zweckverwirklichungen der jeweils anderen Partei beizutragen, die nicht notwendig mit den Zielen bei Verhandlungsbeginn übereinstimmen müssen.

Im einfachsten Fall bestätigt der Opponent gegenüber dem Proponenten, dass dieser zu Recht eine Aufforderung an ihn richten darf. Der Opponent verspricht dann, die Aufforderung des Proponenten zu erfüllen.

Kann man dann von der Aufforderung des Proponenten behaupten, sie wäre legitim? Die Legitimität der Aufforderung beschränkt sich vorerst nur auf das Binnenverhältnis der Dyade aus Proponent und Opponent.

Dass daraus nicht unbedingt abgeleitet werden darf, dass die spezifische Aufforderung des Proponenten gegenüber einem Opponenten in vergleichbaren Fällen legitim ist, ist zu vermuten. Es stellt sich also die Frage, wie aus einer singulären Berechtigung einer Kooperation zwischen Proponent und Opponent eine prinzipielle und universelle Legitimation folgen kann. Es scheint notwendig zu sein, diese Frage zu beantworten, will man Kontrakte als Legitimationsverfahren für Interaktionen verwenden.

### **3.3 Typologie von Kontrakten: Was ist ein Vertrag?**

Die Frage, was ein Vertrag ist, kann man aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beantworten. Aus rechtlich-ökonomischer Sicht geht es um den Leistungsaustausch zwischen mindestens zwei Beteiligten. Dass nicht jeder Kontrakt einen Austausch von Leistungen zum Gegenstand hat, wird erkennbar an politischen Verträgen, bei denen beispielsweise Verabredungen für Regierungshandeln getroffen werden. Exemplarisch steht für einen derartigen Vertrag der Koalitionsvertrag, den die politischen Parteien SPD, Bündnis 90 die Grünen und der SSW für die Legislatur 2012 bis 2017 abgeschlossen haben (Koalitionsvertrag SH 2012-2017). Zwar sind die dort getroffenen Verpflichtungen und Zusagen politisch verbindlich, allerdings nicht einklagbar.

Für den privatrechtlichen Vertrag, der sich auf einen Leistungsaustausch bezieht, wird die Verbindlichkeit nicht nur durch die Bereitschaft der Beteiligten zur Vertragstreue garantiert, sondern ebenso auch durch positives Recht.

Das Bürgerliche Gesetzbuch beschreibt in §§ 145 ff., dass ein Vertrag durch Antrag und Annahme als übereinstimmende Willenserklärung (Arnold 2009) zustande kommt.

Grundlegend für die deutsche Rechtssituation ist die Vertragsfreiheit. Diese Vertragsfreiheit ist grundgesetzlich in Art. 2 GG als ein wesentlicher Ausdruck der Privatautonomie normiert<sup>90</sup>.

Ein Vertrag hat als seine Voraussetzungen mindestens zwei Partner, die miteinander eine Vereinbarung treffen, und einen Sachverhalt, über den diese Vereinbarung getrof-

---

<sup>90</sup> Jan Busche zeigt in seiner Analyse der aktuellen Rechtsprechung und der Unterlagen des Parlamentarischen Rates, dass mit der im Grundgesetz gewählten Formulierung „der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit“ (GG 2012, Art. 2, Abs. 1) immer auch die vertragliche Handlungsfreiheit mitgemeint ist (Busche 1999, 22 ff.).

---

fen wird. Die Vereinbarung betrifft den Umgang mit diesem Sachverhalt, enthält Regeln des Umgangs, Verabredungen über das Ziel der Handlungen und häufig Verabredungen bei Störungen, z.B. Sanktionen. Der Vertrag kann mündlich oder schriftlich abgefasst sein.

Im Vertrag verpflichten sich die beteiligten Partner zu wechselseitigen Handlungen, die für den jeweils anderen bedeutsame Widerfahrnisse darstellen. Zurechenbare Fehlhandlungen können mit Sanktionen belegt werden. Als zurechenbare Fehlhandlungen können Handlungen verstanden werden, die in der retrospektiven Betrachtung als zielstörend eingestuft werden können.

Verträge haben die soziale Funktion, die Handlungen der beteiligten Personen und deren Folgen wechselseitig zu koordinieren. Sie binden beide Partner. Diese erbringen die vertraglich vereinbarten Leistungen und lassen sich auf die vertraglichen Folgen ein.

Verträge dienen aber auch dazu, gegenüber Dritten nachvollziehbar die koordinierten Handlungen der Partner zu rechtfertigen. Dies wird deutlich am Beispiel eines Kaufvertrags, der zum einen den Warenaustausch zwischen den beiden Beteiligten regelt, aber gegenüber Dritten auch den Nachweis erbringt, dass die Ware rechtmäßig erworben wurde und ein angemessener Kaufpreis entrichtet und entgegengenommen wurde.

Die Abstimmung von Interaktionen und die Legitimation dieser Interaktionen finden sich traditioneller Weise im politischen und ökonomischen Raum.

Zwar ist ein Vertrag eine Verpflichtung, die direkt in Bezug auf die Abstimmung von Handlungen lediglich die Vertragspartner betrifft, dennoch ist der Vertrag auch eine

soziale Institution<sup>91</sup>, die erst durch ihre soziale Regelhaftigkeit ihre Funktionen erfüllen kann, die man an sie als Institution stellt. Dies wird besonders deutlich bei den sogenannten Vertragsverletzungen: Eine Vertragsverletzung tritt ein, wenn einer der Vertragspartner andere Handlungen vollzieht anstelle der im Vertrag zugesagten. Damit bleibt der Handelnde dem Vertragspartner etwas schuldig. Welche Konsequenzen eine Vertragsverletzung nach sich zieht, ist entweder expliziter Bestandteil des Vertrages oder Gegenstand eines Referenzrahmens, der als positives Recht kodifiziert sein kann wie z.B. das BGB (BGB 2002) oder aber als Brauch tradiert ist. Die soziale Institution "Vertrag" ist also eingewoben in eine komplexe soziale Kultur, die durch Bestätigungs- und Sanktionspraxis die Handlungen und Handlungsfolgen stabilisiert. Ein Vertrag, der bei seiner Nichtbeachtung für den Handelnden in jeder Hinsicht folgenlos bliebe, hat keine sozial koordinierende Relevanz.

Damit Verträge ihre Aufgabe der sozialen Koordination erfüllen können, müssen sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Beide Partner müssen den vertraglichen Vereinbarungen zustimmen. Die Zustimmung muss in jedem Fall freiwillig sein, d.h. keiner der Vertragspartner darf einerseits durch Gewalt zum Vertragsabschluss gezwungen werden oder mit List überredet werden. Die Vertragsgegenstände sollten zueinander in einem Wertgleichgewicht stehen, und das Verhältnis zwischen Handlung und Sanktion muss ausgewogen sein; dies kann man ebenfalls als eine Reziprozitätsbedingung<sup>92</sup>

---

<sup>91</sup> Zum Begriff der „Institution“ siehe auch (Berger et al. 2007, 58):

„Institutionalisierung findet statt, sobald habitualisierte Handlungen durch Typen von Handelnden reziprok typisiert werden. Jede Typisierung, die auf diese Weise vorgenommen wird, ist eine Institution.“

Auf einen ähnlichen Institutionenbegriff rekurriert Gethmann; siehe (Gethmann 1992, 158).

<sup>92</sup> Reziprozität ist bereits in Kap. 3.2.2 auf S. 66 angesprochen worden und wird noch einmal u.a. in der Fußnote 104 im Zusammenhang mit der Gabe thematisiert. Stegbauer betont den beziehungsstiftenden Aspekt der Reziprozität, der – wenn auch in einem geringeren Maße als

beschreiben.<sup>93</sup> Diese nicht vollständige Aufzählung verweist darauf, dass es einerseits Bedingungen an die Vertragspartner, aber auch Bedingungen an die Vertragsstruktur gibt, damit Verträge als gültig anerkannt werden.

Hier stellt sich die Frage, wer für die Gültigkeit von Verträgen sorgt. Weitere Fragen schließen sich an, wie:

- Warum müssen Verträge freiwillig abgeschlossen werden?
- Warum darf man als Vertragspartner keinen Zwang<sup>94</sup> ausüben?
- Warum müssen beide Vertragspartner das "Geschäft" hinreichend verstehen, und was heißt in diesem Zusammenhang "hinreichend verstehen"?
- Warum müssen Verträge reziprok sein?

Alle diese Fragen verweisen darauf, dass Verträge nicht aus sich selbst gültig sind, sondern Institutionen einer tradierten sozialen Praxis von Kommunikationsgemeinschaften sind.

---

bei der Gabe – auch beim Warentausch eine Rolle spielt. Er weist aber auch darauf hin, dass mit der Reziprozitätsnorm nicht nur die Dyade der Vertragspartner betroffen ist:

„Die formaljuristische Absicherung macht deutlich, dass es sich selbst beim Warentausch keineswegs um ein rein individualistisches Phänomen handelt – eine höhere Instanz wie der Staat stellt Rahmenbedingungen her, um eine Sicherheit beim Tausch erst zu gewährleisten.“ (Stegbauer 2011, 34)

<sup>93</sup> An späterer Stelle (Kap. 3.4.2, S. 137 ff.) wird die sogenannte Eingliederungsvereinbarung nach SGB II als Beispiel eines Vertrages in sozialpädagogischen Arbeitsfeldern thematisiert. Im Zusammenhang mit diesen Vereinbarungen spielt die Sanktionspraxis der Jobcenter eine wesentliche Rolle. Die Verhältnismäßigkeit der Sanktionen ist in diesem Zusammenhang entscheidend und führt immer wieder zu gerichtlichen Stellungnahmen, wie z.B. (Sozialgericht Berlin 2010).

<sup>94</sup> Zwang lässt sich bestimmen als eine Handlung eines Proponenten, die als Widerfahrnis eine andere Person – den Opponenten – betrifft. Diese Handlung wird entweder ohne das Einholen einer Zustimmung durch den Opponenten vollzogen oder gegen die explizite Zustimmungsverweigerung des Opponenten.

---



„Ein Vertrag ist der Musterfall der Privatautonomie (d.h. des selbstbestimmten Handelns) in der Gesellschaft, da er auf einer freien Willensübereinstimmung von mindestens zwei Personen basiert. Zugleich ist er Indikator für marktangemessene Preise und damit für gesamtgesellschaftliche Effizienz und Wohlstand.“ (Schäfer kein Datum, Stichwort "Vertrag")

Annette Baier hebt auf den bisher noch nicht angesprochenen Aspekt ab, dass Verträge eine spezifische – und in der Lesart Baiers eine moderne – Ausdrucksform von Vertrauen sind:

"Die moderne Moralphilosophie konzentriert sich auf die Moral der kühlen Beziehungen zwischen zwei Seiten, von denen man annimmt, dass sie ungefähr die gleiche Macht haben, um die Regeln zu bestimmen und um Sanktionen gegenüber Regelbrechern zu veranlassen. So kann es nicht überraschen, dass die zentralen Formen des Vertrauens, denen man Aufmerksamkeit widmet, das Vertrauen in die Regierung und das Vertrauen unter Vertragspartnern ist, die beide darauf setzen, dass sie jeweils das tun werden, worauf sie sich geeinigt haben. Man versucht dann, soviel wie möglich in die letztere Kategorie zu stopfen, und schon steht das Bezahlen für das, was wir aus einem Geschäft mitnehmen, das Verrichten der Arbeit, für die wir angestellt sind, das Zurückgeben einer Sache, die wir geliehen hatten, oder das Unterstützen des Ehepartners - schon stehen alle diese Fälle für eine Treue zu verbindlichen und freiwilligen Vereinbarungen, für eine Treue zu Verträgen irgendeiner Art." (Baier 2001, 67)

Verträge reduzieren das Risiko, das aus der Unsicherheit resultiert, Handlungen von Dritten nicht einschätzen zu können. Sie machen Aspekte explizit, die ohne Vereinbarung nicht zu kalkulieren wären, mit denen man aber zu rechnen hätte:

"Verträge versetzen uns in die Lage, ganz explizit zu bestimmen, welche Handlungen wir im Gegenzug für welche Leistungen von einer anderen

Person erwarten dürfen, und sie geben an, welche Entschädigungen wir von der Person erhalten, wenn sie nicht genau das tut, was der Vertrag angibt. Die Schönheit des Vertrags und eines Versprechens liegt in seiner Ausdrücklichkeit." (Baier 2001, 68)

Verträge schaffen Sicherheit auch dort, wo ansonsten kein Vertrauen angezeigt wäre, etwa gegenüber Fremden, deren Handlungen unter Umständen nicht einzuschätzen sind.

"Eine weitere funktionale Güte des Vertrags, die eng verbunden ist mit der Ausdrücklichkeit, durch die ein Vertragsbruch leicht beweisbar ist und durch die sich Schäden oder das Strafmaß auf relativ leichte Weise feststellen lassen, ist die Sicherheit, die er der vertrauenden Partei gewährt. Ein Vertrag versetzt uns nicht nur in die Lage, durch einen Willensakt zu vertrauen, er tut das unter Bedingungen minimaler Verletzbarkeit. Er ist ein Mittel, um anderen mit Blick auf einen gegenseitig profitablen, zukunftsgerichteten Tausch zu vertrauen, ohne die Risiken nach sich zu ziehen, die Vertrauende normalerweise auf sich nehmen. Verträge sollen die Kooperation zwischen beidseitig misstrauischen und risikoscheuen Fremden ermöglichen, und die Verletzbarkeit, die mit ihnen verbunden ist, verhält sich als das andere Extrem zur Verletzbarkeit eines vertrauensvollen Kindes. Verträge sorgen für eine Verteilung und Umverteilung der Risiken, sodass sie für beide Parteien minimal sind, während das Vertrauen auf die mächtigen Personen, die vorgeben, einen zu lieben, das Risiko erhöht, gleichzeitig aber auch das Gut steigert, das man sich durch dieses Vertrauen sichern kann. Das Vertrauen auf die anderen Vertragsparteien ist ein Grenzfall des Vertrauens, bei dem wir weniger Risiken eingehen, um uns Güter zu sichern, die nicht ganz so bedeutend sind." (Baier 2001, 69)

Allerdings gibt Annette Baier keine Antwort darauf, was die Institution des Vertrags in die Lage versetzt, Risiken der Vertragspartner zu minimieren und auf diese Weise viel-

---

leicht nicht Vertrauen zueinander, sondern Vertrauen in die vertragliche Institution zu schaffen. An späterer Stelle wird diese Problematik noch einmal relevant, und es ist interessant, welche Antwort David Hume auf die Vertrauensfrage präsentiert (siehe Kap. 3.5.2, S. 191).

Verträge haben in der Regel bestimmte Inhalte, sie folgen oft einem formalen Gestaltungsprinzip. Sie haben einen bestimmten Zweck und werden zwischen Partnern geschlossen, um etwas gemeinsam zu regeln.

Beide „Vertrags“-Parteien verständigen sich über

- den zu regelnden Sachverhalt
- Ziele
- wechselseitige Verpflichtungen
- parteiliche Aufgaben
- Verfahren
- Konsequenzen

Das sind die vertraglichen Inhalte, die schriftlich oder anders (z.B. per Handschlag) verabredet werden. Verträge sind Ergebnisse zwischenmenschlichen Handelns. Sie betreffen bestimmte soziale Handlungsräume<sup>95</sup>, und werden zwischen Personen geschlossen, die sich wechselseitig bestimmte Absichten und Eigenschaften unterstellen, so. z.B. die Kompetenz, langfristige Zusagen zu treffen und diese auch einzuhalten.

---

<sup>95</sup> Mit der Bezeichnung „Raum“ soll assoziiert werden, dass wir in den sozialen Interaktionen einer bestimmten Topographie folgen. So gibt es Interaktionszusammenhänge, die in einem ökonomischen Bereich anders verlaufen als in einem Bereich, der als Freundschaft oder Familie definiert wird.

---

In sozialen Kontexten wird unterstellt, dass nicht jede Person in der Lage ist, mit anderen vertraglich zu interagieren.

Das BGB<sup>96</sup> sieht für solche Fälle die Möglichkeiten gesetzlicher Vertretungen vor, die dann im Auftrage aktiv werden. Der Gesetzestext BGB § 1896, der die Voraussetzungen regelt, ist insofern aufschlussreich, weil er Hinweise auf die Beschränkungen personaler Fähigkeiten gibt:

„(1) Kann ein Volljähriger auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, so bestellt das Betreuungsgericht auf seinen Antrag oder von Amts wegen für ihn einen Betreuer. Den Antrag kann auch ein Geschäftsunfähiger stellen. Soweit der Volljährige auf Grund einer körperlichen Behinderung seine Angelegenheiten nicht besorgen kann, darf der Betreuer nur auf Antrag des Volljährigen bestellt werden, es sei denn, dass dieser seinen Willen nicht kundtun kann.

(1a) Gegen den freien Willen des Volljährigen darf ein Betreuer nicht bestellt werden.“ (BGB 2002, § 1896)

Der Gesetzgeber geht also davon aus, dass man aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung in einen Zustand geraten kann, in dem man seine eigenen Angelegenheiten nicht besorgen kann.

Der Exkurs in das bürgerliche Recht zeigt, dass Parteien, die miteinander rechtsgültige Verträge schließen wollen, bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen. Dabei sind die Voraussetzungen abhängig vom Gegenstand und der Bedeutung des Vertrages.

---

<sup>96</sup> Zur Vormundschaft §§ 1773 ff., rechtliche Betreuung §§ 1896 ff.

---

Nicht nur die individuellen Voraussetzungen der Parteien sind für das Zustandekommen von Verträgen bedeutsam. Auch spielt das Verhältnis der beiden Parteien zueinander eine maßgebliche Rolle. Hier ist ein – hier noch näher zu spezifizierendes – „Symmetriegebot“ zu beachten. Generell betrifft es die jeweilige Durchsetzungsfähigkeit der parteilichen Partikularinteressen. Ein Vertrag, der hier unausgewogen ist, wird als ungerecht empfunden.

Verträge werden geschlossen zur Bewältigung bestimmter Problemlagen. Als Problem oder Konflikt soll hier vorderhand jede Situation erfasst sein, zu deren Bewältigung<sup>97</sup> kein aktuell abrufbares Handlungsschema zur Verfügung steht. Dies kann darin begründet sein, dass die Situation nicht von einer Person allein zu bewältigen ist, etwa das Veranstellen eines Wettlaufs oder der Kauf einer Ware. Beide Beispiele zeigen, dass es prinzipiell mindestens einer weiteren Person bedarf, um einen gewünschten Zweck zu erreichen. Andere Beispiele könnten etwa sein, dass der Person, die ihre Zwecke erreichen will, die dafür notwendigen Ressourcen fehlen, die sie sich erst einmal beschaffen muss<sup>98</sup>, oder dass vor der Bewältigung bestimmte Randbedingungen erfüllt sein müssen, die die Person nicht allein und mit eigenen Mitteln gestalten kann. Ein alltägliches Beispiel dafür wäre der Verlust der Haustürschlüssel: Man kann seine Wohnung nur dann betreten, wenn die Wohnungstür mit einem Schlüssel geöffnet wird, der leider verloren wurde. Also beauftragt man einen Schlüsseldienst, um die Tür zu öffnen. Dies würde im Beispiel eine „Umweghandlung“ zur Erreichung eines Zwecks darstellen. Kontrakte können als solche „Umweghandlungen“ verstanden werden.

---

<sup>97</sup> Unter „Bewältigung“ soll hier verstanden werden: Die Erreichung eines gewählten Zwecks.

<sup>98</sup> Hierzu ist auch das Erlernen bestimmter Techniken und das Aneignen von Wissen zu rechnen. So ist es sinnvoll, das Segeln zuerst zu lernen, bevor man sich mit einem Segelboot auf die Ostsee begibt.

---

Kontrakte oder Vereinbarungen sind die expliziten Ergebnisse von Prozessen. An den Ergebnissen ist nicht erkennbar, wie die Prozesse gestaltet waren. Den Kontrakten können einseitig orientierte Handlungen vorausgegangen sein, sodass das Ergebnis ein Diktat für die Personen ist, die vom Kontrakt betroffen sein werden. Die Handlungen können aber auch Interaktionsprozesse gewesen sein, bei denen die Beteiligten auf "gleicher Augenhöhe" die Ergebnisse miteinander ausgehandelt haben. Es ist also am Resultat nicht erkennbar, ob den Kontrakten ein dialogisches Verfahren zugrunde liegt oder vorausgegangen ist. Entsprechend kann es sein, dass eine oder mehrere Parteien die Kontraktbedingungen diktiert haben; ein Machtgleichgewicht ist den Kontrakten nicht anzusehen.

Was sind also die Bedingungen eines "gerechten Vertrages"?

Bei bestimmten Verträgen ist erkennbar, dass sie einseitig formuliert sind und von den Parteien möglicherweise nur deshalb akzeptiert werden, weil die Vereinbarung eventuell als nicht verbindlich eingeschätzt wird, z.B. wenn Schülerinnen einer Erziehungsvereinbarung zustimmen, die sie verpflichtet, stets pünktlich zum Unterricht zu erscheinen. Möglicherweise werden Kontrakte auch dann akzeptiert, wenn man sie als das "übliche Verfahren" missversteht oder keine Alternativen für eine Partei bekannt sind oder zur Verfügung stehen<sup>99</sup>. Vielleicht ist dies der Fall, wenn Erziehungsverträge standardisiert an ganze Klassenverbände ausgegeben werden.

Die Tatsache des Kontrahierens oder das Vorzeigen eines Kontraktes sind kein Ausweis für die Gerechtigkeit der im Vertrag beschriebenen Handlungen. Denn das Vertragsrecht selbst belegt, dass es viele Möglichkeiten in der Kontrahierungspraxis gibt, Vereinbarungen zu schließen, die eine Partei benachteiligen.

---

<sup>99</sup> Dieser Aspekt ist die Vertragsbedingung des Gesellschaftsvertrages nach Thomas Hobbes, siehe dazu ausführlich Kap. 3.5.1, S. 180 ff..

---

Da im Ergebnis nicht erkennbar ist, ob der Vertrag die Vertragspartner bevorteilt oder benachteiligt, muss die Gerechtigkeit oder die Fähigkeit zur Akzeptanz für die Vertragsparteien in den Bedingungen liegen, die den Vertrag determinieren. Das Rechtssystem sieht hier bestimmte Bedingungen vor, die gegeben sein müssen, damit ein Vertrag rechtlich Bestand hat. Dazu gehören rechtliche Sicherungen, dass die Parteien den Vertragsgegenstand überschauen. Diese sind zum Beispiel im BGB formuliert, was die Geschäftsfähigkeit (BGB 2002, §§ 104 ff.) oder auch die rechtliche Betreuung (BGB 2002, §§ 1896 ff.) angeht.

### 3.3.1 Vertragsrecht

Ein wesentlicher Aspekt des Vertragsrechts ist die Freiheit der Person als Privatautonomie, „Verträge zu schließen (oder auch nicht zu schließen)“ (Sachs 1999, 170). Dieses Recht auf Privatautonomie ist im Grundgesetz Artikel 2 Abs. 1 verankert:

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ (GG 2012, Art. 2 Abs. 1)

Für diesen Zusammenhang ist besonders interessant, wie der Kommentar zum Grundgesetz mit der häufig realen Asymmetrie der Machtverteilung im Zusammenhang mit Vertragshandeln umgeht:

„Das BVerfG nimmt an, daß eine mit der Privatautonomie nicht zu vereinbarende Fremdbestimmung auch daraus resultieren könne, daß ein Vertragspartner im Verhältnis zu dem anderen in einer sozial oder ökonomisch übermächtigen Position ist und den Vertragsinhalt faktisch einseitig bestimmen kann. Der Gesetzgeber sei verpflichtet, die Privatautonomie auszugestalten; er müsse dabei der Selbstbestimmung des Einzelnen im Rechtsleben einen angemessenen Betätigungsraum eröffnen. Da alle Betei-

ligten den Schutz des Art. 2 I genießen, dürfe nicht nur das Recht des Stärkeren gelten.“ (Sachs 1999, 170)

### 3.3.2 Vertrag und Vereinbarung in der Ökonomie

Das Praxisfeld, das im Zusammenhang mit Kontrakten dominant und paradigmatisch ist<sup>100</sup>, ist vermutlich die Praxis des wirtschaftlichen Handelns. Hier geht es um Regelungen des Leistungsaustauschs von Waren und Dienstleistungen, materiellen wie immateriellen Gütern, und um die Klärung von Rechtsansprüchen auf Besitz, Eigentum oder Verfügungsrechten.

Der Alltag der meisten Menschen ist durchzogen von Kontrakten. Beim Einkauf schließt man mündlich oder schriftlich Kaufverträge; beruflich hält man sich an den Arbeitsvertrag; wohnt man zur Miete, ist dies mietvertraglich geregelt. Manche schließen Eheverträge.

Das Rechtswörterbuch definiert Vertrag wie folgt:

„Der Vertrag ist ein Rechtsgeschäft. Es besteht aus inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen (Angebot und Annahme) von mindestens zwei Personen.

Durch den Grundsatz der Vertragsfreiheit (Privatautonomie) wird sichergestellt, dass jeder Mensch das Recht hat, im Rahmen der Gesetze seine Verhältnisse durch Verträge eigenverantwortlich zu gestalten.“ (Rechtswörterbuch)

---

<sup>100</sup> So begründet Max Weber seine Definition des Zweckvertrags in der „Marktvergesellschaftung“, wie er das wirtschaftlichen Geschehen als gesellschaftsprägendes System nennt (Weber 2005, 254 f.).

---



Der umfangreiche Abschnitt 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§§ 104 – 193) befasst sich mit dem Rechtsgeschäft. Verträge gelten als „mehrseitige Rechtsgeschäfte“ (Olfert und Rahn 1994, 59). Olfert und Rahn listen im Lexikon der Betriebswirtschaftslehre neun verschiedene Vertragstypen auf, die umfassend im BGB geregelt sind (§§ 433 – 650) (Olfert et al., 1997 Nr. 806).

Zwar ist ein Vertrag eine Verpflichtung, die lediglich die Vertragspartner betrifft, dennoch ist der Vertrag eine soziale Institution<sup>101</sup>, die durch ihre soziale Regelhaftigkeit erst die Funktionen erfüllen kann, die man an sie als Institution stellt. Dies wird besonders deutlich bei den sogenannten Vertragsverletzungen. Eine Vertragsverletzung tritt ein, wenn einer der Vertragspartner andere Handlungen vollzieht als im Vertrag zugesagt. Damit bleibt er dem Vertragspartner etwas schuldig. Welche Konsequenzen eine Vertragsverletzung nach sich zieht, ist entweder expliziter Bestandteil des Vertrages oder Gegenstand eines Referenzrahmens, der als positives Recht kodifiziert sein kann wie z.B. das BGB oder aber als Brauch tradiert ist. Die soziale Institution „Vertrag“ ist also eingewoben in eine komplexe soziale Kultur, die durch Bestätigungs- und Sanktionspraxis die Handlungen und Handlungsfolgen stabilisiert.

Die Bedingungen, die an funktionale Verträge gestellt werden, sind ablesbar an den gesetzlich formulierten Gelingensbedingungen, bzw. an den Misslingensumständen, wie sie z.B. im Bürgerlichen Gesetzbuch formuliert sind. In diesem gesetzlichen Rahmen wird definiert, wie die Gültigkeits-, bzw. Ungültigkeitsbedingungen eines Vertrages sind:

Ein Vertrag kommt auf der Basis eines Angebotes oder einer Nachfrage zwischen mindestens zwei Partnern zustande. Angebot oder Nachfrage beziehen sich einerseits

---

<sup>101</sup> Zum Begriff der Institution siehe (Gethmann 1992, 158).

---

auf ein Gut (Sache, Dienstleistung), das durch eine angemessene Gegenleistung in den Gebrauch des Vertragspartners wechseln soll. Hierbei geht es nicht nur um einen Eigentumsübergang, sondern es kann ebenso lediglich der Gebrauch vereinbart werden (z.B. bei einer Wohnungsvermietung). Neben diesen „Austauschverträgen“ finden sich andererseits Vertragskonstruktionen, die wechselseitige Verpflichtungen der Partner beinhalten, ohne dass ein Leistungsaustausch vorgesehen ist. Dies kann z.B. die Verpflichtung sein, sich in Bezug auf einen bestimmten Tätigkeitsbereich an vereinbarte Regeln etwa bezüglich der Arbeitsqualität zu halten. Ein Beispiel für derartige Verträge sind Kontrakte im Sozialrecht, wie sie z.B. zwischen Sozialhilfeträgern und Einrichtungen als Landesrahmenverträge abgeschlossen werden.

Verträge sind dann unwirksam, wenn sich eine der Parteien über den Vertragsgegenstand oder die Randbedingungen geirrt hat (z.B. bei Kaufverträgen gegenüber Privatpersonen – bei sog. Haustürgeschäften), einer der beiden Partner getäuscht wurde oder der Vertrag durch Drohung zustande kam. Irrtum, Täuschung und Drohung sind gravierende Misslingensbedingungen von Verträgen. Positiv gewendet, bedeutet das, dass alle Vertragssachverhalte den Vertragspartnern bekannt sein müssen. Sie müssen also „sachkundig und normalsinnig“ (Kamlah und Lorenzen 1992, 119) sein. Die Gutwilligkeitsbedingung ist die positive Voraussetzung, die durch Täuschung oder Drohung dementiert werden würde. Beide Partner müssen also den vertraglichen Vereinbarungen zustimmen. Die Zustimmung muss in jedem Fall freiwillig sein, d.h. keiner der Vertragspartner darf einerseits durch Gewalt zum Vertragsabschluss gezwungen werden oder mit List überredet werden. Beide Partner müssen die Bedeutung des Vertrages verstehen.

Die Vertragsgegenstände sollten zueinander in einem Wertgleichgewicht stehen, und das Verhältnis zwischen Handlung und Sanktion muss ausgewogen sein; dies kann man als Reziprozitätsbedingung beschreiben.

Das BGB stellt spezifische Anforderungen an die Vertragspartner. So werden Aussagen zur sogenannten Geschäftsfähigkeit getroffen (BGB 2002, §§ 104 ff.). Dies betrifft insbesondere Vertragsabschlüsse, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind. Auch setzt das Betreuungsrecht hier einen besonderen Schwerpunkt (BGB 2002, §§ 1896 ff.). Zusammenfassend wird mit dem Rechtsgut der Geschäftsfähigkeit dem Umstand Rechnung getragen, dass unterstellt werden muss, dass die Vertragspartner in der Lage sind, die Tragweite der zu treffenden Vereinbarungen und ihrer Folgen abzuschätzen. Ein Vertragsabschluss, bei dem offensichtlich ist, dass einer der beiden Partner hierzu aufgrund vorübergehender (Alkohol- oder Medikamenteneinfluss u.ä.) oder dauerhafter Einschränkungen (kognitive Beeinträchtigung) seiner Normalsinnigkeit und Sachkundigkeit außerstande ist, kann als nichtig gelten. Mit dieser Bedingung werden Gleichrangigkeits- oder Symmetriebedingungen an die Vertragspartner gestellt. Sie müssen beide ihr Tun überschauen können.

Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Nichtigkeit von Vereinbarungen ist die Böswilligkeit oder die fehlende „Gutwilligkeit“ (Kamlah und Lorenzen 1992, 119) einer der Vertragspartner. Wird offensichtlich, dass im Vertrag eine der beteiligten Personen übervorteilt wird, ist diese Vereinbarung unter gewissen Umständen hinfällig.

Auch wenn es in dieser Arbeit nicht den Raum gibt, die Details der vertragsrechtlichen Gestaltung zu explizieren, erscheint es vor dem Hintergrund, dass Störungen von Interaktionen Indikatoren für die sozialen Vorverständnisse sind, hilfreich, einige Aspekte etwas genauer zu betrachten.

Unter bestimmten Umständen können Verträge nichtig sein, was bedeutet, dass das Rechtsgeschäft „in der Regel von Anfang an unwirksam“ (Olfert und Rahn 1994, 61) ist. Olfert und Rahn unterscheiden drei Gruppen möglicher Mängel, die den Inhalt des Rechtsgeschäfts, den rechtsgeschäftlichen Willen und schließlich die Geschäftsfähigkeit selbst betreffen.

So kann der Vertrag inhaltlich nichtig sein, wenn er gegen ein gesetzliches Verbot, etwa der Handel mit illegalen Substanzen wie Rauschgiften, oder gegen die „guten Sitten“ (Wucherzinsen) verstößt. Der Vertrag ist auch dann nichtig, wenn die Willenserklärung nur zum Schein oder im Scherz abgegeben wurde oder eine Störung des Geisteszustandes vorgelegen hat, etwa wenn jemand im Zustand völliger Trunkenheit sein Fahrrad verschenkt. Ist jemand geschäftsunfähig, weil er zum Beispiel das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet hat, oder beschränkt geschäftsfähig – die Vertragspartei ist jünger als 18 und es liegt keine Zustimmung der gesetzlicher Vertreter vor – kann auch dies einen Vertrag nichtig werden lassen.

Bei Verträgen besteht aber nicht nur die Möglichkeit, dass die Rechtsgeschäfte nichtig sind, also ein Kontrakt von Anfang an gar nicht erst zustande kommt, ebenso kann auch der Vertragsvollzug gestört sein.

Störungen können auftreten, wenn zum Beispiel eine Sache vom Verkäufer faktisch nicht an den Käufer übergeben werden kann. Dabei kann dies objektiv unmöglich sein, weil der Gegenstand gar nicht mehr existiert – das zu verkaufende Fahrzeug hatte einen Totalschaden –, oder auch nur subjektiv, weil das Auto vor Verkauf gepfändet und versteigert wurde, sodass es nicht mehr im Eigentum des Verkäufers ist. Probleme können bei der Vertragsabwicklung auftreten, die als „Verzug“ zusammengefasst werden, dies sind Liefer-, Zahlungs- und Annahmeverzug. Es können aber auch Mängel in Qualität und Umfang auftreten, oder der Käufer erhält eine andere Ware als die vereinbarte.

Im Vertragsprozess können darüber hinaus auch Probleme auftreten, weil der Vertragsgegenstand beim Eigentumsübergang nicht sorgfältig behandelt wurde, oder weil einer der Vertragspartner nicht hinreichend informiert und aufgeklärt wurde.<sup>102</sup>

Die Vertragspartner haben im Regelfall die Erwartung, dass das Geschäft problemlos „abgewickelt“ wird. Im Falle von Störungen, wie sie hier kursorisch dargelegt wurden, greifen jeweils vertragliche oder gesetzliche Pflichten, aus denen die impliziten Erwartungen der Parteien abzuleiten sind.

Die Parteien haben wechselseitig die Erwartung, dass der jeweilige Partner das Rechtsgeschäft überblickt, Inhalt und Folgen also einzuschätzen weiß.

Der Blick auf die Störungen und Misslingsbedingungen zeigt, dass insbesondere die Anforderungen an die Kontraktpartner denen entsprechen, die Kamlah und Lorenzen als Voraussetzungen für wahrheitsdefinite Diskurse an die Beurteiler stellen:

„Der befragte Beurteiler soll also dieselbe Sprache sprechen wie der Fragende, er soll als Sprachkundiger sachkundig, gutwillig und normalsinnig sein. Wir sagen aber von nun an lieber, indem wir die Normalsinnigkeit als selbstverständlich erfordert unterstellen: Der Befragte soll dieselbe Sprache sprechen wie der Fragende, er soll sachkundig und vernünftig sein.“  
(Kamlah und Lorenzen 1992, 119)

---

<sup>102</sup> Die Aufzählung und die Beispiele sind Olfert und Rahn entnommen (Olfert und Rahn 1994, 61 f.).

---

### 3.3.3 Status- und Zweckvertrag

Unter der ökonomisch-rechtlichen Perspektive werden Kontrakte zumeist verstanden als wechselseitige Verpflichtungen zum Austausch von Waren oder Dienstleistungen. Weiter gefasst, können Kontrakte auch verstanden werden als wechselseitige Zusagen, das Handeln der sich verpflichtenden Partner aufeinander abzustimmen. Damit sind Kontrakte im weitesten Sinne Zusagen zum Zwecke, gemeinsames Handeln zu koordinieren.

Diese koordinierte Interaktion kann vieles zum Zweck haben. Sie kann lediglich dazu dienen, Leistungen der Interaktionspartner zu beiderseitigem Vorteil auszutauschen wie im Handel; sie kann dazu dienen, gemeinsam eine effektivere Wirkung der Handlungen zu entfalten als es jedem einzelnen für sich möglich wäre wie bei Bau komplexer Anlagen, sie kann dazu dienen, Handlungsaufgaben zu distribuieren wie bei Konzessionen, sie kann dazu dienen, Partnern Zutritt zu Leistungen zu verschaffen wie im Sozialleistungsrecht, und für viele weitere Zwecke.

Max Weber unterscheidet zwischen zwei Vertragsverhältnissen, indem er die Grundformen des Zweck- und des Statusvertrags definiert<sup>103</sup>:

„Die Bedeutung des „Kontraktes“ im Sinn einer freien Vereinbarung als Rechtsgrund der Entstehung von Ansprüchen und Pflichten ist also auch in früheren und frühesten Epochen und Stadien der Rechtsentwicklung weit verbreitet. Und zwar gerade auf solchen Gebieten, auf welchen heute die Bedeutung der freien Vereinbarung geschwunden oder weit zurückgetreten

---

<sup>103</sup> Es scheint so, dass Weber hier an ein *tertium non datur* gedacht hat. Eine dritte Kategorie jenseits dieser beiden wird nicht bestimmt. Dies macht auch wenig Sinn unter der Annahme Webers, dass es sich bei diesen beiden Typen um Pole einer gesellschaftlichen Entwicklungslinie handelt. (Weber 2005, 513 f.)

---

ist: dem öffentlichen und Prozeßrecht, dem Familien- und Erbrecht. Dagegen ist von einer Bedeutung des Kontrakts für den wirtschaftlichen Gütererwerb aus anderen als familien- und erbrechtlichen Quellen in der Art, wie er heute grundlegend ist, in der Vergangenheit je weiter zurück, desto weniger die Rede. Die heutige Bedeutung des Kontrakts auf diesem Gebiet ist in erster Linie Produkt der intensiven Steigerung der Marktgesellschaftung und der Geldverwendung.“ (Weber 2005, 512 / 513)

Die alte Rechtsförmlichkeit ist nach Weber, der damit der Nomenklatur von Henry Sumner Maine ähnlich wie Ferdinand Tönnies folgt (Maine 1997, 20 f.), der Statusvertrag (Weber 2005, 513). Dem modernen Vertrag ordnet Weber den Begriff des „Zweck-Kontrakts“ zu (Weber 2005, 520)

Wie in dem Zitat Max Webers schon deutlich erkennbar, beschreibt er einen historischen Prozess der Entwicklung von Vertrags- und Rechtssystemen. Klaus Lichtblau stellt die Unterscheidung von Status- und Zweckvertrag in einen Bezugsrahmen, in dem Weber wie auch Tönnies und Simmel die westeuropäische Entwicklung „als Übergang von der Tradition zur Moderne in Gestalt eines umfassenden Rationalisierungs- und Entzauberungsprozesses rekonstruieren“ lässt (Lichtblau 2000, 426). Demnach wird der Statusvertrag als der ursprüngliche Kontrakt beschrieben, in dem die sozialen Verhältnisse der Individuen zueinander bestimmt werden (Weber 2005, 513).

Auch wenn die von Weber und anderen beschriebene Perspektive des Ursprünglichen und Magischen (Weber 2005, 513) hier nicht weiter verfolgt werden soll, so scheint es dennoch von Interesse zu sein, einerseits Kontrakte auch unter dem Gesichtspunkt der Handlungskoordination und der wechselseitigen Statusbestimmung zu betrachten, und andererseits die Ausführungen Webers auch im Zusammenhang mit anderen Hand-

lungsformen sozialer Koordination zu interpretieren. Hier ist sicher auch an die Analyse von Marcel Mauss über die Gabe zu denken, die bei ihm ja ganz wesentlich die Funktion der Rollendefinition und –stabilisierung hat. (Mauss 1990, 158 ff.)<sup>104</sup>

Für Max Weber stellen diese beiden Kontrakttypen Anfang und Ende einer historischen Entwicklung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft dar:

„Nicht nur also stellt der Aufstieg der Bedeutung des privatrechtlichen Kontrakts im allgemeinen die juristische Seite der Marktgemeinschaft [dar], sondern der durch die Marktgemeinschaft propagierte Kontrakt ist auch von innerlich anderem Wesen als jener urwüchsige Kontrakt, der auf dem Gebiet des öffentlichen und des Familienrechts früher eine so viel größere Rolle spielte als heute. Dieser tiefgreifenden Wandlung des allgemeinen Charakters der freien Vereinbarung entsprechend wollen wir jene urwüchsigen Kontrakttypen als „Status“-Kontrakte, dagegen die dem Güterverkehr, also der Marktgemeinschaft, spezifischen als „Zweck“-Kontrakte bezeichnen.“ (Weber 2005, 513)

Nach Weber haben die Status-Kontrakte „eine Veränderung der rechtlichen Gesamtqualität, der universellen Stellung und des sozialen Habitus von Personen“ (Weber 2005, 513) zum Inhalt. Die Zweck-Kontrakte hingegen haben „nur die Herbeiführung

---

<sup>104</sup> Es ist interessant, das System der Kontrahierung mit der gesellschaftlichen Funktion der Gabe zu kontrastieren. Hier ist ein besonderer Gesichtspunkt der der Explizitheit oder Implizitheit der Tauschbeziehungen. Denn eine Tauschbeziehung liegt auch der Gabe zugrunde, nur dass anstelle von Gütern oder mit Hilfe von Gütern (Geschenken) soziale Verpflichtungen zueinander definiert werden. Neben der nach wie vor aktuellen Schrift von Marcel Mauss (Mauss 1990) schafft die Übersichtsarbeit von Iris Därmann (Därmann 2010) einen knappen Überblick. Den für den Vergleich besonderes interessanten Aspekt der Reziprozität analysieren Adloff und Mau, der neben Mauss auch Georg Simmel u.a. zu Wort kommen lässt (Adloff und Mau 2005). Auf das Konzept der Gabe wird in diesem Rahmen nicht weiter einzugehen sein, weil es den Rahmen dieser Untersuchung deutlich überschreiten würde.

---



konkreter, meist ökonomischer Leistungen oder Erfolge zum Zweck“ und lassen „den „Status“ der beteiligten Persönlichkeiten aber unberührt“ (Weber 2005, 514).<sup>105</sup> Status- und Zweckvertrag lassen sich entsprechend auch den sowohl bei Weber als auch bei dem früheren Ferdinand Tönnies wichtigen Unterscheidungen von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ zuordnen:

„Die aristotelische Unterscheidung zwischen der Haushalts- und Erwerbskunst ist also auch noch für Tönnies‘ Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft konstitutiv: erstere beruht im Wesentlichen auf der Haus- und Dorfgemeinschaft, letztere dagegen auf der durch den Handel und den internationalen Waren- und Geldverkehr geprägten modernen Großstadt und Zivilisation. Die Grundformen der Gemeinschaft bilden dabei die Familie und Verwandtschaft sowie die Nachbarschaft und Freundschaft, während alle durch die Gesellschaft konstituierten Sozialbeziehungen durch den Tausch und den Kontrakt geprägt sind.“ (Lichtblau 2000, 425 f.)

Tönnies und Weber sehen in der marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft eine historisch spätere Stufe, die der Gemeinschaft folgt. Diese Entwicklung wird von Tönnies als eine Entwicklung hin zu mehr Autonomie und Freiheit verstanden.

---

<sup>105</sup> Anzumerken ist, dass Statusverträge nach Weber verstanden werden können als soziale Rahmungen und Sicherungen auch zweckvertraglicher Absprachen. Diese Funktionen erfüllen sie historisch zum Beispiel als Bündnis oder Eid, der die Person existentiell an ihre soziale Rolle bindet, innerhalb derer sie zweckvertragliche Aufforderungen formulieren und sich verpflichten kann. Die Garantie der vertraglichen Erfüllung obliegt dann der statusvertraglichen Bindung; siehe auch (Weber 2005, 513 f.). Ein ähnliches Konzept ist auch der Bedeutung des Gesellschaftsvertrags bei Thomas Hobbes zu unterstellen (siehe Kap. 3.5.1, S. 175 ff.), der den Staat als rahmengebend und begrenzend für privatwirtschaftliche Aktivitäten definiert (Hobbes 1966, 193).

---

Mit dieser Perspektive der historischen Entwicklung knüpfen Tönnies und Weber offensichtlich an die Untersuchungen von Henry Sumner Maine zum „Alten Recht“ an, so der Titel seines im ausgehenden 19. Jahrhunderts umfassend rezipierten Werks zur Entwicklung des europäischen aus dem römischen Recht (Maine 1997).<sup>106</sup>

Maine beschreibt die Entwicklung des Römischen Rechts als ein Prozess der Emanzipation eines rechtlosen Mitglieds von der „patria potestas“ zur individuellen Rechtsfähigkeit.<sup>107</sup>

Tönnies und Weber folgen Maine in der Überzeugung, dass die beiden Pole „Status“ und „Kontrakt“ zwei soziale Phänomene beschreiben, die den Beginn und den historischen Abschluss eines soziohistorischen Entwicklungsprozesses kennzeichnen, der sich bei Tönnies und Weber aufspannt als geschichtlicher Prozess der Gemeinschaft zur Gesellschaft<sup>108</sup>.

---

<sup>106</sup> Zur Wirkungsgeschichte Maine's schreibt der Übersetzer und Herausgeber Heiko Dahle:

„Da „Ancient Law“ in deutscher Übersetzung nicht vorlag, ist Maine's Einfluss auf die deutsche Soziologie fast ausschließlich durch die Vermittlung von Tönnies erfolgt, des einzigen deutschen Soziologen aus der Anfangszeit dieser Disziplin, der Maine nachweislich gelesen hat und sich ausdrücklich auf ihn bezieht. Es zeigen sich Fortführungen und Ausdifferenzierungen der polaren Typisierung von Status und Vertrag beziehungsweise von Gemeinschaft und Gesellschaft: bei Simmel in der Gestalt des „Fremden“ als Prototyp des modernen Stadtmenschen, des Vertreters der Gesellschaft, der jeder individuellen und kollektiven Bindung ledig ist, bei Max Weber in der Entgegensetzung von zweckrationalem Handeln einerseits und wertrationalem, affektuellem und traditionellem Handeln andererseits, auch bei Durkheim in der Unterscheidung von mechanischer und organischer Solidarität, wobei er die begriffliche Zuordnung von Tönnies umkehrt, indem er die sozialen Bindekräfte in einer ursprünglichen Gesellschaft als mechanische Solidarität bezeichnet, diejenigen in einer hochdifferenzierten Gesellschaft dagegen organische Solidarität nennt.“ (Maine 1997, 21)

<sup>107</sup> Maine findet für diesen Prozess die griffige Formel „from status to contract“ (Maine 1997, 19).

<sup>108</sup> So auch der Titel des zentralen Werkes von Ferdinand Tönnies von 1887 „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (Tönnies 2010).

---

Was unter „Status“ bei Maine zu verstehen ist, hat der Übersetzer und Herausgeber des Werks „Das alte Recht“, Heiko Dahle, in seiner Einführung des Buchs illustriert:

„die Entwicklung vom Status zum Vertrag: Ihr Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß das Individuum als juristische „natürliche“ Person in der archaischen Gesellschaft nicht existiert. Ihre Einheit ist die Familie. Deren innere Organisation und Ordnung ist das Patriarchat, die absolute Herrschaft des „Despoten, der an jedem Herd thronet“. Er ist Herr über Leben und Tod aller Angehörigen der Familie einschließlich der Sklaven. Rechtsgeschäftliche Beziehungen zwischen den autonomen Einheiten sind nur über deren Spitze möglich, nicht aber zwischen ihren einzelnen Angehörigen, die nichts Eigenes besitzen und auch über ihre eigene Person nicht verfügen können. Das Recht hat daher nur geringen Umfang, und es hat zeremoniellen Charakter; es entspricht in der Funktion wie in der Form dem Völkerrecht, nicht dem auf Schnelligkeit und Leichtigkeit angewiesenen rechtsgeschäftlichen Verkehr zwischen Einzelpersonen. Auch der Patriarch existiert juristisch nicht als Einzelperson, sondern als Repräsentant der Gruppe. Er handelt und erwirbt nicht für sich, sondern für sie – gewissermaßen als Treuhänder.“ (Maine 1997, 17)

Man kann also „Status“ und „Kontrakt“ als zwei extreme Positionen einer historischen Entwicklung beschreiben, die bei Tönnies und Weber als Vergesellschaftungsprozess interpretiert wird. Dieser Prozess ist nach Weber noch nicht zu einem Abschluss gekommen. Dies drückt sich u.a. darin aus, dass Weber beide Typen als Vertragsmodelle, als Status- und Zweckvertrag, bestimmt.

Aber Weber macht noch auf einen dritten Typus zwischenmenschlichen Handelns aufmerksam, der sozusagen als Voraussetzung für das dem Statusvertrag zugrundeliegende Gemeinschaftshandeln und das Gesellschaftshandeln des Zweckvertrags bedeutsam ist: das sogenannte „Einverständnishandeln“. Weber schreibt dazu:

„Daß Güter „getauscht“ werden, bedeutet: daß nach Vereinbarung das eine aus der faktischen Verfügung des einen in die des anderen um deswillen gegeben wird, weil nach dem vom ersteren gemeinten Sinn das andere aus der Verfügung des anderen in die des einen überführt wird oder werden soll. Die am Schuldverhältnis oder am Tausch Beteiligten hegen jeder die Erwartung, daß der andere Teil sich in einer der eigenen Absicht entsprechenden Art verhalten werde. Irgendeine außerhalb ihrer beider Personen liegende „Ordnung“, welche dies garantiert, anbefiehlt, durch einen Zwangsapparat oder durch soziale Mißbilligung erzwingt, ist dabei begrifflich weder notwendig vorhanden, noch auch ist die subjektive Anerkennung irgendwelcher Norm als „verbindlich“ oder der Glaube daran, daß der Gegenpart dies tue, bei den Beteiligten irgendwie notwendig vorausgesetzt. Denn der Tauschende kann sich z.B. beim Tausch auf das der Neigung zum Bruch des Versprechens entgegenwirkende egoistische Interesse des Gegenparts an der künftigen Fortsetzung von Tauschbeziehungen mit ihm verlassen (...) oder auf irgendwelche anderen dahin wirkende Motive. Der Tatbestand liegt im Fall reiner Zweckrationalität so, daß jeder der Beteiligten darauf zählt und normalerweise mit Wahrscheinlichkeit darauf zählen kann: der Gegenpart werde sich so verhalten, „als ob“ er eine Norm des Inhalts: daß man das gegebene Versprechen „halten“ müsse, als für sich „verbindlich“ anerkenne.“ (Weber 2005, 248 f.)

Weber beschreibt das „Einverständnishandeln“ als ein System wechselseitiger Präsuppositionen, bei dem der jeweils andere ein Interesse am vertraglichen Gelingen hat.<sup>109</sup>

---

<sup>109</sup> Methodisch konstruktiv lässt sich „Einverständnis“ oder besser das „sich einverstanden Erklären“ verstehen als Affirmation zu einer Aufforderung. Dabei wird üblicherweise unterstellt, dass diese Erklärung freiwillig ist, d.h. die sich einverstanden erklärende Person stimmt den Aufforderungen eines Interaktionspartners zu, ohne Zwangsmittel des Interaktionspartners

---

Lichtblau verweist darauf, dass dieses sich selbst stabilisierende präsuppositionale System des Einverständnishandelns auch Dritte mit einbezieht, die zum Beispiel den Besitzwechsel von der einen zur anderen Person durch ihr Stillschweigen oder ihr Folgehandeln respektieren (Lichtblau 2000, 431). Die Funktionalität des Gesellschaftshandelns wird also nach Weber nicht nur gestützt durch die Rechtsordnung, Konvention und Sitte, sondern durch das als Einverständnishandeln bezeichnete präsuppositionale Geflecht von wechselseitigen Unterstellungen, die nach Weber durch das jeweilige Eigeninteresse aktiviert sind:

„Alles Gesellschaftshandeln ist natürlich Ausdruck einer auf die Orientierung des Handelns, des fremden und eigenen, an seinen Ordnungen, aber an sich auf gar nichts sonst gerichteten und daher sehr verschieden gearteten Interessenkonstellation bei den Beteiligten. Deren Inhalt läßt sich ganz allgemein nur rein formal dahin kennzeichnen, wie es schon mehrfach geschah: daß der Einzelne auf das durch die Vergesellschaftung vereinbarte Handeln des oder der Anderen rechnen und daran sein eigenes Handeln orientieren zu können ein Interesse zu haben glaubt.“ (Weber 1988)

Hier liegt möglicherweise auch eine der Wurzeln für die Rechtfertigungsfunktion von Kontrakten. Das von Weber so bezeichnete „Einverständnis“<sup>110</sup> ist als stabilisierende Funktion sowohl für den Status- als auch für den Zweckvertrag anzusehen, wobei die von Weber angeführte Begründung des Eigeninteresses insbesondere für den Zweckvertrag bedeutsam sein könnte. Ein entsprechendes Analogon könnte für den Status-

---

zu präsupponieren. Weber ist insoweit so zu verstehen, dass Einverständnisse grundsätzlich freiwillig abgegeben werden.

<sup>110</sup> Lichtblau warnt davor, den Begriff des „Einverständnisses“ mit dem der „Verständigung“ gleichzusetzen, was Lichtblau Habermas unterstellt. (Lichtblau 2000, 439).

---

vertrag das wechselseitig zu unterstellende Interesse an der Stabilität der jeweiligen sozialen Funktion sein.<sup>111</sup>

Für Max Weber ist das Einverständnis eine von mehreren Möglichkeiten, Verträge so zu stabilisieren, dass eine möglichst große Chance der wechselseitigen Zweckverwirklichungen besteht. Eine andere Form der Sicherung ist die Gestaltung einer expliziten Ordnung, in der Terminologie Webers einer „Satzung“. Auch die Satzung kann für Status- und Zweckverträge in Anspruch genommen werden. Weber beschreibt dies am Unterschied der „Anstalt“ und des „Verbandes“ und weist damit auf ein für die Frage der Legitimität von Kontrakten weiteres wichtiges Moment hin, das der Freiwilligkeit zum Kontrahieren:

„Eine Anstalt beruht ihm (M. Weber (PP)) zufolge nämlich auf einer gesatzten Ordnung, unterscheidet sich aber vom reinen „Zweckverein“ dadurch, daß die Mitgliedschaft in ihr nicht freiwillig ist, während der Verband im Unterschied zur Anstalt nicht auf einem an Satzungen, sondern auf einem am „Einverständnis“ orientierten Handeln beruht. Die Anstalt verkörpert mithin einen Spezialfall des Verbandes bzw. einen „partiell rational geordnete(n) Verband“.“ (Lichtblau 2000, 432)

Mit dem Begriff des „Verbandes“ erfasst Weber einen spezifischen Vertragstyp, der zwar nicht wie der Zweckvertrag auf Leistungsaustausch ausgerichtet ist, sondern auf

---

<sup>111</sup> In diesem Zusammenhang ist der Begriff der sozialen Rolle zu verstehen, z.B. bei Tönnies:

„Nun ist jeder einzelne Mensch der natürliche Repräsentant seiner eigenen Person. Der Begriff der Person kann von keinen anderen empirischen Subjecten abgezogen werden, ausser von den einzelnen Menschen, welche begriffen werden, insofern als jeder ein Denkender und in Gedanken Wollender in Wahrheit ist, und folglich gibt es insoweit wirkliche und natürliche Personen, als Menschen vorhanden sind, welche sich als solche vorstellen, diese »Rolle« übernehmen und spielen, oder den »Charakter« einer Person wie eine Maske vor ihr Antlitz halten.“ (Tönnies 2010, 203)

---

eine Handlungskoordination bezüglich gemeinsamer Zwecksetzungen, wohl aber mit dem modernen Zweckvertrag das vorauszusetzenden Einverständnis gemeinsam hat. Organisationstheoretisch sind solche Zusammenschlüsse als Verbände bekannt, zum Beispiel die in Deutschland für die Gestaltung gesundheitspflegerischer und sozialer Aufgaben wichtigen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Ein anderer Organisationstypus mit einer schwächeren internen Organisationsstruktur, aber mit dem gemeinsamen Einverständnis und einer einheitlichen Zwecksetzung als Wesensmerkmale ist das „Bündnis“, das als loser Zusammenschluss unter einem spezifischen Interesse bekannt ist und manchmal lediglich temporal zur Durchsetzung eines definierten Zwecks geschlossen wird.<sup>112</sup>

Die Frage nach der komplexen Terminologiebildung bei Max Weber kann an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Für den Zweck dieser Arbeit ist festzuhalten, dass bereits in der frühen Zeit einer sich wissenschaftlich konstituierenden Sozialforschung der Vertrag als koordinierendes Instrument von Interaktionen ein zentraler Untersuchungsgegenstand war. Vor dem Hintergrund des Versuchs einer Konstruktion sozialgeschichtlicher Entwicklung wurde differenziert zwischen sozialen Handlungen, die den jeweiligen Status von Personen zueinander bestimmten, und solchen, die auf einen sachlichen Zweck – z.B. einen Tausch von Gegenständen – ausgerichtet waren. In ihrer prototypischen Form kann man hier – Max Weber folgend – von Status- und Zweckvertrag sprechen. Vereinfachend lassen sich dem Status- und dem Zweckvertrag dichotome Eigenschaften zuordnen. Dabei sei aber angemerkt, dass eine solche Prädikation lediglich Modellcharakter hat, um mit ihrer Hilfe ein Raster zu entwickeln, das für die Analyse von Kontraktinteraktionen hilfreich sein kann.

---

<sup>112</sup> Beispiele für Bündnisse sind auf der politischen Ebene die NATO (NATO 1949) oder auch die Europäische Gemeinschaft (Europäische Union 2006). In kleinerem Rahmen kann als Bündnis z.B. eine Einkaufsgemeinschaft oder aber auch eine Gruppe von Personen beschrieben werden, die sich für den Umgang miteinander bestimmten Regeln unterwirft.

---

Die folgende Tabelle zeigt den Versuch, in einem Überblick die relevanten Aspekte von Status- und Zweckvertrag zu kontrastieren. Diese Zusammenstellung legt keinen Wert auf Vollständigkeit, sondern soll nur eine einfache Zuordnung von Sachverhalten ermöglichen.

Statusvertrag	Zweckvertrag
Der Vertrag bestimmt die soziale Rolle der Interakteure.	Der Vertrag bestimmt den Gegenstand, an dem die Interakteure interessiert sind.
Rechte und Pflichten sind allgemein und unabgeschlossen bestimmt.	Rechte und Pflichten sind spezifisch und abschließend bestimmt.
Der Vertrag ist persönlich gerichtet und nicht an andere Personen übertragbar.	Der Vertrag ist funktional und kann von all den Personen erfüllt werden, die den Zweck realisieren können.
Der Vertrag rekurriert auf Tradiertes (z.B. Sitte).	Der Vertrag rekurriert auf ein institutionalisiertes Normensystem (z.B. Satzung, Gesetz).
Das Legitimationsverfahren ist der Ap-pell an Tradition und Charisma.	Das Legitimationsverfahren ist rationale Rechtfertigung.
Die Interagierenden treten in ihren sozialen Rollen auf.	Die Interagierenden sind kontrahierende Individuen.
Die Interaktion muss nicht freiwillig sein.	Die Interaktion ist freiwillig (Einverständnis).
Das Verhältnis der Interakteure muss nicht symmetrisch sein.	Das Verhältnis der Interakteure muss symmetrisch sein.
Das präsuppositionale Einverständnis speist sich aus der Statuserfahrung (z.B. „Als Sohn hat man seinem Vater zu gehorchen“).	Das präsuppositionale Einverständnis speist sich aus der wechselseitigen Annahme des persönlichen Vorteils.

*Tabelle 5: Merkmale von Status- und Zweckvertrag*



Mit Hilfe dieser Zuordnung steht ein Analyseraster zur Verfügung, um Vereinbarungen in verschiedenen Handlungsfeldern zuzuordnen und Aussagen über ihre Legitimationsstruktur und –verfahren zu treffen. Dabei ist es möglich, dass zwischen Status- und Zweckverträgen Übergangsformen existieren, wie dies am Beispiel des Verbands oder des Bündnisses dargestellt wurde. Auch denkbar ist, dass Interakteure oder sonstige Beteiligte die Charakteristik eines Zweckvertrages behaupten, die Strukturkomponenten aber denen eines Statusvertrags entsprechen, oder umgekehrt.

Neben der Differenzierung von Status und Kontrakt, die auf Henry Sumner Maine zurückgeht, führt die Analyse des alten römischen Vertragsrechts den Autor zu weiteren Unterscheidungen, die sich insbesondere mit der Problematik beschäftigen, was einen Vertrag appellationsfähig macht, was also die Kriterien sind, die gegeben sein müssen, damit ein Vertragspartner im Streitfall seine Ansprüche gegen den anderen durchsetzen kann.

Detailliert stellt Maine dar, dass der Vertragsschluss und die Sicherung des Vertrages im Zusammenhang mit dem „Alten Recht“ nicht als ein gemeinsamer Akt, sondern als zwei voneinander getrennte Verfahren zu betrachten sind. (Maine 1997, 195 ff.) Dabei waren die Vertragsbedingungen in einem Vorgang zusammengefasst, der als Konvention (*conventio*) oder als Pakt bezeichnet wurde. Man kann dies als einen Austausch wechselseitiger Erklärungen zum Gegenstandstransfer verstehen. Zum Vertrag wurde die Konvention erst, wenn sie mit einer Obligation verknüpft wurde. Erst diese Formel löste für die Vertragsparteien Verpflichtungen und entsprechende Rechtsfolgen aus. Nach altem römischem Recht lassen sich Verträge auch differenzieren zwischen Verbal-, Litteral-, Real- und Konsensualvertrag.

„Die Bedeutung der vierfachen Einteilung wird ohne weiteres begreiflich, wenn wir die Theorie verstehen, die die Obligation von der Konvention trennten. Jede Vertragsart wurde tatsächlich nach bestimmten Formalitäten benannt, die zusätzlich zur bloßen Übereinstimmung der vertragschließen-

den Parteien erforderlich waren. Bei dem verbalen Vertrag mußte, sobald die Vereinbarung geschlossen war, ein bestimmtes Schema von Worten aufgesagt werden, bevor ihr das *vinculum iuris* angeheftet wurde. Beim Litteralvertrag hatte die Eintragung in ein Haupt- oder Tafelbuch die Wirkung, die Übereinkunft mit der Obligation auszustatten, und dasselbe Resultat folgte beim Realvertrag aus der Aushändigung der *res*, der Sache, die Gegenstand der einleitenden Vereinbarung war. Die vertragschließenden Parteien kamen kurz gesagt in jedem Fall zu einer Übereinkunft; wenn sie aber über diese nicht hinausgingen, waren sie sich nicht gegenseitig verpflichtet und konnten im Fall der Nichteinhaltung des Versprechens keine Erfüllung erzwingen oder Entschädigung verlangen. Sobald sie aber bestimmte vorgeschriebene Formalitäten einhielten, war der Vertrag sofort komplett (...)“ (Maine 1997, 198)

Maine sieht im Konsensualvertrag, bei dem es ausschließlich auf die wechselseitigen Willenserklärungen ankommt, gegenüber dem Real-, dem Litteral- und Verbalvertrag die „reifste und späteste Vertragsform“ (Maine 1997, 13).

Für den Zusammenhang der Frage nach Kontraktstrukturen ist von Belang, dass für Status-Kontrakte – anders als in den Zweck-Kontrakten – die Ansehung der Person nicht unbedeutend ist<sup>113</sup>. Vielmehr spielt es eine zentrale Rolle, wer sich zu wem in eine Beziehung setzt.

---

<sup>113</sup> Allerdings geht es weniger um die individuelle und personale Wertschätzung, sondern vielmehr um das angemessene Ausfüllen einer bestimmten gesellschaftlichen Rolle.

---

Es ist sicher auch davon auszugehen, dass die Handlungsformen von Status- und Zweck-Kontrakt nicht vollständig diskret und dichotom zueinander sind.<sup>114</sup> Es ist vielmehr zu erwarten, dass – insbesondere wenn es um die präsuppositionale Struktur geht – auch Austauschverhältnisse nicht frei von personalisierten Zuschreibungen sein werden. D.h. möglicherweise mag es so sein, dass bei juristischen Entscheidungen und bei hochformalisierten Verträgen die Personen der agierenden Parteien irrelevant sind, in der vertraglichen Praxis und im Verhandlungsprozess ist jedoch damit zu rechnen, dass Aspekte, die man zum Kernbestand der Status-Verträge rechnen wird, auch eine Bedeutung in den Zweckverträgen haben. So ist es wahrscheinlich, dass Vereinbarungen geschlossen werden, die als Leistungsaustausch verstanden werden können, aber im Wesentlichen statusvertraglichen Charakter haben<sup>115</sup>.

In Kontrakten in pädagogischen Handlungsfeldern wird auch der Status-Vertrag eine wichtige Rolle spielen, zum einen in seiner Charakteristik personaler Verpflichtung, die nicht nur sachgebunden ist, sondern auf die Erfüllung einer sozialen Rolle, z.B. die der Schülerin und des Schülers abhebt, zum anderen im Aufbau persönlicher Verbindlichkeit und in der vom Zweckvertrag signifikant abweichenden Sanktionspraxis.

---

<sup>114</sup> Einen interessanten Aspekt in diesem Zusammenhang beleuchtet Karl Homann, wenn er auf den Begriff des „unvollständigen Vertrages“ abhebt:

„Wenn die Interaktionen durch in jeder Hinsicht vollständige Verträge geregelt wären, brauchten wir eine Unternehmensethik ebenso wenig wie viele andere Arrangements zur Absicherung von Verträgen; sogar Ethik allgemein wäre überflüssig. Im Prinzip sind jedoch ausnahmslos alle Verträge unvollständig. Die Rechtsordnung regelt nur (1) das Grundgerüst (2) typischer, häufig wiederkehrender Standard-Interaktionen. Je länger der Zeithorizont ist, desto unvollständiger werden solche Verträge. Am einen Ende des Spektrums unvollständiger Verträge stehen der Verfassungsvertrag und der Ehevertrag.“ (Homann und Lütge 2002, 161)

Möglicherweise ist in diesem Spektrum auch die Dimension zwischen Zweck- und Statusvertrag aufzuspannen.

<sup>115</sup> Ein Beispiel für eine solche Vereinbarung ist der Lehr-Lern-Vertrag, dazu ausführlich Kap. 3.4.1, S. 131.

---

Störungen im Zweckvertrag lösen in aller Regel Folgen aus, die – wenn sie nicht explizit vertraglich vereinbart sind – gesetzlich kodifiziert sind. Dies sind Institute wie Wandlung, Vertragsrücktritt, Schadensersatz usw. Für den Statusvertrag ist eine derartige Sanktionssystematik nicht gegeben. In ihrer ursprünglichen Form ist die Sanktionspraxis der Statusverträge bestimmt durch die Zuweisung oder Abweisung der sozialen Rolle in der Regel über Beschämung oder sogar Ausstoß aus dem sozialen Verband. Während also für den Zweckvertrag sich ein rationales Sanktionsgeschehen durchgesetzt hat, das den Geschädigten möglichst wieder in den materiellen Stand vor Vertragsabschluss setzt, ist die Sanktionspraxis des Statusvertrags durch das Agieren mit Zu- oder Abnahme sozialer Aufmerksamkeit<sup>116</sup> geprägt. Dies ist umso interessanter, da insbesondere in pädagogischen Handlungsfeldern die Phänomene sozialer Inklusion und Exklusion besonders relevant sind.

---

<sup>116</sup> Über die Explikation der Sanktionsmechanismen von Statusverträgen ist das Thema der sozialen Exklusion angeschnitten:

„Robert Castel weist darauf hin, dass Exklusion gerade das Gegenteil von Ignorierung, Nicht-Thematisierung und Unsichtbarkeit bedeutet. Seine Exklusionstypologie stellt darauf ab, dass es sich bei Exklusionsstrategien um Zweierlei handelt: zum einen um einen Ordnungsfaktor, der den Exkludierten eine bestimmte Stellung zuweist, sie damit gesellschaftlich positioniert und in diesem Sinne sichtbar macht; zum anderen eben um eine begründete Strategie, das heißt um eine explizite Operation mit dem Ziel der Herstellung von Ordnung.“ (Bude und Willisch 2008, 123)

---

### **3.4 Kontrakte in pädagogischen Arbeitsfeldern**

Gemäß der methodisch-konstruktiven Empfehlung, mit einer wissenschaftlichen Befassung prinzipiell in der Lebenswelt zu beginnen, stellt sich zuallererst die Frage, in welchen pädagogischen Arbeitsfeldern mit expliziten Vereinbarungen umgegangen wird und wie diese gestaltet sind.

Genau genommen finden sich Vereinbarungen in jeder pädagogischen Praxis, wenn gemäß der allgemeinsten Definition damit die verbindliche Absprache zur Koordination von Interaktionen angesprochen ist. In diesem Zusammenhang soll das Feld nicht so weit geöffnet werden, weil damit das Risiko besteht, im Versuch, möglichst alle Phänomene zu erfassen, die Tiefenstruktur der Sachverhalte aus den Augen zu verlieren. Darüber hinaus sind Vereinbarungen, die einer bestehenden Systematik folgen oder zumindest verschriftlicht sind, für den Zweck dieser Arbeit, Fragen der Legitimation und Geltung zu klären, geeigneter als unverschriftlichte Absprachen, die es erst noch zu präparieren gilt.

Zur Vorbereitung der folgenden Schritte, die – wie beschrieben – eine methodisch-konstruktive Variation des phänomenologischen Programms der Epoché im Sinne einer eidetischen Reduktion darstellen, erscheint es zweckmäßig, sich nicht nur auf ein Feld zu beschränken, sondern in unterschiedlichen pädagogischen Arbeitszusammenhängen die Vereinbarungspraxis zu thematisieren.

Dabei wird es im Wesentlichen um Kontrakte in der pädagogischen und sozialpädagogischen Praxis gehen, die als Texte zur Verfügung stehen oder die durch Normen strukturell gerahmt sind.

Aus diesem Grund werden nicht nur Vereinbarungen im schulischen Kontext, sondern auch die sogenannten „Eingliederungsvereinbarungen“ und „Leistungsabsprachen“ in den sozialpädagogischen Arbeitsfeldern angesprochen, die entweder Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II<sup>117</sup> oder gemäß der Eingliederungshilfe nach SGB XII<sup>118</sup> erbringen, und die sogenannten „Behandlungsvereinbarungen“ der Sozialpsychiatrie<sup>119</sup>.

Damit sind neben Kontrakten in schulischen Zusammenhängen, die auf den verschiedenen Ebenen eingesetzt werden – vom eher organisatorischen ordnenden Gesamtzusammenhang bis hin zur Dyade Lehrkraft – Lernende –, auch drei Praxisbereiche sozialpädagogischen oder sozialarbeiterischen Handelns angesprochen. Die Kontrakte in diesen Arbeitsfeldern unterscheiden sich, wie zu zeigen sein wird, in grundsätzlichen Strukturmerkmalen.

---

<sup>117</sup> Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist eine Zusammenführung aus der sogenannten Arbeitslosenhilfe und der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem ehemaligen BSHG und betrifft alle Personen, die erwerbsfähig sind, also „unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig“ (SGB II 2003, § 8) sein können, und ihre Angehörigen.

<sup>118</sup> Die sogenannte „Eingliederungshilfe“ (§§ 53 – 60, SGB XII) stellt die aus Steuermitteln finanzierte Hilfe für Menschen mit wesentlichen Behinderungen dar, um sie in ihrem Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe zu unterstützen, siehe (SGB XII 2012).

<sup>119</sup> Das hier als „Sozialpsychiatrie“ bezeichnete Arbeitsfeld ist der nachklinische Bereich der psychiatrischen Versorgung. In ihm geht es weniger um genuin psychiatrische Behandlungen als eher um die alltägliche Stabilisierung von „Menschen mit seelischen Behinderungen“ – so die Bezeichnung aus dem SGB XII. Dies ist meist eine Aufgabe von pädagogischen Fachkräften.

---

### 3.4.1 Kontrakte in der Schule

Füssel und Kretschmann beschreiben, wie sich in vielfältiger Weise politische Initiativen in Bündnissen koordinieren, um ihre Interessen durchzusetzen (Füssel und Kretschmann 2005, 58). Sie zeigen aber auch auf, dass Verträge und Vereinbarungen nicht nur in politischen Handlungsformen zunehmend relevant werden, sondern auch in anderen administrativen Zusammenhängen als Kommunikations- und Steuerungsinstrument Bedeutung gewinnen:

„Vertragsmodelle werden zu einer Regelungsform, wo bisher klassische hierarchische Strukturen Anwendung fanden und wo nunmehr mit Instrumenten von Absprachen und verbindlichen Kooperationen agiert wird: innerhalb der Beziehungen zwischen Vorgesetztem/r und Mitarbeiter/in, die bisher durch Weisungsstrukturen geprägt waren, bestimmen nunmehr Vereinbarungen über zu erreichende Ziele die vom Mitarbeiter zu erbringende Arbeitsleistung näher. Und ähnlich werden die Strukturen zwischen übergeordneten und nachgeordneten Organisationseinheiten auf vertraglicher Grundlage geregelt – nicht zuletzt auch im öffentlichen Bereich. „Kontraktmanagement“ und „Zielvereinbarungen“, „Steuerung durch Verständigung“, „Führung durch Vertrag“ sind Schlagworte in dieser Debatte. Auch wenn um (sic!) der rechtliche Charakter derartiger Abreden nach wie vor nicht endgültig geklärt ist, die neue „Seele“ im Weber’schen Sinne, der neue „Geist“ halten Einzug in die öffentliche Verwaltung und verändern nachhaltig die bestehenden Kommunikationsformen. Dies steht offenkundig stärker im Vordergrund als die „typisch juristischen“ Fragen nach Vertragsschluss und Verbindlichkeit, nach Vertragsmängeln und Kündigungsmöglichkeiten.“ (Füssel und Kretschmann 2005, 58 f.)

Verträge im Bildungsbereich finden sich auf allen Ebenen. Nicht nur zwischen Lehrenden und Lernenden werden Vereinbarungen geschlossen, wie noch zu zeigen sein

wird. Sogenannte „Zielvereinbarungen“ regeln die Eigenständigkeit von Schulen gegenüber den zuständigen Landesbehörden. Exemplarisch für solche Verfahren kann das Schulgesetz des Landes Schleswig-Holstein von 2007 gelten, in dem für die Beruflichen Schulen, die sich zu Regionalen Berufsbildungszentren weiterentwickeln, entsprechende Rahmenvorgaben und Zielvereinbarungen vorgesehen sind (SchulG SH 2007, § 109).

Im Zusammenhang mit dieser Arbeit liegt der Fokus weniger auf den administrativen und politischen Steuerungsinteressen der Institutionen als auf den durch Vereinbarungshandeln geregelten pädagogischen Praxisfeldern. Es geht also um solche Vereinbarungen, „die Schüler und Schülerinnen mit der Schule schließen sowie um solche, die die Eltern mit einschließen. Gegenstand dieser Verträge sind im Regelfall die Festlegung von Verhaltensstandards sowie von Lehr- und Lernanstrengungen seitens der Schule und auch seitens der Schüler und Schülerinnen; geregelt werden darüber hinaus auch Verpflichtungen von Eltern dergestalt, dass diese mit Verbindlichkeit erklären, den schulischen Erziehungsprozess aktiv zu unterstützen“ (Füssel und Kretschmann 2005, 61).

Füssel und Kretschmann unterscheiden dabei verschiedene Typen von Verträgen im Schulbereich (Füssel und Kretschmann 2005, 61):

- Schulverträge,
- Erziehungsverträge mit Eltern,
- Klassenverträge,
- Zielvereinbarungen / Lehr-Lern-Verträge.

### **Schulverträge und Erziehungsverträge mit Eltern**

Schulverträge, die teilweise oder vollständig Schulordnungen ersetzen, und Erziehungsverträge mit Eltern, die die Erziehungsberechtigten zur Kooperation verpflichten

---



sollen, haben keine eigene Sanktionsbedeutung. Durch die Explikation der zu vereinbarenden Sachverhalte wird erwartet, dass das, was sonst in Schulordnungen oder im gesetzlichen Erziehungsauftrag festgeschrieben ist, explizit und möglicherweise exemplarisch und detaillierter thematisiert wird<sup>120</sup>. Nach Füssel / Kretschmann ist mit diesen Vereinbarungen die Erwartung verbunden, die Identifikation mit der Schule und ihrem Auftrag von Schülerinnen und Schülern im Falle der Schulverträge und von Eltern im Falle der Erziehungsverträge zu verbessern.

Folgende Aspekte sind hier von besonderem Interesse:

In den thematisierten Vereinbarungen<sup>121</sup> werden zum Teil Sachverhalte formuliert, die in anderen Kontexten (Schulordnung, Gesetz) in einen Sanktionsrahmen gesetzt sind. Diese Kontexte sind durch die vertraglichen Regelungen nicht außer Kraft gesetzt. Mit den Vertragsinhalten ist verbunden, dass für die Vereinbarungsparteien – also Schule gegenüber Schülerinnen und Schülern oder Schule gegenüber Erziehungsberechtigten – das explizit wird, was der Schule zur Erfüllung ihres Auftrags wichtig erscheint. Die Vereinbarungen können entsprechend als Aufforderungen verstanden werden, einerseits die aus Sicht der Schule relevanten Bedingungen zur Kenntnis zu nehmen und diese andererseits als Aufforderungen in die eigenen Handlungen zu integrieren, indem die Regeln befolgt werden. Durch das Verfahren des Vertragsabschlusses ist es möglich und wahrscheinlich, dass die Schülerinnen und Schüler und die Erziehungsberechtigten die Erwartungen der Schule zur Kenntnis nehmen. Dies kann man als Explizie-

---

<sup>120</sup> So ist das SGB VIII im § 1,2 sehr allgemein, was die elterliche Erziehungspflicht angeht (SGB VIII 2011):

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

<sup>121</sup> Umfangreiche Beispiele und Analysen von Kontrakten aller schulischer Ebenen finden sich im Sammelband von Horstkemper et al. (Horstkemper, Ludwig und Schubarth 2010).

---

ren präsuppositionaler Sachverhalte verstehen. Da die Vereinbarungen weder die Schulordnung noch die gesetzlichen Regelungen ersetzen, sind diese im Falle eines Verstoßes gegen die Vereinbarungen als Sanktionsverfahren nach wie vor funktional. Es ist anzunehmen, dass dies den vertragschließenden Parteien klar ist. Schul- und Erziehungsverträge haben somit eher den deklarativen Sinn der Verdeutlichung und appellativen Charakter.

Die Vereinbarungen mit den Schülerinnen und Schülern oder den Eltern werden von diesen nicht zurückgewiesen, auch nicht mit dem Verweis darauf, diese zu vereinbarenden Sachverhalte seien doch ohnehin alle schon geregelt und dies sogar noch durchsetzungsstärker, weil sie mit entsprechenden Sanktionsvorschriften bewehrt seien. Da derartige Vereinbarungen offensichtlich zur schulischen Praxis gehören und Verweigerungen in der begleitenden Fachliteratur nicht thematisiert werden<sup>122</sup>, ist davon auszugehen, dass sie bei den Vertragschließenden auf Akzeptanz treffen. Dies ist insofern verständlich und erklärbar, wenn mit dem Angebot des Vertragsschlusses gleichzeitig implizit die Gleichrangigkeit der Vereinbarungspartner präsupponiert wird. Wie bereits betont wurde (siehe Kap. 3.2.7, S. 86 und Kap. 3.3.2, S. 101), ist die Symmetrieforderung an die Vertragspartner eine zentrale Bedingung, die sich in entsprechenden gesetzlichen Regelungen zum Vertragsrecht<sup>123</sup> ausdrückt. Anders als im Zusammenhang mit einer Schulordnung oder einer gesetzlichen Regelung wird von Schülerinnen und Schülern oder den Eltern anscheinend nicht erwartet, sich unterzuordnen, sondern einem Vorschlag zuzustimmen.

---

<sup>122</sup> Dieser Aspekt spielt beispielsweise bei Horstkemper et al. keine Rolle (Horstkemper, Ludwig und Schubarth, Horstkemper, Ludwig et al. 2010 – Braucht die Schule Vereinbarungen 2010).

<sup>123</sup> Siehe dazu z.B. (BGB 2002, Abschnitt 3: Rechtsgeschäfte).

---

Das Angebot eines Vertragsabschlusses könnte also als Aufwertung der Person des Vertragsschließenden verstanden werden. Dies verweist darauf, dass derartige Vereinbarungen von den Eltern, Schülerinnen und Schülern möglicherweise als Verträge verstanden werden können, für die diese Symmetrieforderung elementar ist.

Anzumerken ist, dass die in Zweckverträgen als notwendig postulierte Symmetrie der Akteure für die Statusverträge nicht ohne weiteres gelten muss. In Statusverträgen werden den Vereinbarungsparteien ja ihre jeweiligen Funktionsrollen zuzuweisen sein. Die Entscheidung der Partner, einer solchen Vereinbarung beizutreten, liegt nicht in der Verwirklichung eines individuellen Zwecks, sondern im Erreichen eines gemeinsamen Ziels, das allein nicht zu verwirklichen ist. In diesem Zusammenhang erscheint die Unterscheidung funktionaler Rollen und Aufgaben sinnvoll und für die Vereinbarungspartner akzeptabel.

Es hat daher den Anschein, dass Schul- und Erziehungsverträge zumindest präsuppositional in Bezug auf eine status- und zweckvertragliche Zuordnung seltsam hybrid sind. Bezüglich ihrer Zielsetzung dienen sie der Realisierung eines gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrags, sind in ihrer finalen Funktion dem Typus eines Statusvertrags zuzuordnen; dies gilt auch für den Gesichtspunkt des Vertragsbeitritts, dem man sich als Schülerin und Schüler oder als Elternteil nur schwerlich entziehen kann.

Interessant ist hier die retorsiv anmutende Argumentationsfigur: Wenn ein Elternteil den Erziehungsvertrag nicht unterzeichnet, besteht die Möglichkeit, zu präsupponieren, dass bei dieser Person auch das Einverständnis mit dem eigenen oder dem Erziehungsauftrag der Schule fraglich ist. Es ist möglich, dass Menschen genau diesen Gedanken präsupponieren und den Vertrag also deshalb unterzeichnen, um nicht als Eltern, die ihren Erziehungsauftrag nicht ernst nehmen, bloßgestellt zu sein. Entsprechendes mag für Schülerinnen und Schüler bezüglich der Schulordnung gelten. Für den Zweckvertrag elementar ist der freiwillige Vertragsabschluss der Partner. Für statusvertragliche Regelungen gilt die Freiwilligkeit nicht als notwendige Bedingung. Die

statusvertragliche Bindung wird dann über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe realisiert.<sup>124</sup>

Ihre Funktionalität werden die Schul- und Erziehungsvereinbarungen allerdings nur daraus entwickeln können, dass Eltern wie Schülerinnen und Schüler in ihrer Präsupposition der gleichberechtigten Partnerschaft gestärkt werden. Es kann also aus Sicht der Schule sinnvollerweise darum gehen, über Verfahrensregelungen die Präsupposition der Gleichberechtigung von Schülerinnen, Schülern und Eltern deutlich zu verstärken. Legitimiert sind die in den Verträgen geregelten Sachverhalte ohnehin, da die Verträge keinen anderen Regelungsgegenstand haben als die bereits bestehenden Ordnungen oder gesetzlichen Regelungen. Sie sind aber in ihrer Funktionalität zu stabilisieren, da eine Vereinbarung, die nur das regelt, was ohnehin anderweitig schon geklärt ist, schlicht überflüssig ist. Sie erhält ihren funktionalen Wert also dadurch, wenn die Vereinbarung selbst über das Kriterium einer Statusveränderung zur gleichberechtigten Partnerschaft entsprechende Beteiligungs- und Mitwirkungsformen etabliert werden. Oder es werden entsprechende Rahmenhandlungen im schulischen Kontext vollzogen<sup>125</sup>, die dann allerdings auch erlebbar sein müssen, um die Betroffenen mit ihren Präsuppositionen nicht zu enttäuschen.

---

<sup>124</sup> Es muss aber eingeräumt werden, dass bei bestimmten Verträgen hybride Formen vorliegen. So sind Arbeitsverträge in ihrer unspezifischen Formulierung wechselseitiger Rechte und Pflichten statusvertraglich. Der Vertragszugang ist aber strikt freiwillig. Durch sehr komplexe rechtliche und vertragliche Referenzsysteme (Arbeitsrecht und z.B. Tarifverträge) geht der statusvertragliche Charakter, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren funktionalen Rollen positioniert, immer mehr zugunsten eines zweckvertraglichen Systems verloren. Diese Entwicklung zeigt sich u.a. auch in der Konzeption anderer Arbeits- und Beschäftigungssysteme, die nicht mehr ausschließlich das klassische Arbeitnehmerverhältnis zum Schwerpunkt haben, sondern wesentlich sogenannte Freie Mitarbeiter für Projektaufgaben verpflichten, siehe (Kwasniewski 2012).

<sup>125</sup> Dies können z.B. Gremien der Partizipation und der Mitentscheidung sein.

---

Gottmann et al. weisen darauf hin, dass insbesondere die schlichte Umgestaltung einer bestehenden Regelung als Vereinbarung als problematisch bewertet werden muss:

„Nicht selten wird an Schulen bereits die Unterzeichnung der auf Schulebene formulierten und von jeher gültigen Haus- und Schulordnungen als Umsetzung des Konzeptes von Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen deklariert. Diese Praxis muss einerseits aufgrund ihres „Pseudo-Charakters“ sehr kritisch bzw. gar als gezielter Missbrauch des ursprünglichen (individuellen) Fördergedankens gesehen werden (...). Andererseits kann ein solch niedrigschwelliger Ansatz ggf. auch als Einstieg in weiterführende Maßnahmen bis zu tatsächlichen Individuellen Lehr-Lern-Vereinbarungen dienen.“ (Gottmann et al. 2010, 42)

Festzuhalten bleibt für diese beiden Vertragsformen der Schul- und Erziehungsverträge, dass ihr Regelungsinhalt statusvertraglich ist. Gleiches gilt unter dem Gesichtspunkt der Beitrittsbedingung. Die Verträge regeln keinen Leistungsaustausch, sondern ein gemeinsames Vorhaben, die Partner haben eigentlich keine Freiheit des Vertragsbeitritts. Durch die Wahl dieser Vertragsinstrumente durch die Schule kann aber bei den Adressaten – Schülerinnen und Schüler bzw. Eltern – der möglicherweise nicht immer zutreffende Eindruck einer gleichberechtigten Beteiligung und Mitwirkung erzeugt werden. Dies wäre ein Kriterium zweckvertraglicher Regelung. In der Stärkung dieser Präsupposition durch die Schule besteht eine Chance für die Verwirklichung der vertraglich angestrebten Ziele.

## **Klassenverträge**

Als „Klassenverträge“ lassen sich explizite Vereinbarungen zwischen Angehörigen einer Gruppe oder einer Klasse verstehen<sup>126</sup>, die miteinander Absprachen treffen, wie sie besondere Sachverhalte regeln wollen. Hier hat die Lehrkraft, wenn sie nicht als Angehörige der Gruppe oder Klasse auch Vertragspartner ist, die Funktion einer Moderation und Beratung beim Prozess der Aushandlung der Vereinbarung. Sie ist selbst nicht Vertragspartei gegenüber einer Gruppe oder einzelnen Schülerinnen oder Schülern.

Klassenverträge sind keine Zweckverträge. Sie zielen nicht auf einen Leistungsaustausch, sondern sollen den Umgang mit einem besonderen Sachverhalt regeln. Dieser Umgang würde dann für die Personen gelten, die der Vereinbarung beitreten.

Klassenverträge sind zum Beispiel Verabredungen einer Gruppe von Personen, auf eine besondere Weise mit Konflikten untereinander umzugehen. Solche Verabredungen werden etwa im Rahmen von Gewaltpräventionsprogrammen eingeführt. Sie sehen für einen beschriebenen Sachverhalt ein bestimmtes Reglement vor, zum Beispiel einen gewaltfreien Umgang bei der Bewältigung interpersonaler Konflikte, zu dem sich die Vertragschließenden verpflichten.

Klassenverträge haben daher die Charakteristik eines Bündnisses<sup>127</sup>.

---

<sup>126</sup> Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Begriffsverwendung in der schulischen Praxis sehr heterogen ist. Abweichend von der hier genannten Bestimmung finden sich Beispiele, in denen Umgangsregeln – vergleichbar mit der Schulordnung – als Klassenverträge bezeichnet werden, so etwa der im Internet veröffentlichte Klassenvertrag der Katholischen Bonifatiuschule in Hamburg-Wilhelmsburg (Bonifatiuschule 2005).

<sup>127</sup> Siehe Kap. 3.3.3, S. 113.

---

Zu einem Bündnis schließen sich mindestens zwei Personen zusammen, die miteinander verabreden, ein bestimmtes Handlungsschema auf eine spezifische Weise zu bewältigen. Der Beitritt zu einem Bündnis ist in der Regel freiwillig. Die Bündnispartner definieren sich zueinander als gleichwertig. Im Unterschied zu einem Zweckvertrag sind viele Bündnisse beitriffs offen gestaltet. Partner können ihnen unter bestimmten Bedingungen beitreten oder sie auch wieder verlassen. Sie können also ihre Teilnahme am Bündnis auflösen, ohne dass damit das Bündnis selbst beendet ist. Mit ihrem Beitritt zu einem Bündnis verpflichten sich die Bündnispartner, die Regeln des Bündnisses als verpflichtend gegenüber sich selbst wirken zu lassen.

Ähnlich wie im Zusammenhang mit den Schulverträgen ist zu hinterfragen, ob es für eine Schülerin oder einen Schüler eine realistisch denkbare Option ist, den Beitritt zu einem Klassenvertrag schlicht mit Verweis auf die Freiwilligkeit des Beitritts zu verweigern.

Dies ist wesentlich davon abhängig, in welchen Rahmen ein solcher Klassenvertrag gesetzt wird. Wählt die Lehrkraft zur Einführung von für alle geltenden Regeln das Instrument des Klassenvertrags, besteht für die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler kaum eine Möglichkeit, sich der Aufforderung zum Beitritt zu entziehen. Dies ist gut am Beispiel eines sogenannten Klassenvertrags zur Konfliktlösung der Grundschule Wipshausen zu illustrieren. In ihrer Internetpräsentation listet die Grundschule unter der Überschrift „Klassenvertrag zur Konfliktlösung“ folgende Regeln auf:

- „1. Wenn wir uns streiten verzichten wir auf Gewalt
2. Wenn wir uns streiten hat niemand Schuld!
3. Wenn wir uns streiten, sprechen wir miteinander als Partner!
4. Wir versuchen dann zu verstehen, warum wir uns streiten!
5. Wir suchen dann gemeinsam nach Lösungen!
6. Nach jedem Streit vertragen wir uns wieder!

7. Wenn wir uns nicht vertragen können, dann holen wir uns Hilfe von einer Lehrerin!“ (Grundschule Wipshausen 2009)

Klassenverträge, die nur dann funktional sind, wenn alle Mitglieder der Zielgruppe – also die gesamte Klasse – vollständig beitreten, sind regelhaft nicht unter der Maßgabe der Beitrittsfreiwilligkeit zu realisieren. Allerdings erzeugt die Wahl des Instruments „Vertrag“ zur Handlungskoordination eben diesen Eindruck bei den Personen, um deren Beitritt geworben wird. Es ist in diesem Zusammenhang zu vermuten, dass die Wahl des Vertrags von den Schülerinnen und Schülern lediglich als ein weiteres pädagogisches Instrument betrachtet wird, das von den Lehrkräften bei Bedarf eingesetzt wird. Unter dieser Maßgabe verfehlt der Vertrag als Möglichkeit der freiwilligen Handlungskoordination seine Kernbedeutung.<sup>128</sup>

Es sind aber auch Klassenverträge gestaltbar, die diese Voraussetzung des vollzähligen Beitritts nicht benötigen, um ihre Wirkung zu entfalten. Ein solches Beispiel ist eine Aktion der Tropenwaldstiftung „OroVerde“<sup>129</sup>, die vorschlägt, einen Klassenvertrag zum Schutz tropischer Wälder abzuschließen. Im einleitenden Text zum Klassenvertrag heißt es:

„Es gibt viele gute Ideen, die helfen, die tropischen Regenwälder zu retten. Ideen nützen aber nur etwas, wenn sie auch umgesetzt werden. Dabei hilft euch der Klassenvertrag. Ein Vertrag ist eine bindende Vereinbarung, an die sich alle halten müssen, die ihn unterschrieben haben.“ (OroVerde - die Tropenwaldstiftung 2006)

---

<sup>128</sup> Ob damit in letzter Konsequenz auch ein Problem für die Beziehung zwischen Unterrichtenden und Lernenden entsteht, kann zwar vermutet werden, ist aber nicht zentraler Gegenstand dieser Arbeit.

<sup>129</sup> OroVerde–die Tropenwaldstiftung ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Bonn.

---



Der hier den Schülerinnen und Schülern vorgeschlagene Vertrag ist auch dann gültig und funktional, wenn nicht alle Schülerinnen und Schüler beigetreten sind, was aber nicht ausschließt, dass alle Mitglieder der Klasse beitreten können.

Bei dieser Konstruktion liegt ein Klassenvertrag vor, der die Freiwilligkeit und damit das Einverständnis nach Weber<sup>130</sup> zur Voraussetzung hat.

### **Zielvereinbarungen oder Lernverträge mit einzelnen Schülerinnen und Schülern**

Mit Hilfe von Lernverträgen lässt sich nach Felix Winter die „Vorausschau auf einen anstehenden Arbeits- und Lernprozess“ (Winter 2010, 50) organisieren. „Lernkontrakte“ (Winter 2010, 49) sind nach Winter eine strukturierte Fortsetzung eines pädagogischen Settings, das er als „Schülerselbstbewertung“ beschreibt. Dabei geht es darum, dass einander bekannte Schülerinnen und Schüler einer Lerngruppe die Arbeits- und Lernprozesse eines Schülers oder einer Schülerin in Bezug auf ein besonderes Thema antizipieren und dies der betreffenden Person mitteilen sollen. Winter formuliert die Wirkungen wie folgt:

„Meist wurden die Urteile als zutreffend eingeschätzt. Solche Vorhersage von anderen zu hören zu bekommen, löste bei den betreffenden Schülern Verlegenheit und oft auch ein sichtbares Aha-Erlebnis aus. Nach dem Motto: Wenn andere bestimmte Merkmale meines Arbeitsprozesses vorhersagen können, kann ich es selbst doch auch tun und vielleicht meine Lernanstrengungen entsprechend steuern, um beispielsweise Schwierigkeiten (...) zu vermeiden.“ (Winter 2010, 49)

---

<sup>130</sup> Siehe (Weber 2005, 561).

Unter dieser Perspektive kann der Lernprozess „als steuerbar, als planbar und als verhandelbar betrachtet“ (Winter 2010, 50) werden. Nach Winter ist dies für die Lernenden eine neue Erfahrung, weil sie in ihrem Schulkontext etwas gänzlich anderes erlebt haben:

„Diese Eigenschaft von Lernverträgen, das Lernen als etwas Planbares und vor allem Steuerbares und Kontrollierbares, als etwas, was man zudem auch selbst bewerten kann, erscheinen zu lassen, kann kaum überschätzt werden. Vor allem nicht vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Schule von den Schülerinnen und Schülern in aller Regel als für sie kaum gestaltbar erlebt wird (Arbeitsgruppe Schulforschung, 1980), insgesamt sehr kritisch gesehen wird und dabei die Leistungsbeurteilung eine zentrale Rolle spielt (Czerwenka, 1990, 421 ff.).“ (Winter 2010, 50)

Winter sieht im Einsatz von Lernverträgen im schulischen Kontext Möglichkeiten zu einem stärker individualisierten und eigenverantwortlichen Lernen, ist sich jedoch auch darüber im Klaren, dass dies voraussetzt, die klassischen Rollenverteilungen im Unterricht zu hinterfragen. Sein Verweis auf das Risiko, dass Lehrpersonen „ihre Schüler durch „Knebelungsverträge“ binden“ (Winter 2010, 59), zielt in die gleiche Richtung wie die Gefahr, dass nur scheinbar Regelungsräume eröffnet werden, wo bereits umfassend entschieden wurde<sup>131</sup>. Lernverträge sind in der von Winter dargelegten Struktur Zweckverträge, ihr Leistungsaustausch bezieht sich auf eine bestimmte Handlungsweise des Lernenden, die, wenn sie realisiert wird, durch eine zugesagte Handlungsweise des Partners, z.B. der Lehrperson, flankiert wird. Die grundsätzliche Partnersymmetrie wird von den Lernenden bei Vertragsabschluss präsupponiert. Wird von der Schülerin oder dem Schüler erkannt, dass diese Präsupposition für diese Ver-

---

<sup>131</sup> Siehe Kap. 3.4.1, S. 127.

---

tragsbeziehung unzutreffend ist, kann diese „Enttäuschung“ eine einseitige Aufkündigung des Lernvertrags zur Folge haben und darüber hinaus diese Methode als Bildungsstrategie bei den betroffenen Schülerinnen und Schüler disqualifizieren.

In der Einleitung zu ihrem Beitrag im Sammelband zur Bildungsforschung hat Gertrud Graf diese Problematik prägnant formuliert:

„„Ich möchte bei der Formulierung eines Vertrages immer mitsprechen, um mir eine Hintertür einzubauen, die ich nutze, um den Vertrag nicht einhalten zu müssen.“ (Marco, 16 Jahre)

Für diesen Jugendlichen ist Zwang die Basis seines Kontraktes mit dem System Schule. Zu oft machte er die Erfahrung, dass die Vertragsteilnehmer nicht gleichwertig sind – die eine Seite befindet sich im System, weil sie es so will, die andere, weil sie muss – und so fand er für sich diese „intelligente“ Lösung.“ (Graf 2010, 209)

Graf verweist mit ihrer Bemerkung auf den besonderen Konflikt, der dem Umstand geschuldet ist, dass die Schülerinnen und Schüler wohl wissen, dass sie auf Grund ihrer Rollenzugehörigkeit keine andere Wahl haben, als sich auf die ihnen angebotenen Kontrakte einzulassen. Dabei werden die Schülerinnen und Schüler präsupponieren, dass die Anbieter derartiger Vereinbarungen eine stärkere Kooperationsbereitschaft der Lernenden als Konsequenz aus deren vertraglicher Zustimmung erwarten, wohl wissend, dass den Schülerinnen und Schülern eine freie Entscheidung nicht möglich ist.

Diese Problematik lässt sich mit den vorliegenden Analyseinstrumenten beschreiben als ein Konflikt, der aus der Unklarheit für die Schülerinnen und Schüler entsteht, ob der angebotene Vertrag als Zweckvertrag oder als Statusvertrag zu bewerten ist. Als Zweckvertrag ist der Vertragszutritt grundsätzlich den potentiellen Vertragsparteien freigestellt. Ebenso haben alle Partner des Zweckvertrages die gleichen Rechte bei der Aushandlung der Vertragsbestandteile. Dies betrifft die Vertragsbedingungen ebenso wie den Vertragsgegenstand und die Vertragssanktionen.

---

Der im vorhergehenden Text beschriebene Lehr-Lernvertrag ist in einem Kontext formuliert, den die Schülerinnen und Schüler nicht als freiwillig präsupponieren, was ihre Teilnahme angeht. Innerhalb der Schule gibt es allerdings Handlungsfelder, an denen mitzuwirken den Schülerinnen und Schülern freigestellt ist. Dies betrifft zum Beispiel bestimmte fachliche Angebote und Projektarbeiten<sup>132</sup>. Hier ist zwar das Mitwirken grundsätzlich geboten, aber es besteht eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Angeboten. Zu Recht präsupponieren die Schülerinnen und Schüler in keinem Fall eine gleichrangige Einflussnahme auf Verfahren und Inhalte schulischer Angebote.

Da sie unterstellen, dass Vereinbarungen unter den Bedingungen der freiwilligen und gleichrangigen Beteiligung abgeschlossen werden sollten, diese Bedingungen aber für den erfahrenen Schulalltag nur partiell gelten, ist die Einführung vertraglicher Regelungen in schulischen Zusammenhängen mit dem Problem der Uneindeutigkeit<sup>133</sup> belastet.

Schülerinnen und Schüler haben in diesem Zusammenhang zwei Optionen zu präsupponieren:

1. Sie können Freiwilligkeit und Gleichrangigkeit entgegen ihrer Kontexterfahrung präsupponieren.
2. Sie können, abgeleitet aus ihren Kontexterfahrungen, präsupponieren, dass das Vertragsangebot nur scheinbar freiwillig ist und es lediglich Aushandlungsoptionen im Rahmen der ihnen bekannten schulischen Grenzen gibt.

---

<sup>132</sup> Alle Schultypen in Schleswig-Holstein bieten neben dem Fachunterricht Möglichkeiten des themenzentrierten und fachübergreifenden Lernens (Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein 2012).

<sup>133</sup> Watzlawick et al. beschreiben derartige Situationen als paradox (Watzlawick, Beavin und Jackson 1985, 178 ff.).

---

Im ersten Fall ergibt sich aus der Präsupposition nur die eine Handlungsmöglichkeit, so zu agieren, wie unter den Bedingungen von Freiwilligkeit und Gleichrangigkeit agiert wird. Hier sind Handlungsfolgen vorstellbar, die die Handlungsstrategie als dysfunktional erscheinen lassen, weil die Grenzen der Aushandlung durch den schulischen Kontext definiert werden. Schülerinnen und Schüler werden erfahren, dass ihre Präsuppositionen nicht bestätigt werden, wenn sie Handlungen aushandeln oder vollziehen wollen, die im normativen System der Schule nicht zulässig sind. In einem solchen Fall wird der Vertragspartner, die Lehrkraft eine Proponentenrolle erfüllen müssen, die Aufforderungen an die Schülerin oder den Schüler (Opponent) formuliert, für die der Opponent keine vollständige Rechtfertigung verlangen kann. Dies wurde an anderer Stelle als Zwang definiert<sup>134</sup>. Durch das Widerfahrnis des Zwangs wird sowohl die Präsupposition der Freiwilligkeit als auch die der Gleichrangigkeit dementiert. Damit ist eine Störungswahrscheinlichkeit bei der Aushandlung einer Lehr-Lern-Vereinbarung gegeben. Diese Störungswahrscheinlichkeit kann möglicherweise dadurch reduziert werden, dass im schulischen Kontext die Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler erkennbar und systematisch erweitert werden.

Im zweiten Fall wird die Schülerin oder der Schüler nicht davon ausgehen, dass ein Zweckvertrag abzuschließen ist, sondern sie oder er wird entweder einen Statusvertrag oder aber den Einsatz einer besonderen Verfahrenstechnik durch die Lehrkraft unterstellen. Wird letzteres präsupponiert wird die Schülerin oder der Schüler so handeln, wie in den anderen schulischen Zusammenhängen auch. Wird ein Statusvertrag präsupponiert, sind die weiteren Handlungsoptionen davon abhängig, wie die beteiligten Schülerinnen und Schüler ihre sozialen Rollen als Lernende in der Institution und wie

---

<sup>134</sup> Siehe Kap. 3.3, S. 90.

sie die Lehrkraft als vertragliches Gegenüber oder als Trägerin einer institutionell festgelegten Rolle definieren.

Verträge im schulischen Kontext abzuschließen, ist eine häufig geübte Praxis.<sup>135</sup> Bei der stichprobenhaften Sichtung öffentlich zugänglicher Dokumente im Zuge von Onlinerecherchen zeigte sich, dass eine besondere Bedeutung der Frage zukommt, wie Verhaltensregeln und Lernmethoden implementiert werden, die sich die persönliche Motivation der Schülerinnen und Schüler zunutze machen. Dass dies mit Schwierigkeiten verbunden sein kann, wurde an den verschiedenen eingesetzten Vertragsarten (Schulvertrag, Klassenvertrag, Lernvertrag) verdeutlicht. Das zentrale Problem scheint in allen Fällen die Frage zu sein, ob und wie das Vorverständnis von Schülerinnen und Schülern ihrer freiwilligen Vertragspartizipation im Vertragsvollzug bestätigt werden kann.

Horstkemper zielt auf den gleichen Sachverhalt, wenn sie die Einsatzmöglichkeiten von Kontrakten zurückhaltend beschreibt:

„Kontrakte sind dabei keineswegs eine „Wunderwaffe“, mit deren gekonntem Einsatz alle Probleme binnendifferenzierenden Unterrichts zu lösen sind.

Sie erfordern vor allem eine Grundhaltung der „Vertragsparteien“, die von einer grundsätzlich positiven Sicht beider Seiten ausgeht. Lehrkräfte müssen ihren Schülerinnen und Schülern zutrauen, eine solche Verantwortung für den eigenen Lernprozess zunehmend stärker auch übernehmen zu können und zu wollen. Solange sie davon ausgehen, dass ihnen Lernbemühungen und Anstrengung allenfalls durch Druck abgetrotzt oder mit List entlockt werden können, wird ein solch dialogisches Verfahren

---

<sup>135</sup> Eine Suchanfrage im Internet mit der Stichwortkombination „Vertrag“ „Schule“ ergab am 23.09.2012 eine Trefferzahl von ungefähr 8.770.000 Ergebnissen, was darauf verweist, dass „Vertrag“ und „Schule“ gemeinsam in vielen Diskursen thematisiert werden.

---

kaum realisiert werden können. Ein Rollenwandel vom InstruktEUR zum Lernbegleiter und -berater erfordert hohe fachliche und kommunikative Kompetenz, die auch bei Lehrenden nicht umstandslos vorausgesetzt werden kann. Solche Veränderungen anzubahnen und zu flankieren, ist zum einen Aufgabe kollegialer Zusammenarbeit und zum anderen gezielter Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.“ (Horstkemper, Ludwig und Schubarth 2010, 21)

### **3.4.2 Vereinbarungen im Zusammenhang mit Leistungen sozialer Arbeit**

Die soziale Arbeit<sup>136</sup> befasst sich mit Aufgaben, die darauf abzielen, die Handlungsmöglichkeiten von einzelnen Personen oder Gruppen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu verbessern.

Dieser Versuch, das Feld sozialer Arbeit zu umreißen, deckt sich mit dem Beschluss der Generalversammlung der International Federation of Social Workers (ISFW) und der International Association of Schools Social Work (IASSW) in Adelaide, Australien, vom Oktober 2004:

„Die Profession Soziale Arbeit fördert sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen und die Stärkung und Befreiung von Men-

---

<sup>136</sup> „Sozialpädagogik“ und „Sozialarbeit“ beschreiben nicht exakt die gleiche Praxis. Ich folge hier der Definition von Heiko Kleve:

„Sozialarbeit und Sozialpädagogik sind die beiden zentralen Wissens- und Handlungsbereiche der Sozialen Arbeit. Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass Sozialarbeit („Armenfürsorge“) Ersatz für schwindende familiäre Sicherungsleistungen bietet, während Sozialpädagogik („Jugendfürsorge“) die schwindenden familiären Erziehungsleistungen kompensiert. Inzwischen können wir allerdings von einer Identität von Sozialarbeit und Sozialpädagogik sprechen, d.h. eine Unterscheidung zwischen diesen beiden Bereichen ist kaum noch möglich, so dass das Berufsfeld immer häufiger als Soziale Arbeit bezeichnet wird.“ (Kleve 2003, 5)

---

schen, um das Wohlergehen zu stärken. Gestützt auf Theorien über menschliches Verhalten und sozialer Systeme greift Sozialarbeit an den Stellen ein, wo Menschen mit ihrer Umwelt in Wechselwirkung stehen. Die Grundlagen von Menschenrechten sozialer Gerechtigkeit sind für die Soziale Arbeit wesentlich.” (DBSH 2004)

Die Dienste, die soziale Arbeit leisten, können von drei verschiedenen Seiten beauftragt werden. Zum einen können sie sich selbst adressieren, indem sie vermeintlich zu ändernde Situationen identifizieren. Zum anderen können sie von den Personen, die anschließend selbst Adressat sozialer Arbeit sind, selbst beauftragt werden. Und zum Dritten können sie von dritter Seite beauftragt werden.<sup>137</sup> Diese letzte ist die in der sozialen Arbeit am häufigsten auftretende Variante. In den meisten Fällen ist ein zuständiger Sozialleistungsträger beteiligt, der den Leistungsberechtigten die soziale Leistung garantiert und für deren Verwirklichung verantwortlich ist.

Die komplexe Situation der Adressierung sozialer Arbeit korrespondiert zu dem Spannungsfeld zwischen Ansprüchen einer Gesellschaft, die aus der Finanzierung und Verantwortung für eine soziale Leistung durchaus auch Verhaltensansprüche an die Sozialarbeitenden und an die leistungsberechtigten<sup>138</sup> Menschen ableitet, und den Begeh-

---

<sup>137</sup> Für den ersten Fall kann man beispielhaft Winternotprogramme für wohnungslose Menschen anführen. Dabei werden u.a. warme Kleidung, Schlafsäcke verteilt oder Wärmecontainer aufgestellt. Die zweite Form ist eine häufige Verfahrensweise in Beratungsstellen, an die sich Menschen mit einem besonderen Problem wenden. Die dritte Variante ist eine Beauftragung durch einen Träger sozialer Leistungen (z.B. Sozialhilfe, Jobcenter, Rentenversicherungsträger). Bei derartigen Beauftragungen hat es meist im Vorfeld einen ersten Kontakt zwischen der Einrichtung und der leistungsberechtigten Person gegeben, die dann im Anschluss die Hilfeleistungsbedarfe beim zuständigen Sozialleistungsträger angemeldet hat.

<sup>138</sup> Mit „Leistungsberechtigter“ ist die Person gemeint, die mit Recht eine soziale Leistung beansprucht. Je nach Rechtskreis muss die Leistung beim Sozialleistungsträger beantragt oder ein Bedarf angezeigt werden, woraufhin der Sozialleistungsträger dann zu einer Bedarfsermitt-



rungen und Bedarfen der adressierten Personen. Entsprechend beschreibt der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) in seinem Grundsatzprogramm von 1998 diese Situation als wesentliche Rahmenbedingung sozialer Arbeit:

„Berufliche Soziale Arbeit hat einen doppelten Auftrag: einerseits die Stützung bestehender Strukturen und Normen der Gesellschaft oder deren Veränderung, andererseits die Begleitung und Hilfe für diejenigen, denen individuelle Notlagen, personale Probleme und / oder vorhandene gesellschaftliche Widersprüche eine befriedigende Lebensgestaltung nicht möglich machen.

In dieser Doppelfunktion steht Soziale Arbeit im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Ordnungsinteressen und den Interessen von einzelnen Menschen und Gruppen. Die Beschäftigten erleben diesen Konflikt ständig in ihrer Arbeit. Sie haben den Auftrag, den BürgerInnen Partizipation in dieser Gesellschaft, ihrem Gemeinwesen, zu ermöglichen.“ (DBSH 1998, 6)

Neben dem oft zuständigen Sozialleistungsträger<sup>139</sup> und den Leistungsberechtigten ist als ein weiterer Partner ein Leistungserbringer<sup>140</sup> eingebunden, der die soziale Arbeit praktisch umsetzt. Bezogen auf Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe wird das Verhältnis zwischen diesen drei Parteien als Sozialhilfedreieck bezeichnet. Die Beziehun-

---

lung und –prüfung verpflichtet ist. Gesetzlich ist dies allgemein im SGB I geregelt und in den jeweiligen zutreffenden Sozialgesetzbüchern II bis XII.

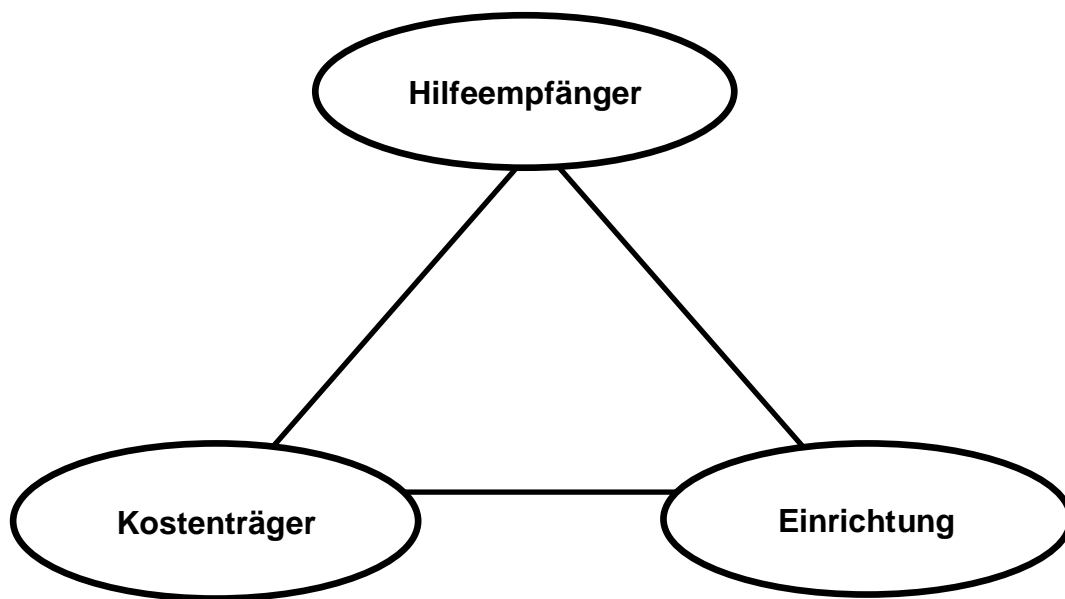
<sup>139</sup> Mit „Sozialleistungsträger“ ist die Stelle gemeint, die gesetzlich zur Leistung verpflichtet ist. Dies kann ein z.B. kommunales Amt sein (Sozial- oder Jugendamt), ein Träger der Renten-, Kranken-, Pflege- oder Unfallversicherung. Dies ist geregelt im SGB I §§ 12, 18 – 29.

<sup>140</sup> „Leistungserbringer“ sind die Dienste und Einrichtungen, die soziale Arbeit als Dienstleistung verrichten. Die Dienste und Einrichtungen erfüllen ihre Aufgaben in sehr vielen Fällen im Auftrag eines Sozialleistungsträgers. Wie die Zulassungs- oder vertraglichen Bedingungen im Einzelnen gestaltet sind, ist in den jeweiligen Sozialgesetzbüchern geregelt.

---

gen zwischen den Partnern im Sozialhilfedreieck sind bilateral, vollständig verrechtlicht und vertraglich fixiert.

Der Landschaftsverband Rheinland hat die Beziehungen in diesem Dreieck in einer grafischen Präsentation wie folgt dargestellt (Flemming 2011, 5):



*Abbildung 1: Das Sozialhilfedreieck*

Das Verhältnis zwischen Sozialleistungsträger und -berechtigtem wird begründet mit einer Bedarfsanzeige des Hilfesuchenden an den Sozialleistungsträger<sup>141</sup>, der mit einer Klärung des Bedarfs bestätigt, ob der Hilfesuchende leistungsberechtigt ist, und einem rechtsmittelfähigen Bescheid des Sozialleistungsträgers, wenn der Bedarf geprüft ist.

---

<sup>141</sup> Bei Leistungen der Sozialhilfe bedarf es eigentlich keines Antrags, sondern der Sozialhilfeträger leistet, „sobald dem Träger der Sozialhilfe oder den von ihm beauftragten Stellen bekannt wird, dass die Voraussetzungen für die Leistung vorliegen“ (SGB XII 2012, § 18).

---

Dieses Verhältnis ist kein Vertragsverhältnis, sondern Ergebnis eines Verwaltungsaktes.<sup>142</sup>

Das Verhältnis zwischen Sozialleistungsträger und -erbringer ist zum Beispiel im Sozialhilferecht durch eine Rechts- und Vertragsbeziehung geregelt. Die beiden Partner treffen Vereinbarungen zur Leistungsgestaltung, -prüfung und -finanzierung. Ohne solche Vereinbarung darf der Sozialleistungsträger nur im Ausnahmefall den Leistungserbringer beauftragen. Die Beziehung zwischen diesen beiden Partnern ist als öffentlich-rechtlicher Vertrag geregelt.<sup>143</sup>

Das Verhältnis zwischen Leistungsberechtigtem und Leistungserbringer ist auf einer privatrechtlichen Basis begründet. In den hier zu treffenden Vereinbarungen sind insofern gegenüber Dienstleistungsverträgen nach dem BGB noch besondere Aspekte einzubeziehen, weil hier wesentliche Schutzinteressen des Leistungsberechtigten zu berücksichtigen sind. So sind zum Beispiel beim Abschluss eines Vertrags über Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen – früher Heimvertrag – das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz und spezielle Landesregelungen zu beachten<sup>144</sup>. Damit sollen die wesentlichen Schutzbedürfnisse von Menschen in Einrichtungen, die gleichzeitig Wohnraum und eine Betreuungsleistung zur Verfügung stellen, zur Geltung ge-

---

<sup>142</sup> Das internetbasierte Rechtswörterbuch definiert hier: „Der Begriff Verwaltungsakt ist in § 35 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) legaldefiniert. Ein Verwaltungsakt ist danach jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist.“ (Rechtswörterbuch kein Datum).

<sup>143</sup> Gesetzlich ist diese Partnerschaft im Teil IV des Verwaltungsverfahrensgesetzes (§§ 54 – 62) geregelt. Das Besondere dieser Vereinbarungsform ist, dass beide Partner zueinander nicht in einem Gleichrangigkeitsverhältnis stehen, sondern der Bürger – damit auch eine Einrichtung oder ein Dienst – sind der Behörde als Rechtsträger untergeordnet. Durch den öffentlich-rechtlichen Vertrag wird dieses Verhältnis als symmetrisch angesehen; siehe dazu auch (Richter 2004, 212).

<sup>144</sup> Siehe (WBVG 2009) und für Schleswig-Holstein (SbStG 2009).

---

bracht werden. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass der Gesetzgeber offensichtlich zwar die grundsätzliche Parteiensymmetrie des Privatrechts anerkennt, aber aufgrund der offensichtlich ungleichen Machtverhältnisse einer Partei besondere Pflichten auferlegt, um die Gleichrangigkeit weitgehend zu gewährleisten.<sup>145</sup>

Die Beschreibung der jeweiligen bilateralen Rechtsbeziehungen im Sozialhilfedreieck zeigt, wie komplex die vertragliche Situation zwischen den drei Beteiligten ist. Franz Ruland sieht darin das Risiko, dass das „Soziale“ dem Sozialrecht verloren geht und führt dazu aus:

„Die Forderung nach einem einfacheren Sozialrecht klingt gut, ist aber mit stärkerer Typisierung und mit weniger individueller Gerechtigkeit verbunden. Doch haben wir alle – Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz – dazu beigetragen, daß unser Sozialrecht heute so zergliedert und verschachtelt ist, daß selbst Fachleute Schwierigkeiten haben, sich noch zurechtzufinden. Dem Bürger gelingt dies noch viel weniger, obwohl er es ist, der das System finanziert und zu dessen sozialer Sicherung die Ansprüche eingeräumt werden. Sicher fühlt sich aber nur der, der weiß, wann und wie er gesichert ist. Das Phänomen, daß sich trotz des ständigen Ausbaus der sozialen Sicherung immer mehr Bürger unsicher fühlen, liegt nicht so sehr am System, sondern eher an der mangelnden Kenntnis der Bürger über das System. Da die Gesetze kaum noch verständlich sind, sind die Verwaltun-

---

<sup>145</sup> Ähnliches ist die Intention des Gesetzgebers bei den Regelungen zu den sogenannten Verbraucherverträgen (BGB 2002, §§ 346 - 360). Dabei wird unterstellt, dass es im Verhältnis zwischen Verbraucher und Unternehmer asymmetrisch sein kann, sodass dem Verbraucher weitgehendere gesetzliche Rechte (z.B. Widerrufsrechte) eingeräumt werden als dem Verkäufer.

Im Zusammenhang mit dem WBVG spielt noch die besondere Bedeutung der eigenen Wohnung eine wesentliche Rolle, die nicht auf Grund einer Änderung der Rechtsbeziehung einer anderen Dienstleistung gefährdet werden sollte. (BT-Drs. 16/12882 2009).

---

gen gefordert, sie im Vollzug verständlich werden zu lassen.“ (Ruland 1995, 73)

Der Rahmen sozialer Leistungen – hier skizziert am Beispiel des Sozialhilfedreiecks – hat eine komplizierte Vereinbarungsstruktur, deren Funktion es im Wesentlichen ist, soziale Leistungen rechtlich, wirtschaftlich und praktisch abzusichern. Wie gezeigt wurde, ist auch auf dieser Kontraktebene ein wichtiger Aspekt, die Symmetrie der Vertragspartner zueinander zu bestimmen, herzustellen und zu sichern. Dabei wird der in der realen Beziehung inferiore Partner mit besonderen Rechten ausgestattet, oder dem superioren Partner werden bestimmte Pflichten auferlegt.<sup>146</sup> Als Beispiele dienen in der öffentlich-rechtlichen Beziehung zwischen dem Sozialleistungsträger und dem -erbringer die gesetzlichen Bedingungen der Verwaltungsverfahrensgesetze<sup>147</sup>, in der privatrechtlichen Beziehung zwischen Leistungserbringer und -berechtigtem die Informations- und Schutzbestimmungen aus dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz.

Aber auch auf der Ebene der konkreten Sozialleistungen werden Vereinbarungen und Verträge geschlossen. Das Sozialgesetzbuch II sieht beispielsweise vor, dass zwischen der Behörde – in diesem Fall die Arbeitsagentur oder das jeweilige Jobcenter – und dem oder der Arbeitssuchenden eine Eingliederungsvereinbarung<sup>148</sup> zu schließen ist. Die Eingliederungsvereinbarung verpflichtet die Arbeitsagentur, Leistungen zur beruflichen Eingliederung zu erbringen, und die oder den Arbeitssuchenden zur angemesse-

---

<sup>146</sup> Inferiorität und Superiorität beschreiben die wechselseitig bestimmbaren Handlungsspielräume der Partner in einer Beziehung. Der superiore Partner hat in einer bestimmten Situation deutlich mehr Handlungsoptionen, die als Widerfahrnis auf den inferioren Partner einwirken als umgekehrt.

<sup>147</sup> Siehe (VwVfG 2003) für Bundesbehörden und (LVwG 1992) für die Verwaltungsbehörden in Schleswig-Holstein.

<sup>148</sup> SGB II, § 15 (SGB II 2003).

---

nen Abnahme dieser Leistung, also zu entsprechenden „Bemühungen“<sup>149</sup>. Absatz 3 des § 15 SGB II formuliert darüber hinaus eine Schadensersatzpflicht der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person. Die Leistungsvereinbarung zeigt also Elemente eines Zweckvertrages: Der Leistungsaustausch ist formuliert, und es finden sich – allerdings einseitige – Pflichten- und Sanktionssetzungen. Der Einsatz eines Instruments wie die Leistungsvereinbarung ist Ausdruck des sogenannten „aktivierenden Staates“ (Opielka 2008, 86). Die Formel des „Förderns und Forderns“ (SGB II 2003, Kap. 1) verweist auf mehrere Grundannahmen:

Zum einen liegt ihr ein Verständnis zugrunde, dass die Eigeninitiative des Einzelnen notwendig ist und eingefordert werden kann, um eine persönlich schwierige Lebenssituation wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit zu überwinden. Diese Eigeninitiative kann dadurch aktiviert werden, dass nicht nur Leistungen erbracht, sondern auch Ansprüche an die Person formuliert werden, denen bei Nichtbeachtung Sanktionen wie Leistungskürzungen oder -rücknahme oder gar eine Schadensersatzforderung folgen. Zum anderen schwingt hier auch eine Reziprozitätsvorstellung mit, die man als „Politik des Gebens und Nehmens“ beschreiben kann (Opielka 2008, 87). Vor diesem Hintergrund ist bedenklich, dass damit aus einem Rechtsanspruch, der den Sozialstaat zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz verpflichtet<sup>150</sup>, unter der Hand eine bedingte Norm wird, die einen Bedarf nur dann befriedigt, wenn dafür ein bestimmtes ge-

---

<sup>149</sup> „Die Eingliederungsvereinbarung soll insbesondere bestimmen, (...) welche Bemühungen erwerbsfähige Leistungsberechtigte in welcher Häufigkeit zur Eingliederung in Arbeit mindestens unternehmen müssen und in welcher Form diese Bemühungen nachzuweisen sind,“ (SGB II 2003, § 15).

Der Ausdruck der „angemessenen Abnahme der Leistung“ verweist auf den Grundsatz des „Förderns und Forderns“, so der Titel des 1. Kapitels des SGB II.

<sup>150</sup> Die menschenwürdige Existenz ist begründet in der grundgesetzlichen Norm der Artikel 1 und 2 (GG 2012).

---

wünschtes Verhalten gezeigt wird. Dass aber die Menschenwürde keinen Bezugsrahmen für das SGB II darstellt, bemängelt auch Achim Trube:

„Im neuen Sozialgesetzbuch Band II (SGB II), der Grundsicherung für Millionen Arbeitslose und ihre Familien, sucht man vergebens nach dem Verweis auf die Menschenwürde, sicherlich auch weil alle Leistungen, sogar solche wie Schuldner- und Suchtberatung oder psychosoziale Betreuung, ausschließlich für die Reintegration in den Arbeitsmarkt funktionalisiert sind (§ 16).“ (Trube 2007, 4)

Grundsätzlich kann die Forderung nach Reziprozität im Austausch von Leistungen als ein Anspruch an die Fairness oder Gerechtigkeit<sup>151</sup> einer Vereinbarung angesehen werden. Mit dem Einsatz von Kontrakten in der Vergabe sozialer Leistungen kann auch diese Erwartung zumindest einseitig aus der Sicht des Leistungsgebers impliziert werden. Thomas Olk verweist darauf, dass eine

„Politik des Gebens und Nehmens nur unter der Bedingung keine neuen Ungerechtigkeiten schafft, dass die Mitglieder der Zielgruppen aktivierenden Strategien tatsächlich über die Kompetenzen und Ressourcen für aktive Bewältigungsstrategien verfügen. Es ist also sorgfältig zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die stärkere Betonung von Pflichten gerade die schwächsten Gruppen erneut benachteiligt.“ (Olk 2000, 121)<sup>152</sup>

---

<sup>151</sup> „Gerechtigkeit“ ist hier noch nicht terminologisch bestimmt. An dieser Stelle geht es ausschließlich um die implizite Erwartung – also um eine Präsupposition – der Vereinbarungspartner, für die eigene Leistung eine Gegenleistung zu erhalten, die subjektiv zumindest als gleichwertig bewertet wird. Dass die subjektive Bewertung nicht identisch mit der Einschätzung dritter sein muss, ist schon ein Topos, der dem Grimmschen Märchen vom Hans im Glück zugrunde liegt (Grimm und Grimm 1981).

<sup>152</sup> Dieses Zitat findet sich auch bei Opielka (Opielka 2008, 87).

---

Kontrakte im Zusammenhang mit der Ausführung sozialer Leistungen bergen also in mehrfacher Hinsicht das Risiko von Missverständnissen. Ein Kontrakt wie die hier angesprochene Eingliederungsvereinbarung nach § 15 SGB II ist nach dem Modell eines Zweckvertrags konstruiert: Es ist ein Leistungsaustausch zwischen Partnern vorgesehen, und es sind Folgen formuliert, die eintreten, wenn eine Leistung nicht wie vereinbart erbracht wird. Das erste Missverständnis besteht in der Unterstellung der Freiwilligkeit des Vertragsabschlusses. Diese besteht weder für den einen Partner, der von Rechts wegen zu der Leistung verpflichtet ist; der Vertragsabschluss ist für ihn unter bestimmten gesetzlich definierten Bedingungen zwingend. Noch besteht sie für den Leistungsberechtigten, der zur Sicherung seiner Existenz auf die soziale Leistung angewiesen ist.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Einschätzung der Funktionalität der Eingliederungsvereinbarung aus Sicht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit:

„Mit der – besonders im SGB II häufigen – Betonung der Kundenpflichten und Rechtsfolgen wird zudem weniger eine vertragliche Dienstleistungsbeziehung mit Beiträgen beider Parteien konstituiert als die potenzielle Sanktionsgewalt des Leistungsträgers unterstrichen. Die Umsetzung der Eingliederungsvereinbarung schafft somit häufig negative statt positive Anreize, sie folgt insofern eher einer bürokratischen Logik als der einer kundenorientierten Dienstleistung.

Für ein Aktivierungsinstrument, das auf Akzeptanz und Wirkung bei den Beteiligten abzielt, wäre eher eine konstruktive Verbindung positiver und negativer Anreize und die systematische Einbeziehung der Kundenperspektive empfehlenswert.“ (Schütz et al. 2011, 7)



Das Verhältnis der beiden Vertragspartner kann auch nicht als symmetrisch<sup>153</sup> beschrieben werden. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass ein ähnliches Konzept des Vereinbarens auch im Rechtsbereich des Sozialhilferechts Anwendung findet<sup>154</sup>. Im § 12 SGB XII wird die sogenannte Leistungsabsprache definiert:

„§ 12 Leistungsabsprache

Vor oder spätestens bis zu vier Wochen nach Beginn fortlaufender Leistungen sollen in einer schriftlichen Leistungsabsprache die Situation der leistungsberechtigten Personen sowie gegebenenfalls Wege zur Überwindung der Notlage und zu gebotenen Möglichkeiten der aktiven Teilnahme in der Gemeinschaft gemeinsam festgelegt und die Leistungsabsprache unterzeichnet werden. Soweit es auf Grund bestimmbarer Bedarfe erforderlich ist, ist ein Förderplan zu erstellen und in die Leistungsabsprache einzubeziehen. Sind Leistungen im Hinblick auf die sie tragenden Ziele zu überprüfen, kann dies in der Leistungsabsprache näher festgelegt werden. Die Leistungsabsprache soll regelmäßig gemeinsam überprüft und fortgeschrieben werden. Abweichende Regelungen in diesem Buch gehen vor.“  
(SGB XII, 2012 § 12)

Die Leistungsabsprache hat für die Leistungsgewährung selbst keine rechtliche Bedeutung. Sie ist also keine Voraussetzung für die soziale Leistung, die als Verwaltungsakt

---

<sup>153</sup> Die Bestimmung von Interaktionen als symmetrisch oder komplementär findet sich zum Beispiel bei Paul Watzlawick et al. (Watzlawick, Beavin und Jackson 1985, 68 ff.). Zur Symmetrie und Asymmetrie in Verträgen siehe Kap. 3.3.1, S. 97.

<sup>154</sup> Das hier zugrundeliegende Gesetz ist das SGB XII (SGB XII 2012).

---

und nicht als Leistung aus einem Vertrag realisiert wird.<sup>155</sup> Ihre Aufgabe dient aus Sicht des Gesetzgebers der Aktivierung des oder der Leistungsberechtigten:

„Mit der Leistungsabsprache soll die kooperative Vorgehensweise verstärkt werden, da die erfolgreiche Überwindung der Notlage wie auch die Stärkung der Selbsthilfe zur aktiven Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft in vielfältiger Weise von der aktiven Mitwirkung der Leistungsberechtigten abhängig ist.“ (Reis et al. 2009, 25 f.)

In der Gesetzesbegründung wird deutlich, dass die Leistungsabsprache nicht als Sanktionsinstrument gedacht war, sondern der Zusammenarbeit von Leistungsberechtigtem und Leistungsträger eine systematische Grundlage geben sollte:

„Mit der Leistungsabsprache soll die kooperative Vorgehensweise verstärkt werden, da die erfolgreiche Überwindung der Notlage wie auch die Stärkung der Selbsthilfe zur aktiven Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft in vielfältiger Weise von der aktiven Mitwirkung der Leistungsberechtigten abhängig ist. (...) Insbesondere bei komplexen Bedarfssituationen, die ein mehrstufiges Handeln erfordern, sind die verschiedenen Stufen und das voneinander abhängige Handeln der leistungsberechtigten Person und des Trägers der Sozialhilfe in einem untereinander abgestimmten Förderplan niederzulegen und in die allgemeine Leistungsabsprache einzubeziehen.“ (BT-Drs. 15/1514 2003, 56)

---

<sup>155</sup> Auch die sozialen Leistungen nach SGB II sind im Prinzip Leistungen aus einem Verwaltungsakt. Dennoch begründet die Eingliederungsvereinbarung nach § 15 SGB II ein Rechtsverhältnis auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages, siehe dazu (Schütz et al. 2011, 1). Der rechtliche Unterschied zwischen der Leistungsabsprache nach SGB XII und der Eingliederungsvereinbarung nach SGB II verdeutlicht (Reis et al. 2009, 25 f.).

---

Die Leistungsabsprache kann als Versuch gewertet werden, durch das explizite Absehen vom Charakter des Sanktionsinstruments und der Unabhängigkeit von der Leistungsgewährung die Partizipationsmöglichkeiten der Leistungsberechtigten zu verstärken. Diese Position nimmt auch der für die Verwaltungspraxis maßgebliche Lehr- und Praxiskommentar zum Sozialgesetzbuch XII ein, in dem es unter der Randnummer 5 lautet:

„Der Abschluss der Leistungsabsprache ist für den Leistungsberechtigten freiwillig. Die Nichtunterzeichnung einer Leistungsabsprache oder die Nichterfüllung eingegangener „Verpflichtungen“ sind als solche kein Verstoß gegen Mitwirkungsobliegenheiten und können leistungrechtlich nicht nach §§ 26, 39 sanktioniert werden.“ (Bieritz-Harder und Armbrorst 2012, 134)

Zwar schränkt die sogenannte „Soll-Vorschrift“ die Freiwilligkeit des Vereinbarungsabschlusses für den Sozialleistungsträger erheblich ein. Aber anders als im SGB II kann der oder die Leistungsberechtigte die Beteiligung an der Erarbeitung der Leistungsabsprache und auch die Unterschrift dazu sanktionsfrei verweigern.<sup>156</sup> Allerdings kann man argumentieren, dass insbesondere die Leistungsberechtigten ein besonderes Interesse an einer nachvollziehbaren und gut strukturierten sozialen Leistung haben könnten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die tabellarische Aufarbeitung von Irene Dingeldey, um den Unterschied zwischen fürsorgendem und aktivierendem Staat deutlich zu machen (Dingeldey 2006, 8):

---

<sup>156</sup> Siehe dazu (Reis et al. 2009, 27).

---

Sozialpolitische Ziele und Leitbilder	Der fürsorgende Wohlfahrtsstaat	Der aktivierende Wohlfahrtsstaat
Sozialpolitik allgemein	Versorgung bzw. Fürsorge - reaktiv, kompensatorisch	Aktivierung, Eigenverantwortung - präventiv, befähigend
Freiheit	... von materieller Not ... vom Erwerbszwang - Dekommodifizierung	... von Wohlfahrtsbürokratie ... zu Selbstmanagement (Mindest-)Sicherheit - (Re-)Kommodifizierung
Gleichheit	... der materiellen Lebensverhältnisse - Einkommensverteilung	... der sozialen Teilhabemöglichkeiten (Arbeitsmarkt und Bildung)
Soziale Rechte	Universalisierte Rechtsansprüche auf standardisierte materielle Leistungen - Leistungen qua Status	Teilhaberechte; Konditionalisierte und individualisierte Leistungen (Bedingung: Ko-Produktion) Leistung qua Vertrag
Staats- und Steuerungsverständnis	Planender Staat - Erfüllungsverantwortung - Direktiv, hierarchisch	Kooperativer Staat: Vermittler und Initiator - Gewährleistungsverantwortung - Diskursiv, kooperativ

*Tabelle 6: Typologie wohlfahrtsstaatlicher Modelle (Dingeldey)*

Dass Konzept des aktivierenden Sozialstaates beschreibt affirmativ Sabine Groner-Weber

"Der aktivierende Staat setzt darauf, im Dialog Potentiale und Kräfte freizusetzen, mit deren Hilfe innovative Problemlösungs-, Selbsthilfe- und Gestaltungsansätze erarbeitet und umgesetzt werden können. Zielsetzung dabei ist (...), dass Menschen es leichter haben, Initiative zu entwickeln, Engagement zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen. Dabei definiert er seine Rolle als "Partner der Zivilgesellschaft": Mehr als Ansprechpartner, als Moderator, als Partner oder Berater denn als Lieferant von Lösungen, die schon fix und fertig und damit ohne Alternative sind. Er kann Selbsthilfe- und Selbstorganisationsansätze ermutigen, ihnen als Unterstützer, manchmal auch als Initiator begegnen; nicht jedoch als Vormund oder Obrigkeit, denn zu den wichtigen Potentialen einer aktivierenden Politik gehören gerade engagierte Bürgerinnen und Bürger, die bereit und in

der Lage sind, kooperativ mit anderen und/oder dem Staat ihre Lebensumstände zu verbessern und das Gemeinwesen zu gestalten und dabei Verantwortung zu übernehmen." (Groner-Weber 2000, 167)

Im Rahmen des aktivierenden Sozialstaates gewinnt das Muster des Vertrages gesetzgeberische Bedeutung, suggeriert doch eine Vereinbarung eben die Merkmale von Kooperation und Partnerschaft, die Dingeldey und Groner-Weber als wesentlich für diese wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung.

In der politischen Bewertung kommt Irene Dingeldey zu einer ernüchternden Bilanz:

„Das Konzept des aktivierenden Staates kann daher als durchaus ambivalent bewertet werden, da es eine Ausweitung befähigender Politiken mit der Ausweitung von Zwang und sozialer Kontrolle unauflösbar miteinander verbindet.“ (Dingeldey 2006, 9)

Entsprechend endet ihr Artikel mit einer pessimistischen Einschätzung der Wirkung dieses sozialstaatlichen Konzepts:

„Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass in einigen Ländern - und nicht zuletzt in Deutschland - das Label der Aktivierung genutzt wird, um einseitige Leistungskürzungen und die Erhöhung des Arbeitszwangs zu kaschieren, ohne dass ein umfassender Wandel in Richtung aktivierender Wohlfahrtsstaat bzw. der damit verbundenen Erhöhung von Eigenverantwortung und sozialstaatlicher Gewährleistungsverantwortung stattfindet.“ (Dingeldey 2006, 9)

### 3.4.3 Behandlungsvereinbarung in der Sozialpsychiatrie

Die derzeitige Bundesregierung plant ein Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten, dessen Referentenentwurf bereits vorliegt<sup>157</sup>. Der Referentenentwurf sieht Änderungen im BGB vor, darunter die folgende Einfügung in § 630 BGB:

„(§ 630c Absatz 2a – neu – und § 630d Absatz 1 Satz 2 BGB)

Artikel 1 Nummer 4 ist wie folgt zu ändern:

a) Nach § 630c Absatz 2 ist folgender Absatz 2a einzufügen:

„(2a) Der Behandelnde ist verpflichtet, psychisch kranken Patienten mit wiederkehrenden Krankheitsepisoden den Abschluss einer Behandlungsvereinbarung anzubieten, in der er für den Fall der Einwilligungsunfähigkeit Art und Umfang der Behandlungsmaßnahmen mit dem Behandelnden festlegt.““ (PRG 2012, 40)

In der Begründung heißt es weiter:

„Nach der UN-Behindertenrechtskonvention muss das Recht auf Selbstbestimmung auch für Menschen realisiert werden, deren Einwilligungsfähigkeit vorübergehend durch eine psychische Erkrankung eingeschränkt ist. Die Betroffenen sollen durch dieses ausdrückliche Angebot über die Möglichkeiten einer Vereinbarung umfassend informiert und aufgeklärt werden mit dem Ziel, sie auf diese Weise zur verstärkten Wahrnehmung und Durchsetzung ihres Selbstbestimmungsrechts zu ermuntern. Die Behandlungsvereinbarung ist eine wichtige Ergänzung der Patientenverfügung, da

---

<sup>157</sup> Siehe (PRG 2012).

---

sie auf der Grundlage eines konkreten Vertrauensverhältnisses zu der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt abgeschlossen wird.“  
(PRG 2012, 40)

Wenn dieses Gesetz so in Kraft tritt, wie es dieser Referentenentwurf vorsieht, würde aus einer im Prinzip unverbindlichen Einigung zwischen dem behandelnden Arzt und seiner Patientin oder seinem Patienten ein rechtswirksamer Vertrag.

Ursprünglich ist die Behandlungsvereinbarung eine individuelle Absprache zwischen einem behandelnden Team und einer Person, die sich wiederholt einer psychiatrischen Behandlung unterziehen muss, um miteinander zu regeln, innerhalb welchen Rahmens und mit welchen Methoden die Behandlung zu erfolgen hat.

Die Behandlungsvereinbarung ist zum ersten Mal 1994 im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der psychiatrischen Klinik Bielefeld-Bethel und dem Verein Psychiatrie-Erfahrener Bielefeld e.V. eingesetzt worden. Dabei war die Idee, „dass Psychiatrie-Erfahrene mehr Einfluss auf ihre Behandlung nehmen, besonders dann, wenn sie mit einer vorangegangenen Behandlung unzufrieden waren, und diese ihren Bedürfnissen nicht entsprach. Von Seiten der Klinik gab es das Interesse, die Betroffenen als „Experten in eigener Sache“ wahrzunehmen, und die Behandlung besser und individueller besonders für die Patient/Innen mit wiederholten Aufnahmen zu gestalten.“  
(Arbeitsgruppe Internet des Dialogs Bielefeld 2005)

Die Behandlungsvereinbarung ist also das Ergebnis der Bearbeitung einer für alle Beteiligten unbefriedigenden und unzureichenden Behandlungssituation. Dabei scheint der Ansatz wesentlich zu sein, dass der Behandlungserfolg auch von der Bereitschaft der Patientin oder des Patienten zur Mitwirkung abhängt.

Betrachtet man die Aspekte, die in der Behandlungsvereinbarung geregelt werden sollten, betreffen sie zum einen Ausschlüsse oder Modifikationen besonderer Behandlungsmethoden, wie zum Beispiel eine besondere Medikation oder den Einsatz von

---

Zwangsmitteln, zum anderen den sozialen Rahmen, der bei einem Klinikaufenthalt aus Sicht der Patientin oder des Patienten häufig ungeregt sich selbst überlassen bleibt. Dies betrifft zum Beispiel die Sorge um Kinder und andere Angehörige, aber auch um die Haustiere. Und drittens geht es um Regelungen für den Fall, dass die Patientin oder der Patient in einer besonderen Situation nicht mehr für sich selbst entscheiden kann, sie oder er also zum Beispiel auf die Hilfe durch eine Vertrauensperson angewiesen ist.<sup>158</sup> All diese Aspekte betreffen Bedingungen, die über das Krankheitsgeschehen hinaus Auslöser für Unklarheiten und Sorgen sein können und damit positiv oder negativ auf den Krankheitsverlauf einwirken können.

Sorgen kann man verstehen als Antizipationen von Situationen, in denen die ebenfalls antizipierte Handlungskompetenz als Einschätzung der eigenen Handlungsmöglichkeiten unzureichend zur Bewältigung der Situation beurteilt wird. Die Einschätzung der eigenen Handlungskompetenz steht also in einem Missverhältnis zu den Bewältigungsantizipationen.

Wenn vor diesem Hintergrund Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die antizipierten Situationen überschaubarer werden – die Versorgung der Kinder ist geregelt, das Risiko bestimmter Behandlungsverfahren ist reduziert – reduziert sich aus Sicht der Patientin oder des Patienten der Komplexitätsgrad der antizipierten Situation, und diese erscheint mit den zur Verfügung stehenden Handlungskompetenzen<sup>159</sup> bewältigbarer. Eine solche Perspektive ist allerdings nur dann zu konstruieren, wenn die Antizipationen aus Sicht der betroffenen Person verlässlich sind. Man kann davon ausgehen, dass insbesondere die Schaffung eines rechtlich sicheren Rahmens durch ein Gesetz erheblichen Einfluss auf den Aspekt der Verlässlichkeit nehmen kann.

---

<sup>158</sup> Einen guten Überblick zur Thematik der Behandlungsvereinbarung bietet (Dietz 1998).

<sup>159</sup> Zum Begriff der Kompetenz siehe Fußnote 36.

---



Die Behandlungsvereinbarung wendet sich üblicherweise an Patientinnen oder Patienten mit einer bereits bestehenden Krankheitsgeschichte. Es geht also in der Behandlungsvereinbarung darum, Regelungen über die Aspekte zu treffen, die im Zusammenhang mit einem weiteren Behandlungsverlauf stehen.

Das Arzt-Patienten-Verhältnis kann als eine klassische Konstellation im Rahmen eines Statusvertrags beschrieben werden. Die Rolle des Arztes besteht in dieser Interpretation darin, seine Fachkompetenz aufzuwenden, um auf das gemeinsame Ziel, der Gesundung des Patienten, hinzuwirken. Die Rolle des Patienten besteht komplementär darin, zum einen der ärztlichen Kunst zu vertrauen und andererseits die Anweisungen des Arztes sorgfältig zu befolgen. Die in Kap. 3.3.3 auf Seite 114 skizzierten Definitionselemente des Statusvertrages sind in der Arzt-Patienten-Beziehung vorhanden. Bei Patientinnen oder Patienten mit rezidivierenden Krankheitsverläufen besteht die Möglichkeit, dass der implizite<sup>160</sup> Statusvertrag nicht mehr mit den wechselseitigen Präsuppositionen übereinstimmt. So können aus Sicht der Patientin oder des Patienten bestimmte Behandlungsmethoden als Zwang empfunden werden<sup>161</sup>, was dazu führen kann, dass die Staterwartungen der behandelnden Person an die Patientin oder den Patienten, bei der Behandlung mitzuwirken, nicht erfüllt werden (können). Dabei ist es möglich, dass die Erfahrungen vorangegangener Behandlungen aus Patientinnensicht nicht in Einklang mit den Staterwartungen an die behandelnde Person zu bringen

---

<sup>160</sup> Implizit ist der Statusvertrag insofern, da es zwar ein Behandlungsarrangement gibt, es gibt also Verfahren, die explizit die Rollen des Patienten und die der behandelnden Person in einer bestimmten Situation definieren, z.B. Klinikeinweisung durch den sozialpsychiatrischen Dienst nach § 7 ff. PsychKG SH (PsychKG SH 2000), Anstellungsvertrag des behandelnden Arztes in der Klinik usw., eine vertragliche Explikation muss allerdings nicht vorliegen.

<sup>161</sup> Was unter „Zwang“ zu verstehen sein soll, ist in Kap. 3.3 auf Seite 90 bestimmt worden. Diese Erfahrung kann die Medikation, Fixierungen aller Art, aber auch Maßnahmen im Zusammenhang mit einer Elektrokrampftherapie und vieles andere mehr betreffen. Behandlungsvereinbarungen regeln den Umgang mit diesen Verfahren häufig explizit, siehe (Arbeitsgruppe Internet des Trialogs Bielefeld 2005).

---

sind. Die Folge aus diesen Erfahrungen wäre eine implizite Aufkündigung des Statusvertrages einerseits durch die Patientin oder den Patienten, weil sie oder er auf der Basis der eigenen Erfahrungen der Präsupposition der Gutwilligkeit<sup>162</sup> der behandelnden Person die Zustimmung verweigert, andererseits aber auch durch die behandelnde Person, weil sie die Bereitschaft der Patientin oder des Patienten zur rückhaltlosen Mitwirkung bezweifelt.

Die Behandlungsvereinbarung kann als Versuch verstanden werden, bei Unterstellung eines fragilen oder zerrütteten statusvertraglichen Konsenses eine neue Basis für ein gemeinsames Handeln zu schaffen. Das Beispiel der Behandlungsvereinbarung aus Bielefeld<sup>163</sup> stützt eine solche Interpretation, weil es umfassend Auskunft über die Regelungsgegenstände gibt. Damit expliziert die Behandlungsvereinbarung die Aspekte, die im Behandlungsverlauf kritisch einerseits für das Patient-Arzt-Verhältnis und andererseits für die Sicherung des gemeinsamen Ziels gewesen sind oder hätten sein können. Durch das Thematisieren von Fragen zur Medikation, Zwangsbehandlung, der sozialen Rahmensituation usw. wird das angesprochen, was ansonsten als Präsuppositionen, geprägt durch vorgängige Erfahrungen, in die weitere gemeinsame koordinierungsbedürftige Handlung – also in die Behandlung – eingegangen wäre.

---

<sup>162</sup> Der Ausdruck „Gutwilligkeit“ verweist auf die logische Propädeutik von Wilhelm Kamlah und Paul Lorenzen (Kamlah und Lorenzen 1992, 119). Gutwilligkeit ist eine Bedingung neben „Sachkundigkeit“ und „Normalsinnigkeit“ zur Teilnahme an einem rationalen Dialog. Kamlah und Lorenzen führen den Ausdruck „gutwillig“ durch Beispiel und Gegenbeispiel ein:

„Nicht böswillig“ ist jemand, der nicht die Absicht hat, uns durch Täuschung zu schaden.“ (Kamlah und Lorenzen 1992, 119)

In dem hier relevanten Zusammenhang können bei der Patientin oder dem Patienten vor dem Hintergrund gemachter Erfahrungen Zweifel am Interesse des Arztes oder der Ärztin aufkommen, das gemeinsame Handlungsziel zu verfolgen.

<sup>163</sup> Siehe (Arbeitsgruppe Internet des Dialogs Bielefeld 2005).

---

Dietz et al. sehen insbesondere in der Neuausrichtung des Arzt-Patientenverhältnisses in Richtung auf Symmetrie durch eine Behandlungsvereinbarung den Ansatz für viele Veränderungsimpulse:

„Sie (die Behandlungsvereinbarungen; JPP) können dazu beitragen, daß das bisherige Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen den Profis und den Patienten – als passiv Leidende – in Richtung einer „arbeitsteiligen Partnerschaft“ mit einer aktiven Beteiligung von Patienten und Patientinnen an der medizinischen Versorgung und einer Übernahme von mehr Verantwortung für die eigene Gesundheit im Sinne von Empowerment verändert wird.“ (Dietz 1998, 20)

Vor diesem Hintergrund kann die Behandlungsvereinbarung, die von der Patientin oder dem Patienten freiwillig eingegangen wird, als Versuch verstanden werden, systematisch die erfahrenen oder optionalen statusvertraglichen Störungen durch erneutes explizites Vereinbaren zu beheben. Anders als im Statusvertrag ist ein wesentlicher Aspekt in der Behandlungsvereinbarung die Sicherung der Gleichrangigkeit auch des inferioren Partners durch die Schaffung von Transparenz und Öffentlichkeit und durch Selbstverpflichtungen des superioren Partners.<sup>164</sup> So kann einerseits die Patientin oder der Patient eine mitunterschreibende Vertrauensperson hinzuziehen, andererseits verpflichtet sich die Klinik zur Begründung und zu einer prüfbaren Dokumentation im Falle von Vereinbarungsabweichungen.

---

<sup>164</sup> Die Rede von Inferiorität und Superiorität bezieht sich auf das Gefälle bezüglich der zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen. Während die Patientin oder der Patient sich aufgrund der Erkrankung in einer Situation befindet, die das autonome Handeln deutlich beschränkt, sie oder er also zur Bewältigung dieser Krise auf das Handeln dritter angewiesen ist, sind die Handlungsoption des Klinikpersonals lediglich durch ihre fachliche Kompetenz, rechtliche und arbeitsorganisatorische Aspekte begrenzt.

---

Entsprechend ist in der als Beispiel herangezogene Behandlungsvereinbarung aus Bielefeld formuliert:

„Diese Behandlungsabsprachen dienen der gegenseitigen Vertrauensbildung. Sie enthalten wichtige Hinweise für eine individuell angemessenere Behandlung. Die getroffenen Absprachen bilden keinen rechtlich einklagbaren Vertrag. Bei Nichtbeachtung bzw. unbegründeter Abweichung kann jedoch ggf. von einem Behandlungsfehler ausgegangen werden.“  
(Arbeitsgruppe Internet des Dialogs Bielefeld 2005)

#### 3.4.4 Status- oder Zweckverträge in der Pädagogik und in der sozialen Arbeit

Mit dem Verweis auf die „Verlässlichkeit“ von Antizipationen klingt ein Kernaspekt an, der für Vereinbarungen, Verträge und Kontrakte zentral ist.<sup>165</sup> Partner schließen nur dann Vereinbarungen, wenn sie davon ausgehen, dass diese Vereinbarung von allen Beteiligten eingehalten wird. Die Stabilisierung durch die wechselseitigen Interessen wurde bereits in der Fußnote in Kap. 3.2.1 auf Seite 62 angesprochen. Aber auch in diesem Zusammenhang ist die wechselseitige Einschätzung der Handlungsmöglichkeiten wesentlich. Viele Rechtsvorschriften dienen dazu, Handlungsmöglichkeiten einer Partei zu beschränken oder zu erweitern, um eine funktionale Ausgeglichenheit bei Abschluss von Zweckverträgen zu gewährleisten<sup>166</sup>.

Bei der Betrachtung der im schulischen Kontext relevanten Verträgen war zu sehen, dass die Frage der Gleichrangigkeit der Vereinbarungspartner zumindest von einem

---

<sup>165</sup> Siehe dazu Kap. 3.2.1, S. 62.

<sup>166</sup> Zum Beispiel BGB § 355 „Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen“ (BGB 2002).

---

der Partner als wesentlich eingeschätzt wird. Wenn einerseits an die Vertragsfähigkeit des Subjekts appelliert wird, andererseits aber der Regelungsgegenstand auch durch andere Verfahren, etwa durch die Schulordnung administriert werden kann, es also mindestens einer der Partner sich über die Vertragsart, ob Zweck- oder Statusvertrag, täuschen kann, verliert das Kontrahieren seine Glaubwürdigkeit und führt, wie gezeigt wurde, zu einem Ausweichverhalten von Schülerinnen und Schülern.<sup>167</sup>

Die Erörterung von Vertragshandlungen in sozialadministrativen Kontexten zeigte, dass die Aspekte der Freiwilligkeit und der Sanktionen von erheblicher Bedeutung sind. Dabei wurde deutlich, dass in bestimmten Zusammenhängen ein Kontrahierungszwang bestand und der Versuch unternommen wurde, die Funktionalität derartiger Vereinbarungen – hier die Eingliederungsvereinbarung nach SGB II – durch eine entsprechende Sanktionspraxis zu stabilisieren. Als Gegenbeispiel wurde auf die Leistungsabsprache verwiesen, bei der der Gesetzgeber explizit auf alle Zwangsinstrumente verzichtet hat, um die Kooperationsbereitschaft der Vereinbarungsparteien zu stärken.<sup>168</sup>

An den Beispielen der Vereinbarungen im schulischen Bereich, den vertraglichen Regelungen im Zusammenhang mit sozialen Leistungen und letztlich den Behandlungsvereinbarungen ist ersichtlich, dass diese Vereinbarungen nicht immer den Austausch einer Leistung betreffen, wie sie im Zusammenhang mit ökonomischen Verträgen behandelt wurden. Vielmehr geht es in vielen Situationen um die Koordinierung gemein-

---

<sup>167</sup> Die Schülerinnen oder Schüler versuchen, sich eine „Hintertür“ offen zu halten, siehe Kap. 3.4.1, S. 133.

<sup>168</sup> Selbstverständlich ist damit nichts über die sozialadministrative Praxis ausgesagt. Natürlich ist vorstellbar, dass auch Leistungsabsprachen mit Sanktionsmitteln verbunden werden, um von Seiten der Leistungsberechtigten ein bestimmtes Verhalten zu unterstützen.

---

samen Handelns, bzw. um das Durchführen oder Vermeiden bestimmter Handlungen durch einen der Partner.

Vor diesem Hintergrund ist es hilfreich, noch stärker den funktionalen Unterschied zwischen Status- und Zweckkontrakt zu kontrastieren.

In Statuskontrakten ist nicht unbedingt die Reziprozität<sup>169</sup> der wechselseitigen Handlungsverpflichtungen aufgehoben, wohl aber die Symmetrieforderung an die kontrahierenden Personen. Mit anderen Worten, die Kontraktpartner müssen wechselseitig nicht eine gleichwertige Rollenzuschreibung präsupponieren. Hier ist auch eine komplementäre Rollendefinition (Lehrer – Schüler, Eltern – Kind etc.) möglich, ohne dass die Kontraktbeziehung anders als in Zweckverträgen als unzulässig<sup>170</sup> wahrgenommen wird. Während Statusverträge an die Rollenträger als Vertragschließende adressieren, also an „den Schüler oder die Schülerin“ gegenüber „dem Lehrer oder der Lehrerin“, adressieren Zweckverträge an Individuen, die spezifische Leistungen anbieten und gleichzeitig spezifische Begehungen haben.

Aus Sicht der beteiligten Partner ist es in vielen Fällen nicht eindeutig erkennbar, ob sie in ihrer sozialen Rolle oder als Individuen mit Begehungen und Kompetenzen angesprochen werden, ob also eine Vereinbarung status- oder zweckvertraglich gestaltet sein soll.

---

<sup>169</sup> Die Reziprozität betrifft die Einschätzung der Partner, ob die wechselseitigen Verpflichtungen von ihnen oder einem relevanten Kontext als gleichwertig beurteilt werden, siehe Fußnote 151 in Kap. 3.4.2 auf S. 145, die Symmetrieanforderung betrifft die Einschätzung der Partner bezüglich ihres sozialen Status zueinander.

<sup>170</sup> Wie in Fußnote 166 vermerkt wurde, gibt es im Rahmen von Zweckverträgen eine Vielzahl von rechtlichen Regelungen, um hier mögliche Nachteilspositionen auszugleichen.

---

Wenn eine Vereinbarung unter Ungleichen an dieser Stelle Unklarheiten oder Regelungslücken aufweist, ist es möglich, dass es zu den beschriebenen subversiven Ausweichhandlungen kommt<sup>171</sup> oder dass die Handlungskoordination scheitert.

Aus bestimmten sozialen Konstellationen heraus ist der Abschluss von Zweckverträgen deutlich erschwert, weil die potentiellen Vertragspartner zueinander in einer strikt komplementären Beziehung stehen. Ihr wechselseitig orientierter Status ist gleichzeitig auch Ausdruck von Inferiorität oder Superiorität vor dem Hintergrund eigener Handlungsoptionen.<sup>172</sup> Ein Versuch, dennoch zweckvertragliche Regelungen zu vereinbaren, kann gelingen, wenn der Status der Vertragspartner zueinander systematisch und kritisch in den Blick genommen wird und auf externe Weise zum Beispiel durch gesetzliche Normen oder im Rahmen der Vertragsgestaltung entsprechende Ausgleichsbedingungen geschaffen werden. Dies können zum Beispiel glaubhafte Selbstverpflichtungen sein, wie sie am Beispiel der Behandlungsvereinbarung dargestellt wurden.<sup>173</sup> Das bedeutet aber auch, dass der Übergang vom Statusvertrag zum Zweckvertrag explizit vollzogen werden muss. Das Beispiel der Behandlungsvereinbarung zeigt, dass es gelingen kann, den Status der Person als Patient zu hinterfragen, um zu Vereinbarungen zu kommen, die die Person in den Stand versetzt, gleichberechtigte Vertragspartnerin zu sein. Im Detail bedeutet das, in einem ersten Schritt zur Kenntnis zu nehmen, dass mit dem Status des Patientseins Aspekte verbunden sind, die aus ei-

---

<sup>171</sup> Das ist die beschriebene „Hintertür“, siehe Kap. 3.4.1, S. 133, die als unglückliche Auswirkung aber auch eine Störung eines Behandlungsverlaufs bedeuten kann, wie gezeigt wurde, siehe das vorausgehende Kap. 3.4.3.

<sup>172</sup> Zu dem Verhältnis von Inferiorität / Superiorität oder Unter- und Überordnung siehe auch Kap. 3.4.2, S. 143 und 3.4.3, S. 157.

<sup>173</sup> Siehe (Arbeitsgruppe Internet des Dialogs Bielefeld 2005).

---

ner strikt individuellen Perspektive nur schwer zu akzeptieren sind wie z.B. eine Zwangsbehandlung.<sup>174</sup>

Für Statusregelungen<sup>175</sup> von Interaktionen bleibt festzuhalten, dass ihr Abschluss für mindestens einen Partner nicht freiwillig sein muss; er kann dann nicht entscheiden, ob er die mit der Statusregelung verbundenen Handlungsoptionen wählt oder nicht. Die Freiwilligkeit des Kontrahierens ist keine notwendige Bedingung für das Zustandekommen der Statusvereinbarung. Statusverträge betreffen eben nicht den Einzelnen als Individuum, sondern betreffen eine Gruppe von Personen, die also einen besonderen Status – etwa den der Schülerin oder des Schülers oder der Patientin oder Patienten – haben. Entsprechend gelten die Regeln des Statusvertrags automatisch für alle, die dieser Gruppe angehören und unter die im Statusvertrag genannten oder von ihm intendierten Bedingungen fallen. Damit ist jede Person, die einer bestimmten Gruppe angehört, für die der Statusvertrag gilt, den entsprechenden Regelungen unterworfen, ohne dass ihre Zustimmung eingeholt werden müsste.<sup>176</sup>

Wenn es keine tragfähige Verbindung zwischen individueller Zustimmung und Gruppenbindung gibt, etwa in Form einer verpflichtenden Tradition oder einer expliziten Mandatierung, kann es für das Individuum unklar sein, ob es die statusvertraglichen Regelungen gegen sich gelten lassen soll. An späterer Stelle (siehe Kap. 4.2, S. 266)

---

<sup>174</sup> Für andere (pädagogische) Kontexte, die bezüglich ihrer sozialen Rollenverhältnisse asymmetrisch sind, ließe sich dieser Gedanke übertragen, indem die Beteiligten ihre jeweiligen Rollen kritisch reflektieren, bevor sie miteinander kontrahieren.

<sup>175</sup> Möglicherweise ist aus Sicht von handelnden Individuen der Statusvertrag kein sie bindender Vertrag, wenn mit „Vertrag“ immer auch die persönliche Zustimmung präsupponiert wird. Der Statusvertrag ist eine Vereinbarung zwischen Gruppen, d.h. er bindet zum Beispiel die Gruppe der Schülerinnen und Schüler gegenüber der Schuladministration.

<sup>176</sup> Damit sind z.B. alle Schüler einer Schule von einer Vereinbarung betroffen, die das Verhalten während der Pausen regelt, es sei denn, es werden explizite Ausnahmen definiert, z.B. „gilt nicht für Abitursklassen“.

---



wird auf das Beispiel eines Kirchenbesuchers verwiesen, der nicht (mehr) mit der Liturgie während des Gottesdienstes vertraut ist. Dies ist exemplarisch für den Umgang mit unvertrauten Normen, denen man sich in einer besonderen Situation dennoch unterworfen sieht. Es ist aber auch eine Situation denkbar, in der eine Person eine ihr zugewiesene Rolle nicht nur nicht akzeptiert, sondern selbst die Rollenzuweisung nicht versteht.<sup>177</sup>

Für Zweckverträge ist festzuhalten, dass der Leistungsaustausch im Vordergrund steht. Die Wahl des Vertragspartners ist darin begründet, inwieweit der Partner über die Fähigkeit des Leistungsaustauschs verfügt, bzw. inwieweit dies wechselseitig präsupponiert werden kann. Zweckverträge beruhen auf dem wechselseitigen Einverständnis der Beteiligten.

Bei Statusverträgen ist die wechselseitig zugewiesene Bedeutung der sozialen Rolle der entscheidende Grund der Beziehungstiftung oder der Handlungskoordination. Der Lehrer spricht den Schüler an, eben weil er Schüler ist. Auch diese Rollenzuschreibung ist als wechselseitige Präsupposition beschreibbar.

Es ist nicht immer leicht, zu bestimmen, ob ein Vertragsverhältnis eher einem Modell des Zweckvertrags oder dem eines Statusvertrags folgt. Auch ist zu hinterfragen, ob ein Kontrakt Elemente des einen oder des anderen Modells in sich aufnimmt oder gar eine Mischform repräsentiert. Deshalb ist es wenig sinnvoll, eine strikt dichotome Einteilung von Verträgen nach diesen Typen vorzunehmen. Viel bedeutsamer scheint zu sein, welche Erwartungen die Vertragspartner und ihr sozialer Kontext an das jeweilige Verfahren haben.

---

<sup>177</sup> Dies ist z.B. ein wesentlicher Aspekt im Film von Miloš Forman „Einer flog über das Kuckucksnest“ (1975).

---

In der Regel werden an Verträge Freiwilligkeits- und Reziprozitätserwartungen gestellt. Dies ist unter anderem daran erkennbar, dass Verstöße von Vertragspartnern gegen diese Erwartungen häufig mit vertragswidrigem Verhalten des präsupponierenden Partners beantwortet werden. Interessante Beispiele bietet hier die Praxis der Schulverträge<sup>178</sup>.

Statusvertragliche Elemente in Zweckverträgen führen zu Unklarheiten und Missverständnissen bezüglich der Adressierung der Vertragspartner; es ist nicht eindeutig, ob die Partner angesprochen werden als individuelle Träger von Begehrungen und Kompetenzen oder als Träger einer sozialen Rolle<sup>179</sup>. Die Hinweise im Zusammenhang mit Vertragsgestaltungen im Schulbereich und mit den Behandlungsvereinbarungen zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, diese Unklarheiten produktiv aufzulösen.

Dazu gehört die Ausweisung von Verträgen als strikt freiwillig. Wo dies nicht möglich ist<sup>180</sup>, erscheint es sinnvoll, auf eindeutig statusvertragliche Verbindlichkeiten auszuweichen, die dann beispielsweise eher den Charakter von ordnungsrechtlichen Verfahren haben werden.

---

<sup>178</sup> Hier liegt die Begründung für den Versuch von Schülerinnen und Schülern, sich „eine Hintertür offen zu halten“, siehe Kap. 3.4.1, S. 133.

<sup>179</sup> Wenn von „Rolle“ oder „sozialer Rolle“ in diesem Zusammenhang gesprochen wird, ist damit lediglich gemeint, dass man einer bestimmten Person ein bestimmtes Prädikat zusprechen kann, das kein Name ist, also nicht nur einer einzelnen Person zukommt, so zum Beispiel der Person Peter das Prädikat „Schüler“. Damit ist aber auch gleichzeitig verbunden, dass der Zurechene präsupponiert, dass Peter das tut und unterlässt, was Schüler üblicherweise tun oder unterlassen.

<sup>180</sup> Wenn Einzelne sich dem Abschluss einer Klassenvereinbarung nicht entziehen können, weil „eben alle unterschreiben“, ist zu hinterfragen, ob ein Kontrakt das funktional richtige Instrument zur Handlungskordinierung darstellt, da damit gerechnet werden darf, dass die vertraglichen Regelungen unterlaufen werden.

---

Zweckvertragliche Regelungen gelten als legitimiert, wenn sie zu einem Ergebnis führen, das von allen Beteiligten als „fair“<sup>181</sup> beschrieben wird, und wenn sie darüber hinaus die rechtlichen Rahmenbedingungen erfüllen.

Statusvertragliche Regelungen müssen zusätzlich nachweisen<sup>182</sup>, dass ihre Regelungen die Positionen der jeweiligen Träger der sozialen Rollen stärken. Dies kann gelingen, wenn derartige Verträge hinreichend mandatiert sind. Mandatierungen können eingeholt werden durch Abstimmungen, die nach expliziten Regeln verlaufen, durch explizite Zustimmungen oder Delegationen oder andere Verfahren, die sicherstellen, dass die Interessen der sozialen Gruppe abgebildet sind.

Im Ergebnis zeigt die Befassung mit den hier vorgestellten Beispielen pädagogischer und sozialer Praxis, dass die Differenzierung zwischen status- und zweckvertraglichen Aspekten zu interessanten Analyseergebnissen führt, die zeigen, an welchen Stellen Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Ein zentraler Punkt ist die Adressierung der Kontrakte. Als Vereinbarung oder Kontrakt werden Regelungen verstanden, denen der Adressat individuell und freiwillig zustimmen muss. In der pädagogischen und sozialen Praxis werden alternativ zu den bisherigen Verfahren auch Kontrakte eingesetzt, um Handlungen mit den Zielgruppen des Arbeitsfeldes zu koordinieren. Dabei wird oft nicht zwischen der sozialen Rolle und der individuellen Person der Adressaten differenziert, sodass verstärkt statusver-

---

<sup>181</sup> Zur Fairness siehe auch Kap. 3.4.2, S. 145.

<sup>182</sup> Statusvertragliche Regelungen „müssen“ diese Bedingungen natürlich nur dann erfüllen, wenn sie funktional sein wollen. Es ist zu mutmaßen, dass Regelungen, die diese Bedingungen nicht erfüllen, nur mit Gewalt durchsetzbar (Petersen 1997, 24) oder sehr störanfällig sind, bzw. nicht umgesetzt werden.

---

tragliche Aspekte die Kontrakte prägen.<sup>183</sup> Dies führt zu Unklarheiten und Missverständnissen, die dann verschärfend an Bedeutung gewinnen, wenn versucht wird, sie durch eine entsprechende Sanktionspraxis zu stabilisieren.

Kuno Lorenz hat im Zusammenhang mit der Problematik des Fremdverstehens darauf hingewiesen, dass am Anfang eines Diskurses vier Möglichkeiten präsuppositionaler Orientierung stehen können, die er als Abgrenzung, Akkommodation, Assimilation und schließlich als dialogisches Verstehen klassifiziert.<sup>184</sup> Versucht man, statusvertragliche Regelungen diesem Klassifikationsschema zuzuordnen, wird deutlich, dass das dialogische Verstehen hier nicht zuordnungsfähig ist. Statusvertragliche Regelungen betreffen nicht die individuelle Situation der Vertragspartner, sondern sind lediglich Prädikationen der Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe, haben also den Charakter einer definitorischen Klassenzuordnung nach dem Muster des *genus proximum* (Mittelstraß Bd. 1, 1996, 737):

N ε a („Peter ist Schüler“)<sup>185</sup>

Dabei hebt der Statusvertrag ausschließlich auf die Aspekte des Gattungsbegriffs – in unserem Beispiel „Schüler“ – ab. Statusvertragliche Regelungen operieren also in der

---

<sup>183</sup> Möglicherweise besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den herkömmlichen Formen der Leistungsadministration (in den Handlungsfeldern sozialer Arbeit) und der pädagogischen Handlungskoordination und der Wahl von statusvertraglichen Strukturen, weil beiden Handlungstypen wesentlich ist, zielgruppenspezifisch zu sein, also nicht auf individuelle Aspekte zu zielen, sondern auf soziale Rollen. Diese Vermutung wird ein wenig verstärkt durch den Umstand, dass das SGB II, das die Praxis der Eingliederungsvereinbarung regelt, als Leistungsrecht auf die Wiederherstellung von Vermittlungsfähigkeit abstellt und danach Personengruppen differenziert, während das SGB XII als Recht der Sozialhilfe – auch mit dem Instrument der Leistungsabsprache – explizit die Bedarfslage des Einzelfalls zu ermitteln hat.

<sup>184</sup> Siehe Kap. 2.4, S. 47 f.

<sup>185</sup> ausführlich im Zusammenhang mit der Erörterung von „Gattungsprädikationen“ bei (Lorenzen 1987, 181 ff.).

---

Terminologie von Kuno Lorenz als Akkommodation in der Weise, dass sie Fremdes einer bekannten Kategorie zuordnen; „N“ bzw. „Peter“ kommt dabei nicht in den Blick. Zwar sind damit Aspekte erfasst, soweit einer bestimmten Person die Eigenschaften zugesprochen werden können, die mit einem spezifischen Klassenbegriff verbunden sind. Darin liegt aber dann das Risiko, dass die für den Eintritt in eine Verhandlung zu einem Zweckkontrakt zentrale Klärung der Begehrungen als Bedarfe verfehlt wird. Dies allerdings ist eine Problemlage, die nur dann bedeutsam wird, wenn Interaktionspartnern nicht klar ist, ob sie sich auf Zweck- oder Statuskontrakte beziehen.

Das dialogische Verfahren, wie Kuno Lorenz es vorstellt<sup>186</sup>, steht als Verfahren des Fremdverstehens zur Verfügung und könnte damit ein geeignetes Paradigma für die dem Vertrag vorausgehende Verhandlung darstellen. Im Zuge dieser Verhandlung wäre dann für alle Beteiligten erkennbar, ob einer der Verhandlungspartner, zum Beispiel der Proponent, Aufforderungen formuliert, die nicht an die individuelle Situation des Opponenten gerichtet sind, sondern vielmehr auf die Möglichkeit zielen, diesen einer bestimmten sozialen Rolle zuzuordnen. Dies kann in der Ordnung Lorenz' eine akkommodative Aufforderung des Proponenten zur Assimilation des Opponenten an die Proponentenbedingungen sein.<sup>187</sup> In einer solchen Situation hätte das dialogische Verfahren nach Lorenz eine analytische Funktion und würde einen Diskurs über die Geltung<sup>188</sup> eines Statusvertrages in Gang setzen. Für den Statusvertrag wäre dann entspre-

---

<sup>186</sup> Sehr grundlegend zum Beispiel in (Lorenz 2009, 164 ff.).

<sup>187</sup> Das komplementäre Verhältnis von Akkommodation und Assimilation spricht Lorenz an in (Lorenz 2005, 5).

<sup>188</sup> Die Frage der Geltung eines Vertrages ist zentral und muss im Zusammenhang mit dieser Arbeit ausführlich behandelt werden. An dieser Stelle soll „Geltung“ bedeuten, dass die Vertragspartner bereit sind, die im Vertrag formulierten Aufforderungen zu erfüllen oder ggf. die optional im Vertrag formulierten Sanktionen zu akzeptieren.

---

chend der Nachweis zu führen, dass mit Recht einer Person – in diesem Fall dem Opponenten – die Zuordnung zu einer sozialen Gruppe zugesprochen wird und dieser damit die dieser Gruppe eigenen Handlungsschemata zu erfüllen hat. Würde der Opponent der vom Proponenten behaupteten Prädikation seiner Gruppenzugehörigkeit zustimmen, wäre er dann statusvertraglich pflichtig, die dort formulierten Regeln zu befolgen. Das dialogische Verfahren hat in diesem Zusammenhang also die analytische Funktion zu klären, ob ein statusvertragliches oder ein zweckvertragliches Angebot vorliegt. Ist erkennbar, dass der Proponent nicht versucht, den Opponenten als „Exemplar einer Gruppe“ anzusprechen – ihn zu „klassifizieren“, sondern dass es darum geht, die individuellen Begehrungen zu thematisieren, können beide Partner in zweckvertragliche Verhandlungen eintreten. Umgekehrt kann der Opponent den Klassifizierungsversuch des Proponenten abweisen. Falls dies nicht zu einem Verhandlungsabbruch führt, besteht dann die Möglichkeit zum Abschluss eines für beide zustimmungsfähigen Zweckvertrages.<sup>189</sup>

Für die weitere Arbeit ist von Bedeutung, die Themen der Freiwilligkeit und des Einverständnisses genauer in den Fokus zu nehmen, die für die Geltung von Verträgen relevant sind. In diesem Zusammenhang, muss auch zu erörtern sein, was genau darunter zu verstehen sein soll, wenn von Verlässlichkeit die Rede ist.

Diese Fragen stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Antwort darauf, wann Handlungen von betroffenen Personen und Dritten als legitim oder als illegitim beurteilt werden. Mit der Antwort auf diese Frage ist die Entscheidung verbunden, ob Kon-

---

<sup>189</sup> Auf der Basis der Überlegungen Kuno Lorenz‘ entwickelt Peter Kroppe mit seinem Forschungsteam derzeit ein lehr- und lernbares Verfahren zur Führung solcher Verhandlungen im Rahmen von Beratungssituationen für Menschen mit Migrationshintergrund, siehe dazu auch (Kroppe 2010). Vermutlich ist dieses Verfahren auch allgemein geeignet für zweckvertragliche Verhandlungen.

---

trakte in pädagogischen und sozialen Arbeitsfeldern geeignet sind, entsprechendes fachliches Handeln zu rechtfertigen.

### **3.5 Die Idee des Kontraktes in der politischen Philosophie**

Bei der Beschäftigung mit den schulischen Kontrakten, der Eingliederungsvereinbarung, der Leistungsabsprache und der Behandlungsvereinbarung wurde immer wieder deutlich, wie wichtig Freiwilligkeit und Partnerschaft im Zusammenhang mit dem vertraglichen Handeln sind. Man kann Freiwilligkeit und Partnerschaft auch in die Formel von „Freiheit und Gleichheit“ übersetzen und erhält damit einen Interpretationsrahmen für die vertragstheoretischen Konzepte der politischen Philosophie. So beschreibt John Locke den Naturzustand mit Rekurs auf diese beiden Grundwerte:

„Es ist ein Zustand vollkommener Freiheit, innerhalb der Grenzen des Gesetzes der Natur ihre Handlungen zu regeln und über ihren Besitz und ihre Persönlichkeit so zu verfügen, wie es ihnen am besten scheint, ohne dabei jemanden um Erlaubnis zu bitten oder vom Willen eines anderen abhängig zu sein.

Es ist darüber hinaus ein Zustand der Gleichheit, in dem alle Macht und Rechtsprechung wechselseitig sind, da niemand mehr besitzt als ein anderer: Nichts ist einleuchtender, als daß Geschöpfe von gleicher Gattung und von gleichem Rang, die ohne Unterschied zum Genuß derselben Vorteile der Natur und zum Gebrauch derselben Fähigkeiten geboren sind, ohne Unterordnung und Unterwerfung einander gleichgestellt leben sollen, es sei denn, ihr Herr und Meister würde durch eine deutliche Willensäußerung, den einen über den anderen stellen und ihm durch eine überzeugende, klare Ernennung ein unzweifelhaftes Recht auf Herrschaft und Souveränität verleihen. (Locke 1977, 201/202)



Das Begriffspaar „Freiwilligkeit und Partnerschaft“ – oder abstrakter „Freiheit und Gleichheit“ – spielt in den Kontraktmodellen der politischen Philosophie – ob antagonistisch, komplementär oder in Unterordnung zueinander – eine besondere Rolle.<sup>190</sup> Die Auseinandersetzung mit dieser Perspektive der politischen Kontraktphilosophie wird dazu beitragen, die Herkunft des Kontraktgedankens zu klären und die zentralen Begriffe zu präzisieren.

Der Artikel in der aktuellen Ausgabe der Enzyklopädie für Philosophie und Wissenschaftstheorie beschreibt „Kontraktualismus“ als eine philosophische Position,

„die die Ordnungen, die dem Zusammenleben in menschlichen Gemeinschaften zugrunde liegen, nach dem Paradigma des Vertrags rekonstruieren und damit die Legitimation dieser Ordnungen letztlich auf den Willen der Mitglieder dieser Gemeinschaften zurückführen. Wie Vertragspartner selbstbestimmt und um ihres eigenen Vorteils willen einen Vertrag schließen, so werden organisierte Gemeinschaften als „Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil (J. Rawls, 1975, 105) aufgefaßt.“  
(Mittelstrass und Carrier 2010, 331 f.)

An anderer Stelle wurde darauf hingewiesen, dass Kontrakte die Funktion der Koordination komplexer zwischenmenschlicher Handlungen haben. Dieser Gedanke findet sich bereits in frühen Analysen soziohistorischer Bedingungen, so etwa bei Ferdinand

---

<sup>190</sup> Einen Überblick über die Debatte um Freiheit und Gleichheit skizziert Julian Nida-Rümelin in einem Aufsatz für die Friedrich-Ebert-Stiftung, in dem er dafür plädiert, diese Werte, präzisiert insbesondere durch Kants Konzept der Pflichtenethik (siehe dazu (Nida-Rümelin 1992, 131 f.), als wesentliche Fundamente gegen Interpretationen zu verteidigen, der eine sei wichtiger als der andere – Freiheit im „Libertarismus“, Gleichheit im „Kommunismus“ – oder einer der beiden Werte sei derivativ, wie etwa die Gleichheit als Ableitung aus der Solidarität aus Sicht non-egalitaristischer Vertreter; (Nida-Rümelin 2007). Zur methodisch-konstruktivistischen Klärung der Begriffe siehe Kap. 3.6, S. 216 ff..

---

Tönnies, der sich – orientierend an Henry Sumner Maine (Maine 1997) – mit der von diesem als soziohistorisches Analyseschema entworfenen Dichotomie von „Status und contractus“<sup>191</sup>. Anders als später bei Weber wird unter Status kein besonderer Vertragstyp behandelt, sondern dieser Begriff dient als Etikett für eine nach sozialen Rollen strukturierte Gesellschaft, wie sie laut Tönnies für die mittelalterliche Ständegesellschaft typisch war und in ihren Auswirkungen bis in seine Gegenwart reichte, etwa im Zusammenhang mit dem Wahlrecht des damals noch jungen deutschen Reiches. Den Unterschied zwischen „status und contractus“ beschreibt Tönnies:

„Was heißt Herrschaft von contractus an Stelle von status? Die Worte haben eine politische, eine rechtliche und eine soziale Bedeutung. Politisch heißen sie einmal gleiches Recht, - dies aber heißt nicht bloß das Recht aller Staatsbürger zur Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung, sondern auch, daß Niemand dem Anderen zu weiterem rechtlich verpflichtet ist, als wozu er selbst sich vertragsmäßig bindet, und daß für den Inhalt der Verträge, durch die er sich bindet, rechtlich nichts anderes als sein freier Wille maßgebend sei. Somit heißt Gleichberechtigung aber auch zweitens gleiches Recht in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Alle Ansprüche auf Teilnahme an wirtschaftlichen und ideellen Gütern der Nation sind berechtigt, die ich mir nach Lage der Marktverhältnisse kontraktmäßig zu sichern im Stande bin, ohne die Rechtssphäre eines Anderen zu verletzen.“  
(Tönnies 2012, 73)

Tönnies verweist damit auf den bei Hobbes neuen Gedanken des Zusammenschlusses von Menschen, um miteinander zu vereinbaren, sich einer Zentralgewalt zu unterwer-

---

<sup>191</sup> So die Überschrift eines anonym von Tönnies 1892 veröffentlichten Aufsatzes (Tönnies 2012, 71 - 78).

---

fen und gleichzeitig auf die eigene gewaltsame Durchsetzung von Individualansprüchen zu verzichten. In der Diktion von Ferdinand Tönnies ist dies die Haltung des Kontraktes, bzw. bei Max Weber die des Zweck-Kontraktes. Der Kontraktualismus als Spielart der politischen Philosophie thematisiert diesen von Maine, Tönnies und Weber erkannten Unterschied nicht mehr, sondern verfolgt die Linie des Zweckvertrages weiter, indem Modelle fingiert werden, die auf der Basis eines jeweils individuellen Zustimmungsaktes beruhen<sup>192</sup>. Paradigmatisch für diese Modelle stehen hier die Ausführungen von Thomas Hobbes und John Rawls.<sup>193</sup>

Unter Kontraktualismus wird in der Staatsphilosophie das Gedankenspiel der spezifischen Konstitution eines staatlichen Regimes durch Willenserklärung von Bürgern verstanden. Dieser Gedanke, der explizit wohl auf Hobbes (Hobbes 1966, 134 f.) zurückreicht, allerdings mythisch sehr viel tiefere Wurzeln hat<sup>194</sup>, wird in der modernen politischen Philosophie insbesondere von John Rawls reaktiviert<sup>195</sup>.

---

<sup>192</sup> Diese klare Zuordnung ist aber nicht vollständig durchzuhalten. Wie zu zeigen sein wird, ist insbesondere in der Vertragstheorie Hobbes' der Aspekt des freiwilligen Vertragsschlusses durchaus zu hinterfragen, siehe dazu Kap. 3.5.1, S. 179 f.. In letzter Konsequenz wird das Hobbes'sche Modell eher statusvertragliche Züge tragen; näheres dazu im gleichen Kapitel S. 184.

Es ist natürlich nicht angemessen, den hier vorgestellten Protagonisten zu unterstellen, sie würden status- oder zweckvertragliche Modelle verwenden. Für diesen Zusammenhang ist lediglich interessant, dass die hier vorgestellten kontraktualistischen Konzeptionen Themen wie Wahlfreiheit, Gleichheit der Partner und andere vertragliche relevante Aspekte thematisieren und hier zu verschiedenen Lösungen kommen.

<sup>193</sup> John Rawls ist natürlich nicht der einzige moderne Vertreter, der den Kontraktualismus im Zusammenhang mit der politischen Philosophie thematisiert. Hier sind beispielsweise auch Thomas S. Scanlon, David Gauthier oder auch Peter Stemmer zu nennen. Einen kurzen Überblick bietet Anton Leist (Leist 2003). Allerdings kann John Rawls wohl als derjenige Vertreter des Kontraktualismus verstanden werden, der diesen Gedanken für die moderne Diskussion reaktiviert hat.

<sup>194</sup> In der Genesis findet sich die Idee des Bündnisses zwischen Jahwe und Einzelnen und seinem Volk. Die früheste Stelle ist hier sicher 1. Mose 6, 18 (Deutsche Bibelgesellschaft 2002), in

Das Modell des Gesellschaftsvertrages dient dazu, die Rechtsträgerschaft eines Individuums in der Gesellschaft zu begründen. Im politischen Bereich ist es sinnvoll, zwischen Gesellschaftsvertrag und Herrschaftsvertrag zu unterscheiden, wie das folgende Zitat von Eberhard Schockenhoff verdeutlicht, der das neuzeitliche Verständnis Hobbes‘ gegen das aus der antiken Philosophie überlieferte Modell Thomas‘ von Aquin absetzt:

„Die für Thomas noch fraglos in Geltung befindliche Annahme, wonach die sozialen Handlungsgemeinschaften, die dem menschlichen Leben Halt und Sicherheit verbürgen, in der anthropologischen Verfassung selbst gründen, wird zu Beginn der Neuzeit durch eine Perspektive der kosmologischen Unsicherheit und des gegenseitigen Bedrohtseins im Naturzustand abgelöst, die auch die fundamentalen Fragen des Menschseins verändert, auf welche die praktische Philosophie und politische Theorie eine Antwort suchen. Gemäß dem Hobbesschen Axiom *homo homini lupus* werden die Ideen von Staatlichkeit, Interessenausgleich und Rechtsdurchsetzung nunmehr unter dem Vorzeichen einer pessimistischen Auffassung vom Wesen des Menschen entwickelt, während Thomas noch ganz selbstverständlich aristotelische Anschauungen vertritt und diese im Licht theologischer Motive interpretiert.

Die häusliche und staatliche Gemeinschaft unter den Menschen entsteht nicht zur Abwehr eines radikalen Interessenantagonismus im Naturzu-

---

der beschrieben wird, wie Gott einen Bund mit Noah eingeht. Schon an dieser frühen Stelle werden Vertragsstrukturen wie inhaltliche Regelungen („von allen Tieren (...) je ein Paar“, Vertragsmotive (Rettung des Vertragspartners) und Absichtserklärungen (Sintflut) sichtbar. Dieses Bündnismotiv durchzieht das Alte Testament und findet seine besondere Ausprägung quasi (vor)-staatlicher Struktur als Gesellschaftsvertrag mit dem Bund Jahwes mit dem Volk Israel (2. Mose 19,1 – 24,14 (Deutsche Bibelgesellschaft 2002)).

<sup>195</sup> (Rawls 2003, 39 ff.) und (Rawls 2006, 27 ff.).

---

stand, sondern auf der Basis einer natürlichen Freundschaft aller Menschen („omnis homo familiaris ... et amicus omni homini", die durch ein noch tieferes Band der Gemeinschaft, ihrer Einheit in Gott als dem höchsten Gut, das ihnen am meisten gemeinsam ist, unterfaßt wird.“ (Schockenhoff 2001, 339 f.)

Der in diesem Zitat herausgestellte Unterschied verweist auch auf die tiefgreifenden Differenzen zwischen gesellschafts- und herrschaftsvertraglichen Regelungen. Während die aristotelische bzw. aquinatische Perspektive Regelungen umfasst, die auf ein gesellschaftliches Zusammenleben zielen, das die menschlichen und zwischenmenschlichen – und damit auch die politischen – Tugenden am besten zur Geltung bringen lässt, ist das Konzept von Hobbes ein Modell der Unterwerfung unter einen Willen, um den Krieg aller gegen alle zu vermeiden.

### 3.5.1 Thomas Hobbes

Thomas Hobbes (1588 – 1679) gilt als einer der bedeutendsten Vertreter der politischen Philosophie. In seinem Hauptwerk „Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates“ formuliert er die Idee der Konstitution eines Staates durch Vertragsschluss seiner Bürger (Hobbes 1966, 134 f.). Dieses Konzept wird als „Kontraktualismus“ bezeichnet.

Auch vor Thomas Hobbes hat es die Idee des Vertrages im politischen Handeln gegeben. Doch mit Hobbes kommt ein neuer Gedanke ins Spiel, der für die nachfolgende kontraktualistische Philosophie dominant ist:

„Vor Hobbes war der Vertrag primär ein ‚Herrschaftsvertrag‘, wurde also mit dem Herrscher geschlossen. Nach und seit Hobbes ist es primär ein ‚Gesellschaftsvertrag‘, wird also zuerst unter den sich gleichzeitig konsti-

tuierenden Bürgern geschlossen, die ihrerseits einen Herrscher ermächtigen.“ (Leist 2003, 3)

Die Differenz zwischen Herrschafts- und Gesellschaftsvertrag markiert auch eine Veränderung der Legitimationsanforderungen politischen Handelns. Im Rahmen des Gesellschaftsvertrags ist der „Vertragspartner“ Fürst prinzipiell gegenüber den Bürgern legitimationspflichtig. Dies stellt ein Novum dar vor dem Hintergrund eines Herrschaftsverständnisses, das sich durch Geburt oder Gottes Gnade rechtfertigt. Dass mit Thomas Hobbes eine Zäsur gesetzt ist, die für die Folgezeit insbesondere den Individualismus als Legitimationsbasis politischen Handelns ausweist, zeigt auch der Aufsatz von Thomas Noetzel im Sammelband „Humane Orientierungswissenschaft“ (Janich 2008) auf:

„Hobbes‘ Relevanz für die Grundlegung einer neuzeitlichen, modernen politischen Theorie und Philosophie liegt darin begründet, dass für ihn die Konflikte des 17. Jahrhunderts Ausdruck einer grundsätzlich neuen Vergesellschaftungslage sind. Der Verlust traditioneller Bindungen wird im politischen Chaos seiner Zeit augenscheinlich, und jede erfolgreiche Überwindung dieser Friedlosigkeit muss nach Hobbes die Nutzenkalkulation der Individuen zur Grundlage haben. Diese radikale Individualisierung verweist die Menschen auf sich selbst als einzige Quelle politischer Ordnungstiftung.“ (Noetzel 2008, 116)

Hobbes zentriert die Notwendigkeit eines Staates, in dessen Händen das Gewaltmonopol liegt, auf die Unfähigkeit des Menschen, mit seinesgleichen friedlich umzugehen, wie er im 17. Kapitel des Leviathan ausführt (Hobbes 1966, 131 ff.). Dabei ist es für Hobbes nicht ausreichend, wenn die Menschen zueinander vertragliche Verhältnisse stiften, in denen sie sich wechselseitig eines gewaltfreien Umgangs versichern:

„Und deshalb ist es kein Wunder, daß außer dem Vertrag noch etwas erforderlich ist, um ihre Übereinstimmung beständig und dauerhaft zu machen,

nämlich eine allgemeine Gewalt, die sie im Zaum halten und ihre Handlungen auf das Gemeinwohl hinlenken soll.“ (Hobbes 1966, 134 f.)

Daraus folgt für Hobbes die „Definition des Staates“:

„Hierin liegt das Wesen des Staates, der, um eine Definition zu geben, eine Person ist, bei der sich jeder einzelne einer großen Menge durch gegenseitigen Vertrag eines jeden mit jedem zum Autor ihrer Handlungen gemacht hat, zu dem Zweck, daß sie die Stärke und Hilfsmittel aller so, wie sie es für zweckmäßig hält, für den Frieden und die gemeinsame Verteidigung einsetzt.“ (Hobbes 1966, 134 f.)

Es ist interessant, anhand seiner Lebenssituation nachzuzeichnen, was Hobbes bewogen haben mag, sich – wie es im damaligen und heutigen philosophischen Diskurs eingeschätzt wird – vom politischen Denken seiner Zeit zu lösen, das von der aristotelischen Tugendlehre geprägt war. Herfried Münkler schreibt in seiner Hobbes-Biographie:

„Aristoteles hatte die Einordnung der Politik – neben Ethik und Ökonomik – in den Bereich der praktischen Philosophie damit begründet, dass sie es mit veränderlichen, von Zeitraum und äußeren Gegebenheiten abhängigen Problemen zu tun habe und es in ihr darum neben dem richtigen Erkennen auf das rechte Handeln ankomme.“ (Münkler 2001, 12)

Diese Idee des politischen Handelns in veränderlichen Kontexten aufgreifend, kommt Hobbes zu der Einschätzung, die politische Geschichte habe gezeigt, dass die sich auf die kontingenten historischen Lagen orientierende Politik nicht in der Lage war, für Stabilität und Sicherheit der Nationen zu sorgen. Sowohl England als auch der europäische Kontinent, den Hobbes durch lange Reisen und mehrjährige Aufenthalte gut kennt, sind in dieser Zeit geprägt von schwerwiegenden, zum Teil kriegerischen Konflikten.

Wie viele Gelehrte seiner Zeit steht Hobbes in einem regen Austausch mit einflussreichen Wissenschaftlern und Philosophen Europas. So sind Kontakte mit Bacon, Descartes, Galilei, Gassendi, Mersenne u.a. belegt, mit denen er in persönlichem Kontakt und schriftlichem Verkehr stand. Das späte 16. Jahrhundert kann man beschreiben als die Zeit des Aufkommens naturwissenschaftlichen Denkens, was sowohl die Bedeutung empirischer Forschung als auch den Optimismus eines Weltverständnisses aus nomothetischen Prinzipien – den Naturgesetzen – betraf.<sup>196</sup>

1630 in Paris hat Hobbes Kontakt mit den „Elementen“ des Euklid. Diese Lektüre wird von vielen Biographen Hobbes‘ als ein Schlüsselerlebnis für den politischen Autor betrachtet. (Münkler 2001, 32 f.) Statt sich an der praktischen Philosophie zu orientieren, sieht er die Möglichkeit, ähnlich wie das euklidische Konzept, die politische Philosophie aus Prinzipien zu deduzieren und ihr damit die gleiche argumentative und logische Stabilität zu sichern wie der Geometrie. Ein daraus abgeleitetes Gesellschaftsmodell würde erheblich mehr Überzeugungskraft und damit Stabilität in der politischen Praxis mit sich bringen als die erlebte Praxis der mehr oder weniger diskursiven Versuche verschiedener Gruppen, ihre Interessen durchzusetzen.

Die Grundlage des Staates, aus der alle anderen Rechtsfolgen abzuleiten sind, ist nach Hobbes die Unterwerfung aller unter die Gewalt eines Souveräns durch Vertrag. Dabei ist es für die Rechtsfolgen belanglos, ob der Souverän seine Macht durch Einsetzung, also z.B. durch Wahl, oder durch Aneignung, also z.B. durch Gewalt, erhält. Diese beiden Herrschaftsgründungen unterscheiden sich nach Hobbes nur darin, „daß Men-

---

<sup>196</sup> Ebenso wie die geisteswissenschaftliche Perspektive bedeutsam ist, kann man unterstellen, dass auf die Philosophie Hobbes‘ die politischen Ereignisse Englands erheblichen Einfluss genommen haben. Die alltäglichen Unsicherheiten und Gefährdungen während des englischen Bürgerkrieg (1642 – 1649) mit der anschließenden mehr als zehnjährigen Regierungszeit Oliver Cromwells haben sicher wesentlich zur pessimistischen Einschätzung des sogenannten Naturzustands in der Philosophie Thomas Hobbes‘ beigetragen.

---



schen, die ihren Souverän wählen, dies aus Furcht voreinander tun und nicht aus Furcht vor demjenigen, den sie einsetzen. Hier unterwerfen sie sich aber dem, vor dem sie Angst haben. In beiden Fällen handeln sie aus Furcht, was sich solche Leute merken sollten, die alle Verträge, die aus Furcht vor Tod oder Gewalttätigkeit abgeschlossen werden, für ungültig halten.“ (Hobbes 1966, 155)

Für Hobbes ist ein gültiger Vertrag dann geschlossen, wenn auf der einen Seite die persönliche Gewalt vollständig an den Souverän abgetreten wird, dieser andererseits verpflichtet ist, die Person vor Gewalt oder Tötung durch Dritte zu schützen. Für die vertragliche Gültigkeit und alle anderen Rechtsfolgen scheint es für Hobbes relativ belanglos zu sein, auf welche Weise der Souverän in die Herrschaftsposition gelangt ist. Entscheidend ist, dass der mit der Gewaltübertragung geschlossene Vertrag nicht mehr einseitig kündbar ist und alle anderen Rechtsfolgen daraus zu deduzieren sind. Von besonderem Interesse ist der Verweis Hobbes' auf einen möglichen Niedergang des Staates. Der zentrale Fehler, der einen solchen Niedergang auslösen kann, ist, „daß ein Mensch, der ein Königreich an sich bringen möchte, mit einer geringeren Macht als zum Frieden und zur Verteidigung des Staates notwendig, zufrieden ist“ (Hobbes 1966, 245). Dies bedeutet aber auch, dass das vom Souverän gegebene Schutzversprechen unter bestimmten Umständen nicht eingehalten werden kann. Damit verliert der Vertrag zwar nicht seine Gültigkeit, wohl aber seine Wirksamkeit.

Der Abschluss des Staatsvertrages erfolgt nach Hobbes nicht unter dem Gesichtspunkt der Freiheit, sondern unter der Perspektive der Freiheitsbeschränkung, folgt man der von Hobbes als ausschließlich gültig apostrophierten Definition von Freiheit:

„Und nach dieser genauen und allgemein anerkannten Bedeutung des Wortes ist ein Freier, wer nicht daran gehindert ist, Dinge, die er auf Grund seiner Stärke und seines Verstandes tun kann, seinem Willen entsprechend auszuführen.“ (Hobbes 1966, 163)

Darin genau liegt das Bedrohungspotential des Menschen im Naturzustand, den Hobbes im 13. Kapitel als „Krieg eines jeden gegen jeden“ beschreibt:

„Deshalb trifft alles, was Kriegszeiten mit sich bringen, in denen jeder eines jeden Feind ist, auch für die Zeit zu, während der die Menschen keine andere Sicherheit als diejenige haben, die ihnen ihre eigene Stärke und Erfindungskraft bieten. In einer solchen Lage ist für Fleiß kein Raum, da man sich seiner Früchte nicht sicher sein kann; und folglich gibt es keinen Ackerbau, keine Schifffahrt (sic), keine Waren, die auf dem Seeweg eingeführt werden können, keine bequemen Gebäude, keine Geräte, um Dinge, deren Fortbewegung viel Kraft erfordert, hin- und herzubewegen, keine Kenntnis von der Erdoberfläche, keine Zeitrechnung, keine Künste, keine Literatur, keine gesellschaftlichen Beziehungen, und es herrscht, was das Schlimmste von allem ist, beständige Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes – das menschliche Leben ist einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz.“ (Hobbes 1966, 96)

In der Hobbes'schen Diktion ist ein Vertrag „die wechselseitige Übertragung von Recht“ (Hobbes 1966, 102). Dabei spielt die freiwillige Zustimmung zum Vertragsabschluss – zumindest im Naturzustand – keine entscheidende Rolle, sondern vielmehr die Wirksamkeit der vertraglichen Verpflichtungen. Gelingt es dem Herrscher, wirksam das Grundrecht auf Unversehrtheit und Leben seiner Untertanen zu schützen, hat er seinen Vertragsteil erfüllt und kann zu Recht unabdingbare Unterwerfung beanspruchen. Auf dieser Basis kann sich nach Hobbes dann die Gesellschaft mit ihrem bürger-

lichen Rechtssystem konstituieren<sup>197</sup>, und zwar in einer fast naturgesetzlichen Konsequenz. Entsprechend scheint für die Geltung oder Legitimität des staatskonstituierenden Vertrages die Freiheit des Vertragsbeitritts nicht entscheidend zu sein. Aus Sicht Hobbes' geschieht dieser ohnehin in dem Bewusstsein, durch die anderen bedroht zu sein. Aus dem von Hobbes als natürliches Recht ausgewiesenen Selbsterhaltungswillen heraus geschieht dann der Beitritt zum Vertrag, die Delegation der Gewalt an einen Herrscher und die Unterwerfung unter dessen Macht. Diese Herrschaft ist normativ dauerhaft legitim. Ihr kann nur ein faktisches Ende gesetzt werden, wenn der Herrscher zur Einlösung seiner Vertragspflicht nicht mehr in der Lage ist. Das heißt, dass für Hobbes eine Rebellion zwar in jedem Fall vertragswidrig ist, aber die Vertragspflicht für den Untertanen dann erlischt, wenn der Staat den Schutz seines Lebens nicht mehr garantieren kann.

Hobbes' Konzeption kann als ein individualistischer Entwurf einer Staatstheorie verstanden werden, der versucht, ohne eine normative Vorgabe, was der Mensch sein soll, auszukommen.

Die Minimalbedingung für den Kontrakt bei Hobbes ist die Voraussetzung der Gleichheit aller Kontraktpartner als Zugang zum Vertrag, die aber durchaus mit einem indi-

---

<sup>197</sup> Diesen Gedankengang greift später Immanuel Kant auf, wenn er in seinem fünften Satz der „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ schreibt:

„In diesen Zustand des Zwanges (gemeint ist: Konstitution einer Herrschaft; bei Kant „einer gerechten bürgerlichen Verfassung“) zu treten, zwingt den sonst für ungebundene Freiheit so sehr eingenommenen Menschen die Not; und zwar die größte unter allen, nämlich die, welche sich Menschen unter einander selbst zufügen, deren Neigungen es machen, daß sie in wilder Freiheit nicht lange neben einander bestehen können. Allein in einem solchen Gehege, als bürgerliche Vereinigung ist, tun eben dieselben Neigungen hernach die beste Wirkung: so wie Bäume in einem Walde, eben dadurch daß ein jeder dem andern Luft und Sonne zu benehmen sucht, einander nötigen, beides über sich zu suchen, und dadurch einen schönen geraden Wuchs bekommen; statt daß die, welche in Freiheit und voneinander abgesondert ihre Äste nach Wohlgefallen treibe, krüppelig, schief und krumm wachsen.“ (Kant 1981, 39 f.)

---

viduell verschiedenen Gewaltpotential ausgestattet sein können. Wie Kersting ausführt, verhindert dieser nahezu "normativitätsfreie Ausgangszustand" die unreflektierte Übernahme von Voraussetzungen, die dann Einfluss auf das Kontraktmodell nehmen. (Kersting 2005, 323) Einen in dieser Hinsicht besonders weitgehender Versuch der Konstruktion einer politischen Kontrakttheorie unternimmt nach Kersting James M. Buchanan, der nicht einmal die Vertragsgleichheit der Beteiligten unterstellt, sondern lediglich die Interessen der Individuen:

„Im Kontext normativer Theorie gibt dieser methodologische Individualismus und Demokratismus folgender Überzeugung Ausdruck: es gibt keine objektive Wahrheit, es gibt keine überindividuellen Werte, es gibt keine allgemeingültigen Normen, auf die die normative Theorie als Berufungsinstanz rekurrieren könnte. (...) Wenn also alle traditionellen normativen Voraussetzungen wegfallen, von denen die philosophische Rechtfertigungstheorie herkömmlich ausgegangen ist, wenn man sich weder auf die Strukturen des Kosmos und der Schöpfungsordnung noch auf Naturrecht oder Menschenrecht, auch nicht auf Vernunftallgemeinheit und Menschenatur berufen kann, wenn also keine normative Vorgabe mehr gilt, dann bleiben nur die Individuen mit ihren wirklichen Interessen, Neigungen und Absichten übrig.“ (Kersting 2005, 324)<sup>198</sup>

Der Vertrag als wechselseitiges Übertragen von Rechten scheint die Mechanik zu sein, die die Individuen wie in einem technischen Verfahren vergesellschaftet. Entsprechend

---

<sup>198</sup> Dieser Reduktionismus weist in zwei irritierend gegensätzliche Perspektiven. Zum einen erinnert er an das Verfahren der eidetischen Reduktion, das im Kap. 2.3, S. 36 ff. angesprochen wurde. Zum anderen macht das Ergebnis – die Fokussierung auf die individuellen Interessen – die Attraktivität des Rational-Choice-Modells auch für die Vertragstheorie verständlich und interessant; siehe dazu u.a. (Homann 1992).

---

wird auch der Niedergang einer solchen Struktur als technische Folge, als ein Versagen von Funktionen beschrieben.

Obwohl sich Hobbes weitgehend moralischer Bewertungen enthält, kann der Staat sein Recht behaupten, weil er es gegenüber seinen Untertanen erzwingen kann, und es gibt dennoch Situationen, in denen sich der Staat gegenüber seinen Untertanen ins Unrecht setzt, weil er damit die Vertragsbedingungen ad absurdum führt. So hat der Staat nach Hobbes kein Recht, einen Untertanen zur Selbstverletzung oder gar Selbsttötung zu zwingen. Genauso wenig hat der Staat das Recht, von seinem Untertan zu verlangen, sich selbst anzuklagen. Diese Grenzen sind nach Hobbes zu ziehen, weil ihre Übertretung zu einem Widerspruch der Vertragsbedingungen führen würde.<sup>199</sup> Dennoch bleibt die Frage, wer den Einzelnen schützen sollte, wenn der Souverän gegen diese Untertanenrechte verstieße.

Es bleibt festzuhalten, dass aus Hobbes'scher Sicht die Geltung von Verträgen im Wesentlichen geknüpft ist an ihre Wirksamkeit und ihre innere Konsistenz. Besonders hervorzuheben ist, dass Hobbes im Rahmen seines individualistischen Ansatzes die Gleichheit aller Menschen postuliert.<sup>200</sup> Dies gilt im Übrigen auch für die Geschlechter. Anders als beispielsweise Aristoteles gibt es nach Hobbes keine natürliche Ordnung, die den Herren vom Knecht unterscheidet.<sup>201</sup>

Mit dem Abschluss eines Staatsvertrages, bei dem die individuelle Gewalt der Einzelnen auf einen Souverän monopolisiert wird, tritt auch eine Rechtszäsur ein, die den

---

<sup>199</sup> Siehe (Hobbes 1966, 168 f.).

<sup>200</sup> Siehe (Hobbes 1966, 94).

<sup>201</sup> Siehe zu Aristoteles (Rapp und Corcilius 2011, 305); zur Rolle der Frauen und zum Verhältnis von Herr und Knecht (Hobbes 1966, 156 f.).

---

natürlichen Rechtszustand vor der Unterwerfung von dem kulturellen Rechtszustand nach der Unterwerfung unterscheidet.

Betrachtet man die Bedingungen für den Abschluss des Staatsvertrages, so ähneln sie den Merkmalen, die hier als statusvertraglich bestimmt wurden.<sup>202</sup> Hier wie dort gibt es für die Vertragsparteien keine Freiheit des Vertragsschlusses; das Motiv zum Vertragsabschluss speist sich aus den eigenen Statuserfahrungen, bei Hobbes ist dies die permanente Gewaltbedrohung durch Andere. Das Verhältnis der Parteien zueinander ist asymmetrisch, und der Vertrag konstituiert die sozialen Rollen des Souveräns und des Untertans.

Mit der Konstruktion der gesellschaftlichen Rollen von Herrscher und Untertan wird nach Hobbes die Phase des bürgerlichen Rechts eingeleitet. (Hobbes 1966, 164 f.) Die vom Herrscher erlassenen Gesetze beschreibt er als Rahmenbedingungen, die durch Rechtssetzung den Raum gestalten, in dem die bürgerliche Freiheit ihren Platz hat:

„Die Freiheit der Untertanen ist daher auf die Dinge beschränkt, die der Souverän bei der Regelung ihrer Handlungen freigestellt hat: so zum Beispiel die Freiheit des Kaufs und Verkaufs oder anderer gegenseitiger Verträge, der Wahl der eigenen Wohnung, der eigenen Ernährung, des eigenen Berufs, der Kindererziehung, die sie für geeignet halten, und dergleichen mehr.“ (Hobbes 1966, 165)

Nach Hobbes schafft damit die monopolisierte Übertragung der Gewalt auf einen Souverän, der bereit und willens ist, von diesem Recht Gebrauch zu machen, die notwendige persönliche Sicherheit, um die bürgerliche Freiheit zu entfalten.

---

<sup>202</sup> Siehe Kap. 3.3.3, S. 114.

---

Demnach kann man zusammenfassend sagen, dass der Statusvertrag der Gewaltmonopolisierung bei Hobbes die Rahmenbedingungen für zweckvertragliche Handlungen schafft. Das Vertrauen in das Gelingen von Eigentumsübertragungen und andere Handlungskoordination wird garantiert durch die Gesetze, deren Worten durch das Gewaltmonopol Nachdruck verliehen wird. Denn Hobbes bezweifelt eine mögliche Sicherheit schlicht durch die wechselseitigen Zusagen:

„Und Verträge ohne das Schwert sind bloße Worte und besitzen nicht die Kraft, einem Menschen auch nur die geringste Sicherheit zu bieten.“  
(Hobbes 1966, 131)

Das von Hobbes gezeichnete Modell eines Staatsvertrages zur Machtübertragung an einen absoluten Herrscher ist zuweilen missverstanden worden. Dabei wurde Hobbes unterstellt, er habe einen historischen Naturzustand hypostasiert, dem durch einen Kontrakt ein Ende gesetzt worden sei. Die Konstruktion von Thomas Hobbes scheint eine andere zu sein. Das Gedankenspiel des Kontraktes stellt eine Brücke dar, die es ihm ermöglicht, die wechselseitigen Rechte und Pflichten von Untertanen und Souverän zu deduzieren. Seine Unterscheidung der Konstitutionsmöglichkeiten eines Regimes durch verschiedene Verfahren der Einsetzung oder Aneignung zeigen, dass Hobbes durchaus einen empirischen Blick für historische Situationen hat. Sie zeigen aber auch, dass der Vollzug eines Staatskontraktes lediglich ein fruchtbares Gedankenspiel ist. Die zentrale Formel des Vertrages findet sich im 17. Kapitel des Leviathan:

„Es ist eine wirkliche Einheit aller in ein und derselben Person, die durch Vertrag eines jeden mit jedem zustande kam, als hätte jeder zu jedem gesagt: Ich autorisiere diesen Menschen oder diese Versammlung von Menschen und übertrage ihnen mein Recht, mich zu regieren, unter der Bedingung, daß du ihnen ebenso dein Recht überträgst und alle ihre Handlungen autorisierst. Ist dies geschehen, so nennt man diese zu einer Person vereinigte Menge Staat, auf lateinisch *civitas*. Dies ist die Erzeugung jenes großen

Leviathan oder besser, um es ehrerbietiger auszudrücken, jenes sterblichen Gottes, dem wir unter dem unsterblichen Gott unseren Frieden und Schutz verdanken.“ (Hobbes 1966, 134)

### 3.5.2 David Hume

Hobbes und insbesondere der Leviathan haben eine breite und kontroverse Wirkungsgeschichte.<sup>203</sup> Laut Münkler hat David Hume wesentlich dazu beigetragen, dass Hobbes in der englischen Politik- und Sozialtheorie für lange Zeit in den Hintergrund getreten ist. Obwohl Hume eine gänzlich andere Vorstellung vom Naturzustand hatte als Hobbes, ist er im Zusammenhang mit vertragstheoretischen Überlegungen insofern interessant, weil für die Entwicklung einer Rechtsordnung die Begriffe „convention“ und „promise“ eine zentrale Rolle spielen. Und auch Hume vollzieht den Schritt vom Natur- zum Kulturzustand durch eine zu treffende Übereinkunft (convention)<sup>204</sup> zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft. Nach Hume ist eine solche Übereinkunft notwendig, um den persönlichen Besitz zu sichern, der neben den seelischen und körperlichen Gütern, die eigentlich nicht ernsthaft durch Dritte bedroht sind, das dritte Gut ist, das für Menschen bedeutsam ist, aber anders als die beiden anderen nicht geschützt und darüber hinaus knapp ist:

„Dies aber kann auf keine andere Weise geschehen, als durch eine Übereinkunft, die alle Mitglieder der Gesellschaft eingehen, und durch welche

---

<sup>203</sup> Kurze Skizzen bieten die beiden Biografien von Höffe (Höffe 2010, 211 - 224) und Münkler (Münkler 2001, 141 - 148).

Anzumerken ist, dass insbesondere auch Ferdinand Tönnies intensiv Hobbes unter der Perspektive der „Analyse des Naturzustands und der Vertragskonstruktion mit ihren systematischen Implikationen“ (Münkler 2001, 144) rezipiert hat.

<sup>204</sup> Theodor Lipps (Hume 1978, 232) übersetzt „convention“ (Hume 1739-41, 490) mit „Übereinkunft“.

---



dem Besitz jener äußeren Güter Sicherheit verliehen wird, so daß jedermann in dem friedlichen Genuß dessen, was er durch Glück und Fleiß erwirbt, erhalten bleibt.“ (Hume 1978, 232)

Das Motiv zu dieser Übereinkunft ist aber nicht wie bei Hobbes die Angst, beraubt, verletzt oder getötet zu werden, sondern Hume's Vermutung, dass ein Ausgleich der Einzelinteressen einen Gewinn für alle darstellt.

Damit steht er in der Tradition John Lockes, der in seinen „zwei Abhandlungen über die Regierung“ im 8. Kapitel der zweiten Abhandlung „die Entstehung von politischen Gesellschaften“ erörtert:

„Da die Menschen, wie schon gesagt wurde, von Natur aus alle frei, gleich und unabhängig sind, kann niemand ohne seine Einwilligung aus diesem Zustand verstoßen und der politischen Gewalt eines anderen unterworfen werden. Die einzige Möglichkeit, mit der jemand diese natürliche Freiheit aufgibt und die Fesseln bürgerlicher Gesellschaft anlegt, liegt in der Übereinkunft mit anderen, sich zusammenzuschließen und in eine Gemeinschaft zu vereinigen, mit dem Ziel eines behaglichen, sicheren und friedlichen Miteinanderlebens, in dem sicheren Genuß ihres Eigentums und in größerer Sicherheit gegenüber allen, die nicht zu dieser Gemeinschaft gehören.“ (Locke 1977, 260)

In der Absetzung zum „Versprechen“ („promise“) ist diese Übereinkunft bei Hume ein Prozess des Angleichens oder der Handlungskoordination:

„Ich sehe, es liegt in meinem Interesse, einen anderen im Besitz seiner Güter zu lassen, vorausgesetzt, daß er in gleicher Weise gegen mich verfährt. Er seinerseits ist sich eines gleichen Interesses bei der Regelung seines Verhaltens bewußt. Wird dies Bewußtsein eines gleichartigen Interesses wechselseitig kundgegeben, ist es also beiden bekannt, so erzeugt es ein

entsprechendes Wollen und Verhalten. Und dies kann füglich eine Übereinkunft oder ein wechselseitiges Einverständnis genannt werden. Das Zwischenglied eines Versprechens ist dazu nicht erforderlich. Die Handlungen eines jeden von uns beiden sind bedingt durch die Handlungen des anderen und geschehen unter der Voraussetzung, daß auch von der anderen Seite etwas Bestimmtes geschieht. Auch wenn zwei Männer gemeinsam die Ruder eines Bootes bewegen, so tun sie dies auf Grund eines Einverständnisses oder einer Übereinkunft, obgleich sie sich gegenseitig keine Versprechen gemacht haben.“ (Hume 1978, 233)

Dieses etwas längere Zitat Humes‘ ist insofern besonders aufschlussreich, da es darauf verweist, dass es keiner Ausdrücklichkeit im Sinne eines abgegebenen Versprechens bedarf, um koordinierte interaktive Handlungen zu vollziehen. Es reicht die Absicht beider Partner aus, die dann durch gemeinsame Handlungen, die einander wechselseitig Widerfahrnisse sind, zu einer sinnvollen Koordination führen.

In dieser Weise ist auch der Artikel zu „Konvention“ im Philosophischen Wörterbuch zu verstehen, der sich auf Hume bezieht:

„Wenn A handelt, und zwar in der Erwartung, dass auch B so handelt, und B der Erwartung gerecht wird, ergibt sich eine Koordination, deren stärkere Verselbständigung man auch K.(onvention) nennen kann. Wie jeder Vertrag setzt auch die K.(onvention) Freiheit des Abschlusses, Gleichheit der Vertragspartner, Verpflichtungswillen und einen Gegenstand voraus, welcher zwischen ihnen festgelegt werden kann. Die freie Zustimmung kennt allerdings Grade und kann zu ungleicher Lastenverteilung zwischen den K.(onventions)-partnern führen.“ (Brugger und Schöndorf 2010, 253)

Die im Duden ausgewiesene Zweitbedeutung von „Konvention“ als „Regeln des Umgangs, des sozialen Verhalten“ (Dudenredaktion 2001, 428) verweist auf die von Hume herausgestrichene Besonderheit der Konvention gegenüber einem expliziten Kon-

---

trakt, dass die Konvention sich sozusagen durch gemeinsamen Umgang einspielt. Die Konventionen, die nach Hume die zwischenmenschlichen Normen erzeugen, sind nach Auffassung des englischen Philosophen nichts Naturgegebenes, sondern soziale Konstrukte. Gleichwohl sind sie notwendig, weil sie als Vergesellschaftung das menschliche Überleben sichern.

Mit der Differenz der Konvention zum Versprechen (promise) weist Hume auf zwei Aspekte hin. Zum einen wurde deutlich, dass die Konvention auf der Grundlage des wechselseitigen Erkennens gemeinsamer Interessen beruht, die gleichsam im Handlungsvollzug für alle anderen erkennbar werden. Handlungstheoretisch handelt es sich hier um (Prä-)Suppositionen, die sich im Handlungsvollzug bestätigen. Zum anderen hat jedes Versprechen die Konventionen zu seiner stillschweigenden Grundlage.

„Diese Übereinkunft hat nicht den Charakter eines Versprechens; auch das Versprechen entsteht, wie wir später sehen werden, erst auf Grund einer Übereinkunft; sondern eine solche Übereinkunft beruht auf dem allgemeinen Bewußtsein des gemeinsamen Interesses; dies Bewußtsein geben sich alle Mitglieder der Gesellschaft wechselseitig kund und werden so veranlaßt, ihr Verfahren nach gewissen Normen zu ordnen.“ (Hume 1978, 233)<sup>205</sup>

Mit seiner Analyse des Versprechens, dessen Verbindlichkeit der fünfte Abschnitt der Ausführungen über Moral im Traktat über die menschliche Natur gewidmet ist, erörtert Hume die zentralen Kriterien, die für die Legitimität von Verträgen bedeutsam sind. Seine leitende Frage ist, was ein Versprechen eigentlich verbindlich macht. In

---

<sup>205</sup> “This convention is not of the nature of a promise: For even promises themselves, as we shall see afterwards, arise from human conventions. It is only a general sense of common interest; which sense all the members of the society express to one another, and which induces them to regulate their conduct by certain rules.” (Hume 1739-41, 490)

---

einem ersten Schritt verdeutlicht Hume, dass es „von Natur keine Neigung (gibt), Versprechungen zu halten“ (Hume 1978, 266). Eine solche Unterstellung würde nach Hume zu Selbstwidersprüchen führen. Und entsprechend lautet seine Zwischenbilanz:

„Und so wage ich zu schließen, daß Versprechungen menschliche Empfindungen sind, die sich auf Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft gründen.“ (Hume 1978, 266)

Mit der Formulierung der „Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft“ verallgemeinert Hume den Prozess der Koordination von Handlungen, basierend auf den wechselseitigen Interessen. Im Unterschied zu einer Handlungskoordination, wie sie zum Beispiel beim gemeinsamen Rudern zu finden ist, die dann gleichzeitig und am selben Ort geschieht, ist die Verpflichtung durch ein Versprechen die konventionelle Möglichkeit, Handlungskoordinationen zeitlich und räumlich zu strecken:

„Auf diese Weise nun lerne ich jemandem einen Dienst erweisen, ohne tatsächliche freundliche Gesinnung für ihn; ich sehe voraus, daß er meinen Dienst erwidern wird in Erwartung der Wiederholung eines ähnlichen Dienstes und um das System der wechselseitigen Hilfeleistung mir und anderen gegenüber aufrecht zu erhalten. Nachdem ich ihm gedient habe und er sich im Besitz des aus meiner Handlung entspringenden Vorteils befindet, ist er geneigt, auch seinerseits zu tun, was an ihm ist, weil er die Folgen seiner Weigerung voraussieht.“ (Hume 1978, 269)

Mit „Versprechen“ ist nicht das Gefühl der freundschaftlichen Zuneigung gemeint, sondern ein Regulierungsmechanismus alltäglicher Handlungskoordination mit Dritten:

„Um nun diese beiden verschiedenen Arten des Austausches [von Leistungen] zu unterscheiden, den eigennützigen und den uneigennützigen, und um insonderheit jede erstere Art zu charakterisieren, hat man eine be-

stimmte sprachliche Formel erfunden, durch die wir uns zum Vollzug einer Handlung verbindlich machen. Und diese Formel konstituiert das, was wir ein Versprechen nennen. Das Versprechen ist die Sanktion des eigennützigen Austausches von Leistungen zwischen den Menschen. Sagt ein Mensch, daß er irgend etwas verspricht, so drückt er in der Tat den Entschluß aus, das Versprochene zu leisten; gleichzeitig unterwirft er sich durch den Gebrauch dieser Wortformel für den Fall, daß er die Leistung unterläßt, einer Strafe, nämlich der Strafe, die darin besteht, daß ihm nicht wieder getraut wird.“ (Hume 1978, 269)

In diesem Abschnitt führt Hume nicht nur vor, wie ein Terminus – das „Versprechen“ – eingeführt und verwendet wird, er zeigt auch, wie sich das gesellschaftliche System selbst stabilisiert<sup>206</sup>, indem es die agierenden Personen aus dem Sprach- und Handlungsspiel ausschließt, die dagegen verstoßen.<sup>207</sup> Verbindlichkeit ist also für Hume keine Kategorie, die auf Grund einer spezifischen Gerechtigkeitsverständnisses abgeleitet wird, sondern ein Stabilisierungsmechanismus, der sich durch fortgesetzte Handlungskoordination als Konvention konstituiert.

Wie Hobbes fingiert auch Hume einen vorgesellschaftlichen Naturzustand. Im Unterschied zu dem pessimistischen Menschenbild Hobbes differenziert Hume hier aber

---

<sup>206</sup> Bernd Lahno betont die Bedeutung des Versprechens für das menschliche Zusammenleben:

„Die moralische Institution des Versprechens erfüllt ihren Zweck von grundlegender Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen. Dieser soziale Zweck wird durch die Institution in optimaler Weise erfüllt. (Lahno 1995, 18)“

Mit dem Begriff der Institution will Lahno offenlassen, ob dieses spezielle System von Regeln und Verhaltensweisen künstlich oder natürlich ist, siehe Fußnote bei (Lahno 1995, 18).

<sup>207</sup> Ähnliches drückt auch das Sprichwort aus: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht“, dessen Spuren wohl bis in die Fabeln des Äsop zu verfolgen sind (Phaedrus. 2002, 26).

---

schon sehr deutlich, indem er neben dem eigenen Interesse am Seelenheil, körperlicher Gesundheit und materiellen Besitz auch die emotionalen Bindungen an den Lebenspartner und an die Familie betont. Hume teilt mit Hobbes den Gedanken, dass nur die Vergesellschaftung das Überleben des Menschen sichert. Ebenso teilt er die Skepsis, ob allein die Einsicht in die Notwendigkeit Menschen dazu bringen könnte, sich durch Handlungskoordination zu vergesellschaften. Bei Hobbes ist es die Überlebensangst, die Menschen in den Staatsvertrag zwingt, bei Hume ist es die Zuneigung der Geschlechter zueinander, die „mit Recht als das erste und ursprünglichste Fundament der menschlichen Gesellschaft gilt. Dies Bedürfnis ist kein anderes als der natürliche Zug der Geschlechter zueinander, der diese miteinander vereinigt, und so lange vereinigt hält, bis ein neues Band entsteht in der Sorge für die gemeinsame Nachkommenschaft.“ (Hume 1978, 229)

Wenn es auch Ähnlichkeiten gibt, so hält Hume die Fiktion des Hobbes'schen Staatsvertrags<sup>208</sup> für unplausibel. Auch hier zeigt es sich, dass sein Verständnis von Konvention als ein abgestimmter Prozess der Handlungskoordination auch sein Geschichtsbild insoweit beeinflusst, dass er die Entstehung einer Staatsgewalt eher als Folge eines historischen Prozesses begreift:

"Denn ich behaupte ja, daß die realen gesellschaftlichen Bedingungen nicht so sind, daß sie jemals eine allgemeine Zustimmung auch nur dem Schein nach zulassen würden. Vielmehr geht die Etablierung einer neuen Staatsgewalt in aller Regel auf die Auflösung der alten durch Machtergrei-

---

<sup>208</sup> Dass das Vertragsargument bei Hobbes hypothetisch ist, macht Leist deutlich:

„Das Vertragsargument ist explizit hypothetisch gemeint, Naturzustand und Vertrag sind nicht als historische Ereignisse gedacht (Lev. XIII, 11). Dennoch dient die hypothetische Überlegung auch dazu, einen real drohenden Naturzustand zu veranschaulichen, sie steht also nicht im Gegensatz zu deskriptiven Behauptungen.“ (Leist 2003, 6)

---

fung und Eroberung, das heißt aber auf Gewalt zurück." (Hoerster 1983, 169)

Es scheint Hume in der Kritik an Hobbes durchaus klar, dass dieser mit seinem Planspiel lediglich eine Fiktion gesetzt hat. Dennoch kann diese Fiktion durchaus Argumentationskraft entfalten, weil sie Basis sein kann für die Unterstellung einer „fiktiven Zustimmung“<sup>209</sup>:

"Es wird zuweilen behauptet, daß jeder, der im Herrschaftsbereich eines Fürsten verbleibt, dadurch dessen Autorität *stillschweigend* zustimmt und ihm Gehorsam gelobt. Dieser Schluß kann aber nur dann gezogen werden, wenn der Betreffende Alternativen sieht, so daß für ihn die Angelegenheit Gegenstand einer freien Entscheidung ist. Glaubt er jedoch (wie es eigentlich auf jedermann zutrifft, der im Herrschaftsbereich einer etablierten Staatsgewalt zur Welt kommt), daß er von Geburt her einem bestimmten Fürsten oder einer bestimmten Staatsgewalt Loyalität schuldet, dann wäre es absurd, hier einen Akt der Zustimmung oder freien Entscheidung zu konstruieren, den er selbst nach Lage der Dinge ausdrücklich in Abrede stellt." (Hoerster 1983, 171)

Diese Textstelle ist besonders interessant, weil Hume hier deutlich macht, dass die sogenannte fiktive Zustimmung mindestens den Präsuppositionsgehalt haben muss wie die explizite Zustimmung. Dazu gehört, wie im Zitat dargestellt, vor allem auch die Entscheidung zwischen echten Alternativen, also eine Wahlfreiheit. Die Textstelle weist aber auch darauf hin, dass Hume als Modell des Vertrages das Paradigma des

---

<sup>209</sup> Die „fiktive Zustimmung“ als Unterstellung, jedermann würde bei einer gleichen Interessen- und Faktenlage, einer bestimmten Entscheidung zustimmen, spielt Hartmut Kliemt ausführlich für gesellschaftsvertragliche Modelle durch (Kliemt 2003).

---

Zweckvertrags zugrunde legt. Hobbes ist in dieser Hinsicht, wie in Kap. 3.5.1 auf Seite 180 gezeigt wurde, allerdings differenzierter, als ihm von Hume unterstellt wird; die Freiheit des Vertragsbeitritts oder der Vertragskündigung ist bei ihm unabhängig von der vertraglichen Legitimität, die ausschließlich auf der tatsächlichen Einlösung der wechselseitigen Pflichten beruht.

Es bleibt also vor dem Hintergrund des Hobbes'schen Modells eines Staatsvertrags festzuhalten, dass dieses Gedankenspiel im Leviathan statusvertragliche Strukturen hat. Die Legitimität ist gebunden an die Vertragswirksamkeit, also an die Verwirklichung des Vertragszwecks, nicht aber an die Freiheit der Zustimmung der Vertragspartner<sup>210</sup>. Dass dieser Aspekt für die Legitimität des Vertrages ausreicht, war – knapp 90 Jahre später – für Hume nicht mehr plausibel, der als *conditio sine qua non* offensichtlich die vertragliche Wahlfreiheit in Form der Zustimmung als entscheidendes Gültigkeitskriterium behauptet. In dieser Tradition steht auch John Rawls, der mit der „Theorie der Gerechtigkeit“ einen modernen Entwurf eines Gesellschaftsvertrages vorlegt (Rawls 2006, 27 ff.).

Als Zwischenergebnis soll festgehalten werden, dass Hobbes und Hume zu zentralen Punkten wie vertragliche Verbindlichkeit und Gültigkeit wichtige Impulse gesetzt haben, die auch in der gegenwärtigen Diskussion bedeutsam sind. Thomas Hobbes hat in

---

<sup>210</sup> Wolfgang Kersting bezeichnet den Weg Hobbes als eine Möglichkeit, eine gleichheitssichernde Einigungssituation zu schaffen:

„(...) einmal kann die Konfliktsituation so geartet sein, daß sie selbst die Bedingungen für eine faire Einigung bereithält; zum anderen kann die Konfliktsituation aber auch so strukturiert sein, daß es zusätzlicher, kontrafaktischer Annahmen bedarf, um faire Beratungs- und Entscheidungsumstände zu sichern.“ (Kersting 2000, 70)

Kersting ordnet das Modell Hobbes' des „status belli“ der ersten Variante zu, „ein Naturzustand, dessen Konfliktdramatik der Logik der Grenzsituation folgt, erzeugt zuverlässig die egalisierende Wirkung der Planke des Karneades“ (Kersting 2000, 70).

---



seinem Gedankenspiel die Bedeutung der Vertragserfüllung als Grundlage für die Legitimität eines Kontrakts herausgearbeitet. David Hume setzt zur Vertragsfiktion von Hobbes zwar einen Kontrapunkt, nimmt aber den Gedanken der Verabredung als Konvention auf und errichtet darauf das Konzept der präsuppositionalen Stabilisierung interaktionaler Prozesse. In diesem System Humes wird die Verbindlichkeit von Verträgen durch die Erfahrung und Erwartung der Gesellschaft an das auch zeitlich oder räumlich gedehnte Koordinieren von Handlungen erzeugt, stabilisiert durch einen exkludierenden Sanktionsmechanismus. Aus dieser Verbindlichkeit entsteht Legitimität, wenn der gesellschaftliche Stabilisierungsmechanismus erfolgreich ist. Damit legt Hume ein empiristisches Modell<sup>211</sup> eines Konstitutionsprozesses von Gesellschaft vor:

„Und bemerkt das Individuum bei allen seinen Mitmenschen das gleiche Verständnis für sein eigenes Interesse, so vollzieht es an seinem Teile den durch das Versprechen geschlossenen Kontrakt, weil es überzeugt ist, daß die anderen es auch ihrerseits daran nicht fehlen lassen. Alle beteiligen sich im wechselseitigen Einverständnis an einem System von Handlungen, das auf das Allgemeinwohl berechnet ist, und kommen überein, ihr Wort zu halten. Zur Bildung dieses Einverständnisses oder dieser Abmachung ist aber nichts weiter nötig, als daß jeder sich des eigenen Interesses bewußt ist, das er an der treuen Erfüllung seiner Verpflichtungen hat und daß er dies Bewußtsein anderen Gliedern der Gesellschaft ausspricht. Dies weckt unmittelbar das gleiche Interesse bei den anderen. Dies Interesse ist der erste Grund der Verpflichtung zur Erfüllung von Versprechungen.“ (Hume 1978, 270)

---

<sup>211</sup> Empiristisch ist dieses Modell deshalb zu nennen, weil eine seiner zentralen Bedingungen die individuelle Erfahrung des wechselseitigen Gelingens von Handlungskoordinationen ist.

---

### 3.5.3 Jean-Jacques Rousseau

Betrachtet man die beiden philosophischen Entwürfe von Hobbes und Hume, scheint bei beiden die gesellschaftliche Funktionalität der Sicherung des Lebens (besonders bei Hobbes) und des Eigentums (besonders bei Hume) zentral zu sein. Beide denken die Gesellschaft als ein System mit lediglich basalen Sicherungsfunktionen, das sich durch Zusammenschluss von Individuen konstituiert und sich lediglich auf Schutz und Sicherung konzentriert. Beiden gemeinsam ist aber auch eine egalitäre Ausgangssituation im Naturzustand. Bei Hobbes umfasst dies auch das Verhältnis zwischen den Geschlechtern (Hobbes 1966, 156 ff.). Wer wem untergeordnet ist, ist bei ihm eine Sache des bürgerlichen Rechts. Allerdings denkt Hobbes die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und zu ihren Nachkommen immer im Paradigma eines Herrschaftsverhältnisses. Hume dagegen sieht auch im Naturzustand nicht nur den Kampf eines jeden gegen jeden, sondern erkennt zwei weitere strukturbildende Muster, die man als Attraktivität der Geschlechter zueinander und die Sorge umeinander und die Nachkommen beschreiben kann (Hume 1978, 229). In diesen Faktoren sieht er auch die gesellschaftsbildenden Aspekte. An den von ihm verwendeten Beispielen ist aber auch deutlich, dass er mit Familienoberhaupt – ganz Kind seiner Zeit – den Mann in dieser Rolle identifiziert.

Hobbes und Hume ist gemeinsam, dass ihnen die Vergesellschaftung wichtig ist zur Sicherung des individuellen Überlebens und – innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens – der individuellen Freiheit, die maßgeblich eine Freiheit des Wirtschaftens ist. Unter dem Gesichtspunkt der Konstitution von Gesellschaft befindet sich Jean-Jacques Rousseau durchaus auf der Linie von Thomas Hobbes und David Hume. Allen dreien ist gemeinsam, dass mit einem Vertragsschluss – bei Hobbes und Rousseau sogar als

explizite Formulierung<sup>212</sup> – der Natur- vom Kulturzustand unterschieden wird<sup>213</sup>. Dass Rousseau gegenüber Hobbes und Hume eine abweichende Einschätzung des Naturzustandes hat, darf als hinreichend bekannt vorausgesetzt werden. Anders als die englischen Vertragstheoretiker beschreibt er den Naturzustand als ein stabiles Gleichgewicht des vorkulturellen Menschen mit der Natur (Rousseau 2008, 48). Erst äußere Störungen wie Naturereignisse und Bevölkerungsvermehrung lassen den Menschen sukzessive auf den Pfad der kulturellen Entwicklung einschwenken, wobei jeder kulturelle Gewinn zum Beispiel durch Werkzeuggebrauch einhergeht mit einem Verlust an natürlichen Fertigkeiten<sup>214</sup>. Der Kulturzustand ist für alle drei die Basis bürgerlichen Rechts. Bei Hobbes und Rousseau, die einen expliziten Gesellschaftsvertrag fingieren, ist erkennbar, dass sich mit Abschluss der Vereinbarung ein neuer Status der Vertragsschließenden begründet. Bei Hobbes treten Souverän und Untertan zueinander in eine neue Rechtsbeziehung, bei Rousseau konstituiert der Vertrag die „Bürger, sofern sie Teilhaber an der Souveränität, und Untertanen, sofern sie den Gesetzen des Staates unterworfen sind“ (Rousseau 1977, 19) Besonders deutlich bei Hobbes ist, dass Freiwilligkeit bei Vertragsschluss keine Bedeutung hat. Bei Rousseau wird die Problematik nicht direkt thematisiert, ob sich ein Einzelner dem Vertragsbeitritt entziehen kann.

---

<sup>212</sup> Die Hobbes'sche Formel ist in Kap. 3.5.1 auf S. 185 zitiert. Rousseau fingiert sie im 6. Kapitel mit der Überschrift „Vom Gesellschaftsvertrag“:

„Gemeinsam stellen wir alle, jeder von uns seine Person und seine ganze Kraft unter die oberste Richtschnur des Gemeinwillens; und wir nehmen, als Körper, jedes Glied als untrennbaren Teil des Ganzen auf.“ (Rousseau 1977, 18)

<sup>213</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Hiatus bei den hier vorgestellten Philosophen ein Gedankenspiel darstellt. Insbesondere bei Hume wird deutlich, dass man sich die Entwicklung einer Kultur als einen Prozess vorstellen sollte. Ähnlich stellt sich das auch für Rousseau dar, der diese Entwicklung mit viel narrativer Hingabe beschreibt (Rousseau 2008, 74 - 92).

<sup>214</sup> Rousseau scheint die Enkulturation nicht als eine Entwicklung im Sinne eines positiv konnotierten Fortschritts einzuschätzen. Zwar ist der von ihm hypostasierte Naturzustand sicher nicht paradiesisch, wohl aber befindet sich der Mensch seiner Meinung nach im Einklang mit seiner Umgebung. Dies trifft im Kulturzustand nicht mehr zu. (Rousseau 2008, 79 f.)

---

Dennoch ist Freiheit ein für Rousseau zentrales Thema, anhand dessen im Zusammenhang dieser Arbeit der Unterschied zwischen dem die bürgerliche Gesellschaft konstituierenden und dem bürgerlichen Vertrag im Rahmen der konstituierten gesellschaftlichen Ordnung verdeutlicht werden kann.

Freiheit ist für Rousseau ein natürliches Recht eines jeden Menschen, das er nicht veräußern kann. Kein Mensch kann sich nach Rousseau rechtmäßig selbst verkaufen, weil dies eine Asymmetrie der Vertragsrechte und –pflichten erzeugen würde, die den Vertrag seiner Auffassung nach nichtig machen würde:

„Die folgenden Worte, unabhängig davon, ob sie das Verhältnis eines Menschen zu einem anderen oder zu einem Volk betreffen, werden immer gleich sinnlos sein. Ich schließe mit dir einen Vertrag ausschließlich zu deinen Lasten und zu meinen Gunsten, den ich halten werde, solange es mir gefällt, und den du halten wirst, solange es mir gefällt.“ (Rousseau 1977, 15)

Anders als bei Hobbes werden im Gesellschaftsvertrag bei Rousseau nicht Rechte an eine Person oder Gruppe abgetreten, sondern der Vertrag ist eine gemeinsame Entschließung der Gründung eines „Gemeinwillens“, an dem jeder Vertragschließende teilhat. Bei Hobbes ermöglicht der Vertrag erst die bürgerlichen Freiheiten, die es im Naturzustand nicht gibt. Rousseaus Souverän hingegen konstituiert sich als Gemeinwillen, der den Bürgern – die ihn konstituieren – nicht schaden kann<sup>215</sup>. Aus Sicht des Einzelnen sieht es anders aus. Einerseits partizipiert er durch den Gesellschaftsvertrag und den daraus für ihn resultierenden Pflichten und Rechten am Gemeinwesen mit

---

<sup>215</sup> Siehe zum Folgenden (Rousseau 1977, 21 f.).

---

einem „Gemeinwillen“, hat aber darüber hinaus auch ein „Sonderinteresse“, das sich durchaus gegen das Gesellschaftsinteresse richten kann:

„Damit nun aber der Gesellschaftsvertrag keine Leerformel sei, schließt er stillschweigend jene Übereinkunft ein, die allein die anderen ermächtigt, daß, wer immer sich weigert, dem Gemeinwillen zu folgen, von der gesamten Körperschaft dazu gezwungen wird, was nichts anderes heißt, als daß man ihn zwingt, frei zu sein; denn dies ist die Bedingung, die den einzelnen Bürger vor jeder persönlichen Abhängigkeit schützt, indem sie ihn dem Vaterland übergibt (...).“ (Rousseau 1977, 21)

Aus der Notwendigkeit der Harmonisierung von Gemeinwillen und Sonderinteresse folgen das bürgerliche Rechtssystem und die vertragliche Freiheit. Zweckvertragliche Regelungen sind nur im Rahmen einer (durch Gesellschaftsvertrag) konstituierten Gesellschaft möglich. Damit führt der Gesellschaftsvertrag, wenn auch unter anderen Bedingungen seiner Konstitution als bei Hobbes, ebenso bei Rousseau zu einem Konzept bürgerlicher Freiheit<sup>216</sup>. In diesem Rahmen haben Verträge als eines ihrer Wesensmerkmale im Gleichgewicht des Leistungsaustauschs zu sein. Sie erfüllen damit die kategorialen Merkmale von Zweckverträgen, deren Funktionalität gesetzlich geschützt ist<sup>217</sup>.

---

<sup>216</sup> Unter dieser Perspektive erscheint der Vertragsbeitritt zum Gesellschaftsvertrag Rousseaus wenn nicht logisch, dann aber pragmatisch zwingend, weil die Konstitution des Gemeinwillens letztlich die bürgerliche Freiheit konstituiert.

<sup>217</sup> Hier liegt nach Rousseau u.a. der Sinn der Gesetze:

„Wir benötigen deshalb Abmachungen und Gesetze, um Pflichten und Rechte miteinander zu verbinden und die Gerechtigkeit ihrem Gegenstand zuzuführen. Im Naturzustand, in dem alles gemeinsam ist, bin ich denen gegenüber, denen ich nichts versprochen habe, zu nichts verpflichtet, ich erkenne nur das als Besitz des anderen an, was mir zu nichts nütze ist. Anders im gesellschaftlichen Zustand, wo alle Rechte durch das Gesetz festgelegt sind.“ (Rousseau 1977, 39 f.)

---

Dennoch, auch wenn der Gesellschaftsvertrag Rousseaus strukturell mit vielen Konstitutionsmerkmalen der Hobbes'schen und Hume'schen Konzepte vergleichbar ist, so setzt Rousseau doch Schwerpunkte, die den nachfolgenden Diskurs in der politischen Philosophie prägen, und dies betrifft im Wesentlichen das Thema der Gerechtigkeit, verstanden auch als distributive materielle Gerechtigkeit und soziale Gleichheit. In der früheren Schrift Rousseaus „Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen“ aus dem Jahr 1755<sup>218</sup> formuliert Rousseau einen anderen „Gesellschaftsvertrag“, der die Zäsur zwischen dem Naturzustand des Menschen und der gesellschaftlichen Kultur setzt:

„Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und auf den Gedanken kam zu sagen „Dies ist mein“ und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Begründer der zivilen Gesellschaft.“  
(Rousseau 2008, 74)

Der bei Hobbes beklagte Zustand, beschrieben als „bellum omnium contra omnes“, der bei ihm Grund für den Herrschaftsvertrag wird, ist bei Rousseau eine Folge des Verlassens des Gleichgewichts im Naturzustand, also ein Zustand beginnender Vergesellschaftung:

„Da solchermaßen die Mächtigsten oder die Elendesten sich aus ihrer Stärke oder aus ihrer Bedürftigkeit eine Art Recht auf das Gut anderer machten, welches ihnen zufolge mit dem Eigentumsrecht gleichwertig war, folgte auf die Zerstörung der Gleichheit die fürchterlichste Unordnung. So ließen die Usurpationen der Reichen, die Raubtaten der Armen, die zügellosen Leidenschaften aller, indem sie das natürliche Mitleid und

---

<sup>218</sup> Der „Gesellschaftsvertrag“ erschien sieben Jahre später, 1762.

---

die noch schwache Stimme der Gerechtigkeit erstickten, die Menschen geizig, ehrsüchtig und böse werden. Es erhob sich zwischen dem Recht des Stärkeren und dem Recht des Erstbesitzers ein dauernder Konflikt, der nur durch Kämpfe und Morde ein Ende fand. Die im Entstehen begriffene Gesellschaft machte dem schrecklichsten Kriegszustand Platz.“ (Rousseau 2008, 90)

Rousseau zieht aus dem beschriebenen Zustand die gleiche strategische Konsequenz wie Hobbes, allerdings mit dem Unterschied, dass die Befriedung eine Entscheidung der Reichen und Mächtigen ist, um ihre vorteilhafte Lage zu stabilisieren<sup>219</sup>. Wie auch im „Gesellschaftsvertrag“ präsentiert Rousseau hier in wörtlicher Rede die Konstitutionsformel:

„»Vereinigen wir uns«, sagte er (der Reiche) zu ihnen (den anderen Mächtigen), »um die Schwachen vor Unterdrückung zu schützen, die Ehrgeizigen im Zaum zu halten und jedem den Besitz dessen zu sichern, was ihm gehört: Laßt uns Vorschriften über Gerechtigkeit und Frieden einführen, nach denen alle verpflichtet sind sich zu richten, die ohne Ansehen der Person gelten und die gewissermaßen die Launen des Glücks wiedergutmachen, indem sie in gleicher Weise den Mächtigen wie den Schwachen gegenseitigen Pflichten unterwerfen (...).«“ (Rousseau 2008, 92)

Auch wenn an späterer Stelle Rousseau in einer Ausgabe des Textes von 1782, also zwanzig Jahre nach dem „Gesellschaftsvertrag“ auf einen Vertrag zwischen Volk und

---

<sup>219</sup> Die Befriedung mittels Vertragsschluss der Mächtigen in diesem Entwurf Rousseaus ist also eine strategische Entscheidung einer Macht- und Besitzaristokratie zur Sicherung der eigenen gesellschaftlichen Positionen und keine „basisdemokratische“ Entscheidung.

---

Oberhäuptern eingeht, der dem Muster aus dem „Gesellschaftsvertrag“ ähnelt<sup>220</sup>, ändert dies nichts an der (materiellen) Ungleichheit der Menschen, deren Ursprung zu erklären Aufgabe der Abhandlung Rousseaus war. Damit geht es bei der Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft zukünftig nicht nur um die Fragen von Sicherheit und Freiheit, sondern auch um das Thema der Gerechtigkeit.

### 3.5.4 John Rawls

Der Fokus auf das Thema der Gerechtigkeit entspricht dann durchaus modernen Konzepten politischer Philosophie, wie dies beispielhaft an der Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls<sup>221</sup> gezeigt werden soll. Hier geht es nicht nur um die Fragen der Existenz- und Eigentumssicherung wie in den minimalstaatlichen Konzepten Hobbes‘ und Humes‘, sondern Rawls versucht darüber hinaus die Frage nach einer gerechten Ressourcenallokation zu beantworten. Entsprechend voraussetzungsvoller sind seine Annahmen als Bedingungen für einen Gesellschaftsvertrag. Wolfgang Kersting beschreibt diese Entwicklung für die kontraktualistischen Theoriekonzeptionen:

„Je differenzierter und voraussetzungsreicher das Beweisprogramm, desto differenzierter und voraussetzungsreicher muß die Darstellung des Ausgangszustandes ausfallen. Bei Hobbes ging es um das Problem einer modernen Rechtfertigung absoluter Herrschaft. Die Lösung fand er in der paradoxen Konstruktion der bedingungslosen Selbstentmachtung der Bürger, die ihnen angesichts der existentiellen Bedrohlichkeit des Naturzustandes als einzig erfolgversprechende Überlebensstrategie erschien. Locke und Kant hingegen interpretierten den Naturzustand nicht mehr als existenzziel-

---

<sup>220</sup> Siehe (Rousseau 2008, 102)

<sup>221</sup> (Rawls 2006)

---



le Grenzsituation, sondern als Zustand unsicheren Rechts, gaben sich somit auch nicht mehr mit einer normativ unqualifizierten staatlichen Friedensstiftung zufrieden, sondern übertrugen dem Staat die weitaus anspruchsvollere Aufgabe der institutionellen Sicherung vorgegebener Grundrechte und Rechtsprinzipien. Bei Rawls wird die Konfliktgrammatik des Naturzustandes noch komplizierter, denn er muß den Ausgangszustand der kontraktualistischen Argumentation mit einem Problemprofil ausstat-ten, daß dem Erkenntnisprogramm einer Theorie der sozialen Gerechtigkeit angepaßt ist.“ (Kersting 2000, 70 f.)

Mit „A Theory of Justice“ hat John Rawls 1971 ein Werk vorgelegt, das die politische Philosophie wie kaum ein anderes zu einem intensiven Diskurs angeregt hat, der bis heute anhält. Die Arbeit von Rawls gilt als das einflussreichste Werk der politischen Philosophie der Moderne.<sup>222</sup>

In dieser Arbeit kann nicht die politische Philosophie John Rawls‘ in extenso dargestellt werden. Wie bei den hier ausgewählten Vertretern der kontraktualistischen Philosophie der Neuzeit soll nur auf bestimmte Schwerpunkte eingegangen werden, die im Zusammenhang mit der strukturellen Bedeutung des Kontraktes stehen. Das Ausgangsproblem für Rawls ist die Frage nach einer gerechten Gesellschaft. Um die Grundlagen einer gerechten Gesellschaft zu begründen, greift John Rawls auf das bis ins 18. Jahrhundert – und dann nicht mehr – gebräuchliche Argumentationsschema des Gesellschaftsvertrages zurück. Es ist interessant zu ergründen, warum sich Rawls eines solchen Verfahrens bedient und wie er es begründungslogisch einsetzt. Doch zuvor stellt sich die grundsätzliche Frage, was Rawls unter „Gerechtigkeit“ versteht.

---

<sup>222</sup> Siehe (Kersting 2001, 13 ff.).

---

„Die Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen, so wie die Wahrheit bei Gedankensystemen. Eine noch so elegante und mit sparsamen Mitteln arbeitende Theorie muß fallengelassen oder abgeändert werden, wenn sie nicht wahr ist; ebenso müssen noch so gut funktionierende und wohlabgestimmte Gesetze und Institutionen abgeändert werden, wenn sie ungerecht sind.“ (Rawls 2003, 19 ff.)

Das Zitat lässt erkennen, dass Rawls zwischen den Begriffen der Wahrheit und der Gerechtigkeit Strukturanalogien herstellt. Damit scheint „Gerechtigkeit“ als Meta-Apprädikator für die Funktionalität von sozialen Systemen gebraucht zu werden. Nach Lorenzen bewerten Meta-Apprädikatoren den richtigen oder den falschen Gebrauch von Prädikatoren:

„Ist der Gebrauch eines Prädikators in einer bestimmten Situation richtig, so ist die Aussage wahr, ist er unrichtig, so ist die Aussage falsch. Diese Einführung von „wahr“ und „falsch“ erfordert also, daß man in solchen Streitfällen den faktischen Gebrauch der Prädikatoren, mit denen die umstrittenen Aussagen gebildet sind, expliziert – und zwar durch die Angabe der Regeln, denen die Sprecher bisher in ihrem Gebrauch de facto gefolgt sind und denen sie weiterhin folgen wollen.“ (Lorenzen 1987, 41 f.)

Gerechtigkeit als Ergebnis der Beurteilung der Funktionalität eines Regelsystems verweist auf ein prozedurales Verständnis des Begriffs. Allerdings muss dann auch bestimmt sein, worauf sich diese Prozeduren beziehen, was also der Zweck der sozialen Institutionen sein soll.

Die Analogie der Konzeption Rawls‘ mit dem methodisch-konstruktivistischen Programm Lorenzens wird gestützt durch die Einordnung Rawls‘ als Konstruktivist durch Kersting:

„Die von Rawls entwickelte, den traditionellen Kontraktualismus methodologisch verfeinernde Theoriekonzeption ist konstruktivistischer Natur. Konstruktivisten erblicken die Aufgabe der politischen Philosophie in der problemgerechten Explikation und Ausdeutung der normativen Orientierungen, der moralisch-rechtlichen Grammatik unseres politischen Selbstverständnisses.“ (Kersting 2001, 21)

Die Gerechtigkeitstheorie von Rawls ist eine Vertragstheorie. Rawls verwendet damit ein Argumentationsparadigma, das seit dem 19. Jahrhundert in der politischen Philosophie praktisch keine Rolle mehr spielte. Der Kontraktualismus als Begründungsprogramm findet sich – wie auch hier ausgeführt (Kapitel 3.5.1, S. 175 ff.) – zum Beispiel bei Thomas Hobbes im Leviathan und ist für 200 Jahre ein strukturgebendes Muster politischer Begründungspraxis. Kersting ist zuzustimmen, dass dieses Paradigma ein neues historisches Selbstverständnis von Personalität und individueller Freiheit zur Grundlage hat:

„Nach dem Zerfall der traditionellen Orientierungssysteme und der Entstehung der modernen Wissenschaften und der kapitalistischen Welt mußte die kulturelle Rechtfertigungspraxis umgestellt und den veränderten Denk- und Lebensverhältnissen angepaßt werden. Die einzige Instanz, auf die sich die philosophische Begründung fortan stützen konnte, war das souveräne und autonome Individuum.“ (Kersting 2000, 68)

Die Überlegungen Kerstings begründen plausibel den Kontraktualismus bei Hobbes und den späteren politischen Denkern.

„Ob eine Herrschaft legitim ist, Regeln der Handlungskoordination moralische Verbindlichkeit beanspruchen dürfen, Prinzipien der Güterverteilung als gerecht angesehen werden können, hängt davon ab, ob sie allgemein zustimmungsfähig sind, ob sie als Ergebnis einer vertraglichen Einigung

der von ihnen Betroffenen argumentativ entwickelt werden können.“

(Kersting 2001, 32)

Es ist aber nicht ohne weiteres erkennbar, warum Rawls ein derartiges Argumentationskonzept wieder aufnimmt, das seit fast 200 Jahren bedeutungslos war. Darüber hinaus war dieses von Rawls verwendete Paradigma für seine Rezipienten wenn nicht überzeugend, so doch sehr inspirierend, hatte also eine vergleichsweise hohe Akzeptanz.<sup>223</sup>

Den Zeitgenossen Hobbes und Rousseaus war nicht entgangen, dass der Gesellschaftsvertrag selbst, die Zustimmung aller und der postulierte Naturzustand argumentative Fiktionen sind. Dies wurde auch in der vorliegenden Arbeit im Zusammenhang mit der Kritik Humes an Hobbes deutlich erkennbar (siehe Kap. 3.5.2, S. 188). Dennoch waren diese Aspekte der kontraktualistischen Trias<sup>224</sup> für die Rezipienten zumindest argumentationslogisch nicht sinnlos. Möglicherweise verliert das Konzept im 19. Jahrhundert durch die technisch-naturwissenschaftliche Entwicklung einerseits und durch die politisch-historistischen Ideologisierungen andererseits so viel an Überzeugungskraft, dass es als Begründungsverfahren für politische Konzeptionen nicht mehr tragfähig ist. Ähnlich wie der Erosionsprozess der religiösen Argumentationsparadigmata die Begründung für das Erstarken des Kontraktualismus im 17. Jahrhundert darstellt, könnte auch das Erodieren naturwissenschaftlicher und politischer Grundüber-

---

<sup>223</sup> Eine – wenn auch spekulative – Antwort auf dieses Problem kann dabei helfen, zu erklären, warum in pädagogischen und sozialen Praxisfeldern das Modell des Kontraktes zur Herstellung von Verbindlichkeit mit den Adressaten und interessierten Gruppen seit einigen Jahren so beliebt ist.

<sup>224</sup> Kersting erläutert das kontraktualistische Argument als Trias:

„Es ist triadisch strukturiert und verknüpft die Darstellung eines Ausgangszustandes mit der Darstellung einer vertraglichen Einigungsprozedur und der Ergebnisse dieses Vertrages.“ (Kersting 2001, 32)

---

zeugungen im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts die Renaissance des Kontraktualismus zumindest zum Teil begründen. Darüber hinaus stellt das Grundkonzept des Vertrages für den ökonomischen, aber auch für den politischen Raum ein funktionales und anschlussfähiges Paradigma dar.

Weiter ist es plausibel, anzunehmen, dass die Konzepte der Kontraktualisten des 17. und 18. Jahrhunderts für die ihnen nachfolgenden Leserinnen und Leser an Überzeugungskraft auch deshalb einbüßten, weil sie mit ihren Vertragsentwürfen keine Antwort auf die eigentlichen politischen und sozialen Problemlagen der Zeit boten. Für sie war es ganz selbstverständlich, dass sich mit bürgerlicher Freiheit, Sicherung von Eigentum und politischer Partizipation die individuelle und soziale wirtschaftliche Prosperität von selbst einstellen würde. Es war ganz unvorstellbar, dass die „unsichtbare Hand des Marktes“ (Kersting 2000, 57) eine Illusion sein sollte:

„Jeder werde, so dachte man, die Güter produzieren, die ihm für seinen Lebensunterhalt am dienlichsten erscheinen oder die er am Markt zu seinem Vorteil gegen andere Güter eintauschen kann. Auf diese Weise würde jeder gerade dadurch, daß er nur seinen eigenen Vorteil sucht, zum allgemeinen Besten beitragen.“ (Kersting 2000, 57)

Kersting verweist darauf, dass die gesellschaftsvertraglichen Konzepte eigentlich „Naturzustandstheorien“ heißen sollten<sup>225</sup>. Damit macht er deutlich, dass das eigentlich entscheidende Element, an dem sich die gesamte Konstruktion ausrichtet, nicht der Vertrag ist, sondern der Ausgangszustand, der das Problem definiert, das durch den Vertrag zu lösen sein soll. Sollten die philosophischen Gedankenexperimente als erfolgreich gelten, mussten sie für die Leserinnen und Leser einen von ihnen selbst als

---

<sup>225</sup> Siehe (Kersting 2001, 33).

aktuell politisch und sozial problematischen Ausgangszustand beschreiben und Lösungsverfahren anbieten, die ihnen als plausibel erschienen.

Entsprechend stellt sich für John Rawls der Ausgangszustand durchaus anderes dar als beispielsweise für Thomas Hobbes. Während bei Hobbes die physische Vernichtungsdrohung aller gegen alle das zentrale Problem ist, diagnostiziert Rawls die sozialen Spannungen als besondere Bedrohung demokratischer Gesellschaften.

„Die politische Philosophie von John Rawls ist die erste neuzeitliche Gerechtigkeitsphilosophie, die eine umfassende Theorie der sozialen Gerechtigkeit entwickelt und Grundprinzipien einer gerechten Verteilung sozialer und ökonomischer Güter formuliert. (...) Um eine gerechte gesellschaftliche Grundordnung zu etablieren, um ein wohlgeordnetes Gemeinwesen einzurichten, ist es nicht ausreichend, sich an den Prinzipien gleicher Freiheits- und Partizipationsrechte zu orientieren; vielmehr müssen diese liberalen und politischen Grundrechte mit den Grundsätzen der gerechten Verteilung von sozialen und ökonomischen Gütern in Übereinstimmung gebracht werden.“ (Kersting 2000, 58)

Damit konzentriert sich das Problem Rawls‘ auf die Anwendung der beiden Grundprobleme eines objektiven Gerechtigkeitsbegriffs – der Sicherstellung von Allgemeinheit und Gleichheit<sup>226</sup> – auf die Frage der Verteilung gesellschaftlich relevanter Güter. Für Rawls ist Gerechtigkeit in erster Linie Verteilungsgerechtigkeit, oder wie Kersting formuliert:

---

<sup>226</sup> „Je nachdem, wie man die Fragen nach der vernünftigen Gleichheit und gesetzlichen Allgemeinheit beantwortet, wird ein Begriff der G. bestimmt. G. in diesem Verständnis wäre die Idee oder das Prinzip einer zum allgemeinen Gesetz gewordenen vernünftigen Gleichheit aller Personen (einer Gruppe, einer Gesellschaft). Artikel „Gerechtigkeit“ in (Mittelstraß Bd. 1, 1996, 746).

---

„Der Begriff der distributiven Gerechtigkeit wird zum operativen Grundbegriff seines (Rawls‘) gesamten Begründungsprogramms.“ (Kersting 2000, 59)

Rawls geht davon aus, dass Personen, die sich zusammenfinden, um über die Grundsätze einer gerechten Gesellschaft zu entscheiden, eine richtige Wahl treffen würden, wenn sie rational ihrem Eigeninteresse folgen:

„Rawls‘ Grundidee ist, daß gerechtfertigte und objektiv verbindliche Prinzipien der Gerechtigkeit identisch sind mit den Prinzipien, die freie und rationale, nur an ihrem eigenen Interesse ausgerichtete Personen wählen würden, wenn sie in einen ursprünglichen Zustand der Gleichheit versetzt wären und die Aufgabe bekämen, die Form, die Grundstruktur und die fundamentalen, alle Folgegesetze bindenden Normen ihrer zukünftigen Gesellschaft zu bestimmen. Die vielen Konjunktive zeigen bereits an, daß wir es hier mit einer kontrafaktischen Situation zu tun haben, mit dem Gedankenexperiment einer fiktiven Verfassungswahl.“ (Kersting 2001, 40 f.)

Zwei Aspekte sind hier von besonderer Bedeutung: Zum einen geht Rawls nicht davon aus, dass die Verfolgung von Eigeninteressen automatisch zu einer richtigen Entscheidung führt. Dies kann nur unter Bedingungen der Fairness geschehen. Zum anderen benötigt Rawls weitere Randbedingungen, um einerseits den Wettbewerb der Individuen auf ihre eigenen individuellen Ziele zu fokussieren, und andererseits den Regularien des Gesellschaftsvertrages Geltung zu verschaffen. Dies geschieht, indem er bei den Personen eine „gegenseitig desinteressierte Vernünftigkeit“ und einen „Gerechtigkeitssinn“ postuliert. (Rawls 2006, 168) Um die Bedingungen der Fairness zu konstruieren, führt Rawls neben der Unterstellung eines wechselseitigen Desinteresses der Vertragspartner den sogenannten „Schleier des Nichtwissens“ ein, der die Personen in eine Situation versetzt, in der sie von jedem partikularen Eigeninteresse absehen:

„Zu den wesentlichen Eigenschaften dieser Situation gehört, daß niemand seine Stellung in der Gesellschaft kennt, seine Klasse oder seinen Status, ebenso wenig sein Los bei der Verteilung natürlicher Gaben wie Intelligenz oder Körperkraft. Ich nehme sogar an, daß die Beteiligten ihre Vorstellung vom Guten und ihre besonderen psychologischen Neigungen nicht kennen. Die Grundsätze der Gerechtigkeit werden hinter einem Schleier des Nichtwissens festgelegt.“ (Rawls 2006, 29)

Mit dieser Konstruktion versetzt Rawls die Personen in eine Situation, die sie zwingt, bei ihren Entscheidungen von ihren persönlichen Vorlieben und Idiosynkrasien abzu-  
sehen und diese „transsubjektiv“<sup>227</sup> zu treffen. Die Aspekte, die der Schleier des Nichtwissens sozusagen verhüllt, kommen allerdings – anders als im Konzept Lorenzens (Lorenzen 1987, 250 ff.) – nicht durch den Austausch von Argumenten innerhalb der Gemeinschaft zustande, die die gesellschaftlichen Regeln zu konstituieren hat, sondern sind gesetzte Bedingungen des Rawls’schen Vertragsmodells. Da die Personen im Rawls’schen Modell zueinander kein anderes Verhältnis haben als das der Konkurrenz um die zu verteilenden gesellschaftlichen Güter, lassen sich die Transsubjektivitätsbedingungen auch nicht diskursiv aushandeln, wie es das methodisch-konstruktive Verfahren Paul Lorenzens vorsieht:

---

<sup>227</sup> „(D)ie Zwecksetzungen, die in den Beratungen vorgeschlagen werden, dürfen nicht an die Person des Argumentierenden, an seine Eigenheiten oder seine Zugehörigkeit zu Teilgruppen der Bürgerschaft gebunden sein. Man soll ihm »ohne Ansehen der Person« folgen können. Für die Gesetzgebung wird also vom Politiker gefordert, daß er seine »Subjektivität« (das Festhalten an seinen Eigenheiten und partikularen Bindungen) überwindet. Nur dann argumentiert er »vernünftig«, weil nur dann eine allgemein nachvollziehbare Argumentation (eine sachliche Begründung, wie man auch sagt) zustande kommt. Das Überwinden oder Überschreiten(lateinisch: transzendieren) der Subjektivität – kurz: die Transsubjektivität – ist die negative Präzisierung der Orientierung des Argumentierens am allgemeinen, freien Konsens. »Vernünftiges« Argumentieren sei daher durch die Transsubjektivität definiert.“ (Lorenzen 1987, 251)

---



„Vernunft“ ist das Wort, das die Form der Argumentation vorschreibt, damit die Beratungen zu einem allgemeinen freien Konsens führen können. Diese Form muß transsubjektiv sein. Jede Subjektivität muß in den Beratungen schrittweise eliminiert werden. Das ist das Prinzip vernünftigen Argumentierens.“ (Lorenzen 1987, 251)

Entsprechend kommt auch Kersting für das Modell Rawls‘ zu dem Schluss, dass die Regeln, die den Schleier des Unwissens definieren, nicht selbst rational deduziert werden können, weil dies zu einem infiniten Regress würde, sondern dass sie die Fairnessvorstellungen eines common sense widerspiegeln.<sup>228</sup>

Ähnlich wie auch im Konzept der politischen Beratung Lorenzens ist die „Vernünftigkeit“ oder der „Schleier des Unwissens“ nicht die einzige Bedingung. Bei Lorenzen kommen noch zwei Eigenschaften des Politikers hinzu, die dem antiken Tugendkatalog entlehnt sind<sup>229</sup>, Besonnenheit und Tatkraft, deren Vorhandensein und Umsetzung in der Praxis wiederum diskursiv im Beratungsprozess kontrollierbar sind. Bei Rawls sind die Personen darüber hinaus durch das „gegenseitiges Desinteresse“ und durch den „Gerechtigkeitssinn“ ausgezeichnet (Rawls 2006, 168). Während das gegenseitige Desinteresse verhindert, dass die konkurrierenden Personen neidvoll ihre Ziele an den Ergebnissen der anderen ausrichten, soll der Gerechtigkeitssinn dafür sorgen, dass die getroffenen Übereinkünfte gesichert sind:

---

<sup>228</sup> Siehe (Kersting 2001, 51).

<sup>229</sup> (Mittelstraß Bd. 1, 1996, 297) Artikel zur „Besonnenheit“.

„Zuletzt haben P. Lorenzen und O. Schwemmer vorgeschlagen, B. definitionsgemäß demjenigen zuzuschreiben, der sich nicht durch seine Empfindungen an vernünftiger Beratung und Überlegung hindern läßt. Gut Aristotelisch begründet ist dagegen der allgemeinere Vorschlag, denjenigen besonnen zu nennen, dessen Begehungen Teil eines vernünftigen Handelns (und damit Überlegens) sind und deshalb zu diesem gar nicht in einen Gegensatz geraten können.“ (Mittelstraß Bd. 1, 1996, 297)

---

„Sie [die Voraussetzung eines Gerechtigkeitssinnes; JPP] bedeutet vielmehr, daß sich die Parteien darauf verlassen können, daß jeder die beschlossenen Grundsätze versteht und nach ihnen handelt, wie sie auch beschaffen sein mögen. Sind einmal die Grundsätze anerkannt, so können sich die Parteien darauf verlassen, daß jeder sie einhält. Wenn sie also zu einer Übereinkunft kommen, dann wissen sie, daß es nicht umsonst ist: Ihr Gerechtigkeitssinn sorgt dafür, daß die aufgestellten Grundsätze auch beachtet werden.“ (Rawls 2006, 169)

Wolfgang Kersting (Kersting 2001, 47) verweist darauf, dass der hier von Rawls eingeführte Gerechtigkeitssinn bei den klassischen Konstruktivisten die Rolle des Staates ersetzt, der dafür sorgt – besonders deutlich bei Hobbes – das eingeführte Recht mit Hilfe seines Machtmonopols durchzusetzen. Der von Rawls eingeführte Gerechtigkeitssinn kann auch zu Humes Analyse des Versprechens kontrastiert werden. Wie gezeigt wurde, dient bei Hume die soziale Institution des Versprechens dazu, zu garantieren, dass als Folge von Aufforderungen gemachte Zusagen auch über eine zeitliche Distanz hinweg eingehalten werden (siehe S. 191).

Mit der Wiederbelebung des vertragstheoretischen Arguments durch Rawls knüpft er zwar an gesellschaftsvertragliche Modelle des 17. und 18. Jahrhunderts an (Rawls 2006, 12), hat aber einen vollständig anderen Fokus. Anders als die Konzepte von Hobbes bis Kant, die das Problem der Herrschaft des Menschen über den Menschen lösen wollten, zielt der Vorschlag von Rawls auf den Versuch, Grundlagen einer (verteilungs-)gerechten Gesellschaft aus einer sozialvertraglichen Konstruktion zu deduzieren. Dennoch gibt es den Zusammenhang, dass die älteren und die modernen Kontraktualisten dem Vertrag als ein konsensstiftendes Verfahren zutrauen, in besonderer Weise verbindlich zu sein.

### 3.5.5 Die Voraussetzungen des politischen Kontraktualismus

Diese Verbindlichkeit durch Vertrag entsteht nicht voraussetzungsfrei. Die staats- und gesellschaftsvertraglichen Modelle zeigen, welche Bedingungen zu unterstellen sind, damit die Entwürfe der Kontraktualisten – zumindest bei ihren Leserinnen und Lesern – die gewünschte Überzeugungskraft entfalten.

Thomas Hobbes ist hier noch zurückhaltend; seine Fiktion des Staatsvertrags wirkt nicht nur durch den freiwilligen Vertragsschluss, wobei das Motiv der Drohung mit physischer Vernichtung zum einen sehr überzeugend ist, zum anderen aber das Argument der Freiwilligkeit stark relativiert. Die Wirkung und damit die Überzeugungskraft wird nach Hobbes durch die Durchsetzungsstärke monopolisierter Gewalt erreicht, also durch eine Art Garantie, dass der Vertrag halten kann, was er verspricht. Locke, Hume, Rousseau und Kant verwenden dagegen selbstverständlich das Argument des freiwilligen Vertragsschlusses, und dies – besonders bei Locke<sup>230</sup> und Kant –

---

<sup>230</sup> Bei Locke begründet die Vernünftigkeit der sich vertraglich zusammenschließenden Individuen zum Beispiel ihre Entscheidung der Gültigkeit von Mehrheitsbeschlüssen (Locke 1977, 261).

Kant definiert den Status des Rechts im Rahmen des Gesellschaftsvertrags als bürgerlicher Verfassung als durch die Vernunft geboten in seiner Schrift „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“ (1793):

„Recht ist die Einschränkung der Freiheit eines jeden auf die Bedingung ihrer Zusammenstimmung mit der Freiheit von jedermann, in so fern diese nach einem allgemeinen Gesetze möglich ist; und das öffentliche Recht ist der Inbegriff der äußeren Gesetze, welche eine solche durchgängige Zusammenstimmung möglich machen. Da nun jede Einschränkung der Freiheit durch die Willkür eines anderen Zwang heißt: so folgt, daß die bürgerliche Verfassung ein Verhältnis freier Menschen ist, die (unbeschadet ihrer Freiheit im Ganzen ihrer Verbindung mit anderen) doch unter Zwangsgesetzen stehen: weil die Vernunft selbst es so will, und zwar die reine a priori gesetzgebende Vernunft, die auf keinen empirischen Zweck (dergleichen alle unter dem allgemeinen Namen Glückseligkeit begriffen worden) Rücksicht nimmt; (...)“ (Kant 1981, 144 f.)

unter dem Kriterium der Vernünftigkeit. Kant gibt die Bedingungen an, die ein Staat bürgerlicher Verfassung, wenn er denn vernünftig sein soll, beachten muss:

„Der bürgerliche Zustand also, bloß als rechtlicher Zustand betrachtet, ist auf folgende Prinzipien a priori gegründet:

1. Die Freiheit jedes Gliedes der Sozietät, als Menschen.
2. Die Gleichheit desselben mit jedem anderen, als Untertan.
3. Die Selbständigkeit jedes Gliedes eines gemeinsamen Wesens, als Bürger.

Diese Prinzipien sind nicht sowohl Gesetze, die der schon errichtete Staat gibt, sondern nach denen allein eine Staatserrichtung, reinen Vernunftprinzipien des äußeren Menschenrechts überhaupt gemäß, möglich ist.“ (Kant 1981, 145)

Man darf unterstellen, dass diese Kriterien „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Selbständigkeit“<sup>231</sup> als Bedingungen für einen vernünftigen bürgerlichen Staat gelten, nicht aber Beschreibung zeitgenössischer Zustände waren<sup>232</sup>. Die von Kant als vernünftig ausgewiesenen Kriterien sind auch die Bedingungen der Akzeptanz staats- und gesellschaftsvertraglicher Modelle. Schon Hobbes sah sich in der Rechenschaftspflicht, das Argument des freien Vertragsbeitritts zumindest zu reflektieren. Wenn er es auch mit

---

<sup>231</sup> Unter „Selbständigkeit“ eines Bürgers versteht Kant seine Eigenschaft als „Mitgesetzgeber“ (Kant 1981, 150). Dieser Aspekt ist insofern bedeutsam, da er auf den wichtigen Punkt verweist, in Verhandlungen und Diskursen das Recht zu haben, metadiskursiv Regeln zu hinterfragen und Regelangebote zur Modifikation oder Neueinführung machen zu dürfen.

<sup>232</sup> John Locke verweist auf diesen Umstand in seiner Entgegnung auf den Einwand, dass es in der Geschichte kaum Staaten gegeben habe, die auf Grund einer freien Entscheidung von Bürgern konstituiert wurden, mit der Formulierung:

„(...) obwohl aber im günstigsten Fall ein Schluß von dem, was war, auf das, was von Rechts wegen sein sollte, keine allzu große Beweiskraft hat.“ (Locke 1977, 264)

---

dem Vermerk auf die für ihn entscheidendere Relevanz der Durchsetzungsfähigkeit versuchte zu entkräften, so zeigt dies doch zumindest, dass er das Kritikerargument eines freiwilligen Vertragsschlusses antizipierte. Man darf deshalb wahrscheinlich voraussetzen, dass für die Kontraktualisten bis ins 18. Jahrhundert Freiheit, Gleichheit und Selbständigkeit wesentliche Gültigkeitsbedingungen vertraglichen Handelns gewesen sind, die bei Rawls um Kriterien erweitert werden, die er als Schleier des Nichtwissens konstruierte. Dies sind im Methodischen Konstruktivismus die Kriterien – wie gezeigt wurde (Kap. 3.5.4, S. 211) –, die unter dem Begriff der Transsubjektivität zusammengefasst wurden.

Hier stellt sich allerdings die Frage, ob die Forderung nach Transsubjektivität im Rahmen von alltäglichen Kontraktverhandlungen wirklich sinnvoll erhoben werden kann.

### **3.6 Freiheit und Gleichheit im Kontrakt – Versuch einer konstruktiven Bestimmung**

An vielen Stellen dieser Arbeit wurde darauf hingewiesen, dass Freiwilligkeit und Gleichheit beziehungsweise Reziprozität wesentliche Präsuppositionen für die Funktionalität von Vereinbarungen sind. Was bedeuten diese Redeweisen von Freiheit und Gleichheit aus methodisch-konstruktiver Perspektive unter dem Gesichtspunkt des Kontrahierens?

Der Methodische Konstruktivismus empfiehlt als Verfahren der Begriffs-Rekonstruktion im ersten Schritt eine Vergewisserung des alltäglichen Sprachgebrauchs. „Frei“ wird alltäglich in Formulierungen verwendet wie „ich kann frei wählen, was ich tun möchte“, „ich muss nicht arbeiten, ich habe frei“. Auch wenn man den Unterschied erkennt zwischen einer begrifflichen Orientierung des „Freiseins von“ im Beispiel der Freizeit anstelle der Arbeitszeit und des „Freiseins zu“ im Beispiel des sich frei Entscheidens für die eine oder andere Sache, scheint der Kern der Verwendungsweisen darin zu bestehen, dass die aussagende Person handeln kann (oder auch nicht), ohne einem Zwang ausgesetzt zu sein. Das Gegenbeispiel zu „Freiheit“ ist „Zwang“ im Sinne einer Handlung, für die der Akteur sich selbst nicht die Verursachung zuschreibt: „Ich muss das tun, auch wenn ich es nicht will, weil eine Person oder die Umstände mich dazu zwingen.“ Sich selbst die Verursacherrolle zuschreiben zu können, würde in diesem Zusammenhang bedeuten, sich selbst als frei zu beschreiben. Damit ist „frei“ ein Metaapprädikator, der im Zusammenhang mit der dialogischen Rechtfertigung von Handlungen verwendet werden kann: Wenn der Opponent den Proponenten bittet, eine Handlung zu rechtfertigen, wird der zur Handlung gezwungene Proponent darauf verweisen, dass er seine Handlung in einer Kette von vorausgehenden Handlungen beschreibt. Seine Handlung wird als Folgehandlung ge-

rechtfertigt. Der zur Handlung freie Proponent wird darauf verweisen, dass er die Handlung wollte, und sich damit die Rolle des Verursachers zuschreiben.<sup>233</sup>

Damit kann in einem ersten Versuch behauptet werden, dass Freiheit als Metaapprädikator dann sinnvoll prädiiziert wird, wenn ein Akteur sich selbst die Handlungsurheberschaft zuschreibt. Im Zusammenhang mit dem Vereinbarungshandeln, würde dann ein Akteur als frei gelten, wenn er seinen Vertragsbeitritt als in seiner Handlungsurheberschaft begründet beschreibt: „Ich schließe den Vertrag, weil ich es so will.“

Freiheit im Vertrag ist unter dieser begrifflichen Bestimmung dann gegeben, wenn die Partner für sich selbst ihre Handlungsurheberschaft behaupten. Weiterführend könnte auch unterstellt werden, dass die Vertragspartner zueinander keine Handlungen vollführen, diese Handlungsurheberschaft zu begrenzen. Es scheint aber, dass diese Erweiterung lediglich eine logische Folge aus der Selbstzuschreibung der Handlungsurheberschaft ist.

„Gleichheit“ ist ein relationaler Ausdruck: „Bei Zwillingen gleicht ein Kind dem anderen.“ „Die Frau hat ein gleiches Einkommen wie der Mann.“ „Ich bin mir selbst gleich geblieben.“ „Du siehst immer gleich aus.“ Um „Gleichheit“ auszusagen, werden meh-

---

<sup>233</sup> Interessant in diesem Zusammenhang ist die Frage, ob nicht nur repressiver Zwang, sondern auch das überzeugende Argument argumentativ als freiheitsbeschränkend in diesem Sinne verstanden wird. Folgt man dem Sprachgebrauch ist auch Einsicht freiheitsbeschränkend in Bezug zur Handlungsurheberschaft. So wird eine Aussage als sinnvoll interpretiert, wenn behauptet wird: „Ich will diese Handlung nicht ausführen, muss es aber tun, weil das vernünftig ist.“ So könnte jemand die Auffassung vertreten, er wolle nicht zur Krebsversorgeuntersuchung gehen, tue es aber dennoch, weil dies besser sei als es zu lassen. Freiheit und Rationalität sind offenbar semantisch nicht voll deckungsfähig.

---

rere Sachverhalte<sup>234</sup> unter dem Gesichtspunkt eines oder mehrerer Kriterien (z.B. Einkommen, Aussehen) zueinander bestimmt.

Gleichheit wird im Artikel von Kuno Lorenz in der Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie logisch bestimmt als

„zweistellige Relation ‚=‘, die auch als Ununterscheidbarkeit mit Aussagen eines vorgegebenen Aussagenbereichs bezeichnet wird (principium identitatis indiscernibilium, Identität):

$$n = m \Leftrightarrow \bigwedge_A (A(n) \leftrightarrow A(m))$$

(in Worten: die mit ‚n‘ und ‚m‘ benannten Gegenstände heißen logisch gleich, wenn, bei beliebiger Wahl von Aussagen, eine Aussage über n stets mit der entsprechenden Aussage über m gleichwertig ist).“ (Mittelstraß Bd. 1, 1996, 778)

In der Enzyklopädie folgt dem Artikel über logische Gleichheit ein Text über soziale Gleichheit, der unter anderem auch die politische Bedeutsamkeit sozialer Gleichheit in den Zusammenhang der Naturrechtskonzepte gesellschaftsvertraglicher Theorien stellt:

„In der Lehre vom Gesellschaftsvertrag bildet die natürliche G. der Menschen im Naturzustand die Basis für die als Naturgesetz vorgetragene Forderung nach G. aller vor einem allgemeinen Gesetz und nach bürgerlichen Beteiligungsrechten für das besitzende Bürgertum.“ (Mittelstraß Bd. 1, 1996, 779)

---

<sup>234</sup> Das kann natürlich auch derselbe Gegenstand unter verschiedenen Bedingungen sein: „ich selbst zum Zeitpunkt  $t_n$  und zum späteren Zeitpunkt  $t_{n+1}$ .“ Dieser Aspekt verweist wieder auf Brentanos und Husserls Wahrnehmungskonzept, ist aber auch eine alltägliche Erfahrung.

---



Methodisch-konstruktiv ist dieser Pfad des Verweises auf eine natürliche Gleichheit verbaut, da dies ein Weg – in diesem Fall der dogmatische – in das Friessche Trilemma darstellt<sup>235</sup>.

Im Zusammenhang mit Kontrakthandlungen kann es bei der Frage der Gleichheit nur um die Frage der Partizipation am Verhandlungsgeschehen und seinen Folgehandlungen gehen.

Auch hier hilft die Überlegung der Annahme des Gegenteils: Wenn Vertragspartner sich wechselseitig keine Gleichheit im Sinne des Rechtes auf Aufforderung zur Handlung oder zur Begründung von Handlungen – das ist das Recht auf Rechtfertigung<sup>236</sup> – unterstellen oder dieses nur von Fall zu Fall tun, entweder personen- oder situationsabhängig, würden sie während der Vertragsverhandlungen die Verhandlungsfunktionalität gefährden, da der betroffene Partner entweder die Präsupposition der Ernsthaftigkeit oder die der Aufrichtigkeit seines Gegenübers bezweifelt (siehe Kap. 4.2, S. 252 f.). Es ist also zu erwarten, dass ein Verstoß eines der Verhandlungspartner ge-

---

<sup>235</sup> Das Friessche Trilemma wird von Karl Popper ausführlich dargestellt: (Popper 2002, 60). Eine etwas andere Variante findet sich bei Gethmann:

„P: Aber es ist aussichtslos, denn du gerätst zwangsläufig folgendes Trilemma:

a. Wer bastelt, bekommt Durst; wer Durst hat, muß die Flasche öffnen; wir haben aber keinen Flaschenöffner. (Zirkel)

b. Wer bastelt, hat Durst; wer Durst hat, muß die Flasche öffnen; wer die Flasche öffnen will, braucht einen Flaschenöffner; wer einen Flaschenöffner herstellt, hat Durst: usw. (Regreß)

c. Also: hör auf! (Abbruch)“ (Gethmann 1987, 270).

Das Friessche Trilemma benennt die drei Schwierigkeiten der Versuche von Letztbegründungen. Dies sind der argumentative Zirkel, der Regress und die dogmatische Setzung.

<sup>236</sup> Siehe dazu (Forst 2007).

---

gen die Präsupposition gleicher Verhandlungspositionen die Interaktionen deutlich erschwert und für den Vertragsabschluss dysfunktional ist.<sup>237</sup>

Im Zusammenhang mit Vereinbarungen in schulischen und sozialarbeiterischen Kontexten wurde beschrieben, dass sich diese Dysfunktionalität in Ausweichhandlungen eines der Partner ausdrückt, in der Regel desjenigen, der präsupponiert, in Bezug zum Verhandlungspartner ungleich behandelt zu werden.

In ihrem Buch „Die Grenzen der Gerechtigkeit“ setzt sich Martha Nussbaum insbesondere mit dem Kriterium der Gleichheit bei John Rawls auseinander (Nussbaum 2010) und kritisiert den offensichtlichen Ausschluss bestimmter Gruppen vom politischen Diskurs und damit auch als relevante Stimmen bei der (fiktiven) Konstitution eines Gesellschaftsvertrages. Dies betrifft insbesondere Menschen mit Behinderung, Menschen bestimmter Nationalität und letztlich auch Tiere, denen sie ebenfalls Rechtsansprüche zubilligt. Eine ausführliche Analyse der Position Nussbaums sprengt den Rahmen dieser Arbeit bei weitem.

Dennoch sei auf zwei Aspekte hingewiesen: Der Methodische Konstruktivismus beschreibt sich selbst als Programm zur Herstellung von Sachverhalten. Dabei geht es also nicht darum, nachzuweisen, dass es zutreffend ist, dass Menschen in Fällen von Konflikten streitschlichtend agieren können, sondern darum ein Verfahren darzustellen, wie Streitschlichtung stattfinden kann. Für den naturwissenschaftlichen Bereich hat Peter Janich dies im Zusammenhang der Euklidischen Geometrie mit Hilfe des sogenannten Drei-Platten-Schleifverfahrens demonstriert (Janich 1989, 210 ff.). Für das Feld sozialer Konflikte haben Peter Kroppe et al. die Funktionalität des methodisch-

---

<sup>237</sup> Umgangssprachlich wird das Begehren von Verhandlungspartnern, gleichgestellt zu interagieren, als Verhandeln auf „gleicher Augenhöhe“ beschrieben. Hinter dieser Forderung steht das von Gethmann benutzte sog. „retorsive Argument“, das ausführlich in Kap. 4.4, S. 284 ff. thematisiert wird.

---

konstruktiven Programms im Zusammenhang mit Forschungsprojekten zur Partizipation von Menschen mit Beeinträchtigungen mehrfach nachgewiesen (Krope, Latus und Wolze 2009). Dabei geht es nicht darum, festzustellen, dass bestimmte Gruppen exkludiert sind, sondern darum Bedingungen zu schaffen, unter denen eine Teilhabe möglich ist. In dieser Hinsicht ist auch die Universalitäts-Forderung Gethmanns zu interpretieren (siehe Kap. 4.4, S. 284 ff.):

„Es gilt nicht die Normativität des Faktischen, wohl aber die Normativität des faktisch Normativen Präsupponierten.“ (Gethmann 1992, 172)

## 4 Verpflichtungen in Kontrakten und anderen Handlungskoordinationen

Der Kontrakt als eine Verabredung zu einer Handlungskoordination oder zu einem Leistungsaustausch ist dann funktional<sup>238</sup>, wenn die zugesagten Handlungen erfolgen. Zu Beginn einer Verhandlung, die über den Kontraktschluss die Interaktion bezweckt, wird es darum gehen, eine Aufforderung an einen potentiellen Vertragspartner so zu formulieren, dass er dieser nachkommt. Dabei wird von Seiten des Auffordernden – des Proponenten – präsupponiert, dass dies besser gelingen wird, wenn er mit dieser Aufforderung gleichzeitig die Bereitschaft anzeigt, seinerseits in einem bestimmten auszuhandelnden Maße den mutmaßlichen Wünschen des aufgeforderten Opponenten, genauer den wahrscheinlichen responsiven Aufforderungen des Opponenten, nachzukommen. Insoweit wird der Proponent in zweckvertraglichen Handlungsvollzügen die Erwartungen des Opponenten an den Proponenten präsupponieren und diese als Selbstverpflichtung mit seiner Aufforderung verbinden. Der Proponent unterstellt also, dass der Opponent Begehrungen hat, die durch einen Leistungsaustausch zu befriedigen sind, und dass die Befriedigung der eigenen Begehrungen für den Opponenten so erstrebenswert ist, dass dieser bereit ist, seinerseits den Aufforderungen des Proponenten zuzustimmen.

Dies kann man zwar als präsupponierten wechselseitigen Ausgleich von Begehrungen verstehen, nicht aber als Transsubjektivierung persönlicher Begehrungen, weil dies in

---

<sup>238</sup> Zur begrifflichen Sicherung:

Eine Aufforderung ist dann „funktional“, wenn der Adressat dieser Aufforderung die Handlung vollzieht, zu der er aufgefordert wurde. Der Adressat lässt dann diese Aufforderung gegen sich gelten. Die Aufforderung „gilt“ oder ist „funktional“ genau dann, wenn entweder der Adressat der Aufforderung die Handlung vollzieht, zu der er aufgefordert wurde, oder zusagt, diese Handlung zu vollziehen, sich also verpflichtet.

---

der Lesart Paul Lorenzens bedeuten würde, von den jeweiligen partikularen subjektiven Interessen abzusehen.<sup>239</sup> Der Zweckvertrag ist aber gerade dazu da, die subjektiven Interessen des Proponenten, seine spezifischen Begehungen zu befriedigen, wenn auch um den Preis der Befriedigung der Begehungen des Opponenten. Was den Ausgleich wechselseitiger Begehungen angeht, betrifft dies vorderhand lediglich die Partner des Vertrags und darüber hinaus niemanden. Der Anspruch an einen der Partner oder an beide, die eigenen Begehungen im Sinne eines Transsubjektivitätsprinzips auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit zu hinterfragen und gegebenenfalls zu modifizieren, ist also bei zweckvertraglichen Regeln, bezogen auf die Dyade Proponent – Opponent, nicht zielführend, da sie ja gerade auf die wechselseitige Befriedigung subjektiver Begehungen ausgerichtet sind.

Bei zweckvertraglichen Regelungen scheint für das Binnenverhältnis der Vertragspartner nicht die Forderung nach Transsubjektivität sinnvoll zu sein, wohl aber das wechselseitige Präsupponieren der Begehungen des Partners und damit verbunden die Bereitschaft, diese Begehungen als Aufforderungen an den Präsupponierenden zumindest prinzipiell zu anerkennen. Damit sind die Rahmenbedingungen zweckvertraglicher Regelungen angesprochen, die durch das Prinzip der Transsubjektivität gerechtfertigt sein sollten, wenn der Vertrag fair<sup>240</sup> sein soll.

---

<sup>239</sup> Siehe (Lorenzen 1987, 251).

<sup>240</sup> Dieser Ausdruck spielt natürlich auf John Rawls Buch „Gerechtigkeit als Fairness“ an. Darin beschreibt er Fairness als die Modalitäten, „die jeder Beteiligte vernünftigerweise akzeptieren kann und manchmal akzeptieren sollte, sofern sie auch von jedem anderen ebenso akzeptiert werden. Faire Modalitäten der Kooperation bestimmen eine Idee der Reziprozität oder der Gegenseitigkeit: Alle, die gemäß den Forderungen der anerkannten Regeln ihren Beitrag leisten, sollen einem öffentlichen und übereinstimmend bejahten Maßstab entsprechend ihren Nutzen genießen“ (Rawls 2003, 26).

---

Allerdings stellt sich die Frage, warum die Partner für den Leistungsaustausch oder zum Zwecke ihrer Handlungskoordination vertragliche Regelungen bevorzugen sollten. Zur Durchsetzung von Zwecken steht eine Vielzahl an Handlungsalternativen zur Verfügung, die sozial mehr oder minder akzeptiert sind. Zu der gesellschaftlich meist nicht akzeptierten sozialen Praxis gehört zum Beispiel die Gewalthandlung, in der der Proponent – der Täter – seinen Handlungszweck unabhängig von der Zustimmung des betroffenen Opponenten – des Opfers<sup>241</sup> – verfolgt<sup>242</sup>. Während aber beim vertraglichen Handeln der Preis<sup>243</sup> der Zweckverwirklichung berechenbar ist, sind die Kosten des Proponenten bei Gewalthandlungen nur schwer kalkulierbar. Von Bedeutung ist, dass der Täter, da er den Aufforderungen des Opponenten – des Opfers – nicht ausgesetzt war oder diese ignorierte, sich auch zu keinen Folgehandlungen verpflichtete, wohl aber je nach Kontextbedingungen diese präsupponieren muss.<sup>244</sup> Hier sind viele Faktoren zu berücksichtigen wie zum Beispiel die gesellschaftliche Sanktionspraxis und ihre Durchsetzungsfähigkeit oder Folgehandlungen des Opponenten als Opfer.

---

<sup>241</sup> Die Bezeichnung der Proponenten / Opponenten als Täter / Opfer zeigt an, dass die Beziehung der Personen durch eine Gewalthandlung definiert ist.

<sup>242</sup> Zur Definition von „Gewalt“ siehe (Petersen 1997).

<sup>243</sup> Als „Preis“ kann die Leistung verstanden werden, die ein Akteur aufbringen muss und zu der er sich verpflichtet hat, um ein Handlungsziel zu erreichen. Beim vertraglichen Handeln ist der Preis entsprechend die Verwirklichung der Opponentenaufforderung durch den Proponenten, der damit seinerseits seinen Zweck durch das Handeln des Opponenten verwirklichen kann. Das Tauschverhältnis zwischen Proponent und Opponent im Zweckvertrag lässt sich entsprechend auch in einer Kosten-Nutzen-Relation darstellen.

<sup>244</sup> Diese Überlegungen sind natürlich sehr abstrakt und gelten unter der Annahme eines vollständig informierten und rational entscheidenden Individuums mit dem Ziel der Nutzenmaximierung. Dies entspricht den Modellvorgaben vieler Rational-Choice-Theorien. Einen kurzen Abriss verschiedener Konzeptionen leistet Martin Abraham in einem Vortrag über Organisationsanalyse: (Abraham 2001). Einen Überblick über den Begriff des „Nutzens“ bietet Wolf Prieß (Prieß 2010, Kap. 2). Gary S. Becker zeigt in seiner Einleitung, dass diese Modellannahmen sehr nützlich sein können, um das Verhalten von Menschen zu operationalisieren, zu erklären und vorherzusagen; siehe (Becker 1993, 4 ff.).

---

Damit ist eine Abschätzung des Täters der einer Gewalthandlung folgenden zukünftigen Widerfahrnisse mit einer hohen Irrtumswahrscheinlichkeit behaftet.

Gesellschaftlich im Wesentlichen akzeptierte soziale Handlungsschemata<sup>245</sup> zur Verwirklichung eines Handlungszwecks sind beispielsweise die Gabe oder das Geschenk, die eingeleitet werden können durch eine auffordernde Sprachhandlung des Proponenten, die man als „Bitte“ bezeichnet. Die Gelingensbedingungen einer Gabe sind im Wesentlichen von den sozialen Rollen und der konkreten Situation determiniert<sup>246</sup>. Der Preis der Gabe aus Sicht des empfangenden Proponenten – des Beschenkten – besteht in den Verpflichtungen, die an seinen sozialen Status geknüpft sind<sup>247</sup> und die durch die Gabe manifestiert werden<sup>248</sup>. Das soziale Handlungsschema der Bitte und ihrer Entsprechung als Gabe ähnelt dem des Befehls und seiner Ausführung. Der markante Unterschied ist hier wohl die Freiheit des Opponenten, sich durch die Aufforderung des Proponenten verpflichten zu lassen. Ist die Aufforderung des Proponenten eine

---

<sup>245</sup> Als „soziales Handlungsschema“ sollen solche Handlungsschemata bezeichnet werden, zu deren Ausführung neben dem Proponenten mindestens eine weitere Person notwendig ist. Beispiele für soziale Handlungen sind „sich begrüßen“, „sich streiten“, „verhandeln“ usw..

<sup>246</sup> So sind zum Beispiel die Gelingensbedingungen einer Gabe hervorragend, wenn die sozialen Rollen zwischen Proponent und Opponent als Kind und Elternteil bestimmt sind und die konkrete Situation als Weihnachtsfest beschrieben wird.

<sup>247</sup> Die Gabe als eine zum zweckvertraglichen Handeln alternative Form sozialer Handlungskoordination dient nach Marcel Mauss und anderen auch zur Deklaration und Manifestation sozialer Rollen (Mauss 1990, 157 ff.). Es soll aber darauf hingewiesen werden, dass die hier zur Diskussion stehende soziale Handlung als Erwiderung auf eine Bitte nicht vollständig mit den Phänomenen, die Marcel Mauss untersucht, übereinstimmt. So sind Gaben im Sinne Mauss' nicht immer Folgen einer vielleicht nur präsupponierten Bitte, sondern oftmals ritualisierte soziale Handlungen, denen sich weder Geber noch Nehmer entziehen können (Därmann 2010, 25).

<sup>248</sup> Die Gabe oder das Geschenk ist nicht „kostenlos“. Darauf spielt Johanna Krafft-Krivanec an, wenn sie in ihrer Einleitung zitiert: „»Mein liebes Kind«, erklärte sie mir aus gebotenem Anlass, »lass dir was sagen – es is' im Leben nix so teuer wie a Geschenk!«“ (Krafft-Krivanec 2004, 15).

---

Bitte, kann der Opponent sich verpflichten, ist aber dazu nicht gezwungen<sup>249</sup>. Einem Befehl allerdings ist Folge zu leisten, wenn dies den sozialen Rollenerwartungen entspricht. Einen Befehl zu befolgen ist also zwingend.<sup>250</sup>

Um einer anderen Person einen Befehl zu erteilen, muss der Fordernde in der Lage sein, gegenüber dem Adressaten diese Aufforderung auch durchzusetzen. Peter Stemmer schreibt dazu:

„Wer etwas von jemandem fordert, muß im Unterschied zum Beispiel zu dem, der jemanden um etwas bittet, dem anderen gegenüber in einer bestimmten Position sein, in einer Position, die ihn in die Lage versetzt, von dem anderen etwas fordern zu können. Man kann sagen, wer etwas von jemandem fordert, muß ihm gegenüber etwas in der Hand haben, er muß über gewisse Machtmittel verfügen, die ihn in die Position bringen, etwas fordern zu können.“ (Stemmer 2000, 50)

---

<sup>249</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass es dennoch auch im Rahmen einer Bitte Zwänge zur Verpflichtung gibt, die sich in der Deklaration und Manifestation der jeweiligen sozialen Rollen ausdrücken.

<sup>250</sup> Peter Stemmer analysiert den Begriff der moralischen Pflicht in seinem gleichnamigen Aufsatz. Darin beschreibt er die Pflicht als ein praktisches Müssen. Ein Müssen ist ein Zwang, der dadurch entsteht, dass ein erwünschter Zweck verfehlt wird, wenn die zwingende Handlung nicht ausgeführt wird, oder dass beim Ausbleiben der Handlung eine unerwünschte Sanktion folgt. Wenn jemand sich verpflichtet oder verpflichtet wird, ist er zur verpflichteten Handlung gezwungen, wenn er negative Konsequenzen vermeiden will. Für das moralische Müssen schreibt Stemmer:

„Das moralische Müssen ist vielmehr ein künstlich geschaffenes Müssen, ein Müssen, das dadurch entsteht, dass das Anders-Handeln absichtlich mit negativen Konsequenzen, sprich: mit Sanktionen verbunden ist. Die moralkonstituierenden Sanktionen sind informelle Sanktionen, sozialer Druck, dem der, der sich unmoralisch verhält, unweigerlich ausgesetzt ist.“ (Stemmer 2003, 40)

Das Zwingende der Aufforderung ist aber nur ein Aspekt, ein weiterer für den Kontrakt wesentlicher ist der Aspekt der gerechtfertigten Aufforderung durch Zustimmung.

---



Der Adressat ist dann gezwungen, den Befehl zu befolgen oder die Forderung zu erfüllen. Der Zwang ist keine Verpflichtung, wie dies Stemmer am Beispiel eines Straßenträufers deutlich macht, der einen Passanten zur Herausgabe der Geldbörse auffordert und mit vorgehaltener Pistole zwingt. (Stemmer 2000, 51) Zur Verpflichtung wird dieser Zwang erst dann, wenn der Befehlsgeber die Aufforderung rechtmäßig erteilt:

„Das Spezifische der moralischen Forderungen liegt eben darin, daß sie (im Unterschied zu erpresserischen Forderungen) berechnigte Forderungen sind, das ihnen zugrunde liegende Recht aber (im Unterschied zu göttlichen und elterlichen Geboten) nicht aus einer wesensmäßigen Überlegenheit resultiert, sondern aus etwas anderem.“ (Stemmer 2000, 52)

Der Unterschied, den Stemmer hier für die moralischen Pflichten gegenüber gewalttätigem Zwang setzt, kann auch für Kontrakte in Anspruch genommen werden: Wenn sich der Opponent mit der Erfüllung der Aufforderung des Proponenten einverstanden erklärt, verpflichtet er sich und ist vertraglich gebunden.

Einer Bitte des Proponenten kann der Opponent mit einer Aufforderung der Begründung begegnen. Aus Sicht des Proponenten erscheint es in der Perspektive seiner Zweckverwirklichung sinnvoll, die eigene Bitte mit Verweis auf die Sachhaltigkeit seines Begehrens zu rechtfertigen: „Ich bitte dich, mir 20 Euro zu leihen, weil ich zur Zeit etwas knapp bei Kasse bin und unbedingt dieses Buch kaufen muss, dass ich für mein Studium benötige.“ Der Opponent kann dieser Aufforderung vollständig nachkommen, sie ablehnen oder sie mit bestimmten Bedingungen versehen. Einer Bitte folgt also bei Bedarf eine Rechtfertigungspflicht des Proponenten und eine freie responsive Handlung des Opponenten, die selbst wiederum gerechtfertigt werden kann, aber nicht muss.

Dem Befehl eines Proponenten muss der Opponent mit der Ausführung der befohlenen Handlung entgegen. In diesem Sprachspiel<sup>251</sup> hat er in der klassischen Variante<sup>252</sup> weder die Möglichkeit, vom Proponenten eine Rechtfertigung einzufordern noch Einfluss auf die Gestaltung der Handlung zu nehmen.<sup>253</sup>

Die sozialen Beziehungen zwischen Proponenten und Opponenten in den Sprachspielen „Bitte“ und „Befehl“<sup>254</sup> sind als komplementär zu beschreiben. Während die Bitte ein Unterordnungsverhältnis des Proponenten zum Opponenten voraussetzt<sup>255</sup>, ist es beim Befehl umgekehrt. Die gezeigte Komplementarität der sozialen Rollen muss allerdings nicht den realen Machtverhältnissen der Beteiligten zueinander entsprechen. Insbesondere beim Sprachspiel der Bitte und ihrer Erfüllung, kann gezeigt werden, dass die bittende Person sich freiwillig in die inferiore Position begibt, um es dem Opponenten leichter zu machen, die Bitte zu erhören.<sup>256</sup> Im Folgenden wird dies verdeutlicht.

---

<sup>251</sup> Zum Ausdruck „Sprachspiel“ siehe Kap. 3.2.5, S. 79.

<sup>252</sup> Es sind natürlich auch Varianten und Übergangsformen zwischen Bitte und Befehl denkbar, zum Beispiel eine nachdrückliche Bitte eines Vorgesetzten an seinen Mitarbeiter, der in dieser sozialen Konstellation nicht zur Rechtfertigung auffordern kann, wohl aber Einfluss auf die Umsetzung der Antworthandlung nehmen kann, indem er beispielsweise temporale Rahmenbedingungen setzt: „Ich führe die Aufgabe aus, sobald ich diese jetzt vorliegende Arbeit beendet habe.“

<sup>253</sup> Damit zeigt das Sprachspiel des Befehls eine Nähe zur gewalttätigen Handlung. Hier wie dort spielt der Wunsch des Opponenten nach Rechtfertigung der Aufforderung keine Rolle.

<sup>254</sup> Für die Bezeichnungen „Bitte“ und „Befehl“ gibt es eine Vielfalt von Synonymen, wie zum Beispiel „Wunsch“, „Begehren“ oder „Anweisung“, „Auftrag“.

<sup>255</sup> Hier gilt es, sprachlich vorsichtig zu sein. Wenn etwa eine Mutter zu ihrem fünfjährigen Sohn sagt: „Ich bitte dich, heute vor der Tagesschau im Bett zu sein“, ist dies kein Wunsch, auf den der Sohn mit der Aufforderung an die Mutter reagieren wird, dieses Ansinnen zu rechtfertigen, sondern ein Befehl, auf den der Sohn seinerseits mit einer Bitte um Nachgiebigkeit antworten kann.

<sup>256</sup> Vielleicht kann man auf diese Weise viele Rituale der Höflichkeit beschreiben.

---

An den Beispielen der Bitte und des Befehls wurde gezeigt, dass neben den zweckvertraglichen Möglichkeiten der Verwirklichung von Begehren im Rahmen sozialer Handlungsschemata auch andere Varianten für die Koordinierung von Interaktionen zur Verfügung stehen. Dabei erscheint es nicht beliebig, welches dieser Sprachspiele in spezifischen Situationen verwendet wird. Es ist augenscheinlich, dass das Sprachspiel des Befehls nur dann funktional ist, wenn sowohl Proponent als auch Opponent den jeweiligen sozialen Status zueinander eindeutig und einheitlich präsupponieren. Einen Befehl gegenüber jemandem zu äußern, der sich nicht als „Befehlsempfänger“ des Proponenten versteht, führt zu einer kommunikativen Störung und ist für diese Sprachhandlung dysfunktional.

Für das Sprachspiel „Bitte“ ist das präsuppositionale Gefüge komplexer. In vielen Alltagskommunikationen äußert ein Proponent eine Bitte und präsupponiert damit, dass der Opponent praktisch in der Lage ist, sie ihm zu erfüllen. Damit zeigt er im Moment dieser Situation und bezogen auf das konkrete Begehren seine Hilfsbedürftigkeit gegenüber dem Opponenten an. Dies lässt sich an einer alltäglichen Situation gut demonstrieren:

Wenn der Proponent in einer ihm fremden Stadt am Bahnhof jemanden anspricht mit der Bitte, ihm den Weg zu dem nächstgelegenen Hotel zu zeigen, setzt der angesprochene Opponent voraus, dass der Proponent ortsunkundig ist und auf Hilfe angewiesen ist. In diesem Sprachspiel wird der Opponent, wenn er selbst ortskundig ist, behilflich sein oder aber, wenn er selbst fremd ist, darauf entschuldigend hinweisen.

Ersichtlich ist – und an diesem Beispiel demonstriert –, dass in vielen Kommunikationssituationen der Proponent als „Bittender“ offensiv die inferiore Kommunikationssituation einnimmt, damit präsupponiert er und durch bestimmte verbale und nonverbale Höflichkeitsformen dem Opponenten anzeigend, dass sein Adressat über bestimmte Fähigkeiten verfügt, die Gelingensbedingungen für das Begehren des Proponenten

sind. Dass dieses Verfahren dennoch nicht immer zielführend ist, gehört auch zu den Alltagserfahrungen der meisten Menschen. Nicht jede Bitte wird „erhört“.

Um soziale Handlungen vollziehen zu können, stehen verschiedene Sprachspiele zur Verfügung, deren Funktionalität durch die jeweiligen sozialen Gegebenheiten ermöglicht und begrenzt wird. Bestimmte Sprachspiele werden nicht verwendet, wenn das Risiko sehr groß ist, sich in der präsupponierten sozialen Statuszuweisung zu irren. Dies gilt insbesondere für das Sprachspiel, das hier mit „Befehl“ beschrieben wurde. So wird der Proponent nur dann einen Befehl erteilen, wenn er sicher<sup>257</sup> präsupponieren kann, dass der Opponent ihm als Befehlsempfänger sozial zugeordnet ist. Wenn das Sprachspiel „Befehl“ – auch als Anweisung oder Aufforderung verstanden – aus Sicht des Proponenten nicht verwendet werden kann, weil er zum Beispiel über keine eindeutigen Informationen über die Rollenakzeptanz<sup>258</sup> des Opponenten verfügt, um präsupponieren zu können, dass sich der Opponent allein durch die Aufforderung des Proponenten verpflichten lässt, ohne vom Proponenten seinerseits eine Rechtfertigung zu verlangen, kann er Elemente aus anderen Sprachspielen verwenden, um den Opponenten zu einer Handlung zu verpflichten, ohne allerdings das Sprachspiel „Befehl“ zu

---

<sup>257</sup> Diese Sicherheit beruht entweder auf gemeinsam gemachten Erfahrungen oder auf der Tatsache strikter Rollenzuweisung, wie sie zum Beispiel beim Militär vorliegt. Ähnliches gilt aber auch für die Berufswelt, in der der Vertreter des Arbeitgebers in der Rolle des Dienstvorgesetzten dem Angestellten Anweisungen erteilt. Interessant am Verhältnis Dienstvorgesetzter (Arbeitgeber) / Mitarbeitender (Arbeitnehmer) ist, dass diese Beziehung durch einen Vertrag begründet wurde, der Merkmale des Statusvertrags hat, wie zum Beispiel die Unabgeschlossenheit der wechselseitigen konkreten Aufgaben. Dass der Proponent irrtümlich präsupponieren kann, wird durch zahlreiche Beispiele belegt. Ein besonders bekanntes und spektakuläres ist die historische Meuterei auf der Bounty (1789).

<sup>258</sup> Solche Informationen sind auch aus sozialen Signalen zu erschließen. Entsprechende Signale sind z.B. eine uniforme Kleidung, der Aufenthalt an einem bestimmten Ort, die Dienststelle, das Büro, eine bestimmte Sitzordnung wie z.B. in der Schule, bei Gericht oder der Platz vor oder hinter dem Schreibtisch. Zu solchen Signalen gehören aber auch verbale oder nonverbale Höflichkeitszeichen, die sich unter anderem in Begrüßungsritualen äußern.

---

verlassen. So ist zum Beispiel in der Alltagskommunikation nicht immer sofort ersichtlich, ob ein Proponent eine Bitte oder einen Befehl äußert. Die Anweisung eines Vorgesetzten wird dann beispielsweise mit Höflichkeitsanzeigern („Ich bitte Sie ...“) formuliert. Mit dieser Variante des Befehls nicht vertraute Interaktionspartner reagieren dann möglicherweise gegenüber dem Proponenten im Sprachspiel der Bitte, obwohl eigentlich ein Befehl gegeben wurde, bei dem zum Beispiel eine Rechtfertigungsaufforderung gegenüber dem Proponenten nicht angemessen ist.

Die Verwendung von Elementen anderer Sprachspiele zur Durchsetzung eigener Handlungszwecke kann – wie es hier am Beispiel des autoritären Sprachspiels „Befehl“ gezeigt wird – bei den Adressaten und in den kommunikativen Reaktionen letztlich auch beim Proponenten als Sender zu einer Verunsicherung der Handlungskoordination führen. Sie zeigt eine Erosion der jeweiligen Rollenverständnisse an, zu deren Beschleunigung sie vielleicht auch beiträgt. Diese skizzierte Verunsicherung macht sich wesentlich bemerkbar an der Unklarheit wechsel- oder einseitig eingegangener Handlungsverpflichtungen. Wenn für den Opponenten als Verpflichtetem unklar ist, ob die Aufforderung des Proponenten verbindlich oder optional ist, wird die Koordination sozialer Handlungen prekär und benötigt andere, funktionalere Verpflichtungsverfahren. Das Sprachspiel „Vertrag schließen“ kann möglicherweise diese Verbindlichkeit wieder herstellen, weil es nicht an zu präsupponierende Rollenverständnisse anschließt wie etwa das Sprachspiel „Befehl“, sondern die soziale Beziehung explizit zum Thema des Vertrages macht, indem Proponent und Opponent sich als Vertragspartner anerkennen.

Hier liegt eine besondere Funktionalität des Vertrags gegenüber anderen Sprachspielen der Handlungskoordination. Während die anderen Sprachhandlungen die kommunika-

tiven und sozialen Positionen der „Sprachspieler“<sup>259</sup> voraussetzen und als Bedingung für die Funktionalität der spezifischen Kommunikationssituation das verlässliche Vertrautsein der Sprachspieler mit ihren Rollen benötigen, erzeugt der Zweckvertrag die für seine Funktionalität notwendigen sozialen Orientierungen der Sprachspieler zueinander selbst, indem die Partnerschaft im Vertrag selbst zum Thema wird. Dabei kann im Prinzip jeder mit jedem einen Vertrag schließen, die soziale Rolle ist dabei in der Regel nicht von Bedeutung. Die wechselseitigen Funktionen der Vertragspartner werden abschließend in den Vertragsrechten und –pflichten beschrieben, die üblicherweise zum Vertragsinhalt zählen. Die Vertragspartner müssen also nicht über externes und implizites Wissen über die eigene und die Position des anderen verfügen, sondern werden durch den Vertrag mit den für diese besondere Vertragshandlung notwendigen Informationen vollständig versorgt. Dies stabilisiert wesentlich die Funktionalität der im Vertrag vereinbarten Handlung, auch weil der Spielraum möglicher Interpretationen über den Handlungsvollzug stark eingegrenzt wird<sup>260</sup>

---

<sup>259</sup> Ich verwende diesen Ausdruck zur Kennzeichnung der Beteiligten in einem Sprachspiel.

<sup>260</sup> Ein gutes Beispiel ist hier das Verfahren bei der Zahlung eines Kaufpreises: Wenn ein Kunde eine Ware erwirbt, verpflichtet er sich zur Zahlung des Preises in der ausgehandelten Höhe und muss die Geldsumme bis zu einem bestimmten Datum auf eine bestimmte Weise zahlen. Verstößt er gegen diese Bedingungen, folgen daraus ihm bekannte – in der Regel finanzielle – Sanktionen.

---

Damit ist das Sprachspiel des Vertrags eine Alternative für Handlungskoordinationen auch und insbesondere dann, wenn andere Sprachspiele die Kraft, Konvention<sup>261</sup> zu sein, verloren haben.

Interessant ist vor diesem Hintergrund die soziologische Diskussion um die „Flüchtige Moderne“<sup>262</sup> Nicht mehr angesprochen zu werden als Mitglied einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, sondern einem Individualisierungsprozess ausgesetzt zu sein, der den Einzelnen in temporäre gesellschaftliche Rollen<sup>263</sup> hineinzwingt, ihn aber auch unter einen permanenten Veränderungs- und Neubestimmungsdruck setzt, ist ein wesentlicher Aspekt der Moderne. Bauman fokussiert diesen Aspekt als Individualisierung:

„Kurz gesagt, „Individualisierung“ besteht in der Transformation der menschlichen „Identität“, die sich von einer „Vorgabe“ zu einer „Aufgabe“ wandelt, zu einer Aufgabe, bei der die Akteure in die Verantwortung – auch und gerade für die Nebeneffekte – genommen werden. Oder anders

---

<sup>261</sup> Ich schließe mich der begrifflichen Explikation von David Lewis an. Er versteht unter „Konvention“:

„Eine Verhaltensregularität R von Mitgliedern einer Gruppe G, die an einer wiederholt auftretenden Situation S beteiligt sind, ist genau dann eine Konvention, wenn es wahr ist und wenn es in G zum gemeinsamen Wissen gehört, daß bei jedem Auftreten von S unter Mitgliedern von G jeder R folgt;

jeder von jedem andern erwartet, daß er R folgt;

jeder es vorzieht, R zu folgen, sofern auch die übrigen es tun, weil S ein Koordinationsproblem ist und die allseitige Befolgung von R in S ein koordinatives Gleichgewicht ergibt.“ (Lewis 1975, 59)

<sup>262</sup> So der Titel des Werkes von Zygmund Bauman, das diesen Prozess thematisiert, siehe (Bauman 2005).

<sup>263</sup> Paradigmatisch begriffsbildend für diese neue Beweglichkeit ist das Buch von Richard Sennett, (Sennett 1999).

---

formuliert: Individualisierung bedeutet die Gewährung einer Autonomie de jure (egal ob sie de facto gewährt wird oder nicht).

(...)

Die Moderne ersetzt die heteronome Bestimmung im Rahmen der ständischen Ordnung durch die zwingende und obligatorische Selbstbestimmung. Das gilt für „Individualisierung“ über die gesamte Ära der Moderne – in allen Phasen und Bereichen der Gesellschaft.“ (Bauman 2005, 45)

Bauman diagnostiziert, dass in modernen Gesellschaften eindeutige soziale Zuordnungen fragil und bestimmte von vornherein festgeschriebene Rollenerwartungen nicht mehr ohne weiteres akzeptiert werden. Der damit verbundene Zugewinn an individueller Freiheit geht aber auch einher mit einem Verlust von Orientierung. Auch Jürgen Habermas beschreibt dies als einen „Formwandel“, für den die Soziologie – Habermas spielt hier wohl auf Weber bzw. Tönnies an – auch die Formel vom „Status zum Vertrag“<sup>264</sup> gefunden hat:

„[D]ie Desintegration haltgebender, im Rückblick autoritärer Abhängigkeiten, die Freisetzung aus gleichermaßen orientierenden und schützenden wie präjudizierenden und gefangennehmenden Verhältnissen. Kurzum, die Entbindung aus einer stärker integrierten Lebenswelt entlässt die Einzelnen in die Ambivalenz wachsender Optionsspielräume. Sie öffnet ihnen die Augen und erhöht zugleich das Risiko, Fehler zu machen. Aber es sind dann wenigstens die eigenen Fehler, aus denen sie etwas lernen können.“ (Habermas 1998, 126 / 127)

---

<sup>264</sup> Siehe dazu Kap. 3.3.3, S. 105.

---



Unter dieser Perspektive kann die Wahl von Handlungskoordinationen mit Hilfe von Verträgen verstanden werden als ein Versuch, die vormals durch das Sprachspiel des Befehls oder der Anordnung erreichte Funktionalität der institutionellen Handlungs koordinierung wieder durch das Verfahren der Vereinbarung zu stabilisieren. Folgt man dieser Vermutung, liegt es nahe, dass Institutionen, die traditionell anordnend agiert haben, in der vertraglichen Handlungs koordinierung eine Möglichkeit sehen, die bisherigen sozialen Rollen zu stabilisieren. Unter dieser Perspektive ist es einleuchtend, dass Institutionen vor allem statusvertragliche Regelungen verwenden. Wie gezeigt wurde (siehe Kap. 3.3.3, S. 114), dienen Statusverträge dazu, Vertragspartner einer bestimmten sozialen Gruppe zuzuordnen, die im Zuge dieser Vereinbarung mit bestimmten Rechten ausgestattet werden, aber auch entsprechend verpflichtet werden. Eine solche Zuordnung setzt allerdings die Bereitschaft zur Mitwirkung bei den Partnern des Vertrages voraus. Damit Statusverträge ihre Funktion erfüllen, müssen sich die mit dem Vertrag angesprochenen Personen verpflichten, die im Vertrag formulierten Aufforderungen zu erfüllen. Die Frage nach der Zustimmung, die sich hinter der Abgabe einer Verpflichtung verbirgt, ist die Frage nach einem Aspekt von Anerkennung. Eine Aufforderung gegen sich gelten zu lassen, indem man sich verpflichtet, ihr nachzukommen, ist eine Form der vertraglichen Geltung und ein Aspekt von Legitimation.

#### **4.1 Legitimation und Legitimität von Verträgen**

Handlungen mit interaktivem Charakter – soziale Handlungen – unterscheiden sich von Einzelhandlungen vor allem darin, dass sie nicht nur den Akteur und sonst niemanden betreffen, sondern durchaus andere, für die diese Handlung zu einem Widerfahrnis wird, auf das sie mit ihren eigenen Aktionen reagieren müssen.<sup>265</sup>

Handlungen, die nicht zum Widerfahrnis für andere werden, unterliegen keinem Rechtfertigungszwang, weil sie keinerlei Auswirkungen auf Dritte haben.

Für die allermeisten Handlungen – Einzel- oder soziale Handlungen – gilt das aber nicht. Nahezu jede Handlung kann als Widerfahrnis für Anschlusshandlungen Dritter werden, führt damit zu einer Kette von Interaktionen und bietet damit auch die Option der mitbetroffenen Akteure, Begehrungen nach Rechtfertigung an den Auslöser des Widerfahrnis zu adressieren.

Damit ist „Rechtfertigung“ als ein Handlungsschema ausgewiesen, das dann aktualisiert werden kann, wenn eine Handlung eines Akteurs zum Widerfahrnis eines anderen wird, der damit die Rolle eines Ko-Akteurs einnimmt und seinerseits mit einer Aufforderung zur Rechtfertigung antwortet.

Das Handlungsschema der Rechtfertigung wird in der Regel nur dann aktualisiert, wenn das Widerfahrnis als Folge einer Handlung eines Akteurs gelten kann, Verhalten im engeren Sinne führt nicht zu einer Rechtfertigung. So kann z.B. die Person A beim Gehen in einer Fußgängerzone die Person B angerempelt haben. Person B kann Person A daraufhin auffordern, dafür Gründe anzugeben, die Person B dann akzeptieren kann

---

<sup>265</sup> Selbstverständlich können auch Einzelhandlungen Widerfahrnisse für andere sein, z.B. wenn ein Handwerker das Brett absägt, auf dem sein Kollege gerade sitzt. Für soziale Handlungen gilt dies allerdings regelhaft.

---

oder nicht, was weitere Rechtfertigungsaufforderungen auslösen würde. Führt in diesem Fall Person A an, dass sie Person B wegen des großen Gedränges aus Versehen berührt hat, wird sie nicht ihr Handeln rechtfertigen, sondern möglicherweise sich für die Umstände entschuldigen. Dieses in bestimmten soziokulturellen Kontexten eingespielte Sprachspiel der Entschuldigung wird üblicherweise akzeptiert.<sup>266</sup> Der Fall liegt ganz anders, wenn A Person B absichtlich gestoßen hat, um sie möglicherweise vor einem Unfall zu bewahren. In diesem Fall wird A sich auf Nachfrage nicht nur entschuldigen, sondern vor allem ihr Handeln gegenüber B rechtfertigen.

Diese kleine Szene verdeutlicht, dass das Handlungsschema „Rechtfertigung“ ein interaktives Handlungsschema ist, es also mehrere Akteure benötigt. Dabei gibt es ein auslösendes Widerfahrnis, verursacht von einer der beteiligten Personen, die damit in der Position ist, sich rechtfertigen zu müssen. Die vom Widerfahrnis betroffene Person hat innerhalb dieses Handlungsschemas das Recht, die andere Person aufzufordern, Gründe für ihr Handeln anzugeben, die dann als hinreichende Rechtfertigung oder nicht gelten können.

Dabei können sämtliche Handlungsaspekte der zum Widerfahrnis gewordenen Handlung Gegenstand des Rechtfertigungsdiskurses werden:

- Die Person selbst kann befragt werden: „Warum hast du das getan?“
- Die Art des Handelns kann hinterfragt werden: „Warum hast du auf diese Weise gehandelt?“

---

<sup>266</sup> In dieser Szene verweist Person A auf den Umstand, dass sie nicht gehandelt hat, sondern ihr das Verhalten sozusagen „aus Versehen“ zustieß. Im Rechtsdeutschen unterscheidet man hier zwischen „Fahrlässigkeit“ (wie in der Szene) und „Vorsatz“ bei einem „absichtlichen“ Rempeler; siehe (Janich 2001, 26 f.).

---

- Zeit, Ort Gegenstand usw. können thematisiert werden: Warum ausgerechnet heute, warum mit diesem Gegenstand usw.?’‘
- Ebenso können Handlungsziel und -zweck hinterfragt werden: ‚Was wolltest du damit erreichen?’‘

Das Handlungsschema der Rechtfertigung ist in vielen Varianten kulturell ausgeprägt, Bestandteil eines Sprachspiels oder selbst Sprachspiel auch komplexer sozialer Interaktionen.

Eine Rechtfertigung ist ein Sprachhandeln, das dazu dient, eine Handlung gegenüber Kommunikationspartnern als richtig auszuweisen. Dabei sind ‚richtig‘ und ‚falsch‘ Meta-Apprädikatoren einer praktischen Rede. Im Unterschied zur theoretischen Rede mit den entsprechenden Meta-Apprädikatoren ‚wahr‘ und ‚unwahr‘ geht es hier nicht um die Beurteilung, ob ein Sachverhalt zutrifft, sondern ob ein Handeln akzeptiert oder abgelehnt wird. Zur Rechtfertigung wird der Handelnde (Proponent) üblicherweise von der Person (Opponent) aufgefordert, für die dieses Handeln ein Widerfahrnis ist. Rechtfertigungen können im Anschluss an Handlungen vom Opponenten verlangt werden oder auch im Voraus, wenn der Proponent eine Handlung ankündigt.

Wenn der Opponent den Proponenten zur Rechtfertigung auffordert, präsupponiert er, zu dieser Aufforderung berechtigt zu sein, weil er das Handeln des Proponenten als ein Widerfahrnis erfährt, dessen Verursacher er selbst nicht ist. Dabei unterstellt er weiter, dass der Proponent dieses Handeln hätte unterlassen können. Er präsupponiert also einen voluntativen Akt des Proponenten, für den dieser verantwortlich gemacht werden kann, weil er absichtlicher Verursacher dieser Handlung ist. In der Alltagspraxis<sup>267</sup>

---

<sup>267</sup> Es sind natürlich auch andere Fälle denkbar, in denen der Proponent auf ein Begehren zur Rechtfertigung völlig unverständlich reagiert; dies gilt z.B. im Zusammenhang mit gewalttätigen Handlungen entsprechend der Gewaltdefinition des Autors.

---

akzeptiert der Proponent seinerseits die Aufforderung zur Rechtfertigung, wenn für ihn erkennbar ist, dass seine Handlung Widerfahrnischarakter für den Opponenten hat.<sup>268</sup>

Ist dieser Zusammenhang für ihn nicht erkennbar, wird er den Rechtfertigungsanspruch des Opponenten in Frage stellen: „Warum bin ich Ihnen gegenüber rechen-schaftspflichtig?“ Wenn der Opponent dann darauf verweist, dass er vom Proponen-tenhandeln mitbetroffen ist, wird dieser die Aufforderung zur Rechtfertigung übli-cherweise akzeptieren.

Damit stellt die Rechtfertigung aus Sicht des Proponenten den Versuch dar, die Zu-stimmung zur Handlung von denjenigen zu erhalten, die von dieser Handlung betrof-fen sind oder sein werden.

Das Sprachspiel der Rechtfertigung setzt voraus, dass die Interaktionspartner gleich-ermaßen präsupponieren, dass die in Frage stehende Handlung für beide Parteien Wi-derfahrnischarakter hat, wobei einer der beiden – der Opponent – nicht Verursacher dieser Handlung ist. Nur solche Handlungen<sup>269</sup> lösen Rechtfertigungen aus, bei denen unterstellt werden kann, dass neben dem Handelnden selbst andere Personen betroffen sein werden. Diesen Personen wird in der Alltagspraxis vom Proponenten ein Recht auf Rechtfertigung eingeräumt.

Rechtfertigungen werden aber nicht nur für vorausgehende oder beabsichtigte Hand-lungen eingefordert, sondern ebenso für Handlungsaufforderungen an Dritte. Wenn der Proponent den Opponenten zu einer bestimmten Handlung auffordert, hat der Oppo-

---

<sup>268</sup> Hier sind natürlich auch andere Entscheidungen möglich, z.B. kann der Proponent die Auf-forderung des Opponenten ignorieren. In diesem Fall wurde ein solches Verhalten in einer früheren Arbeit als gewalttätig definiert, siehe (Petersen 1997).

<sup>269</sup> Zu den Handlungen müssen natürlich auch Unterlassungen gezählt werden, also zum Bei-spiel Handlungen, die zwar zugesagt, aber nicht vollzogen werden.

---

nent seinerseits das Recht, vom Proponenten dafür eine Rechtfertigung zu verlangen.<sup>270</sup>

Rechtfertigung verweist auf Recht oder – genauer – auf das Recht haben. Die Rechtfertigung beschreibt einen Prozess, der, wenn er glückt, dazu führt, dass der sich Rechtfertigende Recht bekommt und es dann hat. Dieses Recht kann er sich nicht selbst zusprechen, sondern er erwartet, dass die Adressaten seiner Rechtfertigung, seine Kommunikationspartner, dies tun. Dazu wählt der sich Rechtfertigende eine Strategie, von der er glaubt, dass sie auf Zustimmung bei den Adressaten stößt.<sup>271</sup>

Der Rechtfertigung geht aber noch einiges voraus, entweder eine Aufforderung durch Handlungsmitbetroffene, diese Handlung zu rechtfertigen im Sinne „Warum hast du das getan oder jenes unterlassen?“, oder der Handelnde rechtfertigt sich, ohne dazu aufgefordert zu sein, etwa weil eine bestimmte Handlung in der aktuellen Situation aus verschiedenen Gründen unüblich ist. In diesem Fall präsupponiert er eine Aufforderung zur Rechtfertigung durch Dritte und greift dieser voraus, indem er die Aufforderung seinerseits internalisiert und sie mit der Handlung voraussetzend mitliefert.

---

<sup>270</sup> Es scheint so, dass nicht die Tatsache, einem Widerfahrnis ausgesetzt zu sein, das Sprachspiel der Rechtfertigung auslöst, sondern vielmehr die Erkenntnis, nicht selbst Verursacher einer Handlung zu sein, also entweder ein nicht durch eigenes Handeln ausgelöstes Widerfahrnis zu erfahren, das eine eigene Handlung als Reaktion erfordert, oder eine nicht freiwillige Handlung vollziehen zu müssen.

<sup>271</sup> Der Zusammenhang zwischen Rechtfertigung und Recht lässt sich auch bei Lorenzen erkennen, wenn er auf die Parallelität zwischen technischen und normativen Diskursen verweist:

„Wer argumentieren kann, weiß, welche Aussagen wir „wahr“ nennen: diejenigen, denen aufgrund technisch-vernünftiger Argumentation zuzustimmen ist. Entsprechend ist auch die Verwendung des Wortes „gerecht“ unproblematisch. Diejenigen Normen (Gesetze), denen aufgrund politisch-vernünftiger Argumentation zuzustimmen ist, nennen wir „gerecht“. (Lorenzen 1987, 253)

---

Die Rechtfertigungsstrategie wird an einen gemeinsamen normativen Bestand der Kommunikationspartner anschließen. Die Rechtfertigung ist also der Versuch, ein besonderes Ereignis, verursacht<sup>272</sup> durch eine Handlung, auf eine allgemein akzeptierte Regel zurückzuführen. Im rekursiven Prozess wird dann die fundamentale Frage danach auftauchen, was gerecht ist. Werner Veith legt in seinem Artikel „Gerechtigkeit“ folgende Definition vor:

"In einer ersten Bedeutung zielt Gerechtigkeit auf die Regelung der vielfältigen Beziehungen zwischen verschiedenen Personen, Gruppen, Gemeinschaften einerseits und gesellschaftlichen Strukturen andererseits. Fundiert wird dieses Verständnis durch die zweite Bedeutung, wonach Gerechtigkeit als eine innere, geistige Werthaltung, d.h. als eine sittliche Eigenschaft der Person anzusehen ist, die "das Gerechte" um seiner selbst willen zu fördern sucht. Es ist also zu unterscheiden zwischen (1.) Gerechtigkeit als Maßstab äußerer Beziehungen von Personen und sozialen Strukturen und (2.) Gerechtigkeit als Tugend bzw. innerer Haltung des Menschen." (Veith 2004, 315 f.)

Nach Rainer Forst ist Gerechtigkeit aber keine Tugend, die anderen wie z.B. Freiheit oder Gleichheit gleichgestellt wäre. Vielmehr ist sie das Prinzip,

„dem gemäß gerechtfertigt werden muss, welche Freiheiten und welche Formen der Gleichheit legitim sind. Die auf dem Rechtfertigungsgrundsatz beruhende Gerechtigkeit ist die erste und übergeordnete Tugend innerhalb eines politischen Kontexts.“ (Forst 2007, 17)

---

<sup>272</sup> Dabei geht es weniger darum, ob zwischen Handlung und Ereignis (Widerfahrnis) ein tatsächlicher Kausalnexus besteht, sondern vielmehr darum, dass dies der Handelnde bzw. der von diesem Handeln als Widerfahrnis betroffene soziale Kontext präsupponiert.

---

Forst betrachtet den Menschen als „Rechtfertigungswesen“:

„Er hat nicht nur die Gabe, sich für seine Handlungen und Überzeugungen gegenüber anderen mit Gründen zu rechtfertigen bzw. zu verantworten, sondern er sieht dies in bestimmten Kontexten als Verpflichtung an und setzt voraus, dass andere dies auch tun. Wenn wir menschliche Praktiken verstehen wollen, müssen wir sie stets als mit Rechtfertigungen verbundene Praktiken begreifen; was immer wir denken und tun, wir stellen an uns (und andere) den Anspruch, dass dies aus Gründen geschieht, seien sie ausdrücklich genannt oder (zunächst) implizit bleibend.“ (Forst 2007, 9)

Nach Forst ist der Kern der Gerechtigkeit kein System einer Verteilung von Ressourcen oder Chancen in dem Sinne, dass jeder das erhält, was ihm zukommt, sondern Gerechtigkeit ist ein Gegenbegriff zur Willkür. Als Willkür sind Handlungen zu verstehen, die Widerfahrnisse für andere darstellen, ohne dass die handelnden Personen einer Rechtfertigungspflicht nachkommen.

„[D]er Begriff der Gerechtigkeit besitzt einen Bedeutungskern, der als wesentlichen Gegenbegriff den der Willkür hat: sei es die Willkürherrschaft Einzelner, sei es die eines Teils der Gemeinschaft (etwa einer Klasse), sei es die Hinnahme sozialer Kontingenzen, die zu asymmetrischen Positionen bzw. Verhältnissen der Beherrschung führen und als schicksalhaft und unveränderbar hingenommen werden, ohne es zu sein. Die Herrschaft der Willkür ist Herrschaft von Menschen über Menschen ohne legitimen Grund, und wo der Kampf gegen Ungerechtigkeit aufgenommen wird, richtet er sich gegen solche Formen der Beherrschung. Der Grundimpuls gegen die Ungerechtigkeit ist nicht primär der des Etwas-oder Mehrhaben-Wollens, sondern der, nicht mehr beherrscht, bedrängt oder übergangen werden zu wollen in seinem Anspruch und Grund-Recht auf Rechtfertigung: Dieser Anspruch enthält die Forderung, dass es keine politischen



oder sozialen Verhältnisse geben soll, die gegenüber den Betroffenen nicht adäquat gerechtfertigt werden können.“ (Forst 2011, 32 - 33)

Damit ist Forsts Beschreibung der Willkür in Deckung mit dem hier bereits vorgestellten Gewaltbegriff<sup>273</sup>.

Vor dem Hintergrund des Vertragshandelns ist der dem Vertrag vorausgehende Aushandlungsprozess ein Verfahren, das explizit dem des Willkürhandelns entgegengesetzt ist. Während die Sprachhandlung des „Befehlens“ verstanden werden kann als eine Aufforderung an den Opponenten, der nicht widersprochen werden darf – dies würde als Subordination aufgefasst und entsprechend sanktioniert werden –, verlangt im Sprachspiel des Verhandelns die Aufforderung förmlich nach einer Rückfrage durch den Opponenten, diese Aufforderung zu rechtfertigen. Bei gelungener Rechtfertigung wird sich dann der Opponent zur Ausführung der Aufforderung verpflichten.

Im Unterschied zum Befehl ist die Verpflichtung im Vertrag immer eine Selbstverpflichtung. Eine Verpflichtung in Folge eines Vertrages<sup>274</sup>, die aber unter Zwang zustande kam, hat nicht den Charakter eines Versprechens. Der verpflichtete Opponent ist nicht an seine Zusage gebunden<sup>275</sup>. Rainer Forst verbindet seine Definition von Gerechtigkeit als Recht auf Rechtfertigung entsprechend mit Aspekten wie „Fairness, Wechselseitigkeit, Symmetrie, Gleichheit oder Balance“, die für das Zustandekommen

---

<sup>273</sup> Siehe Kap. 3.2.5, S. 75.

<sup>274</sup> Präziser muss man hier zwischen zweckvertraglichen Regelungen, für die die Freiwilligkeit gilt, und den statusvertraglichen Regelungen unterscheiden, bei denen Verpflichtungen oft auch aus Einsicht in die Konsequenz eines Rollenverhaltens erfolgen. So könnte eine arbeitslose und antragstellende Person präsupponieren, sie habe als Bürgerin auch bestimmte Pflichten zu übernehmen und müsse die Aufforderung akzeptieren, sich mehrere Male im Monat bei Arbeitgebern zu bewerben.

<sup>275</sup> Entsprechend finden sich im BGB dazu die entsprechenden Gültigkeitseinschränkungen von Willenserklärungen z.B. (BGB 2002, § 123).

---

und vor allem für die Geltung von Verträgen von wesentlicher Bedeutung sind (Forst 2011, 33). Es sei darauf hingewiesen, dass, die Perspektive Forsts, Gerechtigkeit als Recht zur Rechtfertigung und nicht als distributive Gerechtigkeit zu verstehen, die Rolle der Person von einem passiven Adressaten, dem bestimmte Güter zukommen, zu einer aktiven Instanz verändert, die Ihre Mitsprache an gesellschaftlichen Prozessen einfordert.

Sieht man Personen als Rechtfertigungswesen, so erscheinen sie anders als in vielen politischen Theorien als aktive Wesen, nicht als passive oder zu behandelnde, bedürftige oder leidende. Dies sind sie auch, aber ihr wesentlicher Anspruch im Sinne der Gerechtigkeit ist es nicht, die Güter für ein "menschliches" oder "gutes" Leben zu erhalten; ihr Anspruch besteht darin, als Rechtfertigungssubjekte anerkannt zu sein, wenn es um die politische Bestimmung einer Grundstruktur der Hervorbringung und Verteilung von Gütern geht - innerhalb einer Gesellschaft und über sie hinaus. Auch dann, wenn Personen dazu die Fähigkeiten fehlten, gälte es, sie als autonome Wesen zu respektieren, die niemals nur Objekt, sondern Subjekt der Rechtfertigung sind." (Forst 2011, 16)

Verträge sind das (Zwischen-)Ergebnis komplexer Interaktionen. Sie beschreiben wechselseitige Verpflichtungen des zukünftigen Verhaltens der interagierenden Personen. Damit antizipieren sie den zukünftigen Verlauf der Interaktion. Die wechselseitigen Verpflichtungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Handlungen, die diesen Verpflichtungen entsprechen und verringern die Wahrscheinlichkeit von Handlungen, die dazu im Widerspruch stehen.

Der Vertrag enthält Bestandteile, die wechselseitiges Zustimmungsverhalten der beteiligten Personen kodifizieren. Auf diese Verpflichtungen können die beteiligten Personen gegebenenfalls zurückgreifen, um legitim Handlungen des Vertragspartners zu

verlangen. Damit stellt das Institut des Vertrages die Kodifizierung<sup>276</sup> gerechtfertigter Interaktionen dar, auf die man sich legitimer Weise beziehen kann.

---

<sup>276</sup> Das einschlägige Recht schreibt die Schriftlichkeit von Verträgen nicht vor. Auch mündlich geschlossene Verträge sind gültig, haben aber eine nur schwer durchsetzbare Beweislage.

---

## 4.2 *Interessenausgleich und Transsubjektivität*

In der Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie heißt es unter dem Stichwort „transsubjektiv / Transsubjektivität“:

„in der Konstruktiven Philosophie (...) Bezeichnung für Beratungen und Beratungsergebnisse, in denen die Beteiligten versuchen, Orientierungen für eine vernünftige Gemeinsamkeit des Handelns zu gewinnen und in diesem Sinne ihre Subjektivität zu überwinden. Allgemeiner heißt dann auch jene Praxis selbst ‚t.‘, in der die Beteiligten einander nicht lediglich als Mittel ihrer jeweiligen subjektiven Zwecke betrachten. Die Forderung, Handlungen und Institutionen t. zu orientieren, kurz: das T.sprinzip, gilt in der Konstruktiven Philosophie als Grundprinzip moralischer Rechtfertigung.“ (Mittelstraß Bd. 4, 1996, 332)

Nach Lorenzen sieht derjenige von seinen eigenen subjektiven Interessen ab, der eine transsubjektive Haltung einnimmt. Für ihn ist „vernünftiges“ Argumentieren durch die Transsubjektivität definiert (Lorenzen 1987, 251) und bedeutet, dass Argumente gewählt werden, die allgemein nachvollziehbar sind:<sup>277</sup>

„Die Zwecksetzungen, die in Beratungen vorgeschlagen werden, dürfen nicht an die Person des Argumentierenden, an seine Eigenheiten oder seine

---

<sup>277</sup> Es ist zu beachten, dass Lorenzen, wenn er das Prinzip der Transsubjektivität einführt, eine Situation im Blick hat, die man als politische Beratung in Gremienzusammenhängen verstehen kann. In dieser Kommunikationssituation geht es darum, für eine bestimmte konflikthafte Situation die beste Lösung für alle Beteiligten zu finden. Diesen Beratungsprozess beschreibt er als Aufgabe von Personen, die die antiken Tugenden der Politiker erfüllen sollten: „Mut als Besonnenheit und Tatkraft“, Vernunft als Gerechtigkeitssinn und Klugheit.“ (Lorenzen 1987, 254). Der Aushandlungsprozess für einen Vertrag ist mit der Beratungssituation Lorenzens nicht identisch.

---

Zugehörigkeit zu Teilgruppen der Bürgerschaft gebunden sein. Man soll ihm (sic.) »ohne Ansehen der Person« folgen können.“ (Lorenzen 1987, 251)

Transsubjektiv zu argumentieren heißt nicht, bei Verhandlungen die Interessen oder Begehrungen eines Verhandlungspartners nur insoweit zu berücksichtigen, wie es für das Erreichen eigener Zwecke hilfreich ist, sondern gerade von den eigenen subjektiven Zwecken abzusehen und nur solche zu verfolgen, die als gemeinsame Zwecke nicht nur einem konkreten Verhandlungspartner, sondern jedem beliebigen Verhandlungspartner unterstellt werden können. In diesem Sinne verhalten sich Personen, die gemeinsam einen Leistungsaustausch mit Hilfe eines Zweckvertrags regeln wollen, nicht im Sinne Lorenzens vernünftig<sup>278</sup>, weil sie ihre subjektiven Positionen nicht transsubjektiv transzendieren, wohl aber – bezogen auf die jeweilige in Frage stehende Situation – zweckrational.

Es ist aber zu unterscheiden zwischen der Rechtfertigung der koordinierten Handlungen, die vertraglich vereinbart sind, und der Rechtfertigung des Sprachspiels „Ver-

---

<sup>278</sup> Der Vernunftbegriff Lorenzens hat eine starke Parallele zur kantischen Philosophie. Nicht nur ist die Anspielung an den in der „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ formulierte „praktische Imperativ“ deutlich erkennbar:

„Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest.“ (Kant 1974, 61)

Im Zusammenhang mit dem „Reich der Zwecke“ zeigt Kant, dass die Vernunft transsubjektiv versteht. Die von Kant gebrauchte Formulierung zielt auf die gleiche Forderung, von den partikularen Eigeninteressen zu abstrahieren, wie sie bei Lorenzen zu finden ist:

„Weil nun Gesetze die Zwecke ihrer allgemeinen Gültigkeit nach bestimmen, so wird, wenn man von dem persönlichen Unterschiede vernünftiger Wesen, imgleichen allem Inhalte ihrer Privatzwecke abstrahiert, ein Ganzes aller Zwecke (sowohl der vernünftigen Wesen als Zwecke an sich, als auch der eigenen Zwecke, die ein jedes sich selbst setzen mag), in systematischer Verknüpfung, d.i. ein Reich der Zwecke gedacht werden können, welches nach obigen Prinzipien möglich ist.“ (Kant 1974, 66)

---

trag“, das anstelle anderer Sprachspiele verwendet wird, um bestimmte Handlungen zu koordinieren. Das heißt, die Anfrage an eine Rechtfertigung geht in zwei Richtungen. Sie betrifft zum einen die vertragsinternen Verhältnisse und zum anderen das Sprachspiel selbst.

Für das Binnenverhältnis des Zweckvertrages ist das Transsubjektivitätsprinzip keine Maxime des Handelns, da es im Vertrag zentral um die Verwirklichung der subjektiven Zwecke geht, also eben nicht um die Transzendierung des eigenen subjektiven Standpunktes in der Weise, dass die Argumente „ohne Ansehen der Person“ (Lorenzen 1987, 251) Geltung haben<sup>279</sup>. Zweckvertragliche Verhandlungen beginnen mit einem Angebot des Proponenten, in dem er nicht nur seine Forderungen verdeutlicht, sondern auch seine Präsuppositionen der Opponenteninteressen expliziert. Bei einem vertraglichen Angebot stehen diese sogar im Vordergrund. Der Proponent als Anbieter wird sein Angebot so formulieren, als wenn die erste Aufforderung durch den Opponenten – durch den Kunden - geschehen wäre, was ja auch oft in alltäglichen Kaufsituationen zutrifft<sup>280</sup>. Mit dem Angebot nimmt der Proponent in einem ersten Spielzug die (impli-

---

<sup>279</sup> Lorenzen führt das Transsubjektivitätsprinzip im Kapitel „Politische Anthropologie“ ein (Lorenzen 1987, 241 - 253). Dabei hatte er als Paradigma nicht den Leistungsaustausch oder die Handlungskoordination mittels vertraglicher Bindung vor Augen, sondern einen politischen – vielleicht parlamentarischen – Beratungsprozess. Das Transsubjektivitätsprinzip ähnelt in seiner Forderung dem „kategorischen Imperativ“ Kants. Kant hat den kategorischen Imperativ in mehreren Zusammenhängen sowohl in der Grundlegung der Metaphysik der Sitten als auch in der Kritik der praktischen Vernunft unterschiedlich dargestellt. Zum ersten Mal formuliert er ihn: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ (Kant 1974, 51). Ähnlich wie der Kategorische Imperativ verlangt auch das Transsubjektivitätsprinzip die Ausdehnung der Handlungszwecke auf eine unabgeschlossene Gruppe:

„[D]ie Zwecksetzungen, die in den Beratungen vorgeschlagen werden, dürfen nicht an die Person des Argumentierenden, an seine Eigenheiten oder seine Zugehörigkeit zu Teilgruppen der Bürgerschaft gebunden sein.“ (Lorenzen 1987, 251)

<sup>280</sup> Man stelle sich eine Szene in einem Autosalon vor. Der noch potentielle Kunde lässt seinen Blick über die ausgestellten Fahrzeuge schweifen. Der aufmerksame Verkäufer registriert die

zite) Aufforderung des Opponenten an den Proponenten vorweg, dessen Aufforderung zu rechtfertigen, indem er als Legitimation für die Befriedigung des Proponentenwunsches zusagt, das Begehren des Opponenten zu erfüllen. Der erste Spielzug im vertraglichen Sprachspiel ist das Angebot, das eine Aufforderung an den Opponenten enthält, verbunden mit einer Selbstverpflichtung des Proponenten, die in der Präsentation des Angebotes im Vordergrund steht. Der Opponent hat mehrere Möglichkeiten, auf den ersten „Spielzug“ des Proponenten zu reagieren: Einerseits kann er die Forderung des Proponenten angreifen, indem er sie modifiziert, andererseits kann er die explizierte Rechtfertigung des Proponenten (den Opponentenwunsch) korrigieren oder bestätigen, drittens kann er den ersten Spielzug in Gänze abweisen. In der folgenden Tabelle ist ein Verhandlungsverlauf idealtypisch skizziert, bei dem der Opponent einerseits die Forderung des Proponenten modifiziert (statt  $x$  wird  $x_1$  ins Spiel gebracht) und andererseits die Unterstellung des Opponenteninteresses durch den Proponenten korrigiert (aus  $y$  wird  $y_1$ ).<sup>281</sup> Idealtypisch ist der Verlauf insofern, weil beide Parteien hier ohne weiteres die Modifikationen der anderen Seite anerkennen.

---

Orientierungsversuche des möglichen Käufers und eröffnet das Verkaufsgespräch mit der Frage nach den Kundenwünschen.

<sup>281</sup> Siehe auch die Formalisierungen auf den Seiten 74 (Kap. 3.2.4) und 78 (Kap. 3.2.5).

---

Spielzüge	Proponent	Opponent	Erläuterungen
1.	$P \pi! O(x) \wedge P \pi! P(y)$ <sup>282</sup>		P fordert O auf, x zu tun, und P verpflichtet sich, der (von P unterstellten) Aufforderung O's y zu tun, auszuführen
2.		$O \pi! P(y_1) \wedge O \pi! O(x_1)$	O ist bereit $x_1$ zu tun, wenn P $y_1$ tut
3.	$P \pi! P(y_1) \wedge P \pi! O(x_1)$		P verpflichtet sich zu $y_1$ , wenn O sich zu $x_1$ verpflichtet
4.		$O \pi! O(x_1)$	O verpflichtet sich zu $x_1$

*Tabelle 7: Idealtypischer Verhandlungsverlauf*

An dieser kurzen Verhandlungssequenz wird deutlich, dass das Transsubjektivitätsprinzip für das „Binnenverhältnis“ der beiden Vertragspartner nur insoweit relevant ist, wie die subjektiven Interessen der Vertragspartner abgeglichen werden. Dabei werden die subjektiven Zwecke wechselseitig so transformiert, dass sie aus Sicht der Partner formal austauschbar sind in dem Sinne, dass die Zusage, das Begehren des einen Partners zu erfüllen, den anderen Partner dazu veranlasst, selbst eine entsprechende Verpflichtung einzugehen. Das Partnerinteresse wird anerkannt, indem der andere Vertragspartner eine Verpflichtung zu dessen Verwirklichung eingeht. Binnenvertraglich vollzieht sich die Akzeptanz der Zwecke der beteiligten Akteure durch die Bestätigung der wechselseitigen Aufforderungen in Form von Verpflichtungen. Diese binnenvertragliche Akzeptanz entfaltet über die binnenvertragliche Bedeutung hinaus vorläufig keine weitere Relevanz für das Außenverhältnis.<sup>283</sup>

<sup>282</sup> „Sich verpflichten“ wird hier übersetzt als „Sich selbst auffordern“.

<sup>283</sup> Dies ist etwas verkürzt dargestellt, da die wechselseitigen Verpflichtungen als Versprechen voraussetzen, dass die Partner präsupponieren, dass der jeweils andere seine Zusagen auch einhält. Dieses Vertrauen zueinander kann nur bedingt mit binnenvertraglichen Maßnahmen



Allerdings wird auch deutlich, dass beide Partner bereits bestimmte Voraussetzungen unterstellt haben, wenn sie sich miteinander auf Vertragsverhandlungen einlassen. Man kann dabei Präsuppositionen unterscheiden, die einerseits das Binnenverhältnis beider Partner und andererseits die Rahmenbedingungen des Sprachspiels „Vertrag“ betreffen.

Die basalen Voraussetzungen für Handlungskoordinationen hat John R. Searle<sup>284</sup> in seiner Analyse des Versprechens umrissen:

„[D]er Sprecher und der Zuhörer wissen, wie die Sprache gesprochen wird; beide sind sich dessen, was sie tun, bewußt; es bestehen bei ihnen keine Kommunikationshindernisse physischer Art, wie z.B. Taubheit, Aphasie oder Kehlkopfentzündung; sie sind nicht Teilnehmer eines Spiels, erzählen sich keine Witze usw. Durch diese Bedingung sind also Kommunikationshindernisse, wie z.B. Taubheit, als auch sekundäre Kommunikationsformen, wie z.B. das Erzählen von Witzen oder die Teilnahme an einem Spiel, ausgeschlossen.“ (Searle 2007, 88)

Im Verweis auf die Kommunikationsform – „nicht Teilnehmer eines Spiels“ – wird die Bedingung der Ernsthaftigkeit angesprochen: Beide Partner können unterstellen, dass Einigkeit darüber besteht, welches Sprachspiel zu spielen sein wird. Ein Vertrags-

---

erlangt und stabilisiert werden. Selbst eine vereinbarte Sanktionspraxis ist darauf angewiesen, dass zu ihrer Durchsetzung vertragsexterne Parteien hinzugezogen werden, zum Beispiel ein Gericht und entsprechende Exekutivorgane.

<sup>284</sup> Searle bezieht sich auf die Sprechakttheorie von John L. Austin, der davon ausgeht, dass „etwas sagen etwas tun heißt“ (Austin 1979, 35) und klar zwischen Konstativa und Performativa unterscheidet (Austin 1979, 35 ff.). Die Sprechakttheorie von Austin kann als wesentlicher Beitrag zum „linguistic turn“ (Sandbothe 2000) angesehen werden vor allem unter der Prämisse, die Analyse von Sprache nicht nur unter dem Aspekt wahrer oder falscher Aussagen zu betrachten, sondern auch die Bedeutung der Sprache als interaktives Geschehen in den Blick zu nehmen.

---

partner, der bei Vertragsabschluss darauf verweist, dass er das Ganze für ein Spiel gehalten hat, handelt dieser Präsupposition zuwider.<sup>285</sup>

Searle unterscheidet neun besonders wichtige Bedingungen<sup>286</sup>, die zusammentreten müssen, um das Sprachspiel „Versprechen“ zu realisieren, das – wie im Zusammenhang mit dem Kontrakt bei David Hume gezeigt wurde (siehe Kap. 3.5.2, S. 191) – auch für den Vertrag von elementarer Bedeutung ist. Neben den Bedingungen, die die kommunikative Basis sichern – zu ihnen gehört auch die Bedingung der Ernsthaftigkeit –, sind in diesem Zusammenhang besonders zwei weitere Voraussetzungen von besonderem Interesse:

Die eine Voraussetzung ist die „Bedingung der Aufrichtigkeit“, die festlegt, dass der Sprecher beabsichtigt, das zu tun, was er zusagt. Außerdem glaubt der Sprecher daran, dass er die Handlung, die er zusagt, tatsächlich ausführen kann.<sup>287</sup>

Die andere Voraussetzung ist die von Searle so genannte „wesentliche Bedingung“ mit der „die Übernahme einer Verpflichtung zum Vollzug einer bestimmten Handlung“ angezeigt wird (Searle 2007, 93). Damit meint Searle, dass der Sprecher das Versprechen abgibt, um die Handlung zu verwirklichen:

---

<sup>285</sup> Interessant ist hier die Frage, welche Auswirkung ein solches Verhalten für diese Person hat. Hume hat im Zusammenhang mit dem Versprechen darauf hingewiesen, dass bei solchen Personen die zukünftige Teilnahme an diesem Sprachspiel – am „jemandem ein Versprechen geben“ oder „einen Vertrag schließen“ durch den sozialen Kontext deutlich erschwert oder verhindert wird, siehe dazu Kap. 3.5.2, S.191.

<sup>286</sup> Siehe (Searle 2007, 88 ff.).

<sup>287</sup> Andererseits ist es ersichtlich unsinnig, etwas zu versprechen, was man sowieso gerade durchführt:

„Wenn ich ein solches Versprechen gebe, müssen meine Zuhörer meine Äußerung so auffassen, als ob ich glaubte, es sei nicht offensichtlich, daß ich das Versprochene sowieso täte. Ein glücklich verheirateter Mann, der seine Frau verspricht, sie nicht in der nächsten Woche zu verlassen, ruft wahrscheinlich eher Besorgnis als Beruhigung hervor.“ (Searle 2007, 92)

---

„Sie (die „wesentliche Bedingung“; JPP) ist jedoch eindeutig eine notwendige Bedingung für den Vollzug eines Versprechens, denn wenn ein Sprecher zeigen kann, daß er bei seiner Äußerung jene Absicht nicht im Sinn hatte, so gilt das als Beweis dafür, daß seine Äußerung gar kein Versprechen war.“ (Searle 2007, 93)

Die von Searle benannten Voraussetzungen des illokutionären Sprechaktes sind Gelin-  
gungsbedingungen für die Sprachhandlungen, die bei Habermas als „kommunikative  
Rationalität“ bezeichnet werden:

„Die Rationalität des verständigungsorientierten Sprachgebrauchs hängt dann davon ab, ob die Sprechhandlungen so verständlich und akzeptabel sind, daß der Sprecher damit illokutionäre Erfolge erzielt (oder unter normalen Umständen erzielen könnte). Wiederum nennen wir nicht nur gültige Sprechhandlungen rational, sondern alle verständlichen Sprechhandlungen, für die der Sprecher unter den gegebenen Umständen eine glaubwürdige Garantie des Inhalts übernehmen kann, daß die erhobenen Geltungsansprüche erforderlichenfalls diskursiv eingelöst werden könnten. Auch hier besteht also zwischen der Rationalität einer Sprechhandlung und ihrer möglichen Rechtfertigung ein interner Zusammenhang. Nur in Argumentationen können die mit einer Sprechhandlung implizit erhobenen Geltungsansprüche als solche thematisiert und mit Gründen geprüft werden.“ (Habermas 1999, 111)

Wenn der Proponent den Opponenten zu einer bestimmten Handlung auffordert, setzt er voraus und zeigt dies dem Opponenten an, dass er als Proponent ein Interesse an der Verwirklichung des Handlungszwecks hat und diese Handlung nicht selbst ausführen

wird, beziehungsweise ohne den Opponenten seinen Handlungszweck nicht verwirklichen kann und wird<sup>288</sup>. Er setzt voraus und gibt dem Opponenten zu erkennen, dass er überzeugt ist, dass der Opponent in der Lage ist, diese Handlung auszuführen oder dabei behilflich sein kann, und grundsätzlich dazu veranlasst werden kann, die Handlung auszuführen. Habermas verweist im Zitat darauf, dass jede dieser Präsuppositionen im Diskurs zwischen Proponenten und Opponenten thematisiert werden kann mit der Folge, dass der Proponent für seine Unterstellungen im Einzelnen oder im Gesamten gegenüber dem Opponenten rechenschaftspflichtig wird. So kann zum Beispiel ein Opponent (der Käufer) im Zuge eines Verkaufsgesprächs den Proponenten (den Verkäufer) auffordern zu begründen, warum dieser ausgerechnet ihn als „potentiellen Käufer“ angesprochen hat. In einer solchen Situation hat der Proponent dann die Möglichkeit, darauf zu verweisen, dass er ein besonderes Interesse am Warenkauf und eine gewisse wirtschaftliche Solvenz des Opponenten vermutet. Oder es kann eine Schülerin die Lehrkraft auffordern, ihr zu erläutern, warum sie dem Wunsch der Lehrkraft folgen sollte, mit ihr einen Lernvertrag abzuschließen. Die Lehrkraft könnte dann auf den aktuellen Lernstand der Schülerin verweisen und gleichzeitig ihr eine gewisse Lernkompetenz unterstellen und die eigene Bereitschaft der systematischen Unterstützung signalisieren.

Zweckvertragliche Vereinbarungen – im Beispiel zwischen Käufer und Verkäufer – sehen im Rahmen von Verhandlungen umfangreiche Begründungs- und Rechtfertigungsschleifen vor, die die wechselseitigen Präsuppositionen zum Teil thematisieren. Dabei ist zu vermuten, dass nicht alle Präsuppositionen der Partner im Zuge einer Verhandlung thematisiert werden. Regelhaft wird es sich auf bestimmte Typen beschrän-

---

<sup>288</sup> Das muss nicht bedeuten, dass der Proponent zur Verwirklichung seines Handlungszwecks auf diesen besonderen Partner angewiesen ist, sondern lediglich, dass der Proponent es für sinnvoller hält, die Realisierung des Zwecks gemeinsam mit dem Opponenten oder durch ihn zu erreichen.

---

ken, die zum Beispiel die wechselseitigen Leistungskompetenzen, die Bereitschaft zur Verpflichtung und die Vertrauenssicherung betreffen.

Die Vereinbarung wird von den Partnern nur dann anerkannt, das heißt als Vertrag ratifiziert und vom interessierten sozialen Kontext als Vertrag im Sinne wechselseitiger Verpflichtungen akzeptiert, wenn die Beteiligten davon überzeugt sind, dass die Vertragspartner bestimmte Bedingungen erfüllen. Beide sind überzeugt, dass der jeweils andere Partner in der Lage ist, die im Vertrag zugesicherten Leistungen unter den zugesagten Bedingungen zu erbringen. Diese Überzeugung ist während der Vertragsverhandlung durch die durch Nachfragen ausgelösten Erläuterungen und Begründungen entstanden oder aber – dies wird in alltäglichen Zweckverträgen, wie zum Beispiel Kaufverträgen, der Regelfall sein – durch einen Kontext gesichert, auf den vertraglich Bezug genommen wird oder der gesetzlich besteht<sup>289</sup>.

Anhand der expliziten Sicherungen in Verträgen oder der für sie bedeutsamen Rahmenregelungen<sup>290</sup> sind die präsuppositionalen Strukturen von Verträgen erkennbar. Denn es ist davon auszugehen, dass nicht thematisierte Präsuppositionen im vertraglichen Handeln störungsrelevant werden können. Entsprechend wird die vertragliche Praxis dort Regelungen vorsehen und erzeugen, wo Störungen mit hoher Wahrscheinlichkeit und großer Häufigkeit auftreten oder wo die Störungen besonders erhebliche Auswirkungen für die Partner und den sozialen Kontext haben können. Es wurde bereits darauf hingewiesen (siehe Kap. 3.3, S. 94), dass insbesondere die Zugangsbedingungen zum zweckvertraglichen Handeln vor allem in der Welt des bürgerlichen

---

<sup>289</sup> Dies sind zum Beispiel die gesetzlichen Normen des BGB.

<sup>290</sup> Das können Normen des positiven Rechts sein, aber auch sogenannte „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ oder nichtkodifizierte Regeln des gesellschaftlichen Umgangs. Diese Rahmen sind historisch und kulturell kontingent. Zum Verhältnis der Wahrnehmung fremder Kulturen siehe z.B. (Wagner 1997) oder mit dem Schwerpunkt der Fremdsprachigkeit im betrieblichen Kontext (Müller 2007).

---

Rechts, das heißt besonders beim Leistungs- und Warenaustausch, so normiert sind, dass die Vertragspartner wechselseitig bestimmte Voraussetzungen unterstellen können:

- Keiner der Vertragspartner wird zum Vertragsabschluss gezwungen. Die Vertragspartner gehen ihre wechselseitigen Verpflichtungen freiwillig ein.<sup>291</sup>
- Alle Vertragspartner verstehen den Vertrag, seine Inhalte und die für sie damit verbundenen Handlungskonsequenzen.
- Alle Vertragspartner betrachten den Leistungsaustausch als ausgewogen. Diese Bedingung ist eine Konsequenz aus den beiden vorangehenden, da unterstellt werden darf, dass niemand gegen sein eigenes Begehren handelt, vorausgesetzt er ist keinen externen Anlässen – wie zum Beispiel Zwang – ausgesetzt.

Die Klärung von Präsuppositionen, wie dies in Vertragsverhandlungen geschieht, wird bei Zweckverträgen durch Rahmenhandlungen entlastet, indem es dem Vertrag vorausliegende akzeptierte Verfahren gibt, um Gleichheit und Freiwilligkeit sowie andere Zugangsbedingungen des Vertragshandelns zu sichern. Diese Verfahren wie zum Beispiel die Normen des Bürgerlichen Gesetzbuchs erlauben Vertragspartnern, wechselseitig bestimmte Bedingungen an den jeweiligen Partner zu präsupponieren. Gegebenenfalls bestehen Verfahrensregelungen zur Klärung gesicherter Vertragsbedingungen. Dies können Rückgabe- und Widerrufsrechte sein, wie sie der bundesdeutsche Gesetzgeber zum Beispiel für sogenannte Haustürgeschäfte vorsieht.<sup>292</sup> Dies kann aber auch

---

<sup>291</sup> Allerdings bedeutet das nicht, dass der Abschluss von Verträgen vollkommen freigestellt ist. Wer zum Beispiel ein Kraftfahrzeug im Straßenverkehr führen will, ist zum Abschluss einer Versicherung verpflichtet. Freigestellt ist aber, mit wem man dann den Versicherungsvertrag abschließt.

<sup>292</sup> Siehe (BGB 2002, § 312).

---

die Verpflichtung des Verkaufspersonals sein, sich bei dem Verkauf von Spirituosen im Einzelhandel zu vergewissern, dass die Kundin oder der Kunde nicht mehr der Altersbeschränkung unterliegt.

Wie gezeigt wurde, unterliegt die Binnenstruktur der Handlungslegitimation von Zweckverträgen nicht dem Transsubjektivitätsprinzip, sondern dem wechselseitigen Ausgleich subjektiver Interessen mit dem Ziel, anfangs möglicherweise unverträgliche Zwecke in komplementäre zu transformieren (siehe Kap. 3.2.5, S. 80). Zweckverträge müssen aber weiteren Bedingungen genügen, damit die Vertragspartner die Möglichkeit haben, sich mit Hilfe des impliziten oder expliziten Rekurses auf den sozialen Rahmen zu beziehen. Damit die Vertragspartner die positiven Rechte vertraglichen Handelns nutzen können, müssen die gesetzlichen und sozialen Rahmenbedingungen von ihnen erfüllt sein. Dies bedeutet, dass sie auch gegenüber Dritten nachweispflichtig sind, die an Zweckverträge gestellten Rahmenbedingungen einzuhalten, um bei Problemen im vertraglichen Prozess Rechte geltend zu machen.<sup>293</sup>

Das Sprachspiel „zweckvertragliches Handeln“ wird – anders als die von Paul Lorenzen problematisierte politische Beratungspraxis – in seiner Funktionalität nicht durch das Transsubjektivitätsprinzip stabilisiert, sondern durch Verfahren des binnenvertraglichen Interessenausgleichs. Dieses basiert aber auf außervertraglichen Rahmenbedingungen, die einzuhalten ebenfalls im subjektiven Interesse der Vertragspartner liegt. Demnach scheint es so, dass es für die vertragschließenden Parteien zwar Gründe gibt, normenkonform zu handeln, aber keine Veranlassung, ihre privaten Interessen transsubjektiv zu transformieren.

---

<sup>293</sup> Besonders deutlich wird dieser Umstand in einem Urteil des Amtsgerichts Saarbrücken vom 25.02.2010 (Az: 37 C 212/09), in dem eine hohe Geldforderung einer Telefongesellschaft mit dem Verweis auf die Minderjährigkeit und damit auf die beschränkte Geschäftsfähigkeit des Kostenverursachers, des Sohnes der Anschlussinhaberin, abgewiesen wurde.

---

Damit kann man das zweckvertragliche Handeln als ein Sprachspiel beschreiben, dass im Zuge seiner soziohistorischen Entfaltung interne und externe – sozial akzeptierte – Verfahren zur Stabilisierung des wechselseitigen interessegeleiteten Handelns etabliert hat. Ein Appell an die Vertragspartner, über ihr Eigeninteresse hinaus eine Haltung einzunehmen, die dem methodisch-konstruktiven Prinzip der Transsubjektivität oder Vorgaben einer Pflichtethik entspricht <sup>294</sup>, kann zwar für die Vertragspartner persönlich hilfreich sein, befördert aber nicht die Funktionalität des Zweckvertrages. Möglicherweise liegt genau darin seine Attraktivität als Instrument auch für die Felder sozialen Handelns, die über die klassischen zweckvertraglichen Situationen hinausreichen. Dies erinnert stark an die Idee Kants, durch die Einrichtung eines republikanischen Rechtssystems selbst „ein Volk von Teufeln“ zu regieren:

„Eine Menge von vernünftigen Wesen, die insgesamt allgemeine Gesetze für ihre Erhaltung verlangen, deren jedes aber in Geheim sich davon auszunehmen geneigt ist, so zu ordnen, daß, obgleich sie in ihren Privatgesinnungen einander entgegen streben, diese einander doch so aufhalten, daß in ihrem öffentlichen Verhalten der Erfolg eben derselbe ist, als ob sie keine solche böse (sic!) Gesinnungen hätten.“ (Kant 1981, 224)

Wie auch im Kapitel 3.5 (S. 170 ff.) für die Kontraktidee in der politischen Philosophie gezeigt wurde, ist das Vertragsparadigma ein attraktives Denkmodell, um die Interessen von Menschen zu harmonisieren, deren Handeln gleichzeitig Widerfahrnis für andere ist, ohne die Gutwilligkeit <sup>295</sup> der Akteure zu unterstellen oder einzufordern.

---

<sup>294</sup> Hier wäre an den Kantischen Kategorischen Imperativ zu erinnern oder auch an die sogenannte Goldene Regel: „Was du selbst nicht leiden möchtest, das füge auch keinem anderen zu!“ (Bibel, 1962, Tob.4, 16).

<sup>295</sup> Gutwilligkeit gilt als eine Voraussetzung neben der Sachkundigkeit und Normalsinnigkeit zur Führung eines rationalen Dialogs (Kamlah und Lorenzen 1992, 119).

---



Es stellt sich aber die Frage, ob damit nicht der Anspruch an dieses Paradigma überspannt wird und ob es nicht auch denkbar ist, dass das Sprachspiel des Vertrags seinerseits wiederum Voraussetzungen benötigt, die es selbst nicht konstituieren kann, sondern die vielmehr Bestandteil einer bestehenden sozialen Praxis sind. Die hier vorgenommene Skizzierung von Searles sprachphilosophischen Analyse der präsuppositionalen Strukturen weist in diese Richtung. Das Modell des Vertrages verlangt von den Akteuren Zugeständnisse an das wechselseitige Handeln, die nicht erst durch den Vertrag selbst begründet werden. So ist das Vertrauen der Vertragspartner in die Einlösung der Verpflichtungen des jeweilig Anderen eine Voraussetzung, die außervertraglich begründet ist. Zum Beispiel wird bei Hume das Risiko<sup>296</sup> des Vertrauens dadurch minimiert, dass für denjenigen, der ein Versprechen nicht einlöst, erhebliche Exklusionsrisiken aus der Gemeinschaft der miteinander Kontrahierenden verbunden sind (siehe Kap- 3.5.2, S. 191). Die verschiedenen nationalen Rechtssysteme bewerten zwar manche Aspekte unterschiedlich – so löst etwa die Offerte als Angebot, einen Vertrag zu schließen, im anglo-amerikanischen Recht keine Bindung des Anbieters aus (McKendrick 2011, 85 - 129), während dies nach deutschem Recht der Fall ist (BGB 2002, § 145) – sie sehen aber alle Regelungen vor, die Verstöße gegen vertragliche Zusagen mit Sanktionen bewehren<sup>297</sup>. Dennoch rekurriert zum Beispiel auch das Bürgerliche Gesetzbuch auf einen normativen Zusammenhang außerhalb des positiven Rechts, wenn es den Schuldner „verpflichtet, die Leistung so zu bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern“ (BGB 2002, § 242).

---

<sup>296</sup> Einem Versprechen einer Person insoweit zu vertrauen, dass es auch eingelöst wird, stellt in jedem Fall ein Risiko dar, weil dies auf ein Handeln in Zukunft zielt und eine strikte Determination nicht besteht, siehe (Gottschalk-Mazouz kein Datum).

<sup>297</sup> Im deutschen Vertragsrecht ist dafür zum Beispiel eine Rechtsgrundlage (BGB 2002, § 241), die einen Gläubiger berechtigt, von einem Schuldner eine Leistung zu fordern. Zum Recht auf Schadensersatz wegen einer Pflichtverletzung siehe auch (BGB 2002, § 280).

---

Allerdings hat der Zweckvertrag selbst nur eine Verpflichtungs- und Legitimationsfunktion nach innen. Er gilt also lediglich für die Durchsetzung von Ansprüchen und zur Verpflichtung der Vertragspartner<sup>298</sup>. Es sind aber Fälle denkbar<sup>299</sup>, bei denen der verabredete Leistungsaustausch nicht nur eine gewünschte Wirkung gegenüber den Vertragspartnern entfaltet, sondern auch eine Folge für den Kontext hat. Andere Menschen, die selbst nicht in das Zusammenspiel der Vertragspartner eingebunden sind und somit auch keine explizite Funktion weder in der Verhandlung noch in der vertraglichen Handlungsausführung haben, sind dann von diesem Handeln betroffen, auf das sie selbst keinen Einfluss nehmen konnten.<sup>300</sup> Eine Aufforderung dieser Personen an die interagierenden Partner, ihr Handeln zu rechtfertigen, wird deshalb nicht durch Verweis auf die zweckvertragliche Vereinbarung eingelöst.

Es stellt sich aber die Frage, inwieweit am Zustandekommen des Vertrages und an den daraus resultierenden Interaktionen der Vertragspartner unbeteiligte Dritte ein Recht haben, die Vertragspartner aufzufordern, ihr Handeln zu rechtfertigen. Reicht es aus,

---

<sup>298</sup> Hier gibt es Ausnahmen, die juristisch relevant sind (BGB 2002, §§ 328 ff.), aber im Zusammenhang mit dieser Untersuchung keine Rolle spielen.

<sup>299</sup> Hier bieten sich viele praktische Beispiele an. So hat der Grundstückskauf in einem städtischen Randgebiet für die Errichtung eines großen Einkaufszentrums Konsequenzen für die dort vorher angesiedelten Kleingärtner oder auch für den örtlichen Einzelhandel, der sich zukünftig mit einer erheblichen Konkurrenz auseinandersetzen muss.

<sup>300</sup> So aktuell wie brisant ist zur Zeit der internationale großflächige Aufkauf von Agrarflächen, der zwar die indigene Bevölkerung betrifft, selten aber beteiligt:

„Nach Schätzungen des International Food Policy Research Institute (IFPRI) kauften ausländische Investoren zwischen 2006 und 2009 bis zu 20 Millionen Hektar Land in Ländern des Südens; die Welternährungsorganisation FAO (Food and Agriculture Organization) geht von bis zu 33 Millionen Hektar Land aus (Kurzke-Maasmeier/Schonecke 2010: 3); eine Studie der Weltbank gar von 56 Mio. Hektar (Deininger 2011: XIV). Ziel ist die Ernährungs- oder Energiesicherung der investierenden Länder - jedoch auf Kosten der einheimischen Bevölkerung.“ (Segbers 2012, 25)

---

darauf zu verweisen, dass diese Dritten in einem mehr oder minder ausgeprägten Maße von den vertraglichen Interaktionen als Widerfahrnis betroffen sind?

Die lebensweltliche Erfahrung zeigt, dass Handlungen Folgen haben können, die in der Regel durch den Handelnden nicht vollständig überschaut werden. Handlungssicherheit wird gewonnen aus der Beurteilung von lebensweltlichen Erfahrungen mit zurückliegenden ähnlichen Handlungen, deren Folgen festgestellt werden können. Dennoch trifft die Einschätzung des norwegischen Spieltheoretikers Ivar Ekeland zu, wenn er konstatiert:

„Die Ungewißheit ist eine Grundtatsache der menschlichen Geschichte und unseres täglichen Lebens. Dauernd müssen wir Entscheidungen in einem Kontext treffen, den wir nur schwer überblicken. Eine zutreffende Einschätzung der Situation ist aber unabdingbar, wenn wir die Folgen unserer Handlungen beurteilen wollen. Wir verfügen als Hilfestellung über unsere früheren Erfahrungen und über das gesamte Wissen, das von uns oder anderen bisher akkumuliert worden ist. Trotzdem können wir niemals sicher sein, die richtige Diagnose gestellt zu haben. Und doch müssen wir handeln – auch auf die Gefahr hin, eine Entscheidung zu treffen, die sich, sobald die Zukunft den wahren Sachverhalt enthüllt haben wird, nicht nur als gefährlich, sondern auch als töricht erweist.“ (Ekeland und Fliessbach 1996, 78)

Unter dieser Perspektive erscheint es rational, bei Entscheidungen in komplexen Situationen Verfahren zu etablieren, die es erleichtern, mögliche Handlungsfolgen weitge-

hend umfassend zu überschauen.<sup>301</sup> So ist es beispielsweise im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens üblich, dass die Legislative eine Vielzahl von Verbänden, Fachleuten und möglichen Betroffenen auffordert, zu ihrem Vorhaben eine Stellungnahme abzugeben und sich an den jeweiligen Anhörungen oder Befragungen zu beteiligen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass möglichst viele und unterschiedliche Perspektiven im Verfahren Berücksichtigung finden.

Der Methodische Konstruktivismus weist mit seinem Prinzip der Transsubjektivität in eine ähnliche Richtung, wenn er im Rahmen einer Entscheidungsfindung dazu auffordert, nicht nur die Begehrungen der handelnden Akteure zu berücksichtigen, sondern ebenso die Interessen all derjenigen, für die dieses Handeln ein Widerfahrnis darstellen kann. Da das Transsubjektivitätsprinzip selbst lediglich vorgibt, die eigenen subjektiven Begehrungen vor dem Hintergrund anderer möglicherweise abweichender Begehrungen von Kosubjekten zu relativieren und sie als gleich bedeutsam zu betrachten, aber kein operatives Verfahren zu seiner Umsetzung präsentiert, scheint die hier skizzierte Methode der politischen Beratung mit Hilfe von öffentlichen Stellungnahmen und Befragungen eine pragmatische Möglichkeit zu sein, das Prinzip der Transsubjektivität im politischen Alltag umzusetzen.

Zusammenfassend stellt sich für zweckvertragliche Regelungen die Frage nach der Rechtfertigung von Handlungen in dreifacher Weise:

Zum einen gelten die zugesagten Aufforderungen zwischen den Vertragspartnern. Hier besteht die Rechtfertigung im Rekurs auf die Zusage in Folge einer Aufforderung, und dies in unthematischer Weise: Ein Versprechen gilt, weil derjenige, der ausführungs-

---

<sup>301</sup> Das Problem der Kontingenz ist natürlich nur ein Aspekt der Folgenbeurteilung. Ein anderer Aspekt ist machtpolitischen Charakters und wahrscheinlich nicht mit Verweis auf mögliche Folgen für Dritte angemessen zu bearbeiten oder zu neutralisieren.

---

verpflichtet ist, es selbst versprochen hat. Zwischen den Partnern kommt nicht das Transsubjektivitätsprinzip zur Geltung, sondern der Abgleich wechselseitig anerkannter subjektiver Interessen.

Damit diese interne Beziehung Geltung erhält, verlassen sich die Vertragspartner zum zweiten auf eine präsuppositionale Struktur als sozialen Rahmen von Kontrakthandlungen, die die Freiwilligkeit des Vertragsabschlusses, die Reziprozität des Tausches und die soziale Symmetrie der Vertragspartner stabilisiert. Darüber hinaus gelten von beiden Partnern Bedingungen der Ernsthaftigkeit – die vertragliche Handlung ist kein Spiel – und der Zuverlässigkeit; einmal gemachte Zusagen binden den Akteur. Diese Rahmenbedingungen entstehen durch politische Beratungsprozesse im Sinne der im Folgenden skizzierten demokratischen Iteration<sup>302</sup> und folgen im Idealfall dem Prinzip der Transsubjektivität.

Drittens sind von Vertragshandlungen immer auch soziale Kontexte mitbetroffen, für die das Vertragshandeln ein Widerfahrnis darstellt.<sup>303</sup> Dieser Aspekt wird im vertraglichen Handeln selbst oder auch durch die Beachtung von sozialen Rahmenregeln berücksichtigt, die entweder gesetzlich normiert sind oder aber – wie am Beispiel der politischen Beratung gezeigt – im jeweiligen sozialen Kontext eingespielt sind<sup>304</sup>. In

---

<sup>302</sup> Siehe Kap. 4.2, S. 264.

<sup>303</sup> Es soll aber auch darauf verwiesen werden, dass es auch für Verträge, die nicht umfassend Widerfahrnis für Dritte sind, wichtig ist, vom sozialen Kontext als „gerecht“ beurteilt zu werden. Hier spielt der Gedanke David Humes zur Konvention eine große Rolle, dass das Einhalten von Versprechen – oder in diesem Zusammenhang der Abschluss fairer Verträge – durch den sozialen Kontext stabilisiert wird (siehe Kap. 3.5.2, S. 188): Wem unterstellt wird, dass er seine Versprechen nicht einlöst oder dass er versucht, Vertragspartner „über’s Ohr zu hauen“, verliert das Vertrauen potentieller Partner und grenzt sich damit aus der Gemeinschaft der Menschen aus, die miteinander Verpflichtungen eingehen.

<sup>304</sup> Exemplarisch ist das Zusammenwirken von Vertragsverhandlungen und systematischer Berücksichtigung kollateraler Wirkungen erkennbar bei der Ansiedlung eines großen Fachmarktes im Randgebiet einer Großstadt, für die viele Kleingartenparzellen weichen müssen. Die

diesem Zusammenhang hat das Transsubjektivitätsprinzip normative Funktion. Diese Prozesse gestalten sich als geregelte Diskurse der Vertragsbeteiligten, etwa im Rahmen von öffentlichen Anhörungen, oder als von Betroffenen initiierte Kampagnen, etwa als Demonstrationen, die durchaus Wirkungen entfalten, wie unlängst die Auseinandersetzung um den Umbau des Stuttgarter Bahnhofs gezeigt hat <sup>305</sup>. Dass solche komplexen Diskurse nicht vollständig den Interessenausgleich aller Beteiligten realisieren, beschreibt Seyla Benhabib als „demokratische Iteration“. Diesen Ausdruck verwendet Benhabib, um das politische Näherungsverfahren in internationalen Interaktionsprozessen zu benennen:

„Demokratische Iterationen sind Dialoge über moralische und politische Fragen, in denen die „großen“ und „kleinen“ Nationen als Vertragspartner globaler Lenkungsorganisationen in aufeinander aufbauenden Gesprächen und Interaktionen allgemeine Prinzipien und Normen diskutieren und an ihre Bedürfnisse anpassen. (...) Solche Prozesse können verwirrend, chaotisch und unvorhersehbar sein und erbringen möglicherweise keine idealen Resultate; gleichwohl sind sie einer globalen Umverteilung vorzuziehen, die sich, auch wenn sie in bester Absicht geschieht, bei ihrer womöglich gewaltsamen Durchsetzung auf Organisationen von fragwürdiger demokratischer Legitimität stützen muß.“ (Benhabib und Jakubzik 2008, 114)

---

Kommune, die einerseits ein großes Interesse an der Niederlassung hat, andererseits aber auch Konsequenzen für den innerstädtischen Handel erwartet und auch die Rechtsansprüche der Kleingartenbesitzer berücksichtigen muss, setzt ein öffentliches Anhörungsverfahren in Gang. Dennoch wird das Verfahren von öffentlichen Protesten begleitet, auf die die Kommunalpolitik unterschiedlich reagiert (Kieler Nachrichten 2012)

<sup>305</sup> Siehe zum Schlichtungsverfahren (Frick, Frick – Schlichtung Stuttgart 21 2012) und zur Einschätzung von Bürgerbeteiligung (Frick 2011, 23).

---

Was Benhabib in ihrem Buch für die internationale Politik beschreibt, ist auch auf das Feld kleinräumiger Einigungsprozesse zu übertragen. Allgemeiner hat Benhabib dieses Verfahren mit Referenz auf Jacques Derrida<sup>306</sup> formuliert:

„Demokratische Iterationen sind sprachliche, rechtliche, kulturelle und politische Wiederholungen in Transformation, Anrufungen, die zugleich Widderrufe sind. Sie verändern nicht nur etablierte Auffassungen, sondern transformieren auch, was als begründete oder etablierte Sicht eines autoritativen Präzedenz gilt.“ (Benhabib et al. 2008, 46)

Vermutlich wird die Berücksichtigung vertragskollateraler Interessen durch geeignete diskursive Verfahren das Risiko nichtintendierter Folgen ebenso senken wie es die Viabilität der aus den zweckvertraglichen Regelungen folgenden subjektiven Zweckverwirklichungen verbessert.

Es hat sich gezeigt, dass einerseits die Funktionsfähigkeit von zweckvertraglichen Regelungen auf Randbedingungen beruht, die für das Funktionieren sozialer Interaktionen von wesentlicher Bedeutung sind, und andererseits die zweckvertraglichen Handlungsfolgen in einem sozialen Spannungsfeld angesiedelt sind, das wiederum Einfluss auf die Vertragsgestaltung nimmt und häufig Verfahren der politischen Vermittlung in Gang setzt, die mehr oder minder partizipativ sind.

Damit stellt der Zweckvertrag ein Verfahren des praxisbegleitenden Sprachhandelns dar, das einerseits funktionsfähige soziale Rahmenbedingungen – wie zum Beispiel ein etabliertes positives und durchsetzungsfähiges Rechtssystem – als explizite, z.B. im Zusammenhang mit Sanktionen, oder implizite, z.B. im Zusammenhang mit der Geschäftsfähigkeit der interagierenden Personen, Referenzen nutzt, sie andererseits aber

---

<sup>306</sup> Siehe (Benhabib et al. 2008, 45) und (Derrida 2004, 80 ff.)

auch durch ihren Gebrauch stabilisiert. Der Zweckvertrag stellt damit ein sozial etabliertes und gut strukturiertes Regelsystem des interaktionalen Interessenaustauschs dar, zeigt sich anschlussfähig an Systeme öffentlicher Diskursivität und bietet sich damit als ein Muster auch für andere interaktive Handlungsformen an, deren selbstverständliche gesellschaftliche Legitimität fraglich wird.

Dies gilt vor allem auch für Interaktionen, die auf das Zusammenspiel von Handlungen rekurren, die in sozialen Rollen<sup>307</sup> vermeintlich festgeschrieben sind.<sup>308</sup> Dass soziale Rollen instabil und Träger von Rollen in den an sie gerichteten Erwartungen der Ausführungen bestimmter Handlungen unsicher werden können, ist in der alltäglichen Praxis leicht zu zeigen. So ist für viele Menschen der sonntägliche Kirchgang nicht mehr so selbstverständlich, wie dies noch für ihre Vorgängergeneration war. Die erforderlichen Handlungen, die mit der Rolle des Kirchenbesuchers während eines Gottesdienstes verbunden sind, sind vielen nicht mehr als zu aktualisierendes Handlungsschema präsent. Hier kommt es hin und wieder zu fehlerhaften Handlungsvollzügen, wenn die Person zum Beispiel an einer falschen Stelle der Liturgie aufsteht oder sich hinsetzt.<sup>309</sup> Ähnliche Beispiele finden sich bei der Erfüllung beruflicher Rol-

---

<sup>307</sup> Zur sozialen Rolle siehe Kap. 2.2, S. 30; Klaus Röhl führt zum von Ralph Dahrendorf in die deutsche Soziologie eingeführten Rollenbegriff aus:

„Soziale Rollen bezeichnen Ansprüche der Gesellschaft an das Verhalten der Träger von Positionen (Rollenverhalten) und Ansprüche an sein Aussehen und seinen Charakter (Rollenattribute).“ (Röhl 1987, 335)

<sup>308</sup> Derartige Interaktionen, deren Funktionalität durch die jeweilige Rollenakzeptanz scheinbar gesichert ist, findet man in vielen Kontexten, sei es im schulischen Bereich zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern oder auch beim Militär zwischen Ausbilderinnen und Ausbildern und den Rekruten.

<sup>309</sup> Viele Pastoren haben sich in der Ausführung der Liturgie inzwischen darauf eingestellt und fordern die Kirchengemeinde an den entscheidenden Stellen explizit auf, aufzustehen oder sich wieder zu setzen. Im Internet finden sich entsprechende Hilfen für das Verständnis des Geschehens während des Gottesdienstes, z.B.: (van Briel 2012).

---



len, wenn Personen nach einer längeren Abwesenheit in ihren Beruf zurückkehren. Die mit einer sozialen Rolle verbundenen Handlungsschemata unterliegen einem Veränderungsprozess, der sich insgesamt durchaus auch auf die Legitimation der Erwartungen an soziale Rollen auswirken kann. So ist es zum Beispiel nicht mehr zu erwarten, dass Schülerinnen und Schüler morgens beim Eintritt der Lehrkraft ins Klassenzimmer aufstehen, aus der Schulbank heraustreten und im Chor die Lehrkraft begrüßen.

Klarstellungen von Rollenerwartungen können als Vereinbarungen im Rahmen statusvertraglicher Regelungen getroffen werden. Entsprechend sind Statusverträge auch zu verstehen als eine Reaktion auf fraglich gewordene Rollenerwartungen und -erfüllungen. Die Explikation im Statusvertrag hat dann die Funktion der Statusstabilisierung, indem den Statusvertragsparteien verdeutlicht wird, wie sie welche Handlungsschemata auszuführen haben.

Für die statusvertraglichen Regelungen stellt sich die Frage, ob ähnliche Mechanismen des Interessenausgleichs auch hier relevant sind oder ob hier das von Lorenzen für die politische Beratungspraxis als bedeutsam ausgewiesene Transsubjektivitätsprinzip von Bedeutung sein könnte. Denn möglicherweise differenziert die Forderung nach Transsubjektivität der Akteure bestimmte Vertragstypen; das heißt, dass statusvertragliche Vereinbarungen<sup>310</sup> vermutlich anderen Geltungsansprüchen unterliegen als zweckvertragliche Regelungen.

Wie gezeigt wurde, binden statusvertragliche Vereinbarungen Parteien auch dann, wenn kein freiwilliger Vertragsabschluss zugrunde liegt. Möglicherweise könnten

---

<sup>310</sup> Bei statusvertraglichen Handlungen agieren die Parteien nicht als Personen mit individuellen Ansprüchen, sondern als Vertreter gesellschaftlicher Rollen. Entsprechend bedeutsam ist es, die eigenen subjektiven Interessen vor dem Hintergrund der Rollenerwartung zu reflektieren und gegebenenfalls zurückzustellen. Es ist also wichtig, die Typen des Status- und Zweckvertrages zu unterscheiden.

---

dann unter diesen Umständen aber verschärfend Anforderungen der Transsubjektivität an die verpflichtenden Parteien angemeldet werden, deren Nachweis den Statusvertrag verbindlich machen. Trifft diese Überlegung zu, könnte dies bedeuten, dass die im Statusvertrag verpflichtenden Parteien gegenüber den verpflichteten Parteien auf Verlangen den Nachweis führen müssten, dass sie nicht auf der Basis subjektiver Eigeninteressen, sondern transsubjektiv auch die Interessen der verpflichteten Parteien realisieren.<sup>311</sup>

Im Zweckvertrag gibt es – wie gezeigt – keine Anforderung an die Parteien, ihre subjektiven Interessen zu transzendieren. Im Gegenteil, die Aufgabe der Parteien besteht darin, einander zu verdeutlichen, dass die Erfüllung der jeweiligen Einzelinteressen ebenfalls im Interesse der anderen Partei liegt. Im Fall des Zweckvertrags geht es darum, die Einzelinteressen im Rahmen einer Verhandlung zueinander kompatibel zu gestalten. Dabei werden die Einzelinteressen nicht transsubjektiv transzendiert, sondern wechselseitig zueinander „abgeschliffen“ oder harmonisiert.

Dagegen geht es bei einem Statusvertrag nicht um einen Leistungsaustausch, sondern um die Koordinierung verschiedener oft nicht vollständig explizierter Handlungen. Dabei treten die Vertragsparteien zueinander in definierten sozialen Rollen in die Verhandlung. Hier geht es nicht nur um die Legitimation einer besonderen Handlung, sondern vor allem um die Wahrnehmung einer spezifischen sozialen Rolle, zu der diese Handlung oder der Handlungskomplex als Rollenfunktion gehört<sup>312</sup>, und das Zu-

---

<sup>311</sup> Eine solche Erwartung würde man mit Vereinbarungshandlungen verknüpfen, in denen eine institutionelle Partei einer personalen Partei gegenüber steht, also zum Beispiel bei Vereinbarungen im schulischen oder sozialarbeiterischen Feld.

<sup>312</sup> Von jemandem in der Rolle des Schülers oder einer Schülerin wird erwartet, dass bestimmte Handlungen vollzogen und andere unterlassen werden. Diese Handlungen sind einzeln nicht immer vollständig aufzulisten und bestehen in einem unabgehobenen Handlungskomplex, der

---

schreiben der Opponentenrolle, weil damit ein sozialer Status wie Dominanz bzw. Submission verbunden ist. Darüber hinaus ist der Beitritt zum Statusvertrag nicht immer freiwillig, sondern an die zugewiesene Rolle geknüpft.

Das hier erkennbare Spannungsfeld zwischen sozialer Rolle und Status ist erkennbar ähnlich dem Verhältnispaar von Rolle und sozialer Position bei Ralf Dahrendorf (Dahrendorf 2010, 33 ff.). Dahrendorf beschreibt die Rolle als das „erwartete Verhalten“ der Bezugsgruppe, bezogen auf eine besondere soziale Position<sup>313</sup>. Die Einhaltung dieser Erwartungen wird gesichert durch eine gesellschaftliche Sanktionspraxis. Dahrendorf unterscheidet hier ein abgestuftes System aus Muss-, Soll- und Kann-Erwartungen, das dem Rolleninhaber Zwänge auferlegt, aber auch gewisse Freiheitsgrade ermöglicht.

Die Gesellschaft als Untersuchungsgegenstand der Soziologie ist für Dahrendorf keine statische Erscheinung, sondern eine sich verändernde Tatsache. Die Erwartungen verändern sich sukzessiv ebenso wie die Rollenhandlungen variieren und sich verändern. Es entstehen Rollenkonflikte, die aus sich widersprechenden Anforderungen von verschiedenen Bezugsgruppen an den Rolleninhaber resultieren können, wenn zum Beispiel Schülerinnen und Schüler an eine Mitschülerin andere Erwartungen haben als die Lehrkräfte. Sie können entstehen aus der Unkenntnis, wie eine neu übernommene Rolle auszuführen ist, zum Beispiel befinden sich Kinder bei ihrer Einschulung sicher in dieser Spannung. Sie können aber auch darin begründet sein, dass Handlungsschemata nicht mehr selbstverständlich als Ausführungen einer Rolle verstanden werden, sodass

---

die soziale Rolle ausfüllt. Eine Fundgrube für (klischeehaft übersteigerte) Rollenerwartungen ist der Film „Die Feuerzangenbowle“ von 1944.

<sup>313</sup> Der Begriff der „Position“ wird von Dahrendorf hier im Wesentlichen synonym zu „Status“ gebraucht, wenngleich er mit Status weitergehend auch normative Konnotationen verbindet; siehe: (Dahrendorf 2010, 67).

---

die Erwartungen der Bezugsgruppe nicht mehr eindeutig vom Rolleninhaber identifizierbar sind. Vermutlich wird sich diese Erosion von traditionellen Rollenerwartungen von ihren Rändern aus – von den Kann-Erwartungen in der Terminologie Dahrendorfs – entwickeln und kann selbst die sehr stabilen Muss-Erwartungen verändern:

„Die Klassifikation und Definition der Sanktionen, die Konformität mit sozialem Rollenverhalten garantieren, führt uns ersichtlich in die Sphäre der Rechtssoziologie hinein. Zwischen Muß-, Soll- und Kann-Erwartungen einerseits, Gesetz, Sitte und Gewohnheit andererseits besteht nicht nur eine Analogie, sondern diese beiden Begriffsgruppen beziehen sich auf identische Gegenstände. Wie wir im Bereich des Rechtes annehmen können, daß jede Gesellschaft ständig Prozesse der Verfestigung von Gewohnheiten zu Sitten, von Sitten zu Gesetzen aufweist, so unterliegen auch soziale Rollen ständigem Wandel in diesem Sinne. Wie Gesetze bei Veränderung ihres sozialen Hintergrundes an Geltung verlieren können, so unterliegen auch Muß-Erwartungen einem Prozeß des Geltungswandels.“ (Dahrendorf 2010, 41)

Statusvertragliche Verhandlungen können verstanden werden als Versuche, Erwartungen von Bezugsgruppen an einen Rolleninhaber abzustimmen<sup>314</sup>, was voraussetzt, dass eben diese Präsuppositionen nicht mehr von allen Beteiligten geteilt werden, es also

---

<sup>314</sup> Statusvertragliche Regelungen sind natürlich nicht die einzigen Verfahren, um Rollenerwartungen zu stabilisieren oder neu zu etablieren. Dies sind ganz alltägliche Prozesse fortwährender gesellschaftlicher Anpassung, die nach Dahrendorf entsprechend institutionalisiert sind:

„Positionszuordnung und Rollenverinnerlichung sind komplementäre Prozesse, mit deren Sicherung die industrielle Gesellschaft nicht zufällig vornehmlich einen einzigen institutionellen Bereich – den des Erziehungssystems – beauftragt hat. Allerdings wird das Erziehungssystem auch in modernen Gesellschaften noch von der Familie, der Kirche und anderen Organisationen in seinen Aufgaben der Zuordnung und Sozialisierung unterstützt.“ (Dahrendorf 2010, 57)

---

keine selbstverständliche Anknüpfungen an gemeinsame Traditionen oder andere Verfahren gibt. Damit ist ein Proponent in der statusvertraglichen Verhandlung in der Pflicht, dem Opponenten gegenüber seine Aufforderung zu begründen, also den Nachweis zu führen, warum die geforderte Handlung vom Opponenten verlangt werden kann.

Es muss also argumentiert werden, dass die Rollenzuweisung und die geforderte Handlung als spezifisches Rollenverhalten legitim sind. Dies kann aber nur dann mit Recht behauptet werden, wenn es dem Proponenten gelingt, seine Interessen als proponierende Rolle transsubjektiv zu machen, sie also auch als die Interessen des Opponenten auszuweisen. Fordert ein Proponent einen Opponenten auf, eine bestimmte Handlung als Erfüllung einer sozialen Rolle<sup>315</sup> durchzuführen, kann der Opponent seinerseits den Proponenten auffordern, zu begründen, warum er – der Opponent – dieser Aufforderung Folge leisten soll.

Bei einer zweckvertraglichen Verhandlung wird der Proponent darauf verweisen, dass der Opponent sich nur dann zur geforderten Handlung verpflichten muss, wenn er eine entsprechende Gegenleistung erhält – als Folge der Verpflichtung des Proponenten, seinerseits eine Leistung zu erbringen. Nach Vertragsabschluss – das heißt nach expliziter wechselseitiger Verpflichtung – ist die Rechtfertigung des Proponenten dann nichts weiter als eine Erinnerung an eine vorangegangene Verpflichtung des Opponen-

---

<sup>315</sup> Das Klassenzimmer während der Pause zu verlassen, um diese Zeit auf dem Schulhof zu verbringen, ist zum Beispiel eine Handlungsanforderung an die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schülerrolle, die nicht für die Lehrkräfte in ihrer sozialen Rolle gilt.

---

ten, und die Rechtfertigung befasst sich nicht sachhaltig mit der Handlung als solcher in ihrer Angemessenheit oder Notwendigkeit.<sup>316</sup>

Bei einer statusvertraglichen Regelung, die entweder mit oder auch ohne Zustimmung des Opponenten getroffen wurde, ist der Proponent verpflichtet, nachzuweisen, dass einerseits die Rollenzuweisung zu Recht an den Opponenten erfolgte und dass andererseits zur Erfüllung der im Statusvertrag festgelegten Rolle der Vollzug der in Frage stehenden Handlung gehört. In diesem Fall sieht sich der Proponent nach Aufforderung zur Rechtfertigung durch den Opponenten gezwungen, inhaltlich zu argumentieren. Gelingt ihm das, ist der Opponent verpflichtet, der Rollenzuweisung und in der Konsequenz der statusvertraglichen Handlungskoordination zuzustimmen.<sup>317</sup>

In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung von Wolfgang Kersting zwischen freiwilligen und unfreiwilligen Verpflichtungen sehr erhellend:

„Die Rechtfertigung von Verpflichtungen läßt sich allgemein als Kriterium zur Unterscheidung freiwilliger und unfreiwilliger Verpflichtungen heranziehen. Für alle unfreiwilligen Verpflichtungen gilt, daß sie eine inhaltsabhängige Begründung besitzen, nur auf dem Wege einer Ableitung aus objektiven Normen gerechtfertigt werden können. Für alle freiwilligen Verpflichtungen hingegen gilt, daß sie inhaltsunabhängige Handlungsgründe

---

<sup>316</sup> Der Frage des Opponenten, warum er der Aufforderung des Proponenten Folge leisten solle, kann der Proponent entgegen: „Weil du es versprochen hast!“ Eine inhaltliche Rechtfertigung findet nicht statt.

<sup>317</sup> So wird eine Lehrkraft darauf verweisen können, dass für Menschen eines bestimmten Alters in Deutschland die Schulpflicht gilt. Die Person in der Opponentenrolle ist in dem entsprechenden Alter und als Schülerin durch ihre Erziehungsberechtigten an der Schule angemeldet worden. Also kann die Lehrkraft ihr legitimerweise die Rolle der Schülerin zusprechen. Ob daraus eine bestimmte Handlung folgt, die die Lehrkraft zu Recht einfordern darf, wäre dann Sache des nächsten Legitimationsschritts.

---

darstellen: in welcher Form auch immer die Selbstverpflichtung erfolgt ist, als Versprechen oder Vertrag, als Zustimmung, Eid oder Schwur, die Forderung nach Erfüllung der Verpflichtung muß sich nicht mit inhaltlichen Gründen rechtfertigen, der Hinweis darauf, daß ein Versprechen gegeben oder ein Vertrag geschlossen worden ist, daß eine förmliche Zustimmung gegeben oder ein Eid oder ein Schwur geleistet worden ist, ist eine ausreichende Rechtfertigung.“ (Kersting 2005, 26)

Kersting unterscheidet zwei Klassen der inhaltsunabhängigen Rechtfertigung: freiwillige Verpflichtung und Autorität. Die von ihm als autoritätsentmachtend apostrophierte Aufklärung beschreibt er entsprechend als einen Prozess von einer inhaltsunabhängigen Rechtfertigungspraxis durch Autorität hin zu einer inhaltsabhängigen Rechtfertigungspraxis durch Rekurs auf begründete Normen. Unter dieser Betrachtungsweise bietet sich ihm die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrages als „ein interessantes Zusammenspiel der beiden Typen inhaltsunabhängiger Rechtfertigungsgründe (...): die leviathanische Autorität des Hobbesschen Staates, die die absolute Autorität des voluntaristischen Gottes ins Irdisch-Politische übersetzt und wie diese durch keinerlei inhaltliche Rechtfertigungsgründe eingegrenzt ist, wird theoretisch gleichwohl als Autoritätsderivat eingeführt.“ (Kersting 2005, 26)

Der Appell an Autorität zur Durchsetzung von Aufforderungen an einen Opponenten ist nur dann funktional, wenn dieser Anspruch machtvoll durchgesetzt werden kann, also durch Vorzeigen von Zwangsmitteln und damit als Gewalthandlung, oder weil der Opponent mit der Akzeptanz der eigenen sozialen Rolle auch die Anerkennung der superioren Rolle des Proponenten anerkennt. Wie Röhl mit Verweis auf Dahrendorf beschreibt, zeichnen sich Rollenerwartungen „dadurch aus, daß ihnen eine gewisse Verbindlichkeit zukommt, die darauf beruht, daß die Gesellschaft über Sanktionen verfügt, mit denen sie ihren Erwartungen Nachdruck zu verleihen vermag. Das Vorhandensein von Sanktionen macht Rollenerwartungen faßbar und überprüfbar“ (Röhl 1987, 336). Sanktionen ihrerseits müssen von den Adressaten als Sanktionen aner-

kannt sein, damit sie als Folge einer fehlerhaften Handlung im Zusammenhang mit einer Rolle verstanden werden kann. Eine Sanktion, die als solche vom Adressaten nicht anerkannt ist, wird von diesem lediglich als gewalttätiger Akt der Willkür und als „ungerecht“ verstanden. Soziale Rollen und die mit ihnen verbundenen Sanktionen zur Stabilisierung der mit der Rollenerwartung verbundenen Handlungsschemata können dann als funktional gelten, wenn den daraus resultierenden Aufforderungen Folge geleistet wird.<sup>318</sup> Treten Verunsicherungen in der Ausführung sozialer Rollen auf, wird dies auch die Durchsetzbarkeit von Sanktionen betreffen.

Es lässt sich behaupten, dass der Versuch, dort vertragliche Regelungen zu treffen, wo vormals andere Verfahren der Handlungskoordination verwendet wurden, darauf hinweist, dass Einzelne oder auch ganze soziale Gruppen die bisherigen Interaktionsmuster als nicht mehr vollständig funktional bezüglich ihrer Aufgabe der Handlungskoordination einschätzen und gleichzeitig die Auffassung vertreten, dass diese Funktionen durch eine Kontraktregelung besser zu erfüllen sind. Die Einführung von Kontrakten in solchen Situationen verweist entsprechend auf eine Erosion sozialer Rollen und der entsprechenden sozialen Positionen. Es ist anzunehmen, dass dieser Erosionsprozess begleitet wird von zunehmenden Legitimationsansprüchen an die Absender von rollengemäßen Aufforderungen, deren Rechtfertigungen zunehmend problematischer werden. Die vertraglichen Regelungen, die dann alternativ zu bisherigen Verfahren eingesetzt werden, sind dem gleichen Legitimationsdruck ausgesetzt. Da dieser nicht wie beim Zweckvertrag binnenvertraglich durch Verweis auf eine freiwillige Ver-

---

<sup>318</sup> Die Frage, ob die Funktionalität auch gleichzeitig die Legitimität von Rollen und Sanktionen umfasst, wird hier noch nicht beantwortet. Es ist allerdings vorstellbar und wohl auch empirisch nachzuweisen, dass Menschen zwar ihren sozialen Rollen gemäß handeln, aber dennoch die Legitimität dieser Rollenzuweisungen bestreiten würden. Dies trifft sicher für politische Gewaltherrschaften zu, mag aber auch für sozialpolitisch umstrittene Sachverhalte gelten, z.B. akute Einschränkungen des Demonstrationsrechts durch polizeiliche Maßnahmen, nicht nachvollziehbares Verwaltungshandeln und ähnliches.

---



pflichtung unthematisch befriedigt werden kann, ist der in der Vertragsverhandlung auffordernde Proponent verpflichtet, sein Begehren gegenüber dem Opponenten inhaltlich zu rechtfertigen.

An die Stelle des Rekurses auf Traditionen, der möglicherweise bei unproblematischen und eingespielten Rollenverständnissen gelingt, kann dann ein dialogisches Verfahren der Transzendierung der persönlichen Interessen in transsubjektive Ansprüche eine neue Legitimationsbasis schaffen. Wenn es dem Proponenten gelingt, deutlich zu machen, dass seine Forderungen transsubjektiv sind<sup>319</sup>, weist er damit nach, dass die Verwirklichung dieser Forderungen im Interesse von jedem, also auch im Interesse des Opponenten ist. Allerdings ist damit der Proponent noch nicht davon befreit, den Nachweis der Personalisierung zu führen, denn es ist auf den ersten Blick nicht einleuchtend, warum sich diese Aufforderung ausgerechnet an den Opponenten richtet. Damit ist der Proponent über den Nachweis, die von ihm verfolgten Zwecke seien transsubjektiv und würden damit von jedem geteilt, hinaus verpflichtet, den Zusammenhang nachzuweisen, der den Opponenten als Handelnden bindet, den geforderten Zweck zu verwirklichen. Damit ist eine Argumentation zu wählen, die anders als in zweckvertraglichen Verhandlungen nicht auf einen für die Parteien gleichwertigen Leistungsaustausch zielt, sondern auf die thematischen Inhalte des in Frage stehenden Vertrages.<sup>320</sup>

---

<sup>319</sup> Transsubjektiv ist ein Zweck dann, wenn seine Verwirklichung im Interesse von jedem liegt. Das bedeutet aber noch nicht, dass auch jeder diesen Zweck verwirklichen kann oder in einer konkreten Situation verwirklichen muss. Vermutlich ist dies nicht nur eine Frage der Kompetenz, also der Frage, ob die aufgeforderte Person in der Lage ist, den Zweck zu verwirklichen. So kann die Realisierung des Zwecks für die Person auch mit einem unzumutbaren Aufwand verbunden oder es können gleichberechtigte konkurrierende Zwecke im Spiel sein.

<sup>320</sup> Während sich im Zweckvertrag die Parteien auf einen freiwilligen Leistungsaustausch verständigen können (z.B. Geld gegen Ware), muss im Statusvertrag nachgewiesen werden, warum der aufgeforderte Opponent eine besondere Handlung vollziehen oder unterlassen soll. Wenn

---

Es ist also deutlich, dass zweck- und statusvertragliche Regelungen sich auch in Bezug auf die Rechtfertigungsstrategien zwischen den Vertragspartnern unterscheiden.

Zweckvertragliche Interaktionen erhalten ihre Funktionalität durch soziale Rahmenregeln, die die wechselseitigen Erwartungen der Vertragspartner ebenso präsupponieren wie die sozialen Grenzen des Kontraktes<sup>321</sup> selbst. Solche Rahmenregeln sind auch für statusvertragliche Regelungen zu unterstellen. Sie normieren soziale Rollen, indem sie zum Beispiel berufliche Zugänge definieren, Altersgrenzen festschreiben oder bestimmten Funktionsträgern besondere Kompetenzen zuweisen. Doch wie das oben dargestellte Beispiel des Kirchgangs zeigt, ist mit der Funktionsvorgabe und anderen Rahmenregeln die Funktionalität der rollengestützten Interaktion nicht hinreichend stabilisiert und muss im Statusvertrag gesondert inhaltlich in doppelter Weise gegenüber dem Opponenten nachgewiesen werden, zum einen als ein von ihm zu teilenden transsubjektiver Handlungszweck und zum anderen als Handlungsaufgabe des Opponenten.

Gelingt dieser doppelte Nachweis im Statusvertrag, ist es allerdings einfacher, die Frage der Vertragsfolgen für nicht am Vertragshandeln Beteiligte zu klären. Wenn die Proponentenstrategie darauf abzielte, dem Opponenten zu verdeutlichen, dass mit dem Statusvertrag transsubjektive Zwecke verfolgt werden, kann diese Strategie quasi unterbrechungsfrei auch vertragsextern fortgesetzt werden.

---

eine Schülerin sich im Rahmen einer Lernvereinbarung zu einer bestimmten Lernroutine verpflichten soll, ist die zugesagte Unterstützung durch einen Tutor kein Leistungsaustausch, sondern eine weitere Hilfe zur Zielerreichung, wobei dieses bestimmte Ziel – z.B. Erreichen des Abiturs – Bestandteil der Rollenbeschreibung dieser Schülerin sein wird: Sie besucht die Schule, um einen Abschluss – das Abitur – zu erreichen. Es geht also im Statusvertrag um thematische Aspekte der Rollenfunktion, die zu legitimieren sind.

<sup>321</sup> So ist es gesetzlich verboten, bestimmte Dinge zu verkaufen oder zu kaufen. Dies betrifft z.B. in Deutschland bestimmte Rauschmittel (BtMG §§ 29 ff.).

---

Zusammenfassend kann man die Rechtfertigungsstrategien von Zweck- und Statusverträgen deutlich unterscheiden.

Beiden gemeinsam sind Rahmenregeln, die den Zugang, Verfahren und die Themen der Vereinbarungen regeln. Diese Rahmenregeln sind nicht immer, aber häufig als positive Rechtssetzung normiert. Die Rahmenregeln von Zweckverträgen betreffen insbesondere die Sicherung der Vertragsfreiheit, der personalen Vertragssymmetrie und ein Spektrum der Leistungsreziprozität<sup>322</sup>. Bei Statusverträgen sind die Rahmenregeln weniger strikt durch kodifiziertes Recht gesetzt, sondern mehr einem allgemeinen Verständnis institutioneller Rollenmuster, z.B. im Verhältnis Lehrkraft / Schüler, Arbeitsamt / Arbeitsuchender. Allerdings gelten auch hier für diese „regionalen Lebenswelten“<sup>323</sup> häufig spezifische gesetzliche Regelungen. Aber es gibt weder Anforderungen an personaler Symmetrie, noch spielt die Vertragsfreiheit eine entscheidende Rolle.

Das Binnenverhältnis zwischen den Vertragspartnern ist im Zweckvertrag durch Verfahren des Interessenausgleichs bestimmt, im Statusvertrag durch argumentative Verfahren der Rechtfertigung, bei denen das Prinzip der Transsubjektivität funktional werden kann.

---

<sup>322</sup> Damit ist ein angemessenes Tauschverhältnis gemeint. Selbstverständlich ist es jedem Vertragspartner überlassen, einen Gegenstand überteuert zu erwerben oder unter Preis zu veräußern. Allerdings wird bei sehr starken Abweichungen dies als starkes Indiz für einen Betrug zu werten sein (siehe (StGB 2011) § 263 (Betrug) oder § 291 (Wucher)).

<sup>323</sup> Mit dieser Bezeichnung ist lediglich gemeint, dass es mehr oder minder gut differenzierbare Alltagswirklichkeiten mit einem relativ abgrenzbaren Reglement gibt. So ist die Lebenswirklichkeit einer arbeitslosen Person im Kontakt mit der Arbeitsagentur von Verfahren und Regelungen bestimmt, die die Alltagsabläufe dieser Person während der Zeiten ihrer Berufstätigkeit klar unterscheiden.

---

Für die Frage der Handlungsfolgen aus Verträgen kann das Argumentationsmuster des Statusvertrages generalisiert werden. Was für den Opponenten gilt, gilt dann darüberhinaus auch für alle anderen Personen. Der Zweckvertrag muss an dieser Stelle im Unterschied zum Statusvertrag eine eigene Rechtfertigungsstrategie entwickeln, bei der das Prinzip der Transsubjektivität bedeutsam sein kann, welches im Statusvertrag bereits als binnenvertragliche Legitimationsstrategie relevant ist.

Mit dem Prinzip der Transsubjektivität verbunden ist die Frage nach der Universalisierbarkeit von Legitimationen.

### **4.3 Transsubjektivität und Universalisierung<sup>324</sup> von Legitimationsansprüchen**

Mit der Forderung, eine Argumentation oder eine Legitimation transsubjektiv auszurichten, ist der Anspruch verbunden, eine Rechtfertigung so zu wählen, dass sie gegenüber allen Personen zu verteidigen ist. Eine solche Universalisierungsanforderung findet sich entsprechend in der Wahrheitsdefinition des Methodischen Konstruktivismus:

„Wir werden vielmehr eine These erst dann *w a h r* nennen, wenn sie gegen *j e d e* mögliche Opposition verteidigt werden kann. (...) Erst durch Angabe einer Gewinnstrategie ist der Dialog „definitiv gewonnen“ (...)“  
(Kamlah und Lorenzen 1992, 212) (Herv. im Original)

Übertragen auf die Praxis der Rechtfertigung zielt ein solcher Wahrheitsanspruch nicht nur auf den Personenkreis, der von der in Frage stehenden Handlung als Widerfahrnis betroffen ist, sondern jede Person kann die Rolle des Opponenten einnehmen. Folgt man Kamlah und Lorenzen, gibt es hier nur die Einschränkung, dass die Person „sachkundig, gutwillig und normalsinnig“ sein muss (Kamlah und Lorenzen 1992, 119). Liegen diese Bedingungen nicht vor, d.h. wird in einem Diskurs festgestellt, dass sich die Präsuppositionen nicht einlösen, gibt es neben der Möglichkeit des Diskursabbruchs auch die, diese Bedingungen in geeigneter Weise herzustellen. Die Sachkundigkeit kann zum Beispiel durch geeignete Informationen hergestellt werden, die

---

<sup>324</sup> Carl Friedrich Gethmann verwendet den Ausdruck der Universalität als eine Anleihe bei Schwemmer (Schwemmer 1980, 130) und führt den Begriff wie folgt ein:

„Universalität entsteht durch jene Form der Rechtfertigung von Imperativen, bei der der Geltungsanspruch gegenüber jedermann zum Zwecke der Lösung einer Konfliktsituation eingelöst werden kann.“ (Gethmann 1992, 149)

---

Normalsinnigkeit vielleicht durch den Einsatz geeigneter Hilfsmittel und die Gutwilligkeit durch geeignete Verfahren der Streitschlichtung. Damit ist allerdings nicht gesagt, dass die Herstellung dieser Bedingungen in jedem Fall erfolgreich sein wird.<sup>325</sup> Dennoch ist davon auszugehen, wenn ein Proponent gegenüber einer anderen Person Ansprüche geltend macht, dass diese die von Kamlah und Lorenzen formulierten Minimalbedingungen mitbringt. Trifft dies nicht zu, sind sie gegebenenfalls metadiskursiv zu schaffen.

Einem solchen universalisierten Rechtfertigungsanspruch, der bei seiner vollständigen Befriedigung dazu führen würde, der Handlung den Metaapprädikator „richtig“<sup>326</sup> zuzusprechen, kann in mehrfacher Weise entgegnet werden:

Einerseits kann man sich bescheiden und darauf beharren, dass es nur darauf ankommt, die Rechtfertigungsansprüche derjenigen zu befriedigen, die nachgewiesenermaßen die Handlung des Proponenten als Widerfahrnis erfahren. Dies würde aber zunächst bedeuten, dass der Rechtfertigungsanspruch des Opponenten mit der Aufforderung beantwortet werden würde, erst einmal nachzuweisen, dass der anfragende Opponent überhaupt von dieser Handlung als Widerfahrnis betroffen wäre. Erst wenn dies im Konsens geklärt wäre, würde die faktische Rechtfertigung des Proponenten beginnen. Brunkhorst et al. verweisen im Habermas-Handbuch auf eine im Zusammenhang mit Legitimationsansprüchen interessante Nuance. Dabei geht es nicht nur darum, dass der Proponent seine Aufforderung an den Opponenten zu rechtfertigen hat, sondern auch darum, dass der Opponent gute Gründe anzugeben hat, wenn er die Aufforderung des Proponenten zurückweist. Dies bietet die Möglichkeit, aus der

---

<sup>325</sup> Zur „Störanfälligkeit von lebensweltlichen Konfliktlösungen“ siehe (Gethmann 1992, 166).

<sup>326</sup> „Wahr“ und „falsch“ sind Metaapprädikatoren im Zusammenhang mit einem mellontischen Begründungsverfahren. „Richtig“ und „falsch“ oder „gerecht“ und „ungerecht“ sind Metaapprädikatoren im Zusammenhang mit einem deontischen Rechtfertigungsverfahren.

---

Rawlsschen Konzeption des „Schleiers des Unwissens“, die aus dem Umstand, dass jeder Einzelne lediglich die eigenen Zwecke verfolgt, eine Situation verwandelt, in der sich ein transsubjektiver Zweckhorizont entfaltet, ein dialogisches Verfahren zu konstruieren:

„Die Rawls'sche Deutung der praktischen Vernunft verliert auf diese Weise ihren monologischen Charakter, da es nicht ausreicht, aus Sicht irgendeines anderen, die dann doch bloß *meine* auf die anderen projizierte Sicht ist, zu prüfen, was als allgemein zustimmungsfähig erscheint. Bei Scanlon muss jeder aus seiner Perspektive beurteilen, welche Handlungsweisen als allgemeine Praxis von niemandem im Kreis der Betroffenen aus guten Gründen zurückgewiesen werden können. Das verlangt jedem Einzelnen ein *begründetes Einverständnis* ab. Statt einer Gerechtigkeitsperspektive, die den Parteien übergestülpt wird, müssen sich die Beteiligten wenigstens virtuell eine intersubjektive Einigung vorstellen, die sie als gerecht ansehen.“ (Brunkhorst et al. 2009, 100)

Dennoch ändert die Begrenzung des Legitimationsanspruchs auf den Personenkreis von Betroffenen prinzipiell nichts an der Problematik, da jeder grundsätzlich berechtigt sein würde, den Nachweis der Betroffenheit zu führen. Der Proponent muss also auch unter der Prämisse der Opponentenbegrenzung auf den Kreis der dann potentiell Betroffenen von einem unabschließbaren Rechtfertigungsverfahren ausgehen.

Andererseits kann der Opponent ein Rechtfertigungsverfahren wählen, dass von jedem, der „vernünftig“<sup>327</sup> ist, akzeptiert werden würde, wenn er denn am Diskurs teil-

---

<sup>327</sup> „Vernünftig“ in diesem Sinne ist ein Prädikator, der Personen zugesprochen wird, die bestimmte Bedingungen erfüllen, z.B. nach Lorenzen „normalsinnig, sachkundig und gutwillig“ sind; siehe (Kamlah und Lorenzen 1992, 119).

---

nähme. Dies wäre ein Verfahren, dass man als „fiktive Zustimmung“ bezeichnen könnte.

Auch im Zusammenhang mit der „fiktiven Zustimmung“<sup>328</sup> ist das Rawlssche Gedankenspiel des „Schleiers des Unwissens“ interessant, wie Harmut Kliemt drastisch am Beispiel der Lebendspende von Nieren beschreibt.

„Damit entsteht das Problem, warum solche Regeln nicht in einer Zustimmungstheorie der Rechtfertigung als legitimiert angesehen werden sollten. Sie liegen im Interesse von praktisch jedermann und greifen – anders als das Opfer des eigenen Lebens – nicht in einer Weise in unser Leben ein, die emotional von den Betroffenen nicht bewältigt werden könnte. Es scheint daher so, dass ein Anhänger des Gedankens vom fiktiven Gesellschaftsvertrag unter fiktiven Individuen entsprechende Vorgehensweisen für moralisch gerechtfertigt halten muss. Darüber hinaus sollte er es für legitim halten, die betreffenden Institutionen in der Gesellschaft einführen zu wollen.

(...)

Wer meint, dass fiktive Zustimmung fiktiver Individuen reales Gewicht für die Rechtfertigung realer Institutionen und zur Rechtfertigung der Zwangsanwendung gegen reale Individuen haben kann, der muss die voran

---

<sup>328</sup> Mit „fiktiver Zustimmung“ soll hier nicht der Umstand repräsentativer Entscheidungsfindung verstanden werden, die zum Beispiel im Rahmen eines Delegationsverfahrens stattfindet. In solchen Fällen werden die Repräsentanten oder die Delegierten bei den entsprechenden Versammlungen über ihr Argumentations- und Abstimmungsverhalten gegenüber den von ihnen vertretenen Personen Rechenschaft ablegen müssen. Es handelt sich hier also eher um eine verschobene oder stellvertretene faktische Zustimmung. Diese Differenzierung wird bei Peter Kroppe nicht so detailliert vollzogen, der die repräsentative Entscheidung als Beispiel für fiktive Zustimmung heranzieht (Kroppe 2009, 36). Hier ist mit „fiktiver Zustimmung“ die Unterstellung gemeint, dass Personen einem Sachverhalt zustimmen würden, wenn man sie befragen würde.

---



gehenden Konsequenzen ziehen. Er rechtfertigt dann realen Zwang potentiell mit fiktiver Zustimmung.“ (Kliemt 2003, 92)

Ein dritter Weg, einen Rechtfertigungsdiskurs vor dem Hintergrund prinzipiell nicht abschließbarer Legitimationspflicht zu führen, besteht darin, nicht nur die Sachlage argumentativ zu vertreten, sondern ein Argumentationsmuster vorzuführen, dass bei seiner Ablehnung durch den Opponenten diesen in einen Selbstwiderspruch verstrickt. Eine solche retorsive Argumentationsfigur beschreibt Carl Friedrich Gethmann (Gethmann 1992, 148 - 175), auf den sich der nachfolgende Abschnitt wesentlich bezieht.

#### **4.4 Die Argumentationsfigur der Retorsion**

Im angesprochenen Aufsatz zeigt Gethmann auf, dass der Methodische Konstruktivismus neben der Perspektive wissenschaftlicher Fundierungsprogramme einen zentralen ethischen Kern besitzt, der letztlich auch wesentlich für die „Theorien des mathematischen, technischen und historischen Wissens“ (Gethmann 1992, 148) sein sollte.

Die analoge Übertragung der Wahrheitsdefinition aus der Logischen Propädeutik auf den ethischen Bereich wird von Gethmann wie folgt dargestellt:

„Für die praktische Philosophie ergab sich nach diesem Rekonstruktionsansatz eine einfache Möglichkeit, allgemein verbindliche Handlungsorientierungen zu formulieren: Universalität entsteht durch jene Form der Rechtfertigung von Imperativen, bei der der Geltungsanspruch gegenüber jedermann zum Zwecke der Lösung einer Konfliktsituation eingelöst werden kann.“ (Gethmann 1992, 149 f.)

Nach Gethmann argumentieren sowohl Oswald Schwemmer als auch Friedrich Kambartel<sup>329</sup> gegen diesen Universalisierungsanspruch. Ebenso verweist auch Paul Lorenzen auf Argumentationsschwierigkeiten, die beim Versuch einer vorpolitischen ethischen Fundierung entstehen (Lorenzen 1987, 238 f.) Die Notwendigkeit einer Ethik im

---

<sup>329</sup> Beide Autoren sehen im Universalitätsanspruch einen Widerspruch zur kontingent erlebten Praxis, auf die sich menschliches Handeln ausrichtet. Es sei darauf verwiesen, dass dieser Umstand aber auch bedeutsam für die Geltungsansprüche wissenschaftlicher Theorie sein kann, zumindest vor dem Hintergrund eines methodisch-konstruktivistischen Theorieverständnisses der Stützung von Praxis. Dass beide Sphären, die theoretische und die praktische, nicht so rigoros zu trennen sind, macht Gethmann mit Verweis auf Argumentationen deutlich, die aus einer spezifischen sozialen Zugehörigkeit folgen (Gethmann 1992, 153).

---

Sinne von universalen Geltungsansprüchen ist für Lorenzen erst eine Konsequenz aus der politischen Praxis:

„Und eine Ethik (das ist die hier vorgetragene These) läßt sich als begründete Wissenschaft auf der Basis der politischen Praxis nur dann aufbauen, wenn aus der posttraditionalen Not dieser Praxis das Denken um des Friedens willen – zunächst in vorwissenschaftlicher Weise – schon begonnen hat.“ (Lorenzen 1987, 239)

Dies ist auch der Ansatz Gethmanns, der erklärt, dass Universalität nicht die Voraussetzung moralischen Handelns ist, „sondern Universalität ist erst dann eine praktische Kategorie, wenn die gewaltfreie Konfliktlösung bereits ein kulturelles Faktum ist. Auch hier ist Universalität eingebunden in eine bestimmte Lebensweltkonstellation“ (Gethmann 1992, 151). Gethmann ist auch darin zuzustimmen, dass eine Verpflichtung nicht erst dann gilt, wenn sie für jedermann gilt, also universell ist, sondern auch schon dann, wenn der Adressat die Verpflichtung gegen sich gelten lässt, oder auch, wenn die Verpflichtung in einer sozialen Gruppe anerkannt ist, auf die sich der Adressat bezieht. Diese beiden Situationen sind bekannt als Ansprüche von Geltung für den Zweckvertrag im ersten Fall und für den Statusvertrag im zweiten. Entsprechend stellt sich die Frage, ob bestimmte Verpflichtungen gegen jeden gelten sollen. Nur wenn diese Frage bejaht wird, hat die normative Universalität einen Ort in der Lebenswelt, und nur dann gibt es Verpflichtungen, die prinzipiell legitim sind.

Mit Gethmann ist in diesem Zusammenhang auch auf einen entscheidenden Unterschied zwischen naturwissenschaftlichen und ethischen Begründungsverfahren zu verweisen. Der Methodische Konstruktivismus verfährt hier im Fundierungsprozess

der praktischen<sup>330</sup> Argumentation in analoger Weise zur epistemischen Begründung: Die Letztbegründung ist in ihrer letzten Konsequenz lebensweltlich fundiert in der Weise, dass nicht zustimmungsbereite Opponenten letztlich in der Konsequenz die Tauglichkeit ihrer eigenen Position in der eigenen Lebenswelt erfahren werden.

„Ob wir die Regeln von Geometrie, Arithmetik oder Mechanik für kultur-invariant halten oder nicht, ist für das tatsächliche Handeln prima facie nicht sehr folgenreich; denn wer von diesen Regeln überzeugt ist und nach ihnen operiert, profitiert von ihnen, wer hingegen nicht davon überzeugt ist, kommt entweder auch so zurecht, hat andere Lösungen oder geht unter (womit sich die Anerkennung der Universalität nach darwinistischen Gesetzen einstellt). Wer also das theoretische Subjekt geometrischer (usw.) Geltungsansprüche ist, bleibt eine praktisch folgenlose Frage. Demgegenüber ist es praktisch höchst bedeutsam, wer als praktisches Subjekt anerkannt wird, das heißt für wie weitreichend die Handelnden die Verpflichtung ihres Handelns einschätzen. Ob zum Beispiel die Menschenrechte nur für Griechen oder auch für Barbaren, nur für Christen oder auch für Heiden (Arier – Nicht-Arier, Weiße – Schwarze, Kapitalisten – Proletarier, Männer – Frauen usw.) gelten sollen, hat für die Betroffenen primäre prak-

---

<sup>330</sup> „Praxis“ und „praktisch“ wird in diesem Zusammenhang im Sinne der praktischen Philosophie in der aristotelischen Unterscheidung von Poiesis als herstellendes Handeln, Praxis als soziales und politisches Handeln, Noesis als wissenschaftlich betrachtendes Handeln verstanden. Zur Unterscheidung zwischen Poiesis bzw. Techné und Praxis:

„Bei dem, was Veränderung zulässt, ist die Möglichkeit des Hervorbringens und die des Handelns zu unterscheiden. Hervorbringen und Handeln sind zwei verschiedene Tätigkeiten - was diesen Punkt betrifft, so verlassen wir uns auch auf die exoterischen Schriften - weshalb auch die auf ein Handeln abzielende reflektierende Grundhaltung etwas anderes ist als die auf ein Hervorbringen abzielende reflektierende Grundhaltung. Daher ist auch keines im anderen mit enthalten, denn Handeln ist nicht Hervorbringen und Hervorbringen ist nicht Handeln.“ (Aristoteles 1983, 1140 a 1- 5)

---

tische Bedeutung. Das heißt, praktische Subjektivität („Personalität“) umfaßt nicht nur die Trägerschaft regulativer Geltungsansprüche (so wie die theoretische Subjektivität die Trägerschaft konstativer Geltungsansprüche umfaßt), sondern auch das Recht auf Anerkennung als Subjekt.“ (Gethmann 1992, 152 f.)

Die Konsequenz aus dieser Unterscheidung liegt in der Bedeutung der universalistischen Geltung. Der universalistische Anspruch selbst ist nicht Teil einer Geometrie. Ob dieser Anspruch erhoben wird oder nicht, ändert also nichts an der Konzeption der Euklidischen Geometrie. Für die Ethik hingegen ist der universalistische Anspruch eine wesentliche Position der Ethik selbst. Gethmann fasst diese Unterscheidung als Gegenposition zu Schwemmer und Kambartel zusammen:

„[E]s ist zwar richtig, scharf zwischen theoretischem (zum Beispiel wissenschaftlichem) Universalismus und praktischen Geltungsansprüchen zu unterscheiden; daraus folgt aber keineswegs, daß es keinen praktischen Universalismus gibt oder, sofern es einen gibt, daß dieser bedeutungslos ist.“ (Gethmann 1992, 153)

Mit seiner Argumentation versucht Gethmann den Nachweis zu führen, dass die Frage der Anerkennung von Verpflichtungen – eines Sollens, wie er sagt – auch ein Reichweitenproblem ist. Er bietet ein dreistufiges System an, indem er zwischen Verpflichtungen, die nur den Handelnden selbst betreffen, den Verbindlichkeiten, die eine bestimmte Gruppe angehen und Verbindlichkeiten, die alle betreffen, einen ethischen Solipsismus, Partikularismus und Universalismus unterscheidet. Das bedeutet allerdings nicht, dass jede Verpflichtung universell gilt, wohl aber, dass es möglich ist, dass manche Verpflichtungen diese Verbindlichkeitsreichweite haben können.

Die Frage ist, wie solche Verpflichtungen gestaltet sind, oder, um mit Gethmann zu reden, „ob die Vorstellung der Geltung für jedermann überhaupt einen lebensweltlichen Ort hat, da doch unbestreitbar ist, daß das konkrete Handeln immer situativ ein-

gebunden ist“ (Gethmann 1992, 154). Gibt es also Verpflichtungen, die gegen jeden gelten?

Da für Gethmann „der eigentliche „Sitz im Leben“ des Problems des praktischen Universalismus“ die Diskursform der Universalisierung ist, ist für ihn diese Frage nur in der Rekonstruktion einer Fundamentalpragmatik im Sinne des ersten Kapitels einer Ethik zu lösen. Anders als die frühen Ansätze der Erlanger Schule unterscheidet Gethmann bereits am Anfang eindeutig zwischen poietischen und praktischen Handlungen und folgt damit der aristotelischen Tradition, wie sie in den Aristotelischen Ethiken, aber auch in der Rhetorik und Politik getroffen wurde<sup>331</sup>. Kamlah und Lorenzen haben die frühe Unterscheidung zwischen Poiesis als technikgestütztes Herstellen und Praxis als zwischenmenschliches Handeln zugunsten der Poiesis getroffen, weil sie der Auffassung waren, mit der epipraktischen Rede, die letztlich auf nichtsprachliches Handeln verweist und damit kontrollierbar ist, leichter Missverständnissen ausweichen zu können als in der empraktischen Rede, die bereits kommentierend sich auf sprachliches Handeln bezieht und damit der zwischenmenschlichen Praxis zugeordnet werden kann.<sup>332</sup> Diese Missverständnisse – darin ist Gethmann sicher Recht zu geben (Gethmann 1992, 157) – können zu Zirkelschlüssen führen. Gethmann ist allerdings der Auffassung, dass diese Schwierigkeit des Anfangs dem Umstand geschuldet ist, dass die frühen Erlanger Versuche bereits sehr komplexe praktische Situationen vor Augen hatten:

„Es geht jedoch um eine pragmatisch viel einfachere Abgrenzung, die von vornherein klarstellt, daß das poietisch-instrumentelle Handeln nicht als modellhaft für praktisch-kommunikatives Handeln betrachtet wird. Diese

---

<sup>331</sup> Zu dieser Unterscheidung siehe ausführlich (Rese 2003, 51 - 55).

<sup>332</sup> Siehe (Lorenzen 1987, 20 f.).

---

Abgrenzung braucht lediglich auf die ethisch unproblematische Erfahrung zu rekurrieren, daß zwischenmenschlich relevantes Handeln grundsätzlich etwas anderes ist als das Handeln im Sinne von Herstellen.“ (Gethmann 1992, 157)

Damit besteht aber auch nicht mehr die Möglichkeit, auf die klassischen Beispiele Wittgensteins (das „Plattenlegen“ (Wittgenstein 1980, 24) und Lorenzens (Steinewerfen (Lorenzen 1987, 44 f.) zurückzugreifen. Gethmann wählt stattdessen den Sachverhalt der Streitschlichtung<sup>333</sup>:

„Ebenso wie beim poetisch-instrumentellen Handeln zeigt sich bewährter Sachverstand auch in praktisch-kommunikativen Zusammenhängen, zum Beispiel in der Fähigkeit, Streit zu schlichten oder (schon komplexer) Recht zu sprechen. Parallel zur Herstellungsroutine für die theoretische Philosophie muß man daher von einer Friedfertigkeitrroutine als lebensweltlich elementarer pragmatischer Basis für die praktische Philosophie sprechen.“ (Gethmann 1992, 157)

Neben der Sicherung einer lebensweltlichen „Stelle“<sup>334</sup>, dem Streit und der Streitschlichtung, trifft Gethmann für die Skizzierung einer Fundamentalpragmatik noch drei weitere Klarstellungen, die ihn einerseits – in Bezug zum vor-institutionellen

---

<sup>333</sup> Mit der Anfangssituation des Streits hat sich Lorenzen bereits 1978 auseinandergesetzt, diesen dann aber als empirische Basis in Frage gestellt; siehe (Lorenzen 1985, 160). Diese Entscheidung steht wohl im Zusammenhang mit der damals noch von Lorenzen vertretenen Konzeption des Aufbaus einer regionalen Orthosprache.

<sup>334</sup> Der Ausdruck „Stelle“ ist von Lorenzen terminologisch eingeführt worden:

„Das jeweilige Hier und Jetzt, in dem darüber entschieden wird, was zu tun ist, möchte ich terminologisch eine „Stelle“ nennen. Man befindet sich also jeweils an einer Stelle – es ist aber erst zu begründen, in welcher Situation man sich befindet. Die Situation ist erst aus wahren deskriptiven Sätzen über die Stelle zu konstruieren.“ (Lorenzen 1985, 164)

---

Handeln – von Lorenzen entfernen, ihn andererseits für den von ihm in Absetzung zu Habermas verwendeten Zweckbegriff und drittens – im Zusammenhang mit dem schematischen Handlungsverständnis – wieder enger an die frühen Positionen des Methodischen Konstruktivismus heranführen.

Für die Zielsetzung dieser Arbeit sind diese Aspekte nicht zentral. Es sei nur darauf verwiesen, dass Lorenzen im Lehrbuch der konstruktiven Wissenschaftstheorie die ethische Begründung im Rahmen der politischen Institutionen einführt. Vermutlich steht dies in einem Zusammenhang mit der umrissenen Problematik des Missverständnisses (siehe Kap. 4.4, S. 288). Gethmann dagegen hält es für notwendig, in vor-institutioneller Praxis zu beginnen, da Institutionen als „auf Dauer gestellte, gewissermaßen „gelierte“ („gefrorene“) Diskurse“ (Gethmann 1992, 158), ansonsten nicht mehr diskurszugänglich wären:

„Aus diesem Grunde bedarf es einer vor-institutionellen Praxis, relativ zu der die Legitimität von Institutionen wenigstens grundsätzlich kontrolliert und kritisiert werden kann.“ (Gethmann 1992, 158)

Im Zusammenhang mit dem Zweckbegriff, der insbesondere bei Lorenzen im Zusammenhang mit dem Strukturierungsanliegen einer Zweckhierarchie, auf die man sich im Sinne einer Verständigung über den obersten Zweck einigt, eine zentrale Bedeutung im Ethikkonzept hat<sup>335</sup>, vollzieht Gethmann die Unterscheidung von Jürgen Habermas zwischen strategischem und kommunikativen Handeln mit der Intention, den Zweckbegriff für strategische Handlungsziele zu reservieren, nicht nach und gewinnt damit wieder Rekonstruktionsspielräume in der Mittel-Zweck-Sphäre:

---

<sup>335</sup> Siehe (Lorenzen 1987, 232 ff.).

---



„Letzter Zweck („Sinn“) ist dabei eine Funktion menschlichen Lebens, die ihrerseits nicht wieder als Mittel für andere Funktionen betrachtet werden kann. (...) Die letzten Zwecke sind diejenigen, die wir als Handelnde bei anderen unterstellen sollen, ohne daß der Anspruch einer theoretischen Verallgemeinerbarkeit erhoben werden muß.“ (Gethmann 1992, 160)<sup>336</sup>

In der Auseinandersetzung mit Oswald Schwemmer verweist Gethmann auf dessen Ablehnung der Schematisierung von Handlungsregeln<sup>337</sup> und führt dagegen die Notwendigkeit der Argumentation um den Verpflichtungsanspruch an, die bei einem strikt historisch-narrativen Verfahren nicht mehr überzeugend eingelöst werden kann. Darüber hinaus besteht in vielen Fällen auch in der vorphilosophischen Praxis der Bedarf an situationsinvarianten Konfliktlösungsverfahren:

„Schwemmer übersieht (...), daß das Interesse an der Verallgemeinerbarkeit regulativer Geltungsansprüche und die dazu vorausgesetzte Möglichkeit situationsdistanzierten (schematischen) Handlungsverständnisses nicht erst durch das Rekonstruktionsinteresse des Philosophen in die Welt kommt, sondern daß es bereits ein primäres Interesse lebensweltlicher Handlungsverständigung sein kann, Problemlösungen über die Situation hinaus zu formulieren.“ (Gethmann 1992, 161)

---

<sup>336</sup> Gethmann verweist hier auf die angeführte Stelle im „Lehrbuch“, wo es heißt:

„Die Lebensvollzüge bleiben als oberste Zwecke – aber es bilden sich nach unten immer längere Mittel-Zweck-Reihen, die als „Arbeit“ vor dem Vollzug zu leisten sind. In Hochkulturen sind die meisten Lebensvollzüge hochvermittelt. Das Leben differenziert sich zugleich in eine Vielfalt von Lebensformen. Im profanen Denken der Posttraditionalität gibt es nur diese Lebensformen als oberste Zwecke. Alle anderen Zwecke sind ihnen untergeordnet.“ (Lorenzen 1987, 232)

<sup>337</sup> Siehe (Schwemmer 1990, 159 ff.).

---

Wesentlich scheint in diesem Zusammenhang zu sein, dass die Möglichkeit der Verpflichtung als Anerkennung von Aufforderungen gegeben sein muss, wenn Ethik – ob narrativ oder anders verfahrend – lebensweltlich bedeutsam sein soll.

Nach Gethmann zielt die Kritik an einem methodisch-konstruktiven ethischen Programm maßgeblich auf die scheinbare Unmöglichkeit, das Anfangsproblem zu lösen. Gethmann verweist auf den zwischenmenschlichen Konflikt – den Streit – als die unhintergehbare lebensweltliche Anfangssituation:

„Insbesondere lassen sich auch praktisch-kommunikative Handlungen durch Retorsion als nicht bloß okkasionelle, sondern apriorische Elemente einer Lebenswelt auszeichnen. Dies läßt sich am Beispiel des Streitschlichtens so demonstrieren: wer in einer Konfliktsituation äußert, er stehe außerhalb des Streites und brauche daher seine Maximen nicht als verallgemeinerbar zu rechtfertigen, ist dadurch bereits in den Streit eingetreten. Wer nämlich einen Anspruch gegenüber anderen geltend macht, kann nicht wählen, ob er Kontrahent ist oder nicht.“ (Gethmann 1992, 162)

Das von Gethmann hier angeführte Retorsionsargument besteht im Kern darin, einem Proponenten nachzuweisen, dass mindestens eine seiner Äußerungen im Widerspruch zu von ihm selbst behaupteten oder zugestandenen Bedingungen steht<sup>338</sup>. Während in theoretischen Diskursen für den Proponenten immer noch die Möglichkeit besteht,

---

<sup>338</sup> Das Retorsionsargument wird auch von Arthur Schopenhauer in seiner eristischen Dialektik als „Kunstgriff 26“ gebraucht:

„Ein brillanter Streich ist die *retorsio argumenti* [Umkehrung des Arguments]: wenn das Argument, das er für sich gebrauchen will, besser gegen ihn gebraucht werden kann; z.B. er sagt: „es ist ein Kind, man muß ihm was zugute halten“: *retorsio* „eben weil es ein Kind ist, muß man es züchtigen, damit es nicht verhärte in seinen bösen Angewohnheiten“. (Schopenhauer 2012, 62)

Zur Retorsion siehe auch (Mittelstraß Bd. 3, 1996, 597 ff.).

---

eventuelle differierende Präsuppositionen zu thematisieren, hat die Retorsion in praktischen Redehandlungen gravierendere Auswirkungen, weil das Gelingen des praktischen Diskurses von der Möglichkeit der Verpflichtung des Opponenten abhängt, die durch eine aufgedeckte Retorsion blockiert ist. Mit anderen Worten, die Retorsion verhindert das Gelingen des praktischen Diskurses und führt im Fall des zwischenmenschlichen Konflikts zur Fortsetzung des Streits. Es geht also nicht um die Frage, wie eine Handlung moralisch zu beurteilen ist, sondern darum, ob sie im Sinne eines konkreten lebensweltlichen Problems zu einer gewünschten Lösung führt.

Mit dieser lebensweltlichen „Stelle“ gibt es nun einen Ort, von dem aus sich Regeln von Rechtfertigungsdiskursen explizieren und rekonstruieren lassen. Gethmann schlägt dazu folgendes Verfahren vor:

„Die weiteren Schritte zur Rekonstruktion der Regeln von Rechtfertigungsdiskursen lassen sich nun mittels der Frage nach den Präsuppositionen gewinnen, die jedermann teilen muß, der mit Aussicht auf Erfolg an Streitschlichtungen teilnehmen können will.“ (Gethmann 1992, 162 f.)

Oben (Kap. 4.2, S.251 f.) ist bereits ausführlich auf die sprachpragmatischen Aspekte präsuppositionaler Strukturen mit Blick auf die Ausführungen von John R. Searle eingegangen worden. Auf die von Searle analysierte präsuppositionale Struktur nimmt Gethmann Bezug und erweitert sie um die situativen Präsuppositionen. Dabei wird unterstellt, dass die Beteiligten in einer bestimmten „Stelle“ eine gleiche Situations-einschätzung haben. Gethmann benennt vier Bedingungen (Gethmann 1992, 164 f.):

1. Es besteht ein Konflikt zwischen den Beteiligten.<sup>339</sup>

---

<sup>339</sup> Hier schon ist anzumerken, dass sich in dieser Bedingung das retorsive Argument verbirgt, da es eigentlich ausreichend ist, dass einer der Beteiligten die Situation als Konflikt beurteilt

---

2. Konflikte sind nicht erwünscht und sollen vermieden werden.
3. Die Beteiligten wollen den Konflikt nicht durch Ausschluss eines Beteiligten beilegen.
4. Alle Ansprüche sind rechtfertigungsbedürftig und –zugänglich: „niemand soll seine Ansprüche immunisieren dürfen“ (Gethmann 1992, 165).

Diese Bedingungen im Zusammenhang mit den von Searle benannten Voraussetzungen vor allem der Ernsthaftigkeit, Aufrichtigkeit und Verpflichtungsbereitschaft können Anschlussstellen sein, um die Kontrahenten auf eine diskursive Streitlösungsstrategie zu verpflichten.

Gethmann verweist aber darauf, dass mit Erstellung eines unabgeschlossenen präsuppositionalen Kataloges, der möglicherweise bei seiner diskursiven Thematisierung durch die Beteiligten die von Lorenzen angesprochene Klärung der Situation leisten kann (Lorenzen 1985, 164), noch nichts über Verfahren und Inhalte eines Handlungsschemas der Streitschlichtung ausgesagt wurde. Obwohl beides im Wesentlichen situationsgebunden ist, sind dennoch Diskursformen herauszupräparieren, die Gethmann mit der Reihung Finalisierung – Generalisierung – Universalisierung beschreibt und wie folgt erläutert:

„I. Finalisierung: Der Zweck einer finalen Aufforderung wird expliziert; Einigungschancen bestehen unter der Bedingung, daß der Konflikt sich der Tatsache verdankt, daß die gemeinsam Handelnden sich nicht darüber im Klaren sind, zu welchem Zweck ihre Handlungen Mittel sind. (...)“

---

und entsprechend agiert. Dies ist eine Situation, die vielfach literarisch verarbeitet wurde, so z.B. in Schillers Drama „Wilhelm Tell“: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ (Schiller 1989, 1007)

---

II. Generalisierung: Die situativen Handlungsbedingungen werden expliziert, wobei eine Aussicht auf Einigung unter der Bedingung eintritt, daß der Konflikt darin besteht, daß man anzugeben vermag, welchem Typ die Situation entspricht, in welcher sich die Handelnden befinden.

III. Universalisierung: Hier wird gefragt, was jedermann unter den gegebenen Umständen zumutbar wäre. Dabei besteht eine Einigungschance dann, wenn richtig fingiert werden kann, was jedermann an Ansprüchen vorbringen könnte und wie diese gegenüber jedermann zu rechtfertigen wären.“ (Gethmann 1992, 165 f.)

Die von Gethmann benannten Diskursformen dienen letztlich zur strukturierten Thematisierung der impliziten Voraussetzungen, unter denen die Teilnehmenden miteinander interagieren. Dabei garantieren die Diskursformen allerdings nicht die Lösung eines jeden Konfliktes, und ebenso ist es vorstellbar, neue Diskursformen zu generieren, deren lebensweltliche Leistungsfähigkeit dann empirisch zu erweisen wäre.

Während sich die Regeln der Finalisierung und Generalisierung auf die konkreten Beteiligten der jeweiligen Konfliktsituation beziehen, verweist die Handlungsform der Universalisierung über den konkreten Einzelfall hinaus und erhebt den Anspruch, dass alle Personen, die mit einer derartigen Situation konfrontiert sind, sich in gleicher verpflichten lassen. In der Auseinandersetzung mit der von Friedrich Kambartel vertretenen Position, die Bereitstellung von Konfliktlösungsverfahren lokaler Reichweite sei ausreichend, da die meisten Störungen sich damit bewältigen ließen, verweist Gethmann auf das erheblich höhere Konfliktlösungspotential universalistischer Handlungsformen, ist sich aber dennoch über den „Limescharakter“ der Universalität im Klaren. (Gethmann 1992, 166 ff.)

Konflikte sind nicht dauerhaft gelöst, wenn man lediglich solitäre oder situative Lösungsmuster generiert, da durch Hinzutritt neuer Kontrahenten an der Gruppengrenze der Konflikt immer wieder erneut aufbrechen kann. Um hier in geeigneter Weise Kon-

flikttschlichtung betreiben zu können, ist die eine universalistische Zutrittsregel sinnvoll, die Gethmann formuliert als Anerkennung von jedem als praktisches Subjekt, „der sich auf das Auffordern versteht und somit Geltungsansprüche erheben kann“ (Gethmann 1992, 167).

Dieser universalistische Geltungsanspruch wird immer dann relevant, wenn Personen hinzutreten und eine gegebene „Stelle“ als konflikthafte Situation bewerten. Dies kann selbstverständlich auch ein bereits unter vorhandenen Akteuren befriedeter Konflikt sein, der durch Zutritt weiterer Personen wieder aufleben kann.

Kontrakte kann man auch als positive und formale Konfliktregulationen beschreiben. In dieser Perspektive werden die von Gethmann und anderen erarbeiteten Analysen zur Fundamentalpragmatik ohne weiteres für die Frage der Legitimation durch Kontrakte, aber auch für die Legitimation von Kontrakten relevant.

Für diejenigen, die einem Vertrag zugestimmt haben oder ihm beigetreten sind, häufig deklariert durch Paraphierung, sind die im Vertrag fixierten Ansprüche und Verpflichtungen legitim. Entsprechend gilt für den Binnendiskurs der Vertrag als ein hinreichendes Mittel zur Legitimation von Handlungen, soweit sie durch den Kontrakt beschrieben oder aus ihm ableitbar sind.

Wie gezeigt wurde, liegt das Legitimationsproblem des Vertrags an der Systemgrenze, also bei denjenigen, die von außen das Geschehen bewerten und meinen, von den Handlungen der Vertragspartner betroffen zu sein. Diese Gruppe ist prinzipiell unabgeschlossen. Wie gezeigt wurde, sind vor dieser Sachlage die Strategie der Immunisierung und Abgrenzung nach außen sowie die sogenannte „fiktive Zustimmung“ problematisch (siehe Kap. 4.3, S. 282). Die Analyse der Position Gethmanns mit dem Ziel, universalistische Geltungsansprüche als funktional für Streitschlichtungshandeln auszuweisen, ermöglichte es, ein Verfahren zu generieren, regelhaft Einwände von Dritten zuzulassen und ihnen diskursiv zu begegnen. Auf diese Weise lässt sich institutionali-

siertes Handeln – nichts anderes sind Verträge, folgt man der Diktion Gethmanns (Gethmann 1992, 158) – systematisch legitimieren.

Damit ist nicht gezeigt, dass Verträge geeignete Legitimationen von Handlungen sind, wohl aber, dass es Verfahren gibt, regional legitimierte Verfahren transsubjektiv und damit transregional zu legitimieren.

## 5 Zusammenfassung und Konsequenzen für eine pädagogische Praxis

Das vorausgehende Kapitel hat nicht nur aufgezeigt, dass es universelle Verpflichtungen gibt wie den Anspruch als Betroffener auf Rechtfertigung von Aufforderungen, sondern auch, dass diese Universalität im Rahmen spezifischer Verpflichtungsverfahren umgesetzt werden sollte, wenn diese Aufforderung zur Verpflichtung legitim sein soll.<sup>340</sup>

Mit dem Ausweis von Universalität als retorsives Argument konnte zwar belegt werden, dass es funktional ist, andere Personen als praktische Subjekte anzuerkennen. Aber es stellt sich noch die Frage, wie dies konkret gelingen kann. Hier ist ein Verweis auf das von Kuno Lorenz entwickelte dialogische Verfahren hilfreich.

Das dialogische Verfahren als ein Weg des Interessenausgleichs jenseits von Assimilation, Akkommodation und Ablehnung wurde explizit als eine analytische und diskursive Möglichkeit der Einigung auf zweckvertraglicher Grundlage beschrieben (siehe S. 166 ff.).

Der Statusvertrag hat im Wesentlichen eine Zuordnung sozialer Rollen und der damit verbundenen Verpflichtungen zum Ziel. Die Legitimität von Statusverträgen könnte begründet werden, wenn es dem Proponenten gelänge, den Opponenten davon zu überzeugen, dass die an ihn gerichtete Aufforderung, eine bestimmte soziale Rolle mit den daraus folgenden Verpflichtungen zu übernehmen, nicht nur dem Interesse des Opponenten sondern dem Interesse von jedem entspräche, also universell gültig wäre.

---

<sup>340</sup> Vorausgesetzt ist dabei immer, dass der Präsupposition, einen Streit vermeiden oder auflösen zu wollen, zugestimmt wird.

---



Es stellt sich die Frage, wie ein Verfahren gestaltet sein müsste, das diese Geltung bewirkt.

Deutlich ist aber, dass der Statusvertrag aus sich selbst heraus diese Legitimationsleistung nicht erbringt. Es müssen weitere Verfahren hinzutreten, die diese Legitimität der Vereinbarung erst erzeugen. Damit kann festgehalten werden, dass statusvertragliche Regelungen zum Zwecke der Legitimation pädagogischer Handlungen aus sich selbst heraus untauglich sind. Sie sind einzubetten in geeignete Verfahren, die einerseits die pädagogische Handlung und andererseits den Vertrag legitimieren.

Der Statusvertrag als pädagogisches Instrument hat dann aber nicht die Funktion der Legitimation der pädagogischen Handlung, sondern eher die Aufgabe, Planungs- und Steuerungsinstrument pädagogischer Prozesse zu sein.

Sind also Verträge geeignete Legitimationsmittel pädagogischer Handlungen?

Zweckvertragliche Einigungen unter Wahrung entsprechender rahmender Präsuppositionen, die Freiwilligkeit des Vertragsschlusses, das Verstehen des Verfahrens und des Vorgangs durch die Beteiligten, die Reziprozität des Leistungsaustauschs und die Symmetrie der Vertragspartner sichern, gelten als Legitimationen von Handlungskoordinationen. Zu dieser Gruppe können auch im Einzelnen pädagogische Handlungen zählen. Dennoch gibt es auch in diesem Zusammenhang immer einen „Legitimationsvorbehalt“, der sich in der Frage der Einschätzung der Handlungsfolgen ausdrückt. Vor diesem Hintergrund ist der Kontrakt gegenüber Dritten transsubjektiv zu rechtfertigen. Eine solche Legitimation kann in der Vertragsverhandlung und in der konkreten Vereinbarung berücksichtigt werden. Dies würde sich dann in vertraglichen Verfahrensanweisungen ausdrücken, die man als Rücktrittsrechte, vertragliche Vorbehalte oder salvatorische Klauseln formuliert. Vor diesem Hintergrund ist allerdings zu berücksichtigen, dass Kontrakte immer nur eine Reichweite haben, die der Sache nach, räumlich und zeitlich begrenzt ist. Darüber hinaus sind Verträge als „gelierte Diskurse“ (Gethmann 1992, 158) Institutionen, die in einem spezifischen soziokulturellen Kon-

text verortet sind, auf den sie sich auch in legitimatorischer Hinsicht beziehen. Die Legitimation ist also kein einmal erworbenes Prädikat, sondern ein bei Bedarf auszuführendes Verfahren. Und der Bedarf realisiert sich durch das Universalprinzip, dass jede und jeder, die oder der sich auf die kommunikative Handlung des Aufforderns versteht, Adressat von erneuten Geltungsansprüchen ist. In soziokulturell eingespielten Kontexten sind solche Ansprüche durch Verweis auf den häufig durch positives Recht formalisierten Handlungsrahmen einzulösen. Dennoch gibt es immer wieder Handlungen, zu denen auch pädagogische zählen können, die in vertrauten kulturellen Kontexten Neues einführen, die dann auch mit Verweis auf eine zweckvertragliche Regelung nicht hinreichend legitimiert sind, sodass in solchen Fällen zum Teil aufwendige Legitimationsdiskurse zu durchlaufen sind.<sup>341</sup>

Vereinbarungen, die statusvertraglich zuzuordnen sind, beziehungsweise statusvertragliche Elemente enthalten, indem sie mindestens einen der Vertragspartner über eine Rollenzuweisung in Verpflichtungen einbinden, die nicht nur einzelne Handlungen, sondern unspezifisch komplexe Handlungsformen umfassen, haben nicht die gleiche legitimatorische Wirkung wie Zweckverträge. Dennoch werden gerade solche Vereinbarungen in pädagogischen Arbeitsfeldern verwendet, wie in den Kapiteln 3.3.3 und 3.4.4 (S. 104 - 170) dargestellt wurde. Wie dargelegt, leisten diese Vereinbarungen ihre legitimatorische Funktion nicht, was zum Beispiel auch deutlich daran erkennbar ist,

---

<sup>341</sup> Dies können zum Beispiel besondere Methoden in der Jugendarbeit sein, wie es etwa aufwendige Einzelbetreuungen für Jugendliche sind, die als schwer integrierbar etikettiert werden. In solchen Fällen ist eine vertragliche Regelung zwischen den direkt Beteiligten sicher nicht hinreichend, sondern die Beteiligten müssen sich darüber hinaus mit weiteren Legitimationsansprüchen auseinandersetzen.

---

dass diese Vereinbarungen von entsprechenden Sanktionskatalogen begleitet werden.<sup>342</sup>

Oben wurde argumentiert, dass Verträge – dies gilt für beide hier unterschiedene Typen Status- und Zweckverträge – eine über die explizit durch den Vertrag verpflichtete Gruppe hinausgehende Reichweite haben, weil sie möglicherweise für Dritte – nicht Vertragsbeteiligte – Widerfahrnisse darstellen. Gerade auch gegenüber dieser „Außenwelt“ haben sich die Kontrakte zu legitimieren. Dies geschieht in der Regel nicht mit Mitteln desselben Vertrags, der im Rechtfertigungsdiskurs steht. Vielmehr ist der Vertrag Gegenstand der Legitimation.

Daraus ergibt sich, dass Zweckverträge für ihre Binnenstrukturen zum Aufbau der Akzeptanz der beteiligten Vertragspartner das dialogische Verfahren sinnvoll verwenden können. Damit deckt das dialogische Verfahren die solipsistische – d.h. das zu rechtfertigende Handeln Einzelner – und die regionale – das gemeinsame Handeln der Vertragspartner zueinander – hinreichend ab. Für die externe – universalistische - Perspektive steht nicht der Vertragsabschluss in Frage, sondern als Thema der Vertrag selbst. Auch hier kann das dialogische Verfahren als Umsetzung des Universalitätsprinzips verfahrensleitend sein.

Für Statusverträge kommt erschwerend hinzu, dass die Legitimation von Aufforderungen nicht nur prozedural eingeholt werden kann wie im Zweckvertrag, wo es ausreicht, auf die jeweiligen (expliziten) Zustimmungen der Partner zu rekurrieren, mit der sie sich selbst verpflichtet haben. Wie oben gezeigt wurde, ist neben der Verpflichtung auch immer wieder erneut inhaltlich zu argumentieren, da soziale Rollen kontrahiert werden, nicht aber spezifische Handlungen. So ist es immer wieder notwendig,

---

<sup>342</sup> Als Beispiel wurde auf das mit dem SGB II begründete Verfahren der Jobcenter verwiesen (SGB II 2003, §§ 15 und 31 ff.).

---

argumentativ den Zusammenhang zwischen der sozialen Rolle, die im Rahmen des Statusvertrags verpflichtend akzeptiert wird, und der spezifischen singulären Handlung zu rechtfertigen: Aus Sicht des Proponenten ist mit der Ausführung einer besonderen sozialen Rolle eben diese aktuell in Frage stehende Handlung verbunden, zu deren Ausführung der Opponent aufgefordert wird und zu der er sich verpflichten soll.

Während also die vereinbarten Handlungen aus Zweckverträgen von den Partnern exekutiert werden und bei Unklarheiten auf den Vertrag zu rekurrieren ist, benötigt ein System statusvertraglicher Regelungen ein Forum, in dem die aus dem Vertrag folgenden Aufforderungen und potentiellen Verpflichtungen zu Handlungen verhandelt werden. Dieses Forum kann personenidentisch mit den Vertragspartnern sein, kann aber auch systematisch Personen einbeziehen, bei denen eine Widerfahrnismöglichkeit realistisch fingiert werden kann, zum Beispiel die Eltern von Schülerinnen und Schülern bei Schul- oder Klassenverträgen.

Es ist anzunehmen, dass statusvertragliche Regelungen in pädagogischen Praxisfeldern die Aufgabe haben, die Verbindlichkeit der Aufforderungen zu verstärken, um die Wahrscheinlichkeit der gewünschten Handlungen zu erhöhen. Diese Interpretation wird zum Beispiel gestärkt durch die Verfahren rund um die Eingliederungsvereinbarungen nach SGB II (SGB II 2003, § 15). Die Analyse von Vereinbarungen (siehe Kapitel 3.3.3 und 3.4.4 (S. 104 - 170)) in den pädagogischen Praxisfeldern hat gezeigt, wie schwierig sich dies gestaltet, wenn der Opponent den Eindruck hat, dass mit Hilfe des Instruments „Vertrag“ eine pädagogische Handlung bewirkt werden soll. Denn sein Verständnis von Vertrag ist wahrscheinlich geprägt von den Merkmalen eines Zweckvertrags, also Freiwilligkeit des Vertragsschlusses, Gleichrangigkeit der Akteure, Reziprozität des Leistungsaustauschs. Wenn man als Proponent nicht vollständig auf das Mittel des Vertrags verzichten will, wofür es gute Gründe geben kann, wie zum Beispiel die Möglichkeit, situative und personale Präsuppositionen zu verdeutlichen, dann wird es darum gehen, vertragsextern die zweckvertraglichen Präsuppositionen zu gewährleisten. Dies zeigen die Beispiele der Leistungsabsprache nach SGB

XII (SGB XII 2012, § 12) und der Behandlungsvereinbarung.<sup>343</sup> Beide Vereinbarungen sind vor dem Hintergrund des Verzichts auf einseitige Machtmittel konzipiert, sodass die Rolle des Opponenten gegenüber dem Proponenten deutlich gestärkt ist. Dies stabilisiert trotz einer institutionalisierten hierarchischen Rollenstruktur die Gleichrangigkeit der Akteure, was aber voraussetzt, dass diese Bedingung in der pädagogischen und medizinischen / sozialpsychiatrischen Praxis durch die Proponenten in ihre Handlungsschemata integriert ist. Ist dies nicht der Fall, wird die Vereinbarung dysfunktional, was sich, wie beschrieben, in möglichen Ausweichhandlungen der Opponenten zeigen wird (siehe S. 133).

In vielen pädagogischen Praxiszusammenhängen sind zweckvertragliche Regelungen sinnvoll. Sie strukturieren die Interaktionen, sorgen für Klarheit der verschiedenen Interessenlagen, thematisieren möglicherweise sonst nicht zur Sprache kommende Präsuppositionen und stabilisieren die Verbindlichkeit der Interaktionen. Darüber hinaus sind sie ein gutes Feld, das sachgerechte Verhandeln zu erlernen und zu trainieren, und bieten viele Möglichkeiten der Stärkung der individuellen Autonomie, immer vorausgesetzt, die rahmenden Präsuppositionen der Freiwilligkeit, Gleichrangigkeit und Reziprozität bleiben im Blick und werden kultiviert.

Vermutlich besteht eine Chance, wenn man Strukturen schafft, die derartige rahmende Präsuppositionen entwickeln und stabilisieren, dass die statusvertraglichen Aspekte stärker in den Hintergrund treten und andere Vereinbarungen mit funktionaleren Verbindlichkeiten Raum greifen.

---

<sup>343</sup> Für die Leistungsabsprache siehe Kap. 3.4.2, S. 147 ff. und für die Behandlungsvereinbarung siehe Kap. 3.4.3, S. 152 ff..

---

Die Schule hat hier sicher große Ressourcen, insbesondere vor dem Hintergrund der Schaffung von Institutionen der Partizipation und Mitbestimmung aller am Lern- und Bildungsprozess Beteiligten.

Ebenso haben die Beispiele der Leistungsabsprache und der Behandlungsvereinbarung gezeigt, dass auch in sozialpädagogischen Kontexten vertragliche Regelungen so eingesetzt werden können, dass sie die pädagogischen Prozesse effektiv stützen, indem sie systematisch auf Aspekte fokussieren, die die vom pädagogischen Handeln betroffenen Personen als „praktische Subjekte“ anerkennen.

## 6 Schluss

Kann man nun pädagogisches Handeln mit Verträgen rechtfertigen?

Die Antwort auf diese Frage ist – wie nicht anders zu erwarten war – die Antwort des berühmten und leider erfundenen Senders aus der Hauptstadt Armeniens: „Im Prinzip ja, aber ...“

In dieser Arbeit wurde nicht der Versuch unternommen zu klären, was grundsätzlich unter „Legitimität“ zu verstehen ist. Eine mögliche Antwort darauf mag in der von Forst (Forst 2007, 36) aufgezeigten Perspektive liegen, Menschen prinzipiell als berechtigt anzusehen, Rechtfertigungsansprüche zu erheben. Diese Perspektive weist in die gleiche Richtung wie Gethmanns Analyse universeller Rechtfertigungsansprüche durch Verwendung der retorsiven Argumentationsfigur.

Aber von Gethmann war auch zu lernen, dass es nicht darauf ankommt, eine universelle Aussage zu treffen, welche Handlung denn prinzipiell legitim sei, sondern die Frage zu beantworten, welche Handlungen geeignet wären, um soziale Probleme – wie zum Beispiel einen Streit – zu bewältigen. Diese Frage wurde beantwortet mit dem Verweis auf das transsubjektive Prinzip und auf das retorsive Argument, jeden, der sich darauf versteht, als berechtigt anzuerkennen solche Rechtfertigungsansprüche zu stellen.

Es wurden in dieser Arbeit zwei Typen von Verträgen unterschieden, der Zweck- und der Statusvertrag. Diese Typologie ist aber nicht dichotom zu denken, sondern diese Vertragstypen gehen Vermischungen und Übergangsformen ein. In den Verträgen sind aber immer noch gut die status- oder zweckvertraglichen Regelungen heraus zu präparieren. Es entsteht also nichts Neues, Drittes, sondern eher eine Emulsion, also ein Gemisch zweier eigentlich nicht mischbarer Substanzen, die man mit geeigneten Verfahren wieder gut trennen kann.

Ein solches Verfahren der Trennung oder Unterscheidung ist die Frage nach der Rechtfertigung des Vertragshandelns. Denn die Frage nach der Legitimation von Handlungen mit Hilfe von Verträgen setzt die Klärung voraus, ob das Vertragshandeln selbst legitim ist.

In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass Verträge – je nach Zweck- oder Statusvertrag – auf verschiedene Weise zu rechtfertigen sind. Dabei wurde zwischen der internen und der externen Perspektive unterschieden.

Zweckverträge sind intern durch Appell an die eingegangene Verpflichtung zu rechtfertigen. Eine inhaltliche Rechtfertigung ist nicht notwendig. Damit die interne Rechtfertigung aber funktioniert, muss sich der Zweckvertrag nach außen rechtfertigen, indem nachgewiesen wird, dass bestimmte Präsuppositionen eingehalten worden sind. Diese als Rahmenregeln bezeichneten Voraussetzungen (siehe Kap. 4.2, S. 255) sind: Freiwilligkeit des Vertragsabschlusses, Gleichrangigkeit der Beteiligten, interne Reziprozität des Leistungsaustauschs, Legalität der Leistungsinhalte. Diese Rahmenregeln sind oft in Gesetzen oder laufender Rechtsprechung kodifiziert.

Statusverträge sind intern nicht nur durch Appell an die Verpflichtung zu rechtfertigen, sondern müssen auch inhaltlich legitimiert werden, da der Regelungsinhalt, das heißt, zu welchen Handlungen sich jemand genau verpflichtet hat, bei Statusverträgen in der Regel sehr unspezifisch ist, da lediglich der soziale Status – die Rolle – vereinbart wurde. Für die Rollenzuweisung existieren ebenfalls oft kodifizierte Rahmenregeln, die zum Beispiel definieren, wer Schüler oder Lehrer ist, wer arbeitssuchend oder leistungsberechtigt für Sozialhilfe ist. Doch auch hier muss die aktuelle inhaltliche Aufforderung legitimiert werden. Rahmenregeln, die Freiwilligkeit, Gleichrangigkeit und Reziprozität definieren, gelten für statusvertragliche Regelungen nicht, werden aber oft von zumindest einer Partei stillschweigend präsupponiert. Entsprechend sind Missverständnisse vorprogrammiert.



Pädagogisches Handeln kann dann durch Verträge gerechtfertigt werden, wenn die Typologie dieser Verträge berücksichtigt wird. Dieser Zustand ist nicht leicht herzustellen, sondern setzt voraus, dass die Bedingungen geschaffen werden, um alle, die es angeht, in die Lage zu versetzen, Rechtfertigungsansprüche zu erheben.

Aus sich selbst heraus sind Verträge nicht geeignet, Handlungen zu legitimieren. Sie sind aber geeignete Legitimationsinstrumente für einen Rechtfertigungsdiskurs, der mit Benhabib als demokratische Iteration (siehe Kap. 4.2, S. 264) zu beschreiben ist<sup>344</sup>. Dies setzt voraus, dass Institutionen der Partizipation und Mitbestimmung geschaffen und kultiviert werden, die allen einen Zugang zum Diskurs ermöglichen, die in der Lage sind, Rechtfertigungsansprüche zu erheben.

---

<sup>344</sup> Forst hat wohl etwas Ähnliches im Sinn, wenn er schreibt:

„Die Idee einer gerechtfertigten Grundstruktur führt somit nicht zu der Utopie einer vollkommenen „autonomen“ Gesellschaft, sondern zu der Vorstellung einer Gesellschaft, in der soziale Verhältnisse nicht jenseits der Rechtfertigung oder fälschlicherweise als legitim angesehen werden. (...) So ist die Gerechtigkeit die stets zu konstruierende und auszubauende Tugend sozialer Institutionen als Rahmen eines gesellschaftlichen Lebens von einander verantwortlichen, soziale Selbstbestimmung suchenden, „unfestgestellten“ Wesen.“ (Forst 2007, 186)

---

## 7 Literaturverzeichnis

### Verwendete Literatur

- Abraham, Martin. „Rational Choice-Theorie und Organisationsanalyse.“ 26.03.2001. Vortrag auf der Tagung der Arbeitsgruppe “Organisationssoziologie”.  
[Online unter: [http://www.organisations-soziologie.de/ag/wp-content/uploads/2010/08/Tagung\\_2001\\_03\\_Abraham.pdf](http://www.organisations-soziologie.de/ag/wp-content/uploads/2010/08/Tagung_2001_03_Abraham.pdf) (Zugriff am 09.01.2013)].
- Adloff, Frank und Steffen Mau. *Vom Geben und Nehmen*. Bd. 55. Frankfurt/Main: Campus-Verl., 2005.
- Albert, Hans. „Das Werturteilsproblem im Lichte der logischen Analyse.“ *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 1956: 410-439.
- Arbeitsgruppe Internet des Dialogs Bielefeld. *Behandlungsvereinbarung*. 2005.  
[Online unter: <http://psychiatrie-bielefeld.de/behandlungsvereinbarung/behandlungsvereinbarung.pdf> (Zugriff am 03.10.2012)].
- . *Informationen zur Behandlungsvereinbarung*. 2005.  
[Online unter: [http://www.psychiatrie-bielefeld.de/behandlungsvereinbarung/informationen\\_zur\\_bv.pdf](http://www.psychiatrie-bielefeld.de/behandlungsvereinbarung/informationen_zur_bv.pdf) (Zugriff am 03.10.2012)].
- Aristoteles. *Metaphysik*. [Nachdr.]. Bd. 7913. Stuttgart: Reclam, 2007.
- . *Nikomachische Ethik*. 6., durchges. Aufl. Bd. 6. Darmstadt: Wiss. Buchges., 1983.
- Arnold, Bernd. *Wirtschafts- und Vertragsrecht*. Stuttgart: EduMedia, 2009.
- Austin, J. L. *Zur Theorie der Sprechakte*. 2. Stuttgart: P. Reclam, 1979.
- Baier, Annette. „Vertrauen und seine Grenzen.“ In *Vertrauen*. Herausgegeben von Martin Hartmann, und Claus Offe. Frankfurt/Main: Campus-Verl., 2001. 37-83
- Bauman, Zygmunt. *Flüchtige Moderne*. 1. Aufl., [Nachdr.]. Übersetzung: Reinhard Kreissl. Bd. 2447. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2005.

- Becker, Gary S. Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. 2. Aufl. Bd. 32. Tübingen: Mohr, 1993.
- Benhabib, Seyla und Frank Jakubzik. *Die Rechte der Anderen*. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008.
- Benhabib, Seyla, Jeremy Waldron, Bonnie Honig, Will Kymlicka, Robert Post, und Thomas Atzert. *Kosmopolitismus und Demokratie*. Frankfurt am Main: Campus, 2008.
- Berger, Peter L., Thomas Luckmann, Helmuth Plessner und Monika Plessner. *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. 21. Aufl. Bd. 6623. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., 2007.
- Bieritz-Harder, Renate und Christian Armbrorst. *Sozialgesetzbuch XII*. 9. Baden-Baden: Nomos, 2012.
- Bonifatiussschule. *Klassenvertrag ... Verhaltensregeln*. Herausgegeben von der Katholischen Bonifatiussschule Hamburg Wilhelmsburg. 2005.  
[Online unter:  
[http://www.bonifatiussschule.org/uploads/file/Klassenvertrag\\_I.pdf](http://www.bonifatiussschule.org/uploads/file/Klassenvertrag_I.pdf) (Zugriff am 23.09.2012)].
- Bruell, Hans-Martin. Ethikkomitee der Stiftung Liebenau Stellungnahme zur aktuellen Ausschreibungspraxis von Bildungsmaßnahmen für lernbehinderte Jugendliche durch die Bundesagentur für Arbeit. Herausgegeben vom Ethikkomitee der Stiftung Liebenau. 2012.  
[Online unter: [http://www.stiftung-liebenau.de/fileadmin/stiftung/pdf/ethik/Stellungnahme\\_Ausschreibungspraxis.pdf](http://www.stiftung-liebenau.de/fileadmin/stiftung/pdf/ethik/Stellungnahme_Ausschreibungspraxis.pdf) (Zugriff am 25.08.2012)].
- Brugger, Walter und Harald Schöndorf, . *Philosophisches Wörterbuch*. Alber, K, 2010.
- Brunkhorst, Hauke, Regina Kreide, Cristina Lafont und Jürgen Habermas. *Habermas-Handbuch*. Stuttgart: Metzler, 2009.
- Bude, Heinz und Andreas Willisch, . *Exklusion*. Orig.-Ausg., [2. Aufl.]. Bd. 1819. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008.
- Buestrich, Michael und Norbert Wohlfahrt. „Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit.“ In *Aus Politik und Zeitgeschichte – Wandel der sozialen Arbeit*, Heft 12-13. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 2008. 17-24.
-

Busche, Jan. *Privatautonomie und Kontrahierungszwang*. Tübingen: Mohr Siebeck, 1999.

Busse, Dietrich. „Bedeutung im kommunikativen Handeln.“ In *Historische Semantik*. Herausgegeben von Dietrich Busse. 1987. 145 – 174.

Dahrendorf, Ralf. *Homo Sociologicus*. 17. Herausgegeben von Heinz Abels. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, 2010.

Därmann, Iris. *Theorien der Gabe zur Einführung*. Bd. 375. Hamburg: Junius, 2010.

DBSH. *Berufsethik*. Herausgegeben vom Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. 10 2004.  
[Online unter: <http://dbsh-relaunch.de/beruf/berufsethik.html> (Zugriff am 28.09.2012)].

—. *Grundsatzprogramm des DBSH*. Herausgegeben vom DBSH. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. 1998.  
[Online unter: <http://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/Grundsatzprogramm.pdf> (Zugriff am 27.12.2012)].

Derrida, Jacques. *Die différance*. Stuttgart: Reclam, 2004.

Deutsche Bibelgesellschaft, Hrsg. *Gute-Nachricht-Bibel*. Rev. Fassung 1997 der "Bibel in heutigem Dt.", durchges. Ausg. in neuer Rechtschreibung, Standardausg. mit Spätschr. Stuttgart: Dt. Bibelges.:[Verl. Kath. Bibelwerk], 2002.

Dietz, Angelika. *Behandlungsvereinbarungen*. Bonn: Psychiatrie-Verlag, 1998.

Dingeldey, Irene. „Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung.“ Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 3-9. 2006.

Donne, John. „The Works of John Donne.“ *Meditation XVII*. Herausgegeben von Henry Alford und John W. Parker. London, 1839.

Dudenredaktion, Hrsg. *Duden - Das Herkunftswörterbuch*. Nach den Regeln der neuen dt. Rechtschreibung überarb. Nachdr. der 2. Aufl. Bd. Bd. 7. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverl., 1997.

Dudenredaktion, Hrsg. *Duden - Fremdwörterbuch*. 7., neu bearb. und erw. Aufl. Bd. 5. Mannheim: Dudenverlag, 2001.

Eisler, Rudolf. *Wörterbuch der philosophischen Begriffe*. 2. Berlin: Mittler, 1904.

---

- Ekeland, Ivar und Holger Fliessbach. *Zufall, Glück und Chaos*. Bd. 30543. München: Dt. Taschenbuch-Verl., 1996.
- Fisher, Roger, William Ury, Bruce M. Patton, Werner Raith und Wilfried Hof. *Das Harvard-Konzept*. 22. Frankfurt am Main, New York: Campus, 2004.
- Flemming, Lothar. *Der personenzentrierte Ansatz*. Herausgegeben vom Landschaftsverband Rheinland. 2011.  
[Online unter:  
[http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/soziales/berdasdezernat\\_2/aktuelles\\_2/dokumente\\_2/lvrbeitragnrwdialogflemming.pdf](http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/soziales/berdasdezernat_2/aktuelles_2/dokumente_2/lvrbeitragnrwdialogflemming.pdf) (Zugriff am 27.12.2012)].
- Forst, Rainer. *Das Recht auf Rechtfertigung*. 1. Aufl. Bd. 1762. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007.
- . *Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse*. 1. Aufl. Bd. 1962. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2011.
- Frick, Lothar. „Vorbild für eine neue Form des Dialogs?“ *Die Politische Meinung*, 2011: 19-23.
- . *Schlichtung Stuttgart 21*. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 2012.  
[Online unter: <http://www.schlichtung-s21.de/> (Zugriff am 24.11.2012)].
- Füssel, Hans-Peter und Rudolf Kretschmann. „Verträge im Bildungsbereich – Chancen und Grenzen.“ *Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB)*, 2005. 56-70.
- Gethmann, Carl Friedrich. *Dasein: Erkennen und Handeln*. Bd. 3. Berlin: de Gruyter, 1993.
- . *Vom Bewusstsein zum Handeln*. München: Fink, 2007.
- Gethmann, Carl Friedrich, Hrsg. *Lebenswelt und Wissenschaft*. Bd. 1. Bonn: Bouvier, 1991.
- Gethmann, Carl Friedrich. „Letztbegründung vs. lebensweltliche Fundierung des Wissens und Handelns.“ In *Philosophie und Begründung*. Herausgegeben vom Forum für Philosophie Bad Homburg. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987. 268-302.
- . „Universelle praktische Geltungsansprüche.“ In *Entwicklungen der methodischen Philosophie*. Herausgegeben von Peter Janich. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992. 148-175.
-

- . „Warum sollen wir überhaupt etwas und nicht vielmehr nichts? Zum Problem einer lebensweltlichen Fundierung von Normativität.“ In *Deutsches Jahrbuch Philosophie*. Herausgegeben von Peter Janich, 138-156. Hamburg: Meiner, 2008.
- Gethmann, Carl Friedrich und Thorsten Sander. „Anti-Mentalismus.“ In *Kultur - Handlung – Wissenschaft*. Herausgegeben von Mathias Gutmann und Peter Janich. Weilerswist: Velbrück Wiss., 2002. 91-108
- Godelier, Maurice und Martin Pfeiffer. *Das Rätsel der Gabe*. München: Beck, 1999.
- Goffman, Erving. *Stigma*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1967.
- . *Wir alle spielen Theater: Die Selbstdarstellung im Alltag*. Piper, 2003.
- Goffman, Erving, Hubert Knoblauch und Hanne Herkommer. *Interaktion im öffentlichen Raum*. Neuausg. Frankfurt am Main: Campus-Verl., 2009.
- Gottmann, Corinna, Karl Hildebrandt und Corinne Waldbach. „*Individuelle Lehr-Lern-Vereinbarungen als Forschungsgegenstand*.“ Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, 33-48. Bonn, Berlin, 2010.
- Gottschalk-Mazouz, Niels. „*Risiko*“ In: Handbuch Ethik. Herausgegeben von Marcus Düwell, Christoph Hübenthal und Micha H. Werner. Metzler-Verlag, 2002
- Graf, Gertrud. „*Die „Auftragslage“ im „Unternehmen“ Schulklasse*.“ Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, 209-221. Bonn, Berlin, 2010.
- Grimm, W., F. Hoffmann und J. Grimm. *Hans im Glück: ein Märchen nach den Brüdern Grimm*. Nord-Süd Verlag, 1981.
- Groner-Weber, Sabine. „Der aktivierende Staat. Konzepte und Entwicklungsoptionen.“ In *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln*. Herausgegeben von Erika Mezger. Marburg: Schüren, 2000. 167-171.
- Grundschule Wipshausen. *Klassenvertrag zur Konfliktlösung (Wipsivertrag)*. 2009. [Online unter: [http://www.gs-wipshausen.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=69:klassenvertrag-zur-konfliktloesung-wipsivertrag&catid=63:klassenregeln&Itemid=91](http://www.gs-wipshausen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=69:klassenvertrag-zur-konfliktloesung-wipsivertrag&catid=63:klassenregeln&Itemid=91) (Zugriff am 23.09. 2012)].
- Gutmann, Mathias und Peter Janich, . *Kultur - Handlung - Wissenschaft*. 1. Aufl. Weilerswist: Velbrück Wiss., 2002.
-

- Habermas, Jürgen. *Die postnationale Konstellation*. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998.
- . *Wahrheit und Rechtfertigung*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999.
- Harras, Gisela. *Handlungssprache und Sprechhandlung*. Berlin - New York: Walter de Gruyter, 1983.
- Hartmann, Dirk und Peter Janich, . *Die kulturalistische Wende*. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Bd. 1391. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998.
- Heid, Helmut. „Das Theorie-Praxis-Verhältnis in der Pädagogik.“ In *Pädagogik*. Herausgegeben von Leo Roth. München: Ehrenwirth, 1994. 949-957.
- Heine, Heinrich. *Florentinische Nächte*. Stuttgart: Reclam, 2012.
- Held, Klaus. „Husserls neue Einführung in die Philosophie.“ In *Lebenswelt und Wissenschaft*. Herausgegeben von Carl Friedrich Gethmann, 79-113. Bonn: Bouvier, 1991.
- Hobbes, Thomas. *Leviathan*. STW, 1966.
- Hoerster, Norbert, Hrsg. *Klassische Texte der Staatsphilosophie*. Orig.-Ausg., 4. Aufl. Bd. 6067. München: Dt. Taschenbuch-Verl., 1983.
- Höffe, Otfried. *Thomas Hobbes*. Orig.-Ausg. Bd. 580. München: Beck, 2010.
- Homann, Karl. „Die ökonomische Dimension von Rationalität.“ In *Moralische Entscheidung und rationale Wahl*. Herausgegeben von Martin Hollis, und Wilhelm Vossenkuhl. München: R. Oldenbourg Verlag, 1992. 11-24.
- . *Vorteile und Anreize*. Tübingen: Mohr Siebeck, 2002.
- Horstkemper, Marianne, Joachim Ludwig Ludwig und Wilfried Schubarth. „Braucht die Schule Vereinbarungen?“ Bonn, Berlin, 2010, 17-32.
- Horstkemper, Marianne, Joachim Ludwig und Wilfried Schubarth. „Bildungs- und Erziehungskontrakte als Instrumente von Schulentwicklung.“ *Bildungsforschung Bd. 21*. Bd. 21. Nr. 2. Berlin, 2010.  
[Online unter:  
[http://www.bmbf.de/pub/bildungsforschung\\_band\\_einundzwanzig.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bildungsforschung_band_einundzwanzig.pdf) (Zugriff am 09.01.2013)].
- Hume, David. *A Treatise of Human Nature*. 1739-41.  
[Online unter: <http://www.davidhume.org/texts/thn>.( Zugriff am 09.01.2012)].
-

—. *Ein Traktat über die menschliche Natur*. Unveränd. Nachdr. der 1. Aufl. von 1906. Herausgeber: Theodor Lipps. Bd. 283b. Hamburg: Meiner, 1978.

Husserl, Edmund. *Die Idee der Phänomenologie*. Bd. 392. Hamburg: Meiner, 1986.

—. *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie*. 2., verb. Aufl. Bd. 292. Hamburg: Meiner, 1982.

—. *Die phänomenologische Methode*. Durchges. und bibliogr. ergänzte Aufl. 1998, [Nachdr.]. Bd. 8084. Stuttgart: Reclam, 2006.

—. *Die Phänomenologie und die Fundamente der Wissenschaften*. Bd. 393. Hamburg: Meiner, 1986.

—. *Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie*. Hamburg: Meiner, 2009.

—. *Grundprobleme der Phänomenologie 1910/11*. 2., durchges. und um ein Literaturverz. erw. Aufl. Herausgegeben von Iso Kern. Bd. 348. Hamburg: Meiner, 1992.

—. *Phänomenologie der Lebenswelt*. Bibliograph. rev. Ausg., [Nachdr.]. Bd. 8085. Stuttgart: Reclam, 2007.

Husserl, Edmund und Martin Heidegger. *Vorlesungen zur Phänomenologie des inneren Zeitbewusstseins*. 3. Aufl., unveränd. Nachdr. [der] 1. Aufl. 1928. Tübingen: Niemeyer, 2000.

Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein. *Schleswig-Holstein*: [www.iqsh.schleswig-holstein.de](http://www.iqsh.schleswig-holstein.de). Herausgegeben vom IQSH. 2012. [Online unter: <http://lehrplan.lernnetz.de/> (Zugriff am 27.12.2012)].

Janich, Peter. *Das Maß der Dinge*. 1. Aufl. Bd. 1334. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1997.

—. *Der Mensch und andere Tiere*. Suhrkamp, 2010.

—. *Die Protophysik der Zeit*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1980.

—. *Erkennen als Handeln*. Bd. 3. Erlangen: Palm und Enke, 1993.

—. *Euklids Erbe*. München: Beck, 1989.

—. *Grenzen der Naturwissenschaft*. Orig.Ausg. Bd. 463. München: Beck, 1992.

---



- . *Kein neues Menschenbild*. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Bd. 21. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2009.
- . *Kleine Philosophie der Naturwissenschaften*. Orig.-Ausg. Bd. 1203. München: Beck, 1997.
- . *Konstruktivismus und Naturerkenntnis*. 1. Aufl. Bd. 1244. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1996.
- . *Kultur und Methode*. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Bd. 1773. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2006.
- . *Logisch-pragmatische Propädeutik*. 1. Aufl. Weilerswist: Velbrück Wiss., 2001.
- . *Was ist Erkenntnis?* Orig.-Ausg. Bd. 1376. München: Beck, 2000.
- . *Was ist Information?* 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2006.
- . *Was ist Wahrheit?* Orig.-Ausg., 2. Aufl. Bd. 2052. München: Beck, 2000.
- Janich, Peter, Hrsg. *Deutsches Jahrbuch Philosophie*. Hamburg: Meiner, 2008.
- . *Entwicklungen der methodischen Philosophie*. 1. Aufl. Bd. 979. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.
- . *Humane Orientierungswissenschaft*. Würzburg: Verlag Königshausen & Neumann, 2008.
- . *Wechselwirkungen*. Bd. 2. Würzburg: Königshausen & Neumann, 1999.
- . *Wissenschaft und Leben*. Bielefeld: Transcript, 2006.
- . *Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung*. München: Beck, 1981.
- Janich, Peter und Michael Weingarten. *Wissenschaftstheorie der Biologie*. Bd. 2033. München: Fink, 1999.
- Kamlah, Wilhelm. *Philosophische Anthropologie. Sprachkritische Grundlegung und Ethik*. Mannheim: Bibliograph. Inst., 1972.
- . *Von der Sprache zur Vernunft*. Mannheim ;, Wien ;, Zürich: Bibliographisches Institut, 1975.
- Kamlah, Wilhelm und Paul Lorenzen. *Logische Propädeutik*. 2., verb. und erw. Aufl., unveränd. Nachdr. Bd. 227. Mannheim: BI-Wiss.-Verl., 1992.
-

Kannetzky, Frank. „Die kooperative Struktur individuellen Handelns und Intendierens.“ In *Dimensionen und Konzeptionen von Sozialität*. Herausgegeben von Rainer Greshoff, Gert Albert, und Rainer Schützeichel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, 2010. 65-85.

Kant, Immanuel. *Kritik der praktischen Vernunft*. 1. Frankfurt (am Main): Suhrkamp, 1974.

—. *Kritik der reinen Vernunft*. 1. 5. Aufl. Herausgegeben von Wilhelm Weischedel. Bd. 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981.

—. *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik ; 1*. 3. Aufl., 10. - 11. Tsd. Herausgegeben von Wilhelm Weischedel. Bd. 192. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981.

Kastil, Alfred. *Die Philosophie Franz Brentanos*. München: Lehnen, 1951.

Kersting, Wolfgang. *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*. Sonderausg. Darmstadt: Wiss. Buchges., 2005.

—. *John Rawls zur Einführung*. 1. Hamburg: Junius, 2001.

—. *Theorien der sozialen Gerechtigkeit*. Stuttgart: Metzler, 2000.

Kieler Nachrichten. *Grünes Licht für Möbel Kraft Kiel Lokales / KN - Kieler Nachrichten*. 11. 05 2012.  
[Online unter: <http://www.kn-online.de/Lokales/Kiel/Gruenes-Licht-fuer-Moebel-Kraft2> (Zugriff am 24.11.2012)].

Kleve, Heiko. „Geschichte, Theorie, Arbeitsfelder und Organisationen Sozialer Arbeit.“ Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, 2003.

Kliemt, Hartmut. „Die gefährliche Fiktion eines Gesellschaftsvertrages.“ *Aufklärung und Kritik*, 2003. 84–94

Krafft-Krivanec, Johanna. *Der Sinn des Schenkens*. Dt. Erstausg. Wien: Passagen-Verl., 2004.

Kraus, Björn. *Lebenswelt und Lebensweltorientierung – eine begriffliche Revision als Angebot an eine systemisch-konstruktivistische Sozialarbeitswissenschaft*. [Online unter: <http://www.sozialarbeit.ch/dokumente/lebensweltorientierung.pdf>. 2004. (Zugriff am 22.06.2012)].

- Krope, Peter. *Einladung zum Dialog*. 2010.  
[Online unter: [http://www.diakonie-sh.de/fix/files/doc/studie\\_dialog.pdf](http://www.diakonie-sh.de/fix/files/doc/studie_dialog.pdf) (Zugriff am 19. 7 2012)].
- . *Konstruktive pädagogische Diagnostik*. 2. Aufl. Münster: Waxmann, 2000.
- . „Ethische Grundlagen der Pädagogischen Diagnostik.“ *Zeitschrift für Interdisziplinäre Systembildung*, 2009.
- Krope, Peter et al.. *Die Kieler Zufriedenheitsstudie*. Münster: Waxmann, 2002.
- Krope, Peter, Knut Latus und Wilhelm Wolze. *Teilhabe im Dialog*. Münster, New York, NY, München, Berlin: Waxmann, 2009.
- Kwasniewski, Nicolai. „*Revolutionäres Arbeitsmodell*.“ Herausgegeben von Spiegel Online. Spiegel Online, 05.02.2012.  
[Online unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/revolutionaeres-arbeitsmodellibm-schafft-den-miet-jobber-a-813388.html> (Zugriff 27.12.2012)].
- Lahno, Bernd. *Versprechen*. München: Oldenbourg, 1995.
- Leist, Anton. „Einleitung: Ethik zwischen Hobbes und Kant.“ In *Moral als Vertrag?*, von Anton Leist, 1-36. Berlin: de Gruyter, 2003.
- Lewis, David K. *Konventionen*. Berlin ;, New York: de Gruyter, 1975.
- Lichtblau, Klaus. „„Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ bei Max Weber.“ *Zeitschrift für Soziologie*, 2000: 423-443.
- Linton, Ralph. *Gesellschaft, Kultur und Individuum*. Übersetzung: Gert H. Müller. Frankfurt a.M: S. Fischer, 1974.
- Locke, John. *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977.
- Lorenz, Kuno. „Das Eigene und das Fremde im Dialog.“ In *Wie verstehen wir Fremdes?*. Herausgegeben von Peter Rusterholz, und Rupert Moser. Bern [u.a.]: Lang, 2005. 137-154.
- . *Dialogischer Konstruktivismus*. Berlin: de Gruyter, 2009.
- Lorenzen, Paul. „Konstruktive Wissenschaftstheorie und politische Vernunft.“ Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1985.
- . *Lehrbuch der konstruktiven Wissenschaftstheorie*. Mannheim: BI-Wiss.-Verl., 1987.
-

—. *Metamathematik*. Bd. 25. Mannheim: Bibliogr. Inst., 1962.

Lorenzen, Paul und Oswald Schwemmer. *Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie*. 2. Mannheim: Bibliographisches Institut, 1975.

Maine, Henry Sumner. *Das alte Recht*. 1. Herausgegeben von Heiko Dahle. Baden-Baden: Nomos, 1997.

Mauss, Marcel. *Die Gabe*. 1. Aufl. Bd. 743. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1990.

McKendrick, Ewan. *Contract law*. 9. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2011.

Mittelstraß, Jürgen. Der Konstruktivismus in der Philosophie im Ausgang von Wilhelm Kamlah und Paul Lorenzen ; [Beiträge eines internationalen Symposions, das vom 2. bis 4. September 2005 in der Universität Konstanz stattfand]. Paderborn: Mentis-Verl., 2008.

Mittelstraß, Jürgen, Hrsg. *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. Korrigierter Nachdr. Bd. 1. Stuttgart: Metzler., Bd. 1, 1996.

—. *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. Korrigierter Nachdr. Bd. 2. Stuttgart: Metzler., Bd. 2, 1996.

—. *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. Korrigierter Nachdr. Bd. 3. Stuttgart: Metzler., Bd. 3, 1996.

—. *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. Korrigierter Nachdr. Bd. 4. Stuttgart: Metzler., Bd. 4, 1996.

Mittelstrass, Jürgen und Martin Carrier, . *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. 2. Bd. Bd. 4. Stuttgart ; Weimar: J. B. Metzler, 2010.

Müller, Andreas P. „Führen in fremden Kulturen.“ In *Führungspraxis und Führungskultur*, von Lutz Becker, 299-314. Düsseldorf: Symposium, 2007.

Münkler, Herfried. *Thomas Hobbes*. 2., vollst. überarb. Aufl. Frankfurt/Main: Campus-Verl., 2001.

Natorp, Paul. *Platos Ideenlehre*. Hamburg: F. Meiner, 1994.

Nehring, Stefan und Ute Albrecht. „*Biotop, Habitat, Mikrohabitat - Ein Diskussionsbeitrag zur Begriffsdefinition*.“ In: Lauterbornia, Internationale Zeitschrift für Faunistik und Floristik des Süßwassers, 2000. 75-84.

- Nida-Rümelin, Julian. *Freiheit und Gleichheit*. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. 2007.  
[Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06077.pdf> (Zugriff am 02.01.2013)].
- Nida-Rümelin, Julian. „Ökonomische Rationalität und praktische Vernunft.“ In *Moralische Entscheidung und rationale Wahl*. Herausgegeben von Martin Hollis, und Wilhelm Vossenkuhl. München: R. Oldenbourg Verlag, 1992.
- Noetzel, Thomas. „Das Gute oder nur das Bessere?“ In *Humane Orientierungswissenschaft*. Herausgegeben von Peter Janich. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2008. 115-128.
- Nussbaum, Martha C. *Die Grenzen der Gerechtigkeit*. Suhrkamp, 2010.
- Olfert, Klaus und Horst-Joachim Rahn. *Einführung in die Betriebswirtschaftslehre*. 2., durchges. Aufl. Ludwigshafen (Rhein): Kiehl, 1994.
- . *Lexikon der Betriebswirtschaftslehre*. 2. Aufl. Ludwigshafen: Kiehl, 1997.
- Olk, Thomas. „Weder Rund-Um-Versorgung noch "pur" Eigenverantwortung.“ In *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln*. Herausgegeben von Erika Mezger. Marburg: Schüren, 2000. 105-124.
- Opielka, Michael. *Sozialpolitik*. Orig.-Ausg., 2., überarb. Aufl. Bd. 55662. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl., 2008.
- OroVerde - die Tropenwaldstiftung. *Internet-Homepage OroVerde*. Herausgeber: OroVerde - die Tropenwaldstiftung. OroVerde – Die Tropenwaldstiftung. 22..05.2006.  
[Online unter: <http://www.oroverde.de/> (Zugriff am 23.09.2012)].
- Petersen, Johannes Peter. *Der Terminus Gewalt*. Bd. 4. Kiel, 1997.
- Pfetsch, Frank R. *Verhandeln in Konflikten*. 1. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- Phaedrus. *Fabeln*. Herausgeber: Eberhard Oberg. Düsseldorf, Zürich: Artemis und Winkler, 2002.
- Platon, in der Übersetzung von Friedrich Schleiermacher. *Phaidros, Parmenides, Theaitetos, Sophistes*. 108.-110. Tsd. Bd. 5. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1989. Herausgegeben von Ernesto Grassi
-

- Popper, Karl Raimund. *Logik der Forschung*. Nachdr. der 10., verb. und vermehrten Aufl., Jub.-Ausg. Bd. 3. Tübingen: Mohr Siebeck, 2002.
- Prieß, Wolf. *Vom Zweck des Nutzens*. Herausgegeben von Hans-Carl Jongebloed. Bd. 8. Norderstedt: Books on Demand, 2010.
- Rapp, Christof und Klaus Corcilus. *Aristoteles-Handbuch*. Stuttgart: Metzler, 2011.
- Rawls, John. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. 1. Aufl., [Nachdr.]. Übersetzung: Hermann Vetter. Bd. 271. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2006.
- . *Gerechtigkeit als Fairneß*. 1. Aufl., [Nachdr.]. Herausgegeben von Erin Kelly, und Joachim Schulte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2003.
- Rawls, John und Wilfried Hinsch. *Das Recht der Völker*. Berlin: de Gruyter, 2002.
- Rechtswörterbuch. *Vertrag - Definition und Erklärung*. Herausgegeben von Christian Becker. kein Datum.  
[Online unter: <http://www.rechtswörterbuch.de/recht/v/vertrag/> (Zugriff am 21.07.2012)].
- Reis, Claus, Martina Schu, Günter Schlanstedt, Heiner Brülle und Anette Böhmer. *Aktivierung in der Sozialhilfe*. Herausgeber: Soziales und Gesundheit NRW Ministeriums für Arbeit. Fachhochschule Frankfurt am Main. 2009.  
[Online unter: [http://www.mags.nrw.de/08\\_PDF/003/SGBXII-Abschlussbericht-Endfassung.pdf](http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003/SGBXII-Abschlussbericht-Endfassung.pdf) (Zugriff am 29.09.2012)].
- Rese, Friederike. *Praxis und Logos bei Aristoteles*. Tübingen: Mohr Siebeck, 2003.
- Richter, Ingo. „Verträge unter Ungleichen.“ In *Fortschritt durch Recht*. Herausgegeben von Dieter Kreft, Rainer Balloff, und Johannes Münder. München: Sozialpädagog. Inst., 2004.
- Röhl, Klaus F. *Rechtssoziologie*. Köln: C. Heymanns, 1987.
- Rousseau, Jean-Jacques. *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen*. [Nachdr.]. Herausgegeben von Philipp Rippel. Bd. 1770. Stuttgart: Reclam, 2008.
- . *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*. [Nachdr.]. Stuttgart: Reclam, 1977.
- Ruland, Franz. „Das "Soziale" und der Bürger.“ Herausgegeben von Ralf Mulot, und Dieter Giese. Stuttgart: Kohlhammer, 1995. 73-75.
-

- Sachs, Michael. *Grundgesetz Kommentar*. 2. München: Beck, 1999.
- Sandbothe, Mike. „Die pragmatische Wende des linguistic turn.“ in: *Die Renaissance des Pragmatismus. Aktuelle Verflechtungen zwischen analytischer und kontinentaler Philosophie*. Herausgegeben von Mike Sandbothe, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2000.  
[Online unter: <http://www.sandbothe.net/52.98.html>. (Zugriff am 11.11.2012)].
- Schäfer, Frank L. *Gabler Wirtschaftslexikon*. Herausgegeben vom Gabler Verlag. kein Datum.  
[Online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/840/vertrag-v12.html>“.  
(Zugriff am 28.11.2012)].
- Schiller, Friedrich. *Dramen* ; 2. Lizenzausg. [d.] 7. Aufl. 1985. Herausgegeben von Gerhard Fricke. Bd. Bd. 2. Darmstadt: Wiss. Buchges., 1989.
- Schmidt, Helmut, Peter Janich und Carl Friedrich Gethmann. *Die Verantwortung des Politikers*. Paderborn: Fink, 2008.
- Schmidt, Katrin. *Der Friedensvertrag von Kadesch von 1270 v. Chr. Der Friede des Antalkiades von 386 v. Chr. und der Friedensvertrag zwischen Byzanz und Persien von 562 n. Chr.* Frankfurt am Main: Chr. Lang, 2002.
- Schockenhoff, Eberhard. „Dient die Politik dem Glück des Menschen?“ In: *Theologie und Philosophie*, Frankfurt/Main: Herder 2001. 338-367.
- Schopenhauer, Arthur. *Die Kunst, recht zu behalten*. Köln: Anaconda, 2012.
- Schütz, Alfred und Thomas Luckmann. *Strukturen der Lebenswelt*. Bd. Band 1. Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 1979.
- Schütz, Holger, Peter Kupka, Susanne Koch und Bruno Kaltenborn. *Eingliederungsvereinbarungen in der Praxis*. Herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit. 2011.  
[Online unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb1811.pdf> (Zugriff am 30.09.2012)].
- Schwemmer, Oswald. *Die Philosophie und die Wissenschaften*. 1. Aufl. Bd. 869. Frankfurt am Main: Suhrkamp-Taschenbuch-Verl., 1990.
- . *Philosophie der Praxis*. 1. Aufl., Neuausg. Bd. 331. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1980.
- Searle, John R. *Sprechakte*. 1. Aufl., [Nachdr.]. Übersetzung: Rolf Wiggershaus, und Renate Wiggershaus. Bd. 458. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007.
-

- Segbers, Franz. „Der Hunger der Spekulanten auf Land und das Recht der Landlosen und Kleinbauern auf Land.“ In *Perspektive Land*. Herausgegeben von Mission EineWelt. 2012. 24-37.
- Sennett, Richard. *Der flexible Mensch*. 9. Aufl. Berlin: Berlin-Verl., 1999.
- SPD, B90G und SSW, . „Koalitionsvertrag 2012-2017.“ 2012.  
[Online unter: <http://ssw.de/pdf/120603Koalitionsvertrag2012-2017SPDB90GSSW.pdf> (Zugriff am 23.07.2012)].
- Stegbauer, Christian. *Reziprozität*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, 2011.
- Stemmer, Peter. „Der Begriff der moralischen Pflicht.“ In *Moral als Vertrag?* Herausgegeben von Anton Leist. Berlin: de Gruyter, 2003. 37-69.
- . *Handeln zugunsten anderer*. Berlin: de Gruyter, 2000.
- Storck, Christoph. *Erziehungswissenschaft, Pädagogik und die Frage der „Effizienz“*. *Kritische Anmerkungen zur Auseinandersetzung um „Fünf Einsprüche“ zwischen A.Gruschka u.a. einerseits und H.-E.Tenorth andererseits*. Verband der Pädagogiklehrer und Pädagogiklehrerinnen. 2006. [Online unter: <http://www.vdp.org/leistungen-service/download/> (Zugriff am 9. 1 2013)].
- Ströker, Elisabeth. *Lebenswelt und Wissenschaft in der Philosophie Edmund Husserls*. Frankfurt am Main: Klostermann, 1979.
- Ströker, Elisabeth und Paul Janssen. *Phänomenologische Philosophie*. Freiburg, München: Alber, 1989.
- Theil, Wolfgang. „Eigentum und Verpflichtung.“ 175-200. 2001.
- Theunissen, Michael. *Der Andere*. 2. Berlin ;, New York: de Gruyter, 1977.
- Thompson, Michael. *Leben und Handeln*. Suhrkamp, 2011.
- Tönnies, Ferdinand. *Gemeinschaft und Gesellschaft (1887)*. Kessinger Publishing, 2010.
- . *Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012.
-



- Trube, Achim. Vom Sozialstaat zum Konditionalstaat – Grundzüge des Umbaus und die Folgen für das gesellschaftliche Gefüge. 2007.  
[Online unter: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0307.pdf> (Zugriff am 30.09.2012)].
- van Briel, Peter. *Die Heilige Messe für Anfänger: Eine praktische Hinführung für Anfänger, Gelegenheitsgäste und Wiedereinsteiger*. Herausgegeben von Karl-Leisner-Jugend. Karl-Leisner-Jugend. 2012.  
[Online unter: [http://www.k-l-j.de/heilige\\_messe.htm](http://www.k-l-j.de/heilige_messe.htm) (Zugriff am 29.12.2012)].
- Veith, Werner. „Gerechtigkeit.“ In *Christliche Sozialethik*. Herausgegeben von Marianne Heimbach-Steins und Alois Baumgartner. Regensburg: Pustet, 2004. 315-326.
- Voy, Olga A. „Pferdekauf per Handschlag oder Formularvertrag.“ *Reiter und Pferde*, 2006: 8.
- Wagner, Wolf. *Fremde Kulturen wahrnehmen*. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. 1997.
- Watzlawick, Paul. *Anleitung zum Unglücklichsein*. Taschenbuchsonderausg. München ;, Zürich: Piper, 2007.
- Watzlawick, Paul, Janet H. Beavin und Don D. Jackson. *Menschliche Kommunikation*. 7., unveränd. Aufl. Bern: Huber, 1985.
- Weber, Max. In *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, von Max Weber. Herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr, 1988.
- . „Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie.“ In *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, von Johannes Winckelmann, und Max Weber. Tübingen: Mohr, 1988.
- . *Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt am Main, Affoltern a.A.: Zweitausendeins; Buch 2000, 2005.
- Wetzel, Manfred. *Praktisch-Politische Philosophie*. Bd. 1. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2. Aufl. 2004.
- Winter, Felix. „Über den Einsatz von Lernkontrakten im Unterricht der Schule.“ Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, 49-62. Bonn, Berlin, 2010.
- Wittgenstein, Ludwig. *Philosophische Untersuchungen*. 2. Aufl. Bd. 203. Frankfurt a.M., 1980.
-

Wohlrapp, Harald. *Der Begriff des Arguments*. 2., um ein Sachverz. erw. Aufl.  
Würzburg: Königshausen & Neumann, 2009.

Wohlrapp, Harald. „Einige Anmerkungen zu Dialog und Methode.“ In *Dialogisches Handeln*. Herausgegeben von Michael Astroh, Dietfried Gerhardus und Gerhard Heinzmann. Heidelberg, Berlin, Oxford: Spektrum Akademischer Verlag, 1997. 361-367.

Wright, Georg Henrik und Günther Grewendorf. *Erklären und Verstehen*. 3. Aufl.  
Frankfurt am Main: Hain, 1991.

Wuchterl, Kurt. Bausteine zu einer Geschichte der Philosophie des 20. Jahrhunderts.  
Bd. 8095 : Große Reihe. Bern: Haupt, 1995.

—. *Methoden der Gegenwartsphilosophie*. 3., neubearb. und erw. Aufl. Bd. 646. Bern:  
Haupt, 1999.

### **Zitierte Gesetze und Verordnungen**

BGB. „Bürgerliches Gesetzbuch.“ Baden-Baden, 2002.

BT-Drs. 15/1514. Entwurf eines Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch. Herausgeber: Deutscher Bundestag. 2003.  
[Online unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/015/1501514.pdf> (Zugriff am 30.09.2012)].

BT-Drs. 16/12882. „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes nach der Föderalismusreform.“ Herausgeber: Deutscher Bundestag. 06.05.2009.

BTMG. „Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln.“ 2010.

Europäische Union. „Vertrag über die Europäische Union.“ 27.12.2006.

GG. „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.“ 2012.

LVwG. „Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein.“ 1992.

NATO, Hrsg. „The North Atlantic Treaty.“ 1949.  
[Online unter:  
[http://www.nato.int/nato\\_static/assets/pdf/stock\\_publications/20120822\\_nato\\_treaty\\_en\\_light\\_2009.pdf](http://www.nato.int/nato_static/assets/pdf/stock_publications/20120822_nato_treaty_en_light_2009.pdf). (Zugriff am 17.12.2012)].

PRG. Entwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten“. 2012.

PsychKG SH. „Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen.“ Herausgeber: Land Schleswig-Holstein. Kiel, 2000.

SbStG. „Gesetz zur Stärkung von Selbstbestimmung und Schutz von Menschen mit Pflegebedarf oder Behinderung.“ Herausgeber: Land Schleswig-Holstein. Kiel, 2009.

SGB I. „Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) Allgemeiner Teil“. 2012.

SGB II. „Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende“. 2003.

SGB VIII. „Sozialgesetzbuch (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe“. 2006.

SGB XII. „Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe“. 2012.

StGB. „Strafgesetzbuch.“ 2011. 150.

VwVfG. „Verwaltungsverfahrensgesetz.“ 2003. 78.

WBG. „Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum mit Pflege- oder  
Betreuungsleistungen.“ 2009. 7.

### **Zitierte Gerichtsentscheidungen**

Landgericht Darmstadt, Urteil vom 25.11.2009 – Az.: 21 S 32/09.

Eltern als Beklagte sind zur Kostenerstattung für ihr nicht geschäftsfähiges Kind verpflichtet

Landgericht Saarbrücken, Urteil vom 27.01.2012 – Az.: 10 S 80/11.

Abweisung der Belastung für Online-Dienste.

Landgericht Flensburg Urteil vom 16.09.2005 - Az.: 7 S 18/05.

R-Gespräche Recht

Sozialgericht Berlin Urteil vom 09.06.2010 – Az.: AS 17431/10 ER.

*Arbeitslosengeld II - rechtswidrige Sanktionen*

## **Tabellen- und Abbildungsverzeichnis**

Tabelle 1: Bezeichnungen für Bildungs- und Erziehungskontrakte.....	9
Tabelle 2: Zuordnungsschema der Ich- und Du-Rolle .....	49
Tabelle 3: Eröffnungssequenz der Vertragsverhandlung .....	74
Tabelle 4: Selbstverpflichtung und Aufforderung.....	78
Tabelle 5: Merkmale von Status- und Zweckvertrag .....	114
Tabelle 6: Typologie wohlfahrtsstaatlicher Modelle (Dingeldey).....	150
Tabelle 7: Idealtypischer Verhandlungsverlauf.....	250
 Abbildung 1: Das Sozialhilfedreieck .....	 140

## Verwendete Symbole

Symbol	Erläuterung
P	Proponent
O	Opponent
$\pi$	Tatkopula
N, M	Eigennamen
$\varepsilon$	Seinskopula
a, b	Gattungsprädikatoen
n, m	Gegenstände
x, y	Prädikatoen
$\neg$	Verneinung - nicht
$\wedge$	und-Verknüpfung
$\Leftrightarrow$	ist äquivalent
=	logisch gleich
$\leftrightarrow$	genau dann, wenn
$\bigwedge_A$	Wahl einer beliebigen Aussage aus der Menge A
$\pi x$	Handlung x
$\pi! x$	Handlungsaufforderung
P:	Proponent sagt
$\pi!P(y)$	Aufforderung an P, y zu tun
$x_n, y_n$	Varianten von x und y

---

## Lebenslauf

### Persönliche Daten

Johannes Peter Petersen

geboren am 11.03.56 in Flensburg

Staatsangehörigkeit: deutsch

verheiratet

Mitglied der Evangelischen Kirche

### Ausbildung

08.62 – 06.75	Schulbesuch; Abschluss Abitur
04.76 - 02.83	Studium Höheres Lehramt, Fächerkombination: Philosophie, Deutsch
03.87 – 01.89	Ausbildung zum klientenzentrierten Berater (GWG)
10.90 – 09.95	Studium der Diplompädagogik an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel mit Abschluss „Diplom-Pädagoge“ (mit Auszeichnung)
03.01 – 07.02	Zusatzqualifikation zum Betriebswirt der Sozialwirtschaft, Abschluss: Dipl.-Betriebswirt der Sozialwirtschaft (WAK)
06.13	Promotion an der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel bei Prof. Dr. Peter Kroepe

Ascheffel, 03.01.2012